

100 Jahre SPD in Königswinter

1919-2019



- Bausteine zu einer Geschichte der SPD Königswinter -

Mit einem Vorwort des Landesvorsitzenden der NRWSPD
Sebastian Hartmann und des Ortsvereinsvorsitzenden Nils Suchetzki

Bausteine zu einer Geschichte der SPD Königswinter

mit den bisher erschienenen Dokumentationen:

- **Zur Feier von 90 Jahren SPD Königswinter – Die Jahre 2009-2019**
 - **Geschichte der SPD in Königswinter 1919-1994**
- **Kleine Geschichte der SPD in Ober- und Niederdollendorf (1987)**



Herausgegeben vom SPD-Ortsverein im Oktober 2019

Auflage: 400 Exemplare

Grußwort von Sebastian Hartmann
Bundestagsabgeordneter für den Rhein-Sieg-Kreis
Kreisvorsitzender SPD Rhein-Sieg
Landesvorsitzender NRWSPD



Liebe Genossinnen und Genossen,

100 Jahre SPD Königswinter sind ein wirklich guter Grund zum Feiern!

Zu diesem Jubiläum gratuliere ich Euch ganz herzlich!

Seit der Gründung Eures Ortsvereins ist viel geschehen. Doch, damals wie heute setzen wir Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten uns dafür ein, dass soziale Gerechtigkeit das Fundament von Politik bleibt. Unsere gemeinsamen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden wir nie aus den Augen verlieren. Erst die Sozialdemokratie hat die liberale Idee der Freiheit mit den Ideen der sozialen Emanzipation verbunden. Nur so ist eine gerechte Gesellschaft der Freien und Gleichen wirklich erreichbar.

Diese Überzeugung teilten auch Sozialdemokraten, die am 1919 zusammenkamen, um Euren Ortsverein zu gründen. Erinnern wir uns, dass ist nur wenige Monate nach dem Ersten Weltkrieg. Seit dem Jahr 1919 prägt die Arbeit Eures Ortsvereins das Miteinander in Königswinter. Die SPD in Königswinter sorgt sich um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und dafür, dass Königswinter Heimat für alle ist und bleibt.

Johannes Rau sagte einmal: „Partei findet vor Ort statt“, denn dieses Engagement macht die SPD aus. Der Ortsverein ist die Basis unserer Partei. Das Engagement der vielen Tausend Mitglieder in den hunderten von Ortsvereinen prägt den Charakter der SPD: Wir sind eine Mitgliederpartei, eine Mitmachpartei.

Für die nächsten 100 Jahre wünsche ich der SPD Königswinter und ihren Mitgliedern alles Gute. Glück auf!

Sebastian Hartmann

Grußwort von Nils Suchetzki
Ortsvereinsvorsitzender der SPD Königswinter



Liebe Genossinnen und Genossen,

100 Jahre SPD in Königswinter sind ein Grund innezuhalten. Wir sind die älteste politische Partei dieser Stadt und können stolz auf die vergangenen Jahre zurückschauen - um nur ein Beispiel zu nennen: Der Einsatz unserer Partei für eine Gesamtschule, der bereits in den 80ern begann, hat sich mit der

positiven Entscheidung des Stadtrats 2012 endlich ausgezahlt.

Im Herbst 2019 befindet sich die SPD auf Bundesebene in einer schwierigen Lage: sinkende Umfragewerte, Dauerkrise in der Großen Koalition. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in unserem Ortsverein und auf kommunaler Ebene haben in den letzten Jahren aber immer wieder gezeigt, dass sich Einsatz für unsere Gesellschaft lohnt und die Arbeit einer funktionierenden SPD anerkannt wird. Ich bin dankbar, ein Teil dieses Ortsvereins sein zu dürfen!

Mit diesem Buch gibt es in unserer 100-jährigen Geschichte nun erstmalig eine Gesamtausgabe aller bisherigen Festschriften über unseren Ortsverein.

Herzlichen Dank an alle Beteiligten, die an der Entstehung dieses Buches mitgewirkt haben – allen voran **Hilke Andreae-Hinrichs** und **Inge Hagemann**, die nicht nur für die Dokumentierung der letzten 10 Jahre verantwortlich sind, sondern ebenfalls maßgeblich an den vorherigen Festschriften.

Alle Veröffentlichungen sind ohne Veränderungen in dieser Gesamtausgabe abgebildet – einzig die Bilder im Anhang der Festschrift zum 90. Jubiläum sind neu. Auch die Nummerierungen sind dementsprechend originalgetreu.

Auf einen weiterhin so aktiven Ortsverein – auf die nächsten die nächsten 100 Jahre SPD Königswinter!

Nils Suchetzki

Inhaltsverzeichnis

- TEIL 1: Festschrift 100 Jahre SPD
Königswinter - Die Jahre 2009-2019
- TEIL 2: Zur Feier von 90 Jahren SPD
Königswinter 1919 – 2009
- TEIL 3: Geschichte der SPD in Königswinter
1919-1994
- TEIL 4: Kleine Geschichte der SPD in Ober-
und Niederdollendorf (1987)

Alle Teile sind eigens durchnummeriert.

**TEIL 1: Festschrift 100 Jahre SPD
Königswinter - Die Jahre
2009-2019**

**Jubiläumsschrift anlässlich 100 Jahre SPD in
Königswinter**

Die Jahre 2009-2019

Zusammengestellt und dokumentiert von
Hilke Andreae-Hinrichs und
Inge Hagemann

Inhaltsverzeichnis

- 1. 100 Jahre Ortsverein Königswinter.....S.3**
- 2. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Königswinter 2009 –
2019.....S.7**
 - 2.1 Kommunalpolitische Auseinandersetzungen.....S.7**
 - 2.2 Die Königswinterer Bildungslandschaft: fit für die
Zukunft.....S.11**
 - 2.3 Pleiten, Pech und Pannen: Der Dauerstreit um die
Königswinterer Bäder.....S.13**
 - 2.4 Sozialpolitische Kontroversen: Elternbeiträge für
Kinderbetreuung und bezahlbares Wohnen.....S.15**
- 3. Interviewpartner/innen.....S.16**
- 4. Zusammenstellung von Daten zur Fortschreibung
Geschichte der SPD.....S.17**
- 5. Bilder aus den Jahren 2009-2019.....S.23**

1. 100 Jahre Ortsverein Königswinter

Als der SPD-Ortsverein Königswinter im April 1919 gegründet wurde, hatte die erste Königswinterer Gemeinderatswahl am 30. März 1919 schon stattgefunden. Die Liste des Sozialdemokraten Voigt hatte 10% der Stimmen erhalten.- Fast 100 Jahre später, bei der Kommunalwahl 2014, erreichte die SPD in Königswinter 23,04% der Stimmen – mehr als das Doppelte!

Ein ähnliches Bild, was Königswinter betrifft, ergibt der Vergleich der SPD-Ergebnisse im Abstand von fast 100 Jahren auf nationaler Ebene: während die SPD deutschlandweit bei der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 38% der Stimmen erhielt, wählten in Königswinter nur 10% SPD. Heute, 100 Jahre später, verfügt die SPD seit der letzten Bundestagswahl 2017 über 20,5% der Stimmen – fast eine Halbierung gegenüber 1919! Der SPD-Stimmenanteil in Königswinter lag bei 19,35% und hat sich damit dem nationalen Ergebnis angenähert.- Inzwischen ist die SPD bei der letzten bundesweiten Wahl, der Europawahl im Mai 2019, bei 15% Stimmenanteil angekommen, und die Umfragen verheißen gegenwärtig keine Trendumkehr.

Während die SPD also im Laufe des letzten Jahrhunderts ihren Stimmenanteil kommunal verdoppeln konnte, hat sie ihn im selben Zeitraum auf nationaler Ebene halbiert. Noch während der Regierungszeiten der Bundeskanzler Willy Brand, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder hatte die SPD Stimmenanteile von über 40% errungen. Wie konnte es zu einem derartigen bundesweiten Rückgang kommen?

Man wird die Gründe für den augenblicklichen Tiefstand zunächst in der politischen Großwetterlage, die offenbar weltweit rechte, populistische Parteien begünstigt, aber auch in der Bundespolitik der letzten zwei Jahrzehnte suchen müssen. Diese wurde seit 2005 geprägt von der Kanzlerschaft Angela Merkels (CDU), die von 2005 bis 2009, von 2013 bis 2017 und seit 2018 getragen wird von einer großen Koalition mit der SPD.

Kaum eine Frage hat die SPD auf allen Ebenen mehr umgetrieben als die nach dem Verbleiben der SPD in der ‚GroKo‘. In besonderer Schärfe stellte sich diese Frage nach der Bundestagswahl 2017, als die SPD schon entschlossen war, keine neue GroKo einzugehen – zu eindeutig hatte der Wähler sie offenbar dafür mit 20,5% abgestraft, und das trotz inhaltlicher Erfolge in der Regierung.

In NRW kam verschärfend hinzu, dass die SPD kurz zuvor bei der Landtagswahl im Mai 2017 schon ein vergleichsweise schwaches Ergebnis von 31,2% erhalten und damit NRW verloren hatte – die Gründe dafür reichen von der Schulpolitik der rot-grünen Regierung Kraft bis zu dem massiven Vertrauensverlust in die Sicherheitspolitik der Landesregierung seit der Kölner Silvesternacht 2015/16.

Noch bei der BT-Wahl 2013, nachdem die SPD 4 Jahre lang auf der Oppositionsbank gesessen hatte, hatte es einen leichten Anstieg um 2,7% im Wahlergebnis der SPD gegeben. 2017, nach 4 Jahren GroKo, dann das historische Tief von 20,5%! Jetzt schien eindeutig, dass sich die SPD von innen heraus erneuern, ihre grundsätzlichen Positionen klären und deutlicher formulieren musste – die Frage, die die Partei spaltete, war, ob die Erneuerung *in* einer GroKo oder nur *außerhalb*, in der Opposition, gelingen konnte.

Als sich die FDP nach der BT-Wahl 2017 vor der Verantwortungsübernahme in einer Jamaika-Koalition drückte und diese deshalb nicht zustande kam, war es wieder die SPD, an deren staatsbürgerliche Verantwortung appelliert wurde, sich abermals auf eine GroKo einzulassen. Besonders eindrücklich appellierte Bundespräsident Frank Walter Steinmeier an seine früheren Genossen. Die Parteispitze um Andrea Nahles hielt eine Erneuerung der Partei auch innerhalb der GroKo für möglich. Es wurde beschlossen, zunächst einen Koalitionsvertrag auszuhandeln und dann das Ergebnis den SPD-Mitgliedern zur Abstimmung vorzulegen; die gesamte SPD-Mitgliedschaft sollte über diese existenzielle Frage entscheiden.

Der Jahresbeginn 2018 war auch in Königswinter geprägt von der innerparteilichen Auseinandersetzung „GroKo – ja oder nein?“ Auf dem Neujahrsempfang 2018 der SPD Königswinter gab es den Startschuss zur Diskussion durch zwei Impulsreferate der OV-Vorsitzenden Karin Klink und des Stadtratsmitglieds Ali Dogan zu den beiden gegensätzlichen Positionen. Gemeinsam mit den Nachbarortsvereinen St. Augustin und Bad Honnef gab es eine gut besuchte Diskussionsveranstaltung für alle Mitglieder in Aegidienberg. In mehreren ebenfalls gemeinsam durchgeführten Workshops bearbeiteten die OV-Vorstände und die Mitglieder der SPD Rhein-Sieg das Thema der Erneuerung der Partei.

Während der Koalitionsverhandlungen traten etliche Neumitglieder in der Hoffnung in die SPD ein, mit ihrer Stimmabgabe zur Verhinderung der GroKo beitragen zu können. Als sich 66% der SPD-Mitglieder bundesweit am 4. März 2018 pro GroKo entschieden hatten, traten einige dieser Neumitglieder allerdings wieder aus.

Insgesamt ist die Mitgliederzahl des Ortsvereins aus mehreren Gründen, z.B. wegen des Bonn-Berlin-Umzugs, aber auch wegen der

Hartz IV-Reformen, rückläufig; sie hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert. Aktuell beträgt sie 225 und ist seit einigen Jahren in dieser Größenordnung stabil. Neben den NoGroKo-Neueintritten gab es eine Reihe von Neumitgliedern besonders nach der Wahl von Martin Schulz zum Bundesvorsitzenden Anfang 2017 und als Reaktion auf die Wahl von Trump zum US-Präsidenten im November 2016.

Unter den Neumitgliedern der letzten 10 Jahre befindet sich erfreulicherweise eine Reihe von Jusos, deren Mitarbeit sich sehr positiv im Ortsverein bemerkbar macht. Die Juso-AG ist im OV Königswinter, aber auch im Rhein-Sieg-Kreis aktiv. Ein Juso, der 22-jährige Nils Suchetzki, wurde 2019 zum OV-Vorsitzenden gewählt, dem jüngsten im Rhein-Sieg-Kreis. Ihn hatte ein persönlicher Kontakt mit Frank-Walter Steinmeier zum Eintritt in die SPD motiviert.

Mit der Übernahme der Führung des OV durch die junge Generation ist eine neue Akzentuierung der Arbeitsweise des OV zu erwarten. Nils Suchetzkis wichtigstes Ziel ist die noch größere Annäherung der Partei an die Interessen, Wünsche und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger. Er wird dabei bewährte Formate weiterentwickeln, etwa Ortsvereinsversammlungen und Ortsteiltreffen, die aber bewusst offener für Bürgerinnen und Bürger werden sollen; ebenso sollen an der Entwicklung des kommunalpolitischen Programms für 2020 Bürgerinnen und Bürger außerhalb der Partei mitwirken.

Bewährt haben sich schon die regelmäßig stattfindenden Bürgersprechstunden im Fraktionsbüro, aber auch das neue Format „Politik und Currywurst“, bei dem der OV in jeweils einem Ortsteil Bürgerinnen und Bürger zu politischen Gesprächen und Currywurst einlädt und dabei ggf. Ortsbesichtigungen aktueller Projekte vornimmt. - Zu Beginn eines neuen Jahres lädt die SPD darüberhinaus zum Neujahrsbrunch ein; neuerdings werden dazu die Vorsitzenden der Königswinterer Vereine extra eingeladen, woraus sich manche Gelegenheit zum politischen Gespräch ergibt.

Auch die klassische Form der öffentlichen Veranstaltung mit einem Vortragenden und anschließender Diskussion spielt in den Aktionsformen des Ortsvereins eine wichtige Rolle. So wurde im Rahmen der Gesamtschulkampagne Anfang 2012 zum Beispiel Jürgen Nimptsch, Bonner OB und Ex-Gesamtschulleiter, eingeladen.- Während der Diskussion um den Rauschendorfer Kindergarten und das kirchliche Arbeitsrecht 2012 war die Streiterin für die Trennung von Kirche und Staat und Ex-MdB Ingrid Matthäus-Meier bei der SPD zu Gast.- Im Landtagswahlkampf 2017 gab es eine Veranstaltung mit dem damaligen NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans; 2018 wurde der Kölner Bundestagsabgeordnete und gegenwärtige Interimschef der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich als Experte für Außenpolitik in den Ortsverein eingeladen.

Die Vernetzung mit den Nachbarortsvereinen hat sich seit einigen Jahren bewährt, sowohl im Rahmen der Jusos als auch der Ortsvereine. So ist das jährlich mit dem OV Oberkassel gemeinsam am Rheinufer veranstaltete Sommerfest inzwischen Tradition.- Mit dem OV Hennef fand im Juli 2019 ein Abend mit Arbeiterliedern statt.- Mit den OVEN Sankt Augustin und Bad Honnef wurde Anfang 2018 nicht nur die GroKo ebenso leidenschaftlich wie kontrovers diskutiert, sondern 2019 auch das 100jährige Jubiläum der Einführung des Frauenwahlrechts gefeiert.

Anlässlich dieses Jubiläums konnte ein weiterer Fortschritt in Sachen Gleichberechtigung konstatiert werden: seitdem durch Vorgabe der Wahlordnung der SPD die Listen alternierend aufgestellt werden müssen, ist die Geschlechterparität in der fast vollständig auf Zweitstimmen beruhenden SPD-Stadtratsfraktion kein Problem mehr. Während in früheren Jahren die AsF Königswinter sich für eine faire Repräsentanz der Frauen im Stadtrat eingesetzt hatte, konzentrieren die AsF-Frauen inzwischen ihre Aktivitäten auf der Ebene des Rhein-Sieg-Kreises.

Die Kommunikation der Partei mit den Bürgerinnen und Bürgern findet nach wie vor mit den klassischen Medien statt, z.B. mit Flyern, Plakaten oder Karten, wie etwa vor dem Osterfest, wenn zusammen mit den Ostereiern Karten verteilt werden, die mit Anregungen oder Fragen der Bürger an die SPD zurückgeschickt werden können. Ebenso bietet der Internationale Frauentag am 8. März Gelegenheit, durch das Verteilen von Rosen und Info-Material in Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern zu treten. - Innerhalb des Ortsvereins ist nach wie vor INTERN, der regelmäßig erscheinende Mitgliederbrief, ein wichtiges Informationsmedium, während der Kontakt nach außen sowohl durch Printmedien wie die bewährte SPD-Zeitung BERG & TAL hergestellt wird, die neuerdings ergänzt wird durch KLARTEXT, eine Zeitung der Rhein-Sieg-SPD mit einem Königswinterer Teil, als auch durch Pressemitteilungen und -berichte in der örtlichen Presse. Immer wichtiger wird, vor allem für die Ansprache der Jüngeren, das Internet, die Homepage der SPD Königswinter sowie ihr Facebook-Auftritt, deren Pflege und ständige Aktualisierung der Ortsvereinsvorstand als eine zentrale Aufgabe ansieht.

Die nächste große Aufgabe für den Ortsverein ist die Kommunalwahl 2020. Die Vorbereitungen sind im vollen Gange; schon im September 2018 hat der Vorstand einen Strategieworkshop durchgeführt, und die Besetzung der 20 Wahlkreise mit Kandidaten läuft auf Hochtouren. Die SPD Königswinter ist voller Zuversicht, dass der Bundestrend sich dreht und sie ein gutes Wahlergebnis erreichen wird.

2. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Königswinter 2009 - 2019

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2009 und 2014 versetzten die SPD beide nicht in Hochstimmung – sie erhielt 2009 mit 17,54% der Zweitstimmen 8 Mandate, 2014 mit 23,04% der Zweitstimmen 12 Mandate – wegen der Vergrößerung des Stadtrates durch Überhangmandate. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde 2009 und 2014 Jürgen Kusserow gewählt, 2009 assistiert von den Stellvertretern Hilke Andreae-Hinrichs und Joachim Hirzel, seit 2014 sind es Heike Gessinger und Joachim Hirzel.

Als Bürgermeisterin kandidierte 2009 und 2014 Cornelia Mazur-Flöer für die SPD. In beiden Wahlen erreichte sie etwa 40% der Stimmen (2009 43,84 %; 2014 40,14 %) gegen den CDU-Kandidaten Peter Wirtz, der knapp 60% erhielt.

2.1 Kommunalpolitische Auseinandersetzungen

Nach der Kommunalwahl 2009, in der die CDU ihre absolute Mehrheit verlor, wurden die Pläne für ein zentrales Rathaus trotz eines drohenden Haushaltsdefizits, das nicht mehr aus der Rücklage ausgeglichen werden konnte, von der CDU-FDP-Koalition munter weiterverfolgt. Die SPD schlug stattdessen vor, die vorhandenen Rathäuser aus Mitteln des Konjunkturpakets II der Bundesregierung zu sanieren. Als sich herausstellte, dass für die alten Rathäuser, deren Erlös eine wichtige Komponente in den Wirtschaftlichkeitsberechnungen war, nicht der erhoffte Wert am Markt realisiert werden konnte, war die Diskussion um das zentrale Rathaus sehr schnell beendet. Kosten für Planung, Gutachter und Beratung: 180.000 €.

Damit war das Thema aber mitnichten erledigt, sondern 2017 stand es wieder auf der Tagesordnung, denn die Gemeindeprüfungsanstalt war der Ansicht, dass die Zusammenlegung der drei Rathäuser wirtschaftlicher sei. Die SPD war nach wie vor für die Erhaltung der bewährten drei Rathäuser, betonte aber deren Sanierungsbedarf.

Die Diskussion um den Nationalpark Siebengebirge erregte die Gemüter in den Jahren 2008 und 2009 bis zur Kommunalwahl im September 2009, die eine ausschließlich auf die Verhinderung des Nationalparks abzielende Fraktion in den Stadtrat spülte. Allerdings wurde diese Zielsetzung schon am Tage der Kommunalwahl erreicht, weil am selben Tag in Bad Honnef ein Bürgerentscheid die Beteiligung Bad Honnefs am Nationalpark ausschloss und damit das ganze Projekt zu Fall brachte. Polemik und Falschbehauptungen hatten die

Diskussion bestimmt; die Faktengrundlage war zum Zeitpunkt des Bürgerentscheids noch nicht vollständig erarbeitet, v.a. gab es noch kein Verkehrskonzept und auch die langfristige Finanzierung war noch nicht geklärt. Die SPD hatte daher noch keine abgeschlossene Bewertungspostion gefunden, als die Idee Nationalpark Siebengebirge vorzeitig am Ende und damit möglicherweise eine Chance für die Region vertan war. –

Auch das Projekt Factory-Outlet-Center, das ein Investor in der Altstadt auf dem Lemmerzgelände östlich der Bahntrasse nach einer von CDU und FDP vorgeschlagenen Interessenbekundung realisieren wollte, beherrschte 2014 die Diskussion. Die Aussicht, in der Altstadt einen Neuanfang zu schaffen, war faszinierend. Die SPD hat das Projekt mit deutlicher Skepsis unterstützt, um eine mögliche Chance für die Altstadt zu nutzen. Es wurde 2015 durch einstimmigen Beschluss beerdigt, nicht zuletzt wegen kaum überwindbarer planungsrechtlicher Hindernisse.

Von einigen Strukturfördermaßnahmen hat Königswinter dagegen profitieren können. Dazu gehören etwa die Sanierung der Drachenburg aus Mitteln der NRW-Stiftung und des Landes NRW, der Neubau des Drachenfelsrestaurants aus Landesmitteln, der Bonn-Berlin-Ausgleich – Stichworte: die Stiftung Naturschutzgeschichte in der Vorburg der Drachenburg, die Neugestaltung der Talstation der Drachenfelsbahn, das Kreativzentrum des CJD – und die Städtebauförderungsmittel für die Altstadtsanierung, die wegen ihres wenig effektiven Managements kein voller Erfolg war, weshalb die SPD 2017 der Aufhebung der Sanierungsgebiete zustimmte.

Die städtebauliche Umgestaltung der Altstadt mit der Tourismusachse Drachenfelsstraße und der Umgehungsstraße zur Entlastung der Rheinallee steht und fällt mit der Eisenbahnkreuzung. Jetzt endlich, nach langen Verzögerungen durch die Deutsche Bahn, liegt ein unterschriftsreifer Entwurf der Eisenbahnkreuzungsvereinbarung vor.

Eine erfolgreiche Strukturfördermaßnahme war die Regionale 2010 der SPD-geführten Landesregierungen unter Wolfgang Clement und Peer Steinbrück, die von der konservativen Regierung Rüttgers und der rot-grünen Regierung unter Hannelore Kraft fortgeführt wurde. In Königswinter bedurfte es mehrerer Anstöße der SPD, um die CDU-Mehrheit und -Verwaltung dazu zu bringen, sich am Wettbewerb, um die Mittel aus der Regionale 2010 zu beteiligen. Der Erfolg lässt sich sehen: zu den touristischen Highlights in Königswinter gehören jetzt z.B. die Kulturlandschaft Kloster Heisterbach, die umgebaute Mittelstation der Drachenfelsbahn, das umgestaltete Drachenfelsplateau, der neugestaltete Park der Villa Leonhard, die sanierte Nibelungenhalle und das erweiterte und neugestaltete Siebengebirgsmuseum.

Sehr kontrovers entwickelte sich die Diskussion um den Bebauungsplan Sumpfweg Süd am Niederdollendorfer Rheinufer. Pläne zur Bebauung gab es schon in den siebziger Jahren; mehrfach lagen dem Stadtrat Bebauungskonzepte der unterschiedlichen Investoren vor. Im Lauf der Jahrzehnte veränderten sich die entwicklungsplanerischen Zielvorstellungen, die Genehmigungskriterien und nicht zuletzt die Vorschriften, etwa bezüglich des Hochwasserschutzes. Die SPD kam schließlich zu der Auffassung, dass auf eine Bebauung verzichtet werden sollte – wegen des durch den Klimawandel immer problematischer werdenden Hochwasserschutzes und weil eine der letzten Grünflächen am Rheinufer erhalten werden sollte. Sie beantragte daher 2008 zusammen mit den GRÜNEN die Aufhebung des bestehenden Bebauungsplanes. CDU und FDP lehnten ab, weil sie Schadensersatzforderungen des Investors befürchteten. Die SPD dagegen hielt das Risiko für beherrschbar.

Als sich 2018 die alten Bebauungspläne als fehlerhaft erwiesen, bestand eine neue Chance, den veränderten Anforderungen zu entsprechen. Die SPD beantragte daher die Aufhebung. Die Koalition dagegen entschied sich mit ihrer Mehrheit für die Heilung der Fehler und damit für die Beibehaltung der bestehenden Bebauungspläne, so dass jetzt mit der Bebauung dieser letzten Königswinterer Freifläche am Rheinufer gerechnet werden muss. Ob eine Renaturierung des Rheinuferes auf der verbleibenden Fläche, z.B. im Rahmen des Programms ‚Blaues Band‘, möglich ist, muss die von der SPD beantragte Prüfung zeigen.

Dem Siedlungsdruck in der Region hat die Stadt Königswinter seit ihrer Gründung 1969 mit der Ausweisung immer neuer Baugebiete v.a. im Bergbereich Rechnung getragen; zusätzlich wurden Abrundungssatzungen und Baulückenschließungen genehmigt. Dabei wurde immer deutlicher, dass der Flächennutzungsplan von 1974 seine steuernde Funktion immer weniger wahrnehmen konnte. Umwelt- und Naturschutz hatten 1974 ebenso wenig eine Rolle gespielt wie die starken demografischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Als Folge des nicht mehr zeitgemäßen FNP wurde von der Ratsmehrheit eine Reihe von Bebauungsplänen beschlossen, die heutigen Ansprüchen an eine moderne Bauleitplanung nicht mehr genügen konnten.

Immer wieder beantragte die SPD, den FNP und einige alte Bebauungspläne den gesellschaftlichen und demografischen Entwicklungen anzupassen – ohne Erfolg, die CDU steckte im alten Denken fest.

Seit 2016 nun bahnt sich eine Wende an: der Planungs- und Umweltausschuss beschloss, ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) zu entwickeln, das die zentrale

Leitlinie der Stadtentwicklungspolitik in den nächsten Jahrzehnten und damit die Grundlage für die Neuaufstellung des FNP bilden soll. Die SPD unterstützt diesen Prozess nachdrücklich.

Um eins der umstrittensten regionalen Verkehrsprojekte der Region, die Südtangente, ist es ruhig geworden. Zwar wurde sie 2016 wieder in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen, und zwar in die Kategorie ‚Weiterer Bedarf mit Planungsrecht‘; eine konkrete Umsetzung ist aber – wie schon seit den sechziger Jahren – nicht in Sicht.

Die kommunale Verkehrspolitik beschäftigte sich daher mit Optimierungsmaßnahmen für die jetzige Situation. Dazu gehört die Ampelschaltung in der Heisterbacher Straße in Dollendorf, die zwar kaum zu einer Reduzierung des Verkehrs, wohl aber zu größerer Sicherheit für die Fußgänger führte.

Angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich der E-Mobilität, nicht zuletzt der E-Bikes und E-Scooter, werden Radwegenetze und ÖPNV-Knoten, an denen ein Wechsel zwischen Verkehrsmitteln möglich ist, in Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Die SPD setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass Königswinter für diese Entwicklung gerüstet ist, indem das Radwegenetz optimiert und ein Netz an Ladestationen ebenso vorgehalten wird wie – v.a. an den ÖPNV-Knoten - für die Herstellung von verschließbaren Abstellanlagen gesorgt wird.

Zwei Ereignisse von großer Tragweite führten zu keinerlei Auseinandersetzungen im Stadtrat. Der Tod des Pflegekindes Anna im Jahr 2010 erschütterte Stadtrat und Verwaltung zutiefst und führte zu einer grundsätzlichen Revision der Struktur und Arbeitsweise des seit 2007 selbständigen Jugendamtes. Die Vorkehrungen, die in Zukunft ein solches tragisches Ereignis ausschließen sollen, wurden einhellig beschlossen.

Die große Zahl der Flüchtlinge, die seit Herbst 2015 in Königswinter ankamen, stellte v.a. die Stadtverwaltung vor enorme Herausforderungen und mobilisierte ein beispielloses Engagement der Königswinterer Bürgerinnen und Bürger. Das angemessene und kompetente Handeln der Stadtverwaltung bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge wurde von der SPD ausdrücklich begrüßt.

2.2 Die Königswinterer Bildungslandschaft: fit für die Zukunft

Im Jahr 2012 glaubte man sich in Königswinter in die Schulkonflikte der Weimarer Republik zurückversetzt: die katholische Kirche entließ in ihrem Kindergarten in Rauschendorf eine beliebte Kindergärtnerin wegen Ehebruchs. Das katholische Arbeitsrecht machte es möglich. Die Eltern bestanden darauf, ihre Kinder weiterhin von der gefeuerten Kindergärtnerin erziehen zu lassen. In der öffentlichen Diskussion stellte die SPD sich auf die Seite der gekündigten Kindergärtnerin und stimmte im Jugendhilfeausschuss mit einer Mehrheit dafür, der katholischen Kirche die Trägerschaft zu entziehen. Der neue Träger beschäftigte die Kindergärtnerin weiter. Der Fall beschäftigte die Medien bundesweit und führte zu vielen grundsätzlichen Diskussionen um das kirchliche Arbeitsrecht.

Nachdem sich die SPD 1989/90 nach der Schließung des Gymnasiums am Petersberg vergeblich für die Gründung einer Gesamtschule eingesetzt hatte, stand die Frage der weiterführenden Schulen erneut auf der Tagesordnung, als auch die Hauptschule Oberpleis wegen massiv zurückgehender Anmeldezahlen vor der Schließung stand. Die SPD setzte sich - wie auch in den Jahren zuvor ständig - für die längst bundesweit etablierte und bewährte Gesamtschule ein, weil in dieser Schulform die Entscheidung über Schulabschlüsse und damit über Lebenschancen nicht im Alter von 10 Jahren, sondern wesentlich später getroffen wird.

CDU und FDP allerdings waren in ihrer Mehrheit noch ideologisch auf das dreigliedrige Schulsystem fixiert. Sie versuchten deshalb zunächst, die Hauptschule mit allen Mitteln am Leben zu erhalten – vergeblich, die Wünsche der Eltern nach dem bestmöglichen Schulabschluss für ihr Kind und einer möglichst späten Entscheidung waren unabweisbar. Zunächst wurde der erfolglose Versuch gestartet, eine Sekundarschule in Oberpleis zu etablieren, die Haupt- und Realschule vereinigt hätte und so keine Konkurrenz für das Gymnasium am Oelberg gewesen wäre – auch die Sekundarschule wollten die Eltern nicht.

In einem unübersichtlichen und streckenweise irrationalen Entscheidungsprozess, der durch nicht immer klare Vorgaben von Seiten der Bezirksregierung zusätzlich erschwert wurde, kam es schließlich in der entscheidenden Stadtratssitzung im Dezember 2012 zur finalen, geheimen Abstimmung mit dem für alle überraschenden Ergebnis von 26 Ja-Stimmen bei 22 Nein-Stimmen für die Gründung einer städtischen Gesamtschule im Schulzentrum Oberpleis. Sogar CDU-Bürgermeister Peter Wirtz hatte sich, abweichend von der

Mehrheit der CDU-Fraktion, für die Gesamtschule ausgesprochen. CDU und FDP hatten damit in dieser gewichtigen kommunalpolitischen Entscheidung ihre Führungsrolle verloren; die meisten ihrer Mitglieder haderten lange mit ihrer Niederlage.

Im Schuljahr 2013/2014 startete die neue Schule mit 177 Schülern. Haupt- und Realschule nahmen keine neuen Schüler mehr auf, sondern führten nur die vorhandenen Klassen bis zum Abschluss. So wurden sukzessiv Räume für die aufwachsende Gesamtschule frei, und die Gebäude des Schulzentrums Oberpleis teilen sich in Zukunft das Gymnasium am Oelberg und die Gesamtschule. Im Schuljahr 2019/20 bildete die Gesamtschule zum ersten Mal eine Sekundarstufe II für die Schüler, die das Abitur anstreben.

Ein wesentliches bildungspolitisches Ziel der SPD war erreicht: Jedes Kind in Königswinter hat die Chance, in einer städtischen Schule den Schulabschluss zu machen, der seinen Fähigkeiten entspricht; und für das Abitur hat jeder die Wahl zwischen dem Besuch des Gymnasiums oder der Gesamtschule. Dass auch in Zukunft alle Schulabschlüsse an städtischen Schulen möglich sind, ist ganz wesentlich ein Erfolg der SPD in Kooperation mit anderen Oppositionsparteien.

Die Erhaltung des Schulstandortes Königswinter für die Förderschule dagegen war im Stadtrat unumstritten.

Die Drachenfelsschule, eine Förderschule der Stadt Königswinter mit dem Schwerpunkt Lernen, war ebenfalls wegen zurückgehender Schülerzahlen von Schließung bedroht. Die Mindestgrößenverordnung der rot-grünen Landesregierung schrieb eine Mindestschülerzahl von 144 Schülern vor, die in Zukunft nicht mehr garantiert war. Durch einvernehmliche Entscheidungen der Städte Bornheim, wo ebenfalls die Schließung einer Förderschule drohte, und Königswinter gelang es, beide Schulstandorte zu erhalten, indem die Förderschulen beider Städte mit einer gemeinsamen Schulleitung und einem gemeinsamen Schulkonzept ab dem Schuljahr 2015/16 zu einer Förderschule an zwei Schulstandorten zusammengelegt wurden.

Über diese sinnvolle interkommunale Kooperation gab es keinen Dissens zwischen den Fraktionen.

Die Schulstruktur in Königswinter ist also vorbereitet auf die Zukunft; jetzt wird es vornehmlich um die fortgesetzte Modernisierung der Infrastruktur, v.a. der IT- und TK-Bereiche, sowie um die Anpassung der Gebäude an, die sich wandelnden Ansprüche der Schulen gehen. Dabei ist z.B. der von der SPD unablässig geforderte und immer wieder verschobene Mensaaufzug im Schulzentrum Oberpleis weiterhin eine dringende Notwendigkeit, denn die Mensa muss auch für Behinderte oder auch nur zeitweise Gehandicapte zugänglich sein.

2.3 Pleiten, Pech und Pannen: Der Dauerstreit um die Königswinterer Bäder

Überall im Rhein-Sieg-Kreis – und nicht nur dort – zeichnete sich seit den 90er Jahren mit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements und der damit verbundenen Haushaltstransparenz eine wachsende Knappheit der Mittel ab, die sich v.a. bei der Einschränkung der freiwilligen Leistungen bemerkbar machte.

In Königswinter richteten sich nach der Privatisierung der städtischen Bibliothek 1996 die Sparbemühungen auf die Schwimmbäder. Ein von der SPD immer wieder angemahntes Bäderkonzept wurde vom CDU-Bürgermeister nicht vorgelegt; stattdessen suchten er und die Mehrheitsfraktionen auch für dieses Großprojekt das Heil in der Privatisierung.

Zunächst wurde das Freibad Oberpleis privatisiert, anschließend das im Schulzentrum befindliche Hallenbad geschlossen – beides gegen die Stimmen der SPD. Da das Freibad über kein ausreichend tiefes Schwimmbecken verfügt – von der SPD war es ständig angemahnt worden –, gibt es im Bergbereich keinen sportlichen Ansprüchen genügende Schwimmmöglichkeit mehr.

Was die Bäder im Talbereich – die beiden Lemmerzbäder – anbelangt, so war die CDU in einem mit einem privaten Investor schon verhandelten Vertrag bereit, das Hallenbad zu schließen und das Freibad in ein Kombibad umzuwandeln. Sie hatte allerdings nicht mit dem massiven Bürgerprotest gegen die angedachte Schließung des Hallenbades gerechnet. Die SPD bestand auf einem Bäderkonzept einschließlich einer Kostenermittlung für die Sanierung des Lemmerz-Hallenbades. Die Sanierung wurde 2007 mit 2,4 Mio € beziffert.

Das Ausschreibungsverfahren für einen Neubau, alternativ die Sanierung des Hallenbadaltbaus, sowie für den Betrieb des Bades wurde begleitet von einem widersprüchlichen, oft unklaren Abstimmungsprozess im Rat und seinen Ausschüssen, in dem die SPD stets bei ihrer Ausgangsposition, nämlich der Favorisierung der Sanierung des Hallenbades in städtischer Eigenregie, blieb.

In einem ersten Ausschreibungsverfahren konnte kein Bieter gefunden werden, weil der städtische Zuschuss nicht hoch genug war. Nach Absenkung der Standards für die neue Ausschreibung verfielen die Mehrheitsfraktionen (CDU, FDP) dem neoliberalen Zeitgeist vollständig und waren bereit, im Wege der Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) beide Bäder einem Investor zu überlassen, dem

30 Jahre lang jährlich etwa 1 Mio € für Neubau und Betrieb eines Hallenbades gezahlt werden sollten.

Die Einwände der SPD gegen dieses Modell waren sehr grundsätzlicher Art: zwei Drittel der jährlichen Rate sollten ‚einredefrei‘ gestellt werden, d.h. sie wären 30 Jahre lang bedingungslos zu zahlen gewesen, selbst bei Insolvenz des Investors; und beim dritten Drittel, etwa 300.000€, aus denen die Betriebskosten bestritten werden sollten, war mit massiven Erhöhungen im Laufe der 30 Jahre zu rechnen. Gesichert war in diesem Vertrag lediglich der Profit des Investors, während er für die Stadt und ihre Bürger ein hochriskantes Abenteuer gewesen wäre. Die SPD hat daher den ÖPP-Vertrag konsequent abgelehnt.

Im ÖPP-Rausch erwarb die Stadtverwaltung ein Wunschgrundstück am Rheinufer, auf dem das neue Bad errichtet werden sollte; allerdings wurde sie von der Aufsichtsbehörde, der Bezirksregierung, unsanft aus ihrem Wahn gerissen, als sich herausstellte, dass das Grundstück aus wasserschutzrechtlichen Gründen ungeeignet war.

Kurz vor Abschluss des ÖPP-Vertrages stellte sich heraus, dass die Mehrheitsfraktionen ein wichtiges Element des Schwimmbades, nämlich die Sprungmöglichkeiten, einfach vergessen hatten. Es war also mit einer Erhöhung der jährlichen Belastung zu rechnen.

Vor der Kommunalwahl 2014 brach das ÖPP-Neubau-Projekt plötzlich zusammen, weil der Investor sich in allerletzter Minute doch nicht zur Vertragsunterzeichnung in der Lage sah.

Nach diesem Supergau musste von vorn angefangen werden. Jetzt bestand die Chance, das Hallenbad zu sanieren; die Kosten waren von einem von der Bürgerinitiative ‚Rettet unsere Lemmerzbäder!‘ auf eigene Kosten beauftragten Fachmann mit 4 Mio € berechnet worden. CDU, FDP und GRÜNE allerdings wollten nach wie vor die ganz große Lösung: den Neubau. Erst als sich Kosten von 10 Mio € für Abriss und Neubau abzeichneten, waren sie bereit, die Kosten für Neubau und Sanierung von einem von der Stadt beauftragten Büro berechnen zu lassen, um die Grundlage für einen Kostenvergleich zu haben. Trotz einer Kostendifferenz von etwa 2 Mio € zugunsten der Sanierungsvariante beschloss der Stadtrat im Oktober 2017 mit der Mehrheit von CDU, FDP und Ex-GRÜNEN den Abriss des alten und den Neubau des Hallenbades auf dem Grundstück des alten Lemmerzbades. Inzwischen ist der Plan um den sinnvollen Vorschlag erweitert worden, an das Hallenbad einen Kindergarten anzubauen.

In den 10 Jahren der Diskussion um das Hallenbad von 2007 bis 2017 sind Kosten für Gutachten, Beratung und mehrere Vergaben von nahezu 1 Mio € entstanden – Geld, das hätte eingespart werden

können, wenn 2007 gleich der SPD-Vorschlag, das Hallenbad in städtischer Eigenregie zu sanieren, in Angriff genommen worden wäre.

Nachdem im Oktober 2017 gegen die Stimmen der SPD die Entscheidung für den Neubau des Hallenbades gefallen ist, wird sich die SPD jetzt konstruktiv für die Erhaltung von guten Schwimmmöglichkeiten für Schulen und Vereine, für Jung und Alt, für alle Königswinterer Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

2.4 Sozialpolitische Kontroversen: Elternbeiträge für Kinderbetreuung und bezahlbares Wohnen

Sehr unterschiedliche Auffassungen der Fraktionen werden immer wieder deutlich im Bereich der Finanzierung des Bildungssystems, v.a. im Elementar- und Primarbereich. Die SPD vertritt das grundsätzliche Ziel, dass eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit die Kostenfreiheit des Bildungssystems sein sollte, und zwar von der Kita bis zur Universität. Das ‚Gute-Kita-Gesetz‘ der Bundesregierung von 2018 schafft dafür gute Voraussetzungen. In Königswinter bleibt in der Auseinandersetzung über die Elternbeiträge für Kita und Offene Ganztagschule im Sinne des Ziels der Beitragsfreiheit noch viel zu tun.

Wie ein roter Faden zieht sich der Kampf der SPD um, wenn schon nicht Beitragsfreiheit, so doch wenigstens Beitragsstabilität für Kita und OGS durch die Haushaltsdebatten. Die SPD hatte daher im Haushalt 2010 kein Verständnis dafür, dass die OGS-Beiträge erhöht wurden und der Mehrertrag in die Planung eines umstrittenen zentralen Rathauses ging.

Die SPD sah die Betreuung und Erziehung in Kita und OGS als gesellschaftliche Aufgabe und nicht als Pflicht ausschließlich der Eltern. Sie schlug daher für den Haushalt 2016 vor, die steigenden Kinderbetreuungskosten durch eine Erhöhung der Grundsteuer B zu finanzieren, sie also zu kommunalisieren. Die Koalition war allerdings der Ansicht, dass diese Kosten den Familien aufgebürdet werden sollten.

Die SPD erreichte lediglich einen Aufschub der Erhöhung in das Jahr 2017, was ihr 2016 eine der seltenen Zustimmungen zum Haushalt ermöglichte. 2017 wäre die SPD notgedrungen, um den gesetzlich vorgeschriebenen Elternanteil an der Kita-/OGS-Finanzierung zu erreichen, zu einer moderaten Erhöhung der Beiträge bereit gewesen. Die Koalition allerdings beschloss neben der allgemeinen Beitragserhöhung, die Geschwisterkindbefreiung aufzuheben und damit die Kosten für Familien mit mehreren Kindern um bis zu 40% zu erhöhen. Da war dann eine Zustimmung zum Haushalt nicht möglich.

In einer anderen sozialpolitischen Frage deutet sich an, dass SPD und Koalition sich einander annähern: in der Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Schon 2014 versuchte die SPD erfolglos, im Haushalt Mittel für die Erstellung eines Wohnungsbaukonzeptes durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft bereitzustellen. Nachdem Königswinter inzwischen eine Reihe von neu errichteten, attraktiven Wohnanlagen v.a. an der Rheinschiene aufwies, war es an der Zeit, das Angebot an kostengünstigem Wohnraum in der Nähe von Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, sozialen Einrichtungen und dem ÖPNV-Netz zu verbessern. Die Nachfrage nach solchen Wohnungen stieg ständig, nicht zuletzt auch seit dem Zuzug der Flüchtlinge seit Herbst 2015.

Nachdem die Haltung der Koalition angesichts des Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum jahrelang von Desinteresse geprägt war, realisiert sie allmählich, unter dem immer unabwiesbareren Druck des steigenden Bedarfs, ihre Verantwortung. Inzwischen sind einige Projekte in Planung oder im Bau, so z.B. in der Paulstraße in Dollendorf – wenn auch gegen einige CDU-Stimmen - oder am Stadtgarten in der Altstadt. Einhellig konnte im Mai 2019 im Rat der Beschluss gefasst werden, dass in Zukunft Investitionsvorhaben für mehr als 20 Wohnungen nur genehmigt werden, wenn sie mindestens 30% der Wohnfläche in öffentlich gefördertem Wohnungsbau vorsehen.

Die Koalition und andere Fraktionen sind bei der Errichtung von Wohnanlagen gelegentlich anfällig dafür, dem häufig massiven Widerstand der Anwohner auch dann nachzugeben, wenn sich eine Innenverdichtung als günstig erweist. Dabei lautet ein von allem anerkannter Grundsatz, dass Innenverdichtung einem weiteren Flächenverbrauch durch Siedlungsausdehnung vorzuziehen ist. Die SPD geht dabei von der Überzeugung aus, dass die Erstellung von kostengünstigem Wohnraum Teil der Daseinsvorsorge ist, zu der die Kommune verpflichtet ist.

3. Interviewpartner/innen

Gesprächspartner, die sich für uns an das letzte Jahrzehnt erinnern haben:

- Nina De Backer, verh. Freistedt
- Gunnar Behrendt
- Joachim Hirzel
- Karin Klink
- Sabine Krieger-Mattila
- Jürgen Kusserow
- Björn Seelbach

- Nils Suchetzki

(Die Interviews führten Hilke Andreae-Hinrichs und Inge Hagemann)

4. Zusammenstellung von Daten zur Fortschreibung Geschichte der SPD

Jahreshauptversammlung (JHV) 01.10.2009

Vorsitzender	Jürgen Kusserow
Stellvertreterin	Cornelia Mazur-Flöer
Stellvertreter	Alexander Handschuh
KassiererIn	Karen Bienasch
Schriftführerin	Bettina Beck
Beisitzer/innen	Hilke Andreae-Hinrichs Michael Adrian Robert Brungs Sabine Krieger-Mattila Dirk Lindemann Hermann Scharnhoop Uwe Zimmermann
Revisoren	Werner Brinkmann, Birgit Pfeifer, Dagni Schwarz

Jahreshauptversammlung (JHV) 05.07.2011

Vorsitzender	Björn Seelbach
Stellvertreterin	Cornelia Mazur-Flöer
Stellvertreter	Alexander Handschuh
Kassierer	Axel Käthler
Schriftführerin	Bettina Beck
Beisitzer/innen	Michael Adrian Hilke Andreae-Hinrichs Robert Brungs Joachim Hirzel Sabine Krieger-Mattila
Revisoren	Werner Brinkmann, Birgit Pfeifer, Dagni Schwarz

Mitgliederversammlung (JHV) 30.09.2013

Vorsitzender	Björn Seelbach
Stellvertreterin	Cornelia Mazur-Flöer
Stellvertreter	Milan Nellen
Kassierer	Axel Käthler, Sabine Krieger-Mattila
Schriftführerin	Nils Suchetzki
Beisitzer/innen	Michael Adrian Hilke Andreae-Hinrichs Robert Brungs Joachim Hirzel Lia Kirsch David Kusserow
Revisoren	Werner Brinkmann, Birgit Pfeifer, Dagni Schwarz

Jahreshauptversammlung (JHV) 22.10.2015

Vorsitzende	Nina De Backer
Stellvertreter	Philipp Berres, Klaus Bremer
Kassiererin	Sabine Krieger-Mattila
Schriftführer	David Kusserow
Beisitzer/innen	Heike Gessinger Lia Kirsch Karin Klink Thomas Mattila Zara Pekgöz Andrea Trabert-Kirsch Annette Zinnen Helmut Zinnen
Revisoren	Cornelia Mazur-Flöer, Gunnar Behrendt, Jürgen Kusserow

Jahreshauptversammlung (JHV) 10.10.2017

Vorsitzende	Karin Klink
Stellvertreter	Klaus Bremer, Nils Suchetzki
KassiererIn	Sabine Krieger-Mattila
Schriftführer	David Kusserow
Beisitzer/innen	Philipp Berres
	Ali Dogan
	Heike Gessinger
	Marcus Kay
	Claudia Klemm
	Thomas Mattila
	Andrea Trabert-Kirsch
Revisoren	Cornelia Mazur-Flöer, Jürgen Kusserow

Jahreshauptversammlung (JHV) 10.04.2019

Vorsitzender	Nils Suchetzki
Stellvertreterinnen	Karin Klink, Andrea Trabert-Kirsch
KassiererIn	Sabine Krieger-Mattila
Schriftführer	David Kusserow
Beisitzer/innen	Peter Bierbrauer
	Klaus Bremer
	Claudia Klemm
	Nina Limbach
	Björn Seelbach
	David Thiebes
Revisoren	Cornelia Mazur-Flöer, Gunnar Behrendt, Jürgen Kusserow

Zusammenfassung Ortsvereinvorsitzende:

2007 bis 2011	Ortsvereinvorsitzender:	Jürgen Kusserow
2011 bis 2015	Ortsvereinvorsitzender:	Björn Seelbach
2015 bis 2017	Ortsvereinvorsitzende:	Nina De Backer
2017 bis 2019	Ortsvereinvorsitzende:	Karin Klink
ab 2019	Ortsvereinvorsitzender:	Nils Suchetzki

Kommunalwahl 2009:

Bürgermeisterwahl: Peter Wirtz (CDU) gewählt mit 56,16 %

Cornelia Mazur-Flöer (SPD) 43,84%

Die SPD erhielt 24,38% der Stimmen in Königswinter (CDU 52,22%)

Liste der Ratsmitglieder der SPD-Fraktion 2009:

Kusserow, Jürgen (Fraktionsvorsitzender)	Reserveliste 1
Mazur-Flöer, Cornelia	Reserveliste 2
Andreae-Hinrichs, Hilke	Reserveliste 3
Zimmermann, Uwe	Reserveliste 4
Hirzel, Joachim	Reserveliste 5
Ursula Brungs (aus der Fraktion ausgeschlossen)	Reserveliste 6
Gessinger-Kern, Heike	Reserveliste 7
Opschondek, Petra	Reserveliste 8

Erstmals in der Geschichte der SPD-Ratsfraktion - und damit auch der Partei - wurde das RM Ursula Brungs in der außerordentlichen Fraktionssitzung vom 01.07.2013 aus der Fraktion ausgeschlossen wegen partei- und fraktions-schädigendem Verhalten. Frau Brungs hat das Mandat "mitgenommen" daher kein(e) Nachrücker(in)

Weitere Funktionsträger, in Königswinter wohnhaft:

MdK RSK (Mitglieder des Kreistages): Cornelia Mazur Flöer, Jürgen Kusserow

Kommunalwahl 2014:

Bürgermeisterwahl: Peter Wirtz (CDU) gewählt mit 59,86%

Cornelia Mazur-Flöer (SPD) 40,14%

Die SPD erhielt 23,04% der Stimmen in Königswinter (CDU39,36%)

Liste der Ratsmitglieder der SPD-Fraktion 2014:

Kusserow, Jürgen (Fraktionsvorsitzender)	Reserveliste 1
Mazur-Flöer, Cornelia	Reserveliste 2
Seelbach, Björn	Reserveliste 3
Gessinger-Kern, Heike	Reserveliste 4
Hirzel, Joachim	Reserveliste 5
Andreae-Hinrichs, Hilke (ausgeschieden 01/15)	Reserveliste 6
Nachrücker Ali Dogan (ausgeschieden), sein Nachrücker Thomas Mattila, Oktober 2018	
Lindemann, Dirk	Reserveliste 7
Krieger-Mattila, Sabine	Reserveliste 8
Dauth, Georg	Reserveliste 9
Becker, Gisela	Reserveliste 10
Behrendt, Gunnar	Reserveliste 11
Klink, Karin	Reserveliste 12

Weitere Funktionsträger:

MdK RSK (Mitglieder des Kreistages): Cornelia Mazur Flöer, Björn Seelbach

MdB Bettina-Bähr-Losse vertritt seit 01.10.2016 den Wahlkreis Rhein-Sieg II (Bad Honnef, Königswinter, Sankt Augustin), wohnhaft in Sankt Augustin.

Sie ist für den ausgeschiedenen Peer Steinbrück in den Deutschen Bundestag nachgerückt.

Bei der Bundestagswahl am 24.09.2017 wurde sie nicht wiedergewählt.

Die beiden Wahlkreise des Rhein-Sieg-Kreises werden derzeit von Sebastian Hartmann, MdB, RSK I, betreut.

5. Bilder aus den Jahren 2009-2019

Infostände in den Ortsteilen – u.a. im Wahlkampf, zu Ostern, zum Weltfrauentag:



Europawahlkampf 2019 in Stieldorf – gemeinsam mit den Grünen



V.l.n.r.: Marcus Kay, Cornelia Mazur-Flöer und Klaus Bremer (2018)



V.l.n.r.: Sabine Krieger-Mattila, Karin Klink und David Kusserow (2018)



V.l.n.r.: Heinrich Zöllner und Björn Seelbach (2019)



V.l.n.r.: Nina Freistedt, Heike Gessinger und Philipp Berres (2017)

Sommerfest 2017 gemeinsam mit dem OV Oberkassel am Bootshaus



Weierfest 2016 in Heisterbacherrott,
v.l.n.r.: Dirk Lindemann, Nils Suchetzki, Cara Flöer, Philipp Berres, Lia Kirsch und Felix Rösner

Karneval 2018 bei der KG Küzengarde in Oberdollendorf,
v.l.n.r.: Nils Suchetzki, Nina Freistedt, Rolf Flöer, Cornelia Mazur-Flöer, Denis Waldästl, Zoé Flöer, Cara Flöer, Heike Wöst und Jürgen Wischumerski



Neujahrsempfang 2018, v.l.n.r.: Rolf Mützenich, Friedrich Benze, Karin Klink, Dr. Hans-Peter Reichel und Dietmar Tendler



Vorstand seit April 2018, v.l.n.r.: Andrea Trabert-Kirsch, Sabine Krieger-Mattila, David Kusserow, Nils Suchetzki, Claudia Klemm, Karin Klink, David Thiebes, Nina Limbach, Peter Bierbrauer, es fehlen: Klaus Bremer und Björn Seelbach

**TEIL 2: Zur Feier von 90 Jahren
SPD Königswinter
1919 – 2009**



Geschichtswerkstatt des Ortsvereins Königs- winter



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

**Königswinter
2010**

**Zur Feier von 90 Jahren SPD Königswinter
1919 – 2009**

Neuanfang der SPD nach 1945

Eine kleine Festschrift

Zusammengestellt und dokumentiert für die Geschichtswerkstatt
des Ortsvereins Königswinter

von

Lieselotte Busch und Inge Hagemann

unter Mitarbeit von **Hilke Andreae-Hinrichs, Sabine Krieger-Mattila
und Cornelia Mazur-Flöer**

Mit einem Vorwort des Ortsvereinsvorsitzenden Jürgen Kusserow

Erster Teil : Die SPD Königswinter seit 1945 im Spiegel von Dokumenten und schriftlichen Zeugnissen

	Seite
Vorwort des Ortsvereinsvorsitzenden Jürgen Kusserow	3
Einleitung	4
1. Neuanfang der Parteiorgane 1945	4
1.1 Ortsvereine im Raum Königswinter nach 1945	5
1.2 Die Ortsvereine und ihre Vorstände von 1945 – 1969	6
1.3 Die Gemeinderäte nach Ende des 2. Weltkrieges im Herbst 1945 unter Kontrolle der britischen Militärregierung	10
- Königswinter mit Königswinter – Land (Ittenbach und Aegidienberg)	
- Amt Oberkassel mit Nieder- und Oberdollendorf und Heisterbacherrott	
- Amt Oberpleis mit Thomasberg, Stieldorf und Vinxel	
2. Die ersten freien Kommunal- und Kreistagswahlen nach dem 2. Weltkrieg im Siegkreis	13
2.1 Wahlergebnisse der SPD am 15. September 1946	13
2.2 Wahlergebnisse der SPD am 17. Oktober 1948	14
2.3 Wahlergebnisse der SPD am 9. November 1952	16
2.4 Wahlergebnisse der SPD am 28. Oktober 1956	17
2.5 Wahlergebnisse der SPD am 19. März 1961	19
2.6 Wahlergebnisse der SPD am 27. September 1964	20
3. Die Gemeindegebietsreform 1969	21
3.1 Kommunalwahlen am 1. November 1969	23

Zweiter Teil: Die SPD Königswinter seit 1969 im Spiegel von Zeitzeugenberichten

4. Der SPD-Ortsverein Königswinter 1969 bis 2009	24
4.1 Mitgliederentwicklung von 1970 bis 1980	24
4.2 Leben und Arbeiten im Ortsverein	27
4.3 Falkengruppe (gegründet 1974	32
4.4 Jungsozialisten <JUSOS>	32
4.5 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen <AsF>	33
4.6 Städtepartnerschaft des SPD-Ortsvereins und der Stadtratsfraktion mit der englischen Stadt Cleethorpes – North East Lincolnshire	36
4.7 Städtepartnerschaft mit der südfranzösischen Stadt Cognac	37
4.8 Partnerschaft mit dem nach der Wende gegründeten SPD-Ortsverein Rathenow / Premnitz in Brandenburg	37
5. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Königswinter	39
5.1 Kommunalpolitische Auseinandersetzungen	39
5.2 Schulpolitik in Königswinter	43
5.3 Verkehrspolitik in Königswinter	46
5.4 Die Arbeit der Stadtratsfraktion in den Jahren 2004 – 2009	48

6. Ausblick in die Zukunft	50
7. Anhang:	
7.1 Die Vorstände des SPD-Ortsvereins nach der Stadtgründung 1969	52
7.2 Die Stadtratsfraktionen seit 1969	57
8. Literatur- und Quellenverzeichnis	59

Vorwort des Ortsvereinsvorsitzenden der SPD Königswinter

"Die Zukunft kann man nicht erfinden wenn man die Vergangenheit nicht kennt".

Wir feiern den 90. Geburtstag unseres Ortsvereins und sind stolz darauf die älteste politische Partei in unserer Stadt zu sein. Wir Königswinterer Sozialdemokraten haben schon früher die Geschichte unseres Ortsvereins erforscht. Anlaß dazu waren immer runde oder halbrunde Geburtstage oder wie **1977** die Ehrung des verdienten Genossen **Hannes Busch** aus Niederdollendorf anlässlich seines 80. Geburtstages. Henning Nase verfaßte die **Kleine Geschichte der SPD in Ober- und Niederdollendorf**.

1994, als der Ortsverein 75 Jahre alt wurde, veröffentlichten Lieselotte Busch und Hilke Andreae-Hinrichs **Materialien zur Geschichte der SPD in Königswinter**. Der Zeitraum 1848 bis 1925 wurde in dieser Schrift lebendig gemacht.

Im Jahr 2009 hat die Geschichtswerkstatt der SPD Königswinter den Blick auf den Neubeginn der SPD nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes und nach dem Ende des 2. Weltkrieges gerichtet und die Chronologie fortgeführt bis zum 90. Geburtstag.

Lieselotte Busch und **Inge Hagemann** haben für diese "Kleine Festschrift" im Kreisarchiv die Wahlergebnisse von 1946 bis 1969 recherchiert und die Namen der Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen gefunden, die in der schweren Nachkriegszeit neben der Bewältigung ihrer eigenen Probleme ihre Kraft zum Aufbau von demokratischen Strukturen in den Gemeinden einsetzten.

Die Besatzungszeit durch die britische Militärregierung im Sieg-Kreis ist bislang nicht erforscht worden. Mit dieser Arbeit wollen wir die Genossinnen und Genossen ehren und ihnen danken, daß sie obwohl sie immer in der Opposition waren mit viel Engagement das Gemeinwesen unserer Stadt Königswinter mitgestaltet haben.

Wir danken allen , die an dieser Schrift mitgewirkt haben, insbesondere **Hilke Andreae-Hinrichs** , **Sabine Krieger-Mattila** und **Cornelia Mazur-Flöer**.

Volker Fuchs vom Kreisarchiv Siegburg, **Annegret Annuth** und **Walter Oelpenich** von der Stadtverwaltung Königswinter danken wir für ihre Unterstützung beim Recherchieren .

Jürgen Kusserow
(Ortsvereinsvorsitzender)

Erster Teil: Die SPD Königswinter seit 1945 im Spiegel von Dokumenten und schriftlichen Zeugnissen

Einleitung

In ihrer Begrüßungsansprache zum 75. Geburtstag der SPD Königswinter vom **19. März 1994** erinnerte die Ortsvereinsvorsitzende **Inge Hagemann** an den Untergang der SPD nach dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten vom 23. März 1933.

Die **Geschichtswerkstatt von 2009** widmet sich dem Neubeginn **nach** der Zerschlagung des Nazi-Reiches, blickt aber auch kurz zurück auf die dramatischen Ereignisse der Jahre 1933 - 1945.

Nach dem Regierungsantritt Hitlers (30.1.1933) suchte sich die Partei mit der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag (Sprecher: Otto Wels) am 20. März 1933 der sich etablierenden nationalsozialistischen Diktatur entgegenzustellen. Unter dem „Schutz“ tausender SA-Männer fand die Abstimmung statt. Von den anwesenden 538 Abgeordneten stimmten 444 zu. Da die KPD bereits ausgeschaltet war **stimmte einzig die SPD-Fraktion geschlossen gegen das Gesetz.**¹ Bei der letzten, wenigstens noch halbwegs gesetzmäßig durchgeführten Reichstagswahl vom 5. März 1933 hatte die SPD trotz aller Verfolgung und trotz des Verbotes ihrer Presse noch 7,1 Millionen Stimmen und 120 Mandate gewonnen². Am 22.6.1933 verboten, wurden ihre Mitglieder und Anhänger bis 1945 verfolgt oder ins Exil getrieben, viele starben in Konzentrationslagern oder Zuchthäusern. Der Vorstand der **Exil-SPD** (SoPaDe) amtierte 1933-37 in Prag. („Prager Manifest“, 1934), 1938-1940 in Paris, 1940-1945 in London). Die im Deutschen Reich illegal tätigen SPD-Gruppen wurden größtenteils 1938/39 zerschlagen; zahlreiche SPD-Mitglieder schlossen sich der Widerstandsbewegung an (u.a. Julius Leber u. Wilhelm Leuschner).

1. Neuanfang der Parteiorgane 1945

"Wenn es natürlich auch im Laufe von 12 Jahren viel Verwirrung und Verzweiflung gab, gelang es doch, starke Teile der Funktionärsschicht und der Mitgliedschaft intakt zu halten, so daß sie nach 1945 sofort wieder zur Stelle waren, als sich die Partei wie der Vogel Phönix aus der Asche erhob".³

Im Juni 1945 wurde die SPD in den vier Besatzungszonen wieder gegründet sowie zunächst vor allem lokal und regional unter unterschiedlichen Zulassungsbedingungen wieder aufgebaut; der in Berlin gebildete „Zentralauschuß“ fungierte 1945/46 als Führungsorgan für die Sowjetisch besetzte Zone (SBZ); ein gesamtdeutsches Leitungsgremium existierte nicht.

¹ M. van Rey: 100 Jahre Wahlen u. Parteien im Rhein-Sieg-Kreis 1848 - 1949. Siegburg, 1979.-, S.126

² W. Matull: Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie.Berlin, 1957.- S.108

³ -. w.o. S. 113

Die programmatische Entwicklung nahm in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands einerseits und in der SBZ andererseits einen gegensätzlichen Verlauf.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sah sich die SPD unter Otto Grotewohl im April 1946 zum Zusammenschluß mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) genötigt, auch unter Selbsttäuschungen wie z.B. bei Berufung auf die „Einheit der Arbeiterklasse“.

Wegweisend für die Programmdiskussion der SPD in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands wurden die politischen Richtlinien Kurt Schumachers (1945/46; Vors. 1946-1952), die eine enge Verbindung von Sozialismus und Demokratie und des Aufbaues eines pluralistischen Parteiensystems forderten. Die SPD suchte hier neben der Arbeiterschaft die alten und neuen Mittelschichten anzusprechen; unter Anknüpfung an ihre organisatorische Tradition und ihr früheres Programm nahm sie einen raschen Aufstieg.

Beeinflußt von Herbert Wehner; wandte sich die SPD im Godesberger Programm von 1959 von marxistischen Denkansätzen ab und der Konzeption einer linken Volkspartei zu. Sie akzeptierte die soziale Marktwirtschaft und bekannte sich zur Westbindung der Bundesrepublik. 1952 -1964 war Erich Ollenhauer, 1964 - 1987 Willy Brandt Vorsitzender der Partei.

1.1 Ortsvereine im Raum Königswinter nach 1945

Über die Zeit nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus vom Kriegsende im Mai 1945 bis zur Stadtratswahl im Jahre 1948 ist wenig bekannt. Nur durch die Schrift von **Henning Nase** „Kleine Geschichte der SPD in Ober- und Niederdollendorf. Hrsg. aus Anlaß des 80. Geburtstages des Ehrenvorsitzenden der SPD Königswinter Hannes Busch“ erhalten wir Hinweise darüber, dass sich die alten Mitglieder wieder versammelten und in Ober- und Niederdollendorf mit Oberkassel einen neuen Ortsverein gründeten. Herausragende Persönlichkeit sozialdemokratischer Prägung war **Hannes Busch**.

1897 in Oberdollendorf als Sohn eines Bruchmeisters geboren, trat er 1919 der Sozialdemokratischen Partei bei. In der Zeit der Weimarer Republik war er jahrelang Mitglied im Gemeinderat von Oberdollendorf und in der Amtsvertretung Oberkassel. Während der Nazi Herrschaft von 1933 - 1945 wurde er gezwungen, seine politische Tätigkeit einzustellen. Neben Juden und Kommunisten wurden auch Sozialdemokraten bekämpft. Sie mussten vor allem berufliche Einschränkungen hinnehmen. Da der Arbeiter Hannes Busch keinen Beruf mehr fand, schlug er sich mit Hilfe von Freunden als Versicherungsvertreter bis 1945 durch.⁴

⁴ Nase, Henning: Kleine Geschichte der SPD in Ober- und Niederdollendorf. 1977.- S. 37.

Nach dem 2. Weltkrieg gründete er den SPD-Ortsverein Ober- und Niederdollendorf.

1.2 Die Ortsvereine und ihre Vorstände von 1945 - 1969

Am **Sonntag, dem 29. Juni 1947**, lud **Hannes Busch** etwa 20 Genossen und Sympathisanten der SPD zur Neugründung des Ortsvereins Ober- und Niederdollendorf in die Gaststätte "Zum kühlen Grunde" ein. Vorstandsmitglieder des ersten Vorstandes waren neben dem Vorsitzenden **Hannes Busch, Lorenz Jansen, Fritz Zimmermann, Fritz von dem Hoff, Hans Offenwanger und Erich Becker**.

Insgesamt 15 Jahre lang, 1947 bis 1962, war Busch Vorsitzender. Er wurde 1965 zum Ehrenvorsitzenden der SPD Ober- und Niederdollendorf ernannt und gehörte bis 1969 dem Kreistag an. Hannes Busch verstarb am 25.03.1991. Der Ortsverein litt unter Nachwuchsmangel.

“ Von den Gründungsmitgliedern war keiner unter 35 Jahre und lange Zeit gab es kein weibliches Mitglied“ schreibt **Nase, der von 1975 bis 1989 Ortsvereinsvorsitzender in Königswinter war**.

„Die Arbeit des Ortsvereins war anfangs stark davon geprägt, die Folgen der Nazi-Zeit zu überwinden und sich im politischen Kräftefeld auf alte und neue Wahlkonkurrenten einzustellen: Unsere Stellung zum Nationalsozialismus, Bereinigung der Ämter und der Privatwirtschaft, Kampf gegen das Zentrum, die Christlich Demokratische Partei sowie die CDU, Kampf dem Separatismus, Unser Standpunkt zur KPD; Vorsicht, Distanz, Misstrauen“.

In der Kommunalpolitik ging es darum, die wirtschaftliche Not der Nachkriegszeit zu lindern und zu beseitigen. Die SPD forderte im Gemeinderat Initiativen insbesondere gegen die Wohnungsnot.

Es ist anzunehmen, dass sich im Amt **Oberpleis - mit Stieldorf, Vinxel, Thomasberg** - ehemalige Mitglieder und auch Zugezogene zu kleinen Ortsvereinen zusammenfanden. Vor allem unter den Steinbrucharbeitern waren Anhänger der SPD zu finden. Aussagekräftige Belege gibt es in den ersten Nachkriegsjahren darüber nicht. Es gab wichtigere Probleme zu lösen, als Parteiarbeit zu protokollieren.

Die für die SPD zuerst von der britischen Militärregierung ernannten und später gewählten Ratsvertreter (siehe unter 2. Die ersten freien Kommunal- und Kreistagswahlen im Siegkreis) müssen der SPD nahegestanden haben bzw. Mitglieder der Partei gewesen sein. Daraus folgert, dass es Ortsvereine gegeben hat, denen wahrscheinlich nur wenige Mitglieder angehörten.

In den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts wuchs die Bevölkerung in allen Ortsteilen von Königswinter stark an. Zunächst kamen Flüchtlinge aus Schlesien und Ostpreußen. Die expandierende Firma Lemmerz errichtete Wohnungen für ihre Arbeiter. Schließlich entdeckten die Angestellten und Beamten der Bundesregierung in Bonn „de schäl sick“ als Wohngebiet.

Johann Lorscheid aus Berghausen, begründete am 01.08.1960 den **SPD-Ortsverein Oberpleis** und blieb dessen Vorsitzender bis 1964. Im September 1964 wieder in die Gemeindevertretung gewählt, wurde er mit Schreiben vom 27.10.1966 des Bürgermeisters Meurer zum Vizebürgermeister des Amtes Oberpleis berufen und erhielt das Dienst-Siegel, um vorrangig Nottestamente ausstellen zu können.

Sein Nachfolger als Ortsvereinsvorsitzender wurde der **Genosse Blesgen** bis November 1966. Ihm folgte **Karl-Heinz Seger**, der den Vorsitz bis zur kommunalen Neuordnung und damit der Gründung eines SPD-Gesamtortsvereines am 13. Juni 1969 inne hatte.

Er war seit 1969, der ersten Kommunalwahl nach der Gebietsreform Mitglied im Rat der Stadt Königswinter. Sein Ratsmandat hatte er 6 Wahlperioden lang - bis 1999 - inne.

Auch für die **Stadt Königswinter mit Königswinter Land** – Ittenbach und Aegidienberg – liegen für die ersten Nachkriegsjahre keine Unterlagen vor. Aber aus den Mitgliederlisten von **Hildegard Weber** – ab 1959 geführt - wissen wir, daß bereits am 20.12.1945 **Carl Engels** Mitglied der SPD wurde, ihm folgten am 28.01.1946 **Leo Hermanowski**, am 12.03.1946 **Walter Ehms**, 01.06.1946 **Paul Hedel** und am 01.07.1946 **Wilhelm Palmersheim**. Ein Jahr später, am 21.09.1947 ist **Franz-Josef Walk** als Student der SPD beigetreten. Diese Männer haben trotz oder wegen der widrigen Bedingungen auch in Königswinter den Wiederaufbau des SPD-Ortsvereines begonnen.

In der ersten freien, von der britischen Militärregierung beobachteten Kommunalwahl im Oktober 1948 wurden Carl Engels, Walter Ehms und Franz-Josef Walk bereits in den Stadtrat gewählt. Franz-Josef Walk ist nach der Gebietsreform 1969 noch bis 1984 Ratsmitglied gewesen. Über 36 Jahre hat er die Geschichte dieser Stadt mitbestimmt. Er verstarb am 10. Juli 1991.

In den örtlichen Presseorganen wird kaum über die SPD berichtet. Eine Ausnahme aus 1956 sei hier auszugsweise erwähnt. Es handelt sich um die strittige Besetzung des Amtes des Vizebürgermeisters, die während des Wahlkampfes 1956 für eine lebhafte Diskussion sorgte:

OFFENER BRIEF⁵ von **Herbert Aust**, Leiter der Volkshochschule Königswinter und Ratsherr:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Mitglieder und Vorstandsmitglieder der CDU in Königswinter haben mir berichtet, dass Sie in einer Vorstandssitzung der CDU erklärt haben: Die Ratsfraktionen der SPD, der FDP und des Gesamtdeutschen Blocks/BHE hätten beschlossen, dass der Unterzeichner nach den Kommunalwahlen Bürgermeister der Stadt werden solle.

⁵ Echo des Siebengebirges, 91. Jg Nr. 42 vom 20. Oktober 1956

Es ist mir unklar, woher Sie die Information zu dieser Behauptung gewonnen haben. Klar ist nur der Zweck. Diese Behauptung sollte den Anlaß zu einer Flüsterpropaganda geben, mit dem Tenor, der „Flüchtling“ Aust solle Bürgermeister werden.. Vielleicht kommt Ihnen meine Antwort zeitlich ungelegen, aber auch das gehört zum Wahlkampf.

Wird ein Nicht-CDU-Mann Bürgermeister, dann haben Sie auch keine Chance Stadtdirektor zu werden. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Sie Ambitionen auf dieses demnächst frei werdende Amt haben.

Hochachtungsvoll – **Herbert Aust**

Diese Erklärung dient der Veröffentlichung in der Presse, Königswinter, den 17. Oktober 1956

(Unterzeichnet von) Herbert Aust, Max Sturzebecher, Carl Engels, W. Ermekeil, W. Kirfel, G. Röhrig, Franz-Josef Walk, Georg Rust

Der SPD-Ortsverein hat zu einer Wahlkundgebung am 12. Juli 1957, abends 20.00 Uhr, eingeladen zum Thema: „**Kann ein Christ Sozialist sein?**“ Der Vortrag wurde von **Pfarrer Fritz Wenzel**, Mitglied des Bundestages (MdB) gehalten.⁶

Ein knappes Jahr später, am 24. Mai 1958, wurde in Königswinter eine Gruppe der **Jungsozialisten** gegründet. Ansprechpartner für interessierte junge Menschen war **Paul Dittko**, Königswinter, Gengerstraße 16.⁷

Seit dem **1.10.1959** liegen handschriftliche Protokolle über die Aktivitäten des Ortsvereins Königswinter vor, die von der Schriftführerin **Hildegard Weber** bis zum 28.02.1971 geführt wurden. Daraus entnehmen wir, daß es Ende der 50-er Jahre eine rege Ortsvereinstätigkeit gab.

Am **21.11.1959** fand in Siegburg eine **Kommunalpolitische Kreiskonferenz** statt mit dem Thema: **Kommunalwahlen 1960**.

Am **5.12.1959** gab es eine gemeinsame Veranstaltung der Ortsvereine Königswinter, Bad Honnef, Dollendorf und Oberkassel, an der 70 Personen teilnahmen. Gastredner des Abends war **Karl Wienand, MdB**. Thema: Richtlinien zur Kommunalwahl 1960.

Am **7.02.1960** wurde in der Mitgliederversammlung (MV) **Walter Ehms** zum Vorsitzenden gewählt, der bereits im März 1946 in die SPD eingetreten war.. Es gab monatliche Mitgliederversammlungen, die im Schnitt von 14 Mitgliedern besucht wurden. **Im Mai 1960** hat sich der neue Kreissekretär der SPD, **Herbert Jung**, vorgestellt.

⁶ Echo des Siebengebirges, 92.Jg .Nr. 27 vom 6. Juli 1957

⁷ Echo des Siebengebirges, 93.Jg Nr. 22 vom 31. Mai 1958

Auf der Mitgliederversammlung am **14.1.1962** wurde **Walter Ehms** als Vorsitzender bestätigt. Zu seinem Stellvertreter wurde erstmals **Heinrich ("Hein") Becker** gewählt.

Bereits im **Februar 1962** spielten die Themen „kommunale Neuordnung“ und EB42 eine Rolle.

Im Mai 1962 stellte sich **Regierungsrat Dr. Diether Deneke** als Landtagskandidat den Mitgliedern vor (späterer Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen).

Die Mitgliederversammlung vom **10.02.1963** wählte **Hein Becker** zum Vorsitzenden. Er behielt den Vorsitz des Ortsvereins Königswinter bis zum 13.

06.1969, dem Gründungstermin des neuen Ortsvereins Königswinter nach der Gebietsreform. Seit 1961 war Hein Becker Ratsmitglied und gab sein Mandat erst 1984 auf. Er verstarb am 13.02.1998.

Franz-Josef Walk, der aus der Altstadt nach Königswinter-Land verzog, wurde Vorsitzender des Ortsvereins Ittenbach-Aegidienberg und am **13.05.1964** zum Kandidaten für den Kreistag gewählt.

Stellvertretend für die SPD-Mitglieder der ersten, schwierigen Aufbaujahre nach dem 2. Weltkrieg wollen wir zwei bereits verstorbene Genossen nennen, die „sozialdemokratisches Urgestein“ waren und auch den Verfasserinnen noch gut in Erinnerung sind: **Hein Becker und Franz-Josef Walk**. Beide haben in der Zeit vor der kommunalen Neuordnung und nach der Gründung der Stadt Königswinter am 1. August 1969 die Interessen der SPD in vielen Ämtern und Mandaten vertreten. Die SPD ist ihnen zu Dank verpflichtet.

Gleiches gilt für **Dr. Wolf Schmidt-Küster**, der sich nach wie vor für die SPD engagiert.

Durch die Nähe zur damaligen Bundeshauptstadt Bonn wurde auch Königswinter zu einer beliebten Wohngegend. Bedingt durch den Zuzug verdoppelte sich die Mitgliederzahl der SPD seit Anfang der sechziger Jahre.

Zunächst überwogen die Arbeiter, dann kamen besonders viele Angestellte in die Partei, später Beamte und schließlich Hausfrauen, Studenten und Schüler.

Das Ende der **sechziger Jahre** brachte die Neugliederung der Gemeinden. Dabei wurden die Gemeinden Nieder- und Oberdollendorf, Heisterbacherrott, das Amt Oberpleis mit den Gemeinden Oberpleis, Thomasberg, Stieldorf und Vinxel der Stadt Königswinter (mit Ittenbach) zugeschlagen. **Stichtag: 1. August 1969**

Die selbständigen Ortsvereine von Stieldorf, Thomasberg, Oberpleis, Ittenbach, Königswinter, Ober- und Niederdollendorf schlossen sich am **13. Juni 1969 zu dem neuen SPD-Ortsverein Stadt Königswinter** zusammen. Zum 1. Vorsitzenden wurde **Adalbert Wiemers** aus Thomasberg gewählt.⁸

⁸ Nase, Henning: Kleine Geschichte der SPD in Nieder- und Oberdollendorf, 1977.- S. 44

Diese **Neugliederung** war nicht nur für die einzelnen Gemeinden und deren Bürger schmerzlich, auch für die alten Sozialdemokraten bedeutete dies einen harten Einschnitt. Die Mitgliederversammlungen mussten jetzt jeweils in einem anderen Ortsteil von Königswinter stattfinden, und wer nicht motorisiert war – und das traf für einen großen Teil der Älteren zu – überlegte sich den Besuch der Versammlung. Der kleine vertraute Kreis des alten Ortsvereins wurde schwieriger überschaubar. Gleichzeitig wuchs aufgrund der **Regierungsübernahme der Sozialdemokraten** in der Bundesregierung die Mitgliederzahl sprunghaft an.

Diese Entwicklung wurde noch verstärkt durch die zahlreichen Zuzüge. So fanden sich Anfang der 70-er Jahre die 50 Dollendorfer Sozialdemokraten in einem Kreis von 350(!) Mitgliedern der Großgemeinde Königswinter wieder. Die Mitgliederstruktur hatte sich zudem stark verjüngt und die Sozialstruktur hatte sich verändert. Im Stadtrat und im Ortsvereinsvorstand gewannen die Bundesbediensteten starken Einfluß. Die politische Arbeit und die Diskussionsthemen veränderten sich und viele bundespolitische Themen wurden diskutiert. Die sich durch die Gebietsreform ergebenden kommunalpolitischen Themen, auf die später noch eingegangen wird, kamen dabei aber nicht zu kurz - im Gegenteil, der Sachverstand vieler "Ministerialer" wirkte sich positiv aus.

1.3 Die Gemeinderäte nach Ende des 2. Weltkrieges im Herbst 1945 unter Kontrolle der britischen Militärregierung

- Königswinter mit Königswinter - Land (Ittenbach und Aegidienberg)
- Amt Oberkassel mit Nieder- und Oberdollendorf und Heisterbacherrott
- Amt Oberpleis mit Thomasberg, Stieldorf und Vinxel

Obgleich die Wieder- und Neugründung der Parteien verhältnismäßig rasch nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft erfolgte, sollte sich nach den Vorstellungen der Westmächte die Demokratisierung des politischen Lebens von unten her entwickeln und mit der **Selbstverwaltung der Gemeinden** beginnen.

Als Voraussetzung für die politische Neugestaltung sollte der Nationalsozialismus nicht nur formal, sondern auch gesinnungsmäßig ausgerottet werden. Die daher von den Alliierten im Januar 1946 im Anschluß an die Nürnberger Prozesse begonnene „**Entnazifizierung**“ oder „Entnazisierung“ der breiten Bevölkerung sollte alle vor dem 1. Mai 1937, später vor dem 1. März 1933 in die NSDAP oder ihre Organisationen eingetretenen Personen „aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“ in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entfernen, ferner selbstverständlich diejenigen, die nach den Stichdaten die Nationalsozialisten aktiv unterstützt hatten. Zur Durchführung der Verfahren bediente sich die britische Besatzungsmacht deutscher Gremien.

Die in den Stadt- und Landkreisen errichteten Entnazifizierungsausschüsse sollten zwar aus Personen aller Gesellschaftsschichten und Parteien – außer der NSDAP – bestehen, **tatsächlich aber überwogen auf Wunsch der englischen Labour-Regierung Gewerkschafter sowie SPD- und KPD-Mitglieder.** Den für belastet befundenen Personen war das aktive und passive Wahlrecht entzogen, doch sind davon im Raum Königswinter nur verhältnismäßig wenige Bürger betroffen gewesen.⁹

Im **Herbst 1945** benannte die britische Militärregierung, vertreten durch den jeweiligen Officer of Public Safety vom Nationalsozialismus unbelastete Bürger für die Kommunalvertretungen, wobei sie SPD- und KPD-Mitglieder eindeutig bevorzugte als Gemeindevertreter. Bei der Auswahl orientierte man sich an den Listen der letzten freien Kreistags- und Kommunalwahl Wahl im Jahre 1929.¹⁰

Nach einem Vorschlag vom 26. 1. 1946 werden für die SPD der Rektor **Paul Becker** und der Kaufmann **Carl Engels** als Gemeindevertreter für **Königswinter** benannt.

Am 9. Februar 1946 lädt **Dr. Peter Liedgens**, der Bürgermeister der Stadt Königswinter (CDU) für Mittwoch, den 13. Februar 1946 zur 1. Sitzung der Stadt- (Gemeinde) Vertretung in den Sitzungssaal des Rathauses ein. 1. Punkt der Tagesordnung ist die Ansprache des Herrn Militär-Gouverneurs.¹¹

Am 13. Februar 1946 hat der britische Kommandeur des Siegkreises zu einer Amtsvertreterdienstversammlung eingeladen um die von den einzelnen Ämtern und Gemeinden vorgeschlagenen unbelasteten Personen über ihre Pflichten zu informieren.¹²

Instructions to be given to the Bürgermeister.¹³

Inhalt dieser Anweisung an den Herrn Bürgermeister und die von der Gemeinde ernannten Räte ist die Aufforderung die **Verfassung** ihrer Gemeindevertretung aufzustellen und dem Herrn Militärgouverneur zu überbringen. Eine zu erstellende **Geschäftsverordnung** ist ebenfalls zur Genehmigung vorzulegen. Über Versammlungen und Beschlüsse müssen Aufzeichnungen gemacht werden, die die Offiziere des Herrn Militärgouverneurs besichtigen können müssen. Es steht diesen frei, die Beschlüsse abzulehnen oder an die Gemeindevertretung zurückzuverweisen.

⁹ M. van Rey: 100 Jahre Wahlen u. Parteien im Rhein-Sieg-Kreis 1848 - 1949. Siegburg, 1979.-, S.184

¹⁰ ARSK. SK 0172/ 001-004 v. 28.12.1945

¹¹ ARSK. SK. 0164/ 012 u. 014

¹² ARSK. SK. 0172/ 009 - 010

¹³ ARSK. SK 0164/ 013

Diese Anweisungen sind die Grundlagen für unsere erste demokratische kommunale Verfassung nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, aufgestellt von der im Aufbau demokratischer Verwaltungsstrukturen erfahrenen britischen Militärregierung. (Kolonialpolitik !)

Im Zuge der Durchführung der Anweisung der Militärregierung informiert z. B. der Bürgermeister von Königswinter am 2. März 1946 den Herrn Landrat des Siegkreises, dass der vorgesehene Amtsvertreter Hans Dahm aus Ägidienberg ausscheiden musste, weil festgestellt wurde, dass er Mitglied der SA gewesen war. An seine Stelle ist der Arbeiter **Wilhelm Scharfenstein** aus Himberg (KPD) getreten.¹⁴

Am **4. Juli 1946** teilt die Ortspartei der **Christlich Demokratischen Union** Königswinter dem Bürgermeisteramt mit, dass die **Zentrums-Fraktion** in ihrer letzten Sitzung am 26. Juni 1946 den einstimmigen Beschluß gefasst hat zur Christlich Demokratischen Union überzugehen.¹⁵

Mit Schreiben vom **26. März 1946** informiert der Amtsbürgermeister von **Oberpleis** die Militärregierung im Hause über die Zusammensetzung der Amtsvertretung des Amtes Oberpleis und der Gemeindevertretungen Oberpleis und Stieldorf.¹⁶

Für das Amt Oberpleis wurden für die SPD benannt: **Heinrich Buchholz** aus Busch, **Franz Weiler** aus Oberpleis und **Heinrich Lütz** aus Stieldorf. Von der Militärregierung wurden schließlich folgende SPD-Mitglieder ausgewählt: **Matthias Miebach** aus Eudenbach, **Heinrich Lütz** aus Stieldorf und **Matthias Müller** aus Hoholz.¹⁷

Auch der Amtsbürgermeister von **Oberkassel**, Herr Clarenz, lädt entsprechend der Richtlinien der Militärregierung auf den 13. Februar 1946, 14.00 Uhr ein um die Zusammensetzung der Gemeinde-Amtsvertretung unter Aufsicht des Militärgouverneurs festzulegen.

Die Gemeindevertreter erhielten kein Honorar, nur der Bürgermeister (z.B. **Dr. Liedgens**, CDU in Königswinter) bezog ein Gehalt.

¹⁴ARSK. SK 0164/ 019

¹⁵ARSK. SK. 0164/ 029

¹⁶ARSK. SK 0172/ 021

¹⁷ARSK. SK. 0172/ 015 u. 026

2. Die ersten freien Kommunal- und Kreistagswahlen nach dem 2. Weltkrieg im Siegkreis

2.1 Wahlergebnisse der SPD am 15. September 1946

Am **15. September 1946** fanden die ersten freien Kommunal- und Kreistagswahlen nach englischem Vorbild statt, die vom „**Officer for Public Safety**“ überwacht wurden.

Von der Eintragung ins Wahlregister ausgeschlossen war die Gruppe der Personen, die vor dem 1. März 1933 einer Organisation der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) angehörte.¹⁸

Bei dieser Wahl erhielt die SPD in **Königswinter** 743 von 6.809 abgegebenen Stimmen. Gewinner der Wahl waren die CDU mit 4.509 Stimmen und die FDP mit 1066. Die KPD erhielt 367 Stimmen.

In den Gemeinden **Ittenbach** und **Aegidienberg** war die SPD nicht angetreten. Das komplizierte Wahlverfahren¹⁹ brachte eine erhebliche Differenz zwischen der Mandatsverteilung und den Stimmenanteilen hervor, und zwar meistens zugunsten der Partei, deren Kandidat die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. So zog in der Stadt Königswinter die CDU mit 13 Sitzen in den Stadtrat ein, die FDP gewann 2 Sitze **und die SPD ging leer aus!**²⁰

Im Amt **Oberkassel** wurde für die Gemeinde Oberkassel der Maurer **Wilhelm Kurth** gewählt, in der Gemeinde **Nierdollendorf** die Hausfrau **Irene Muth**, wohnhaft Königswinterer Str. 13, für die Gemeinde Oberdollendorf der Schleifer **Fritz Zimmermann**, die Hausfrau **Herta Funck**, wohnhaft Oberkassel, Wilhelmstr. 94a und der Schreiner **Paul Schuster**, für Heisterbacherrott der Elektriker **Wilhelm Eich**.²¹

Im Amt **Oberpleis** mit den Ortsteilen Thomasberg und Stieldorf gewann die SPD

2 Sitze. Der Kaufmann **Franz Weiler**, Siegburgerstr. 66 zog über die Reserve-liste ein, für die Gemeinde Stieldorf der Arbeiter **Johann Lütz** aus Birlinghoven.²²

Die Genossinnen **Irene Muth** aus Nierdollendorf und **Herta Funck** aus Oberkassel blieben für lange Zeit (bis 1964) die einzigen sozialdemokratischen **Mandatsträgerinnen** im Raum Königswinter. Ihnen gebührt ein später Dank für ihr Engagement in den schweren Nachkriegsjahren 1946 - 1948.

¹⁸ARSK. SK. 0580/005

¹⁹M. van Rey: 100 Jahre Wahlen u. Parteien im Rhein-Sieg-Kreis 1848 - 1949. Siegburg, 1979.-, S. 185

²⁰ARSK. SK. 0580/195 v. 23. Sept. 1946

²¹ARSK. SK 0580/230 - 233

²²ARSK/ SK 0580/235, 237 u. 0172/029-031

Wie in den meisten öffentlichen Funktionen und auf Führungsebenen übernahmen Männer wieder die Aufgaben, die Frauen während der Kriegs- und Nachkriegszeit effizient und selbstverständlich ausgeübt hatten. Es wurde eher ein **Kriegsinvalid** in den Rat gewählt als eine Hausfrau oder "**Trümmerfrau**".

Hauptwahlgewinner in den 48 Gemeinden des Siegkreises war die CDU, die in 19 Gemeinden die absolute Mehrheit erlangte. In Ittenbach, Seelscheid und Oberpleis war sie als einzige Partei im Gemeinderat vertreten.

2.2. Wahlergebnisse der SPD am 17. Oktober 1948

Nach den Erfahrungen aus dem ersten Jahr der kommunalen Selbstverwaltung (1945 - 1946) unter der Kontrolle der britischen Militärregierung und nach der ebenfalls von der Militärregierung kontrollierten ersten demokratischen Kommunalwahl vom

15. September 1946 hatten sich Mängel und Defizite in der bisherigen Praxis gezeigt. Daher wurde am 6. **April 1948** ein **Gemeindewahlgesetz** für die Gemeindewahlen im Land Nordrhein-Westfalen beschlossen.

In § 9 wurden explizit alle Personengruppen aufgezählt, die vom Wahlrecht ausgeschlossen waren (NS-Vergangenheit). Der Berechnungsmodus für die Sitzverteilung in den Gemeindevertretungen wurde geändert und somit das Mehrheitswahlrecht eingeführt.²³ Durch die bereits damals vorhandene **5% Klausel** kamen keine Vertreter der **KPD** mehr in Königswinter und den Ämtern Oberpleis und Oberkassel zum Zuge. Bei den Kommunalwahlen am 17. Oktober 1948 wurden die **Einwohnerzahlen** nach dem Stand der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 und die Zahl der Wahlberechtigten nach dem Stand vom 10. Oktober 1948 angegeben.²⁴

In der **Stadt Königswinter** gewann die SPD 17,99 % der Stimmen . Alle Direktmandate gingen an die CDU. Die SPD erhielt 4 Sitze über die Reserveliste.

- **Karl Engels**, Kaufmann, wohnhaft Winzerstraße
- **Walter Ehms**, O.Lokführer, wohnhaft Drachenfelsstrasse
- **Franz-Josef Walk**, Student, wohnhaft Remigiusstrasse
- **Max Piskureck**, Verw. Angest.a.D., wohnhaft Rheinallee.²⁵

Amt Königswinter-Land (Ittenbach und Aegidienberg):

In der **Gemeinde Ittenbach** erhielt die SPD keine einzige Stimme, in der **Gemeinde Aegidienberg** immerhin 28,37 % , was 286 Stimmen entsprach.

²³ ARSK. SK. 0581/022

²⁴ ARSK. SK 0581/216

²⁵ ARSK/SK 0583/069

3 Sitze erhielt die SPD in der Amtsvertretung Königswinter Land über Reserve-
liste:

- **Karl Kolling**, Arbeiter aus Rottbitze
- **Wilhelm Scharfenstein**, Sägewerksbesitzer aus Himberg
- **Eberhard Caspers**, Polizei-Oberwachtmeister a.D. aus Brüingsberg²⁶

Im **Amt Oberkassel** (mit Ober- und Niederdollendorf und Heisterbacherrott) konnte die SPD 27,90 % der Stimmen erringen. **Johann Weimann**, Verwaltungs-Angestellter aus Oberkassel holte ein **Direktmandat**.

Der Stimmenaustausch ergab 5 Mandate für die SPD. Gemeinderatsmitglieder wurden

- **Wilhelm Kurth**, Maurer aus Oberkassel,
- **Hermann Hülsenbeck**, Reichsbahnoberssekretär aus Oberkassel,
- **Peter Löhr**, Betriebsratsvorsitzender aus Oberdollendorf,
- **Alois Fleckenstein**, Kaufmann aus Oberdollendorf und
- **Erich Becker**, Betriebsleiter aus Niederdollendorf.²⁷

Bei der Gemeinderatswahl in der **Gemeinde Niederdollendorf** konnte die SPD 26,6 % der Stimmen aber kein Direktmandat erringen. Die 3 Sitze erhielten

- **Erich Becker**, Betriebsleiter,
- **Fritz Zimmermann**, Schleifer,
- **Bernhard Sieger**, Schreiner,

über den Stimmenaustausch laut Berechnungsliste²⁸

(Zahlen von Oberdollendorf und Heisterbacherrott liegen nicht vor.)

Im **Amt Oberpleis** (mit Stieldorf, Vinxel, Thomasberg)

hat die SPD 20,24 % der Stimmen aber kein Direktmandat errungen. Der Ausgleich erfolgte über die Berechnungsliste. In den Amts-Gemeinderat wurden gewählt:

- **Franz Weiler**, Kaufmann aus Oberpleis
- **Johann Mölders**, Maurer aus Berghausen²⁹

In der **Gemeinde Oberpleis** hat die SPD 15,55 % der Stimmen erhalten.

2 Mandate aus der Reserveliste entfielen auf

- **Johann Mölders**, Maurer aus Berghausen und
- **Matthias Miebach**, Steinbrucharbeiter aus Eudenbach³⁰

In der **Gemeinde Stieldorf** hat **Wilhelm Pütz**, Vertreter aus Hoholz, ein **Direktmandat** für die SPD geholt. Der Gesamtstimmenanteil für die SPD lag bei 30,70% , damit entfielen noch 3 weitere Mandate auf die SPD:

²⁶ ARSK/SK 0583/067

²⁷ ARSK.SK 0585/132

²⁸ ARSK.SK 0583/138

²⁹ ARSK.SK 0583/142

³⁰ ARSK.SK 0588/145

- **Franz Schmitz**, Invalide aus Hoholz
- **Heinrich Patt**, Bäcker aus Hoholz
- **Paul Jackirch**, Arbeiter aus Ungarten ³¹

Die Nachkriegswahlen in Nordrhein-Westfalen.

Die Ergebnisse der Wahlen

- zu den Vertretungen der Stadt- und Landkreise vom 13. Oktober 1946
(landesweit gewann die SPD **33,4 %**)
- zum Landtag vom 20. April 1947
(landesweit gewann die SPD **32 %**)
- zu den Vertretungen der Stadt- und Landkreise vom 17. Oktober 1948.
(landesweit gewann die SPD **35,9 %** ³²)

2.3 Wahlergebnisse der SPD bei der Kommunalwahl am 9. November 1952

Bei der Wahl für die **Stadtvertretung Königswinter** erhielt die SPD 12,28 % der Stimmen und belegte 3 Sitze über die Reserveliste.

- **Carl Engels**, Exportkaufmann, wohnhaft Grabenstr. 6
- **Walter Ehms**, Lokomotivführer, wohnhaft Drachenfelsstr. 13
- **Franz-Josef Walk**, Studienreferendar, wohnhaft Remigiusstr. ³³

Im Wahlgebiet **Aegidienberg** (Königswinter - Land)

gewann die SPD 28,35 % der Stimmen und 1 Direktmandat, sowie 3 Sitze über die Reserveliste.

- **Eberhard Caspers**, Polizei-Oberwachtmeister aus Brüingsberg (Direktmandat)
- **Wilhelm Stockhausen**, Elektromonteur aus Orscheid
- **Karl Kolling**, Arbeiter aus Rottbitze
- **Matthias Linnig**, Mechaniker aus Himberg ³⁴

Im Wahlgebiet **Ittenbach** (Königswinter - Land)

hatte die SPD keine Kandidaten aufgestellt und fiel mit 42 Stimmen unter die 5 % - Grenze. ³⁵

In den Rat der Gemeinde **Oberdollendorf** wurden 4 Genossen direkt gewählt und 2 Mandate gingen über die Reserveliste an die SPD.

- **Georg Fiedler**, Installateur, wohnhaft Römlinghovenerstr. 112
- **Peter Löhr**, Betriebsratsvorsitzender, wohnhaft Römlinghovenerstr. 7

³¹ ARSK.SK 0585/146

³² Statistische Kurzberichte des Landes NRW, Nr. 5 vom 22.10.1948

³³ ARSK.SK. 0586/053-055 und ARSK.SK.0586/060

³⁴ ARSK.SK. 0586/047 - 050 und ARSK.SK. 0586/057-058

³⁵ ARSK. SK 0586/051-052

- **Wilhelm Düren**, Betriebsratsvorsitzender, wohnhaft Heisterbacherstr. 22
- **Max Weise**, Glasmacher, wohnhaft Rennenbergstr.
- **Erich Becker**, Betriebsleiter, wohnhaft Am Freudenberg
- **Fritz von dem Hoff**, Schlossermeister, wohnhaft Lindenstr. 3

In der Gemeinde **Niederdollendorf**

ging über die Reserveliste 1 Sitz an die SPD:

- **Fritz Zimmermann**, Schleifer, wohnhaft Hauptstr. 51³⁶

In der Gemeinde **Heisterbacherrott**

errang die SPD 1 Sitz über die Reserveliste.

- **Albert Linden**, Schuhmacher, wohnhaft Bachstr. 52³⁷

Anmerkung: Die Zahlen für die Gemeinde **Oberkassel** waren leider nicht recherchierbar, ebenso die Prozentzahlen der Wahlergebnisse.

Im Wahlgebiet der Gemeinde **Oberpleis** fielen 2 Sitze über die Reserveliste an die SPD:

- **Heinrich Buchholz**, Journalist
- **Franz Weiler**, Kaufmann³⁸

In der Gemeinde **Stieldorf** gingen 3 Sitze über die Reserveliste an die SPD

- **Heinrich Patt**, Bäckermeister aus Ungarten
- **Franz Schmitz**, Maschinist aus Hoholz
- **Reinhold Finger**, Angestellter aus Birlinghoven³⁹

2.4 Wahlergebnisse der SPD bei der Kommunalwahl am 28. Oktober 1956

Verlierer der Kommunalwahl 1956 auf **Kreisebene** waren das Zentrum und die CDU. Die SPD gewann 9 Direktmandate und 5 über Reserveliste aufgrund des **Stimmenzuwachses von 11.633 Stimmen** im Vergleich zu 1952.⁴⁰

Anmerkung: Aufgrund lückenhafter Unterlagen im Archiv des Rhein-Sieg-Kreises können ab 1956 nur Teilergebnisse aufgeführt werden, keine Berufe, Anschriften und Prozentzahlen von Wahlergebnissen.

³⁶ ARSK.SK.0586/186

³⁷ ARSK. SK. 0586/189

³⁸ ARSK.SK.0586/195 und 198

³⁹ ARSK.SK. 0586/201

⁴⁰ ARSK.SK.0590/059 - 061 und 0590/063

Im Rat der **Stadt Königswinter** konnte die SPD ihre Fraktion um einen Sitz vergrößern.

Ratsmitglieder wurden

- **Carl Engels**
- **Walter Ehms**
- **Franz-Josef Walk**
- **Paul Hedel**⁴¹

In der Berggemeinde **Ittenbach** erreichte die SPD keine 5 %, dagegen fielen in der Gemeinde **Aegidienberg** über die Reserveliste 4 Mandate an die SPD. Die Genossen

- **Hans Jessen**
- **Karl Kolling**
- **Herbert Krause und Matthias Krist**⁴² zogen in den Gemeinderat ein.

In der **Gemeinde Oberdollendorf** errang

- **Friedrich Nenzel** ein Direktmandat.
- **Peter Löhr**
- **Wilhelm Düren**
- **Max Weise**
- **Friedrich Dauth**
- **Erwin Rittermeier** wurden über die Reserveliste gewählt.⁴³, ebenso der Oberdollendorfer Genosse **Hannes Busch** in den Kreistag des Siegkreises.⁴⁴

In der **Gemeinde Niederdollendorf** gingen 2 Sitze über Reserveliste an die Genossen **Fritz Zimmermann und Hans Heck**⁴⁵

Gemeinde Heisterbacherrott

2 Sitze über die Reserveliste

- **Jakob Münch**
- **und Otto Krey.**⁴⁶

In der konstituierenden Sitzung des Rates des **Amtes Oberpleis** wurden folgende SPD-Ratsmitglieder vereidigt:

- **Fritz Wendt aus Birlinghoven**
- **Georg Scholz aus Waschpohl**
- **Matthias Miebach aus Eudenbach**⁴⁷

⁴¹ Echo des Siebengebirges , November 1956.

⁴² Echo des Siebengebirges, November 1956.-

⁴³ ARSK. SK. 0171/030

⁴⁴ ARSK.SK. 0590/060-061

⁴⁵ ARSK.SK 0171/ 028

⁴⁶ ARSK.SK 0171/024

⁴⁷Protokolle des Amtes Oberpleis. Stadtarchiv Königswinter. Bestand Oberpleis. Bd 231

(Für die Gemeinden Thomasberg, Stieldorf und Vinxel liegen keine Wahlergebnisse vor)

2.5 Wahlergebnisse der SPD bei der Kommunalwahl am 19. März 1961

Auf **Kreisebene ist festzuhalten:** die Stimmenzuwächse von 1956 wurden bei der Wahl 1961 nicht bestätigt. Im Gegenteil hat die CDU 29 von 30 Direktmandaten für sich verbuchen können. Der Oberdollendorfer Genosse **Hannes Busch** war im Kreistag 1961 nicht mehr vertreten.⁴⁸

Die Wahlergebnisse des Wahlgebietes Königswinter- Stadt und Königswinter-Land:

Stadt Königswinter :

Die SPD verliert einen Sitz und erhält nur noch 3 Sitze über die Reserveliste, die mit den Genossen **Walter Ehms, Heinrich Becker** und **Paul Hedel**⁴⁹ besetzt werden.

Gemeinde Aegidienberg :

1 Direktmandat und 3 Sitze über die Reserveliste gehen an die Genossen **Eberhard Caspers, Paul Dittmann, Hans Jessen** und **Johannes Brabender**⁵⁰

Gemeinde Ittenbach:

Erstmalig gewinnt die SPD 2 Sitze im Gemeinderat über die Reserveliste. Dies ist weitgehend dem Studienrat **Franz-Josef Walk** zu verdanken, der seit 1948 Ratsmitglied in Königswinter war und nach Ittenbach umzog. Mit ihm wurde **Peter Miebach** Ratsmitglied.

Gemeinde Oberkassel:

5 Sitze über Reserveliste gehen an die Genossen **Hermann Hülsenbeck, Wilhelm Kurth, Heinrich Welter, Gottfried Düren** und **Wilhelm Benner-scheidt**⁵¹

Gemeinde Oberdollendorf:

1 Direktmandat und 5 Sitze über Reserveliste gehen an die Genossen **Friedrich Nenzel** (direkt), **Peter Löhr, Wilhelm Düren, Max Weise, Friedrich Dauth** und **Erwin Rittermeyer**⁵²

Gemeinde Niederdollendorf:

Fritz Zimmermann und **Hans Heck** ziehen über Reserveliste in den Gemeinderat ein.⁵³

⁴⁸ ARSK. SK. 0601/090

⁴⁹ RSK.SK 0164/ 067

⁵⁰ ARSK.SK. 0164/069

⁵¹ ARSK.SK. 0601/108

⁵² ARSK.SK. 0601/108 u. 0171/030

Gemeinde Heisterbacherrott:

2 Sitze über Reserverliste gehen an **Jakob Münch und Otto Krey**⁵⁴

Gemeinde Oberpleis:

3 Sitze über Reserverliste werden mit **Johann Mölders und Johann Lorscheid** aus Berghausen und **Gerhard Jonen** aus Nonnenberg besetzt.

Gemeinde Stieldorf:

- **Reinhold Finger** aus Birlinghoven
- **Franz Schmitz** aus Rauschendorf und
- **Heinrich Patt** aus Ungarten werden über Reserverliste gewählt.⁵⁵

2.6 Wahlergebnisse der SPD bei der Kommunalwahl am 27. September 1964

"**Auch im Siegbreis: SPD stark im Vormarsch**" schreibt der Generalanzeiger am 28. September 1964. Auf Kreisebene sank der Stimmenanteil der CDU von 53,49 % aller Stimmen auf 51,38 %. Die SPD hat ihren bisherigen Anteil von 28,63 % auf insgesamt 34,38 % erhöhen können. In einem Siegburger Stimmbezirk hat die SPD-Kandidatin **Eva Thraede** ihren Kreistagsitz im direkten Wahlgang erobert und die SPD-Stimmen ebenfalls verdoppelt. "Die Aegidienbergerin **Margarete Ladwig** zieht in den Gemeinderat ein."⁵⁶

Erstmalig nach dem 2. Weltkrieg macht sich an den Wahlergebnissen der Kommunalwahl bemerkbar, dass die "**Zugereisten**" - vielfach Bonner Beamte und Angestellte der Bundesregierung - die politische Struktur verändern.⁵⁷

Stadt Königswinter:

3 Sitze über Reserverliste gehen an **Walter Ehms, Heinrich Becker und Herbert Aust**⁵⁸

Gemeinde Aegidienberg:

4 Sitze (1 Direktmandat und 3 über Reserverliste) gehen an **Johannes Brabender, Johann Schmidt, Aegidius Stellbergl und Margarete Ladwig**.⁵⁹

Gemeinde Ittenbach:

⁵³ ARSK.SK. 0601/108 u. 0171/028

⁵⁴ ARSK.SK. 0601/108 u. 0171/024

⁵⁵ ARSK.SK. 0601/108

⁵⁶ ARSK.SK. 0622/042 und 045

⁵⁷ ARSK.SK. 0622/044

⁵⁸ ARSK.SK. 0164/074

⁵⁹ ARSK.SK. 0164/075

Franz-Josef Walk und Theo Becker⁶⁰ erringen 2 Sitze über Reserveliste.

Gemeinde Oberkassel:

2 Sitze über Reserveliste werden mit **Wilhelm Kurth** und **Wilhelm Benner-scheidt**⁶¹ besetzt.

Gemeinde Oberdollendorf:

1 Direktmandat und 2 Sitze über Reserveliste gehen an **Wilhelm Düren**, **Friedrich Nenzel** und **Erich Rittermeier**⁶²

Gemeinde Niederdollendorf:

Erstmalig zieht **Dr. Wolf Schmidt-Küster**⁶³ gemeinsam mit **Fritz Zimmermann** in den Gemeinderat ein.

Gemeinde Heisterbacherrott:

3 Sitze über Reserveliste gehen an **Jakob Münch**, **Otto Krey** und **Fritz de Vries**⁶⁴

Gemeinde Oberpleis :

3 Sitze über Reserveliste werden mit den Genossen **Johann Lorscheid** aus Berghausen, **Otto Rupp** und **Franz Otzipka** besetzt⁶⁵

Gemeinde Stieldorf:

Der spätere Bundesbauminister **Dr. Dieter Haack** wird gemeinsam mit den Genossen **Klaus Limbach**, **Emil Feickert**, **Michael Dreesbach** und **Josef Hilger** Ratsmitglied in Stieldorf⁶⁶

3. Die Gemeindegebietsreform 1969

Die Stadt Königswinter ist am **1. August 1969** durch den Zusammenschluss der früheren Stadt Königswinter (mit Ittenbach) und des früheren Amtes Oberkassel (nur Heisterbacherrott, Nieder- und Oberdollendorf) und dem Amt Oberpleis (das die Gemeinden Stieldorf und Vinxel mit einbezieht) aufgrund des Gesetzes zur kommunalen Neugliederung des Raumes Bonn vom 10. Juni 1969 (GV. NW. S.236) gegründet worden.

(Einwohnerzahl: 01.08.1969 – 15.219, Stichtag 30.06.2008 – 43.065).

⁶⁰ ARSK.SK. 0164/076

⁶¹ ARSK.SK. 0171/015

⁶² ARSK.SK.0171/015

⁶³ ARSK.SK. 0171/015

⁶⁴ ARSK.SK. 0171/021

⁶⁵ ARSK.SK. 0172/158

⁶⁶ ARSK.SK. 0172/ 159

Die Vorgeschichte

(Hilke Andreae-Hinrichs)

Seit 1966 war Heinz Kühn Ministerpräsident von NRW, nachdem Franz Meyers (CDU) durch ein Misstrauensvotum gestürzt worden war. Kühn führte eine sozialliberale Koalition mit der FDP unter Innenminister Willi Weyer an. Zu den wichtigsten Projekten der Regierung Kühn/Weyer gehörte die kommunale Neugliederung des Raumes Bonn. Diese Neugliederung war nötig geworden, seit Bonn provisorische Bundeshauptstadt geworden war und einen wachsenden Bedarf an Siedlungsraum hatte. Streitpunkte waren etwa die Eingemeindung von Beuel und Bad Godesberg in die Stadt Bonn, die Gründung des Rhein-Sieg-Kreises als Nachfolger des Landkreises Bonn und des Siegkreises, aber auch der Zuschnitt der Stadt Königswinter. Das Gesetz, durch das diese Neugliederung in Gang gesetzt wurde, trat am 1.7.1969 in Kraft.

Die Wünsche, die die zur Stadt Königswinter zusammengefassten Gemeinden im Vorfeld artikuliert hatten, kollidierten z.T. mit der im Gesetz festgeschriebenen Lösung („Weyer-Plan“):

- Insbesondere die Zusammenfassung von Berg- und Talgemeinden zu einer Stadt stieß weithin auf Unverständnis. In der Stadt Königswinter dachte man eher oder an eine Talgemeinde aus Königswinter und Dollendorf.⁶⁷
- In Niederdollendorf wollte die CDU zunächst eher mit Bad Godesberg zusammengehen – wegen der gemeinsam betriebenen Rheinfähre („Lieber nach Bonn als auf den Berg!“). Aber auch eine Talgemeinde der Rheinorte schien ihr besser als die große Lösung.⁶⁸ – Dagegen setzte sich die SPD Niederdollendorf bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für die große Lösung ein.⁶⁹
- Der SPD-Bürgermeister von Oberdollendorf, Fritz Nenzel, begrüßte die große Lösung.⁷⁰
- In Ittenbach wollte man lieber mit einem – selbständigen – Oberpleis zusammengelegt werden; für diese Lösung setzte sich besonders der SPD-Fraktionsvorsitzende Walk ein.⁷¹
- In Oberpleis lehnte man den Weyer-Plan ab, weil die Oberpleiser Zentrum einer selbständigen Berggemeinde sein wollten.
- Die Gemeinde Stieldorf strebte die Zusammenlegung mit Beuel an – ebenso wie die Gemeinde Oberkassel; beide wollten sich an ein selbständiges Beuel anschließen.

⁶⁷ vgl. Möller, a.a.O. S.48

⁶⁸ vgl. Möller, a.a.O. S.48, 67

⁶⁹ vgl. Möller, a.a.O. S.77

⁷⁰ vgl. Möller, a.a.O. S.78

⁷¹ vgl. Möller, a.a.O. S.77

Die örtlichen Sozialdemokraten setzten sich in der Variantendiskussion durchaus für die Interessen ihrer jeweiligen Gemeinde bzw. ihres Amtes ein; insgesamt aber standen sie loyal hinter der Kommunalreform, war es doch ein Projekt ihrer Landesregierung.

Die erste Wahl des Rates der neuen Stadt Königswinter erbrachte für die SPD eine schmerzliche Erfahrung mit den neuen Gemeindegrenzen: in Oberdollendorf wurde Peter Kolling direkt gewählt. Nach der Wahl fiel auf, dass sein Haus auf der Grenze zwischen Oberdollendorf und Oberkassel, neuerdings Bonn, stand, und zwar zu 60% auf Bonner Gebiet. Er konnte deshalb im nächsten Rat nicht mehr kandidieren.

3.1 Kommunalwahlen am 1. November 1969

Wahlen nach der kommunalen Neuordnung des Rhein-Sieg-Kreises und der Stadt Königswinter ab 1. August 1969

"Kein Umschwung im Rhein-Sieg-Kreis. Gemeinderäte mit sicheren CDU-Mehrheiten" schreibt der General-Anzeiger am 2. November 1969 zum Ergebnis der 1. Kommunalwahl nach der Neuordnung des Rhein-Sieg-Kreises.

Der erwartete Umschwung nach der Bundestagswahl vom September 1969, in der die SPD 44% der Stimmen bekam und Willy Brandt Bundeskanzler wurde ist bei der Wahl der Kommunalvertretungen nicht erfolgt. Die CDU hat an einigen Orten sogar ihre Stellungen ausbauen können und sichere, absolute Mehrheiten errungen, sodass es fast überall bei den bisherigen Konstellationen in den Gemeindevertretungen bleiben wird.“

Zweiter Teil: Die SPD Königswinter seit 1969 im Spiegel von Zeitzeugenberichten

4. Der SPD-Ortsverein Königswinter von 1969 – 2009

4.1 Mitgliederentwicklung von 1970 bis 1980

Die **Gesamteinwohnerzahl** der neuen Stadt Königswinter von **15.219** Einwohnern am 1. August 1969 wuchs bis zum 31. Dezember 1980 auf **34.538** Personen an.

Die Mitgliederentwicklung des 1969 aus den verschiedenen Ortsteilen zusammengeführten Ortsvereins Königswinter war ebenfalls positiv und hatte einen kontinuierlichen Aufwärtstrend. Die nachstehend aufgeführte **Tabelle** verdeutlicht Mitgliederbewegung, Aufschlüsselung nach JUSOS (Mitglieder unter 35 Jahren), Frauen und Gewerkschaftszugehörigkeit.

Jahr	Mitglieder, absolut	Veränderungen	Jusos, absolut	Jusos in %	Frauen, absolut	Frauen in %	Gewerkschaften	Gewerk. in %
1970	189	0	0	0	0	0	0	0
1971	214	plus 25	57	27	0	0	0	0
1972	244	plus 30	0	0	37	15	0	0
1973	333	plus 89	116	35	62	19	0	0
1974	387	plus 54	131	34	82	21	0	0
1975	398	plus 11	127	32	86	22	71	18
1976	419	plus 21	115	27	97	23	78	19
1977	488	plus 69	150	31	126	26	107	22
1978	507	plus 19	143	28	134	26	108	21
1979	517	plus 10	143	28	137	26	119	23
1980	506	minus 11	115	23	131	26	118	23

Den handschriftlichen Aufzeichnungen von **Hildegard Weber**, der Schriftführerin des alten Ortsvereins Königswinter seit 1959 verdanken wir Einzelheiten über die Zusammenführung der einzelnen Ortsvereine von "Berg und Tal" Königswinter .

"Der alte SPD-Ortsverein Königswinter hat letztmalig am **31. Mai 1969** getagt. Der Vorsitzende **Hein Becker** erläutert die organisatorischen Konsequenzen für die SPD in der neuen Stadt Königswinter. Der „Distrikt“ Königswinter-Altstadt legt Wert auf den stellvertretenden Vorsitzenden und 1 Beisitzer." ⁷²

Die **Gründungsversammlung des neuen Ortsvereins der SPD** Königswinter fand am Freitag, **13. Juni 1969**, 19.30 Uhr im Hotel Jägerhof, Heisterbacherrott, statt. Zum Vorsitzenden des Ortsvereins wurde **Adalbert Wiemers** gewählt.

⁷² Hildegard Weber: Aufzeichnungen, 1959 - 1969.

In der Aufbauphase des zahlenmäßig stark anwachsenden Ortsvereins wurden zahlreiche Aktivitäten gestartet. Um das Zusammenwachsen der Ortsteile und auch den Informationsfluß zu verbessern, begründete der Ortsvereinsvorsitzende **Adalbert Wiemers**, von Beruf Journalist und Filmmacher 1973 die zunächst 4 mal jährlich erscheinende Zeitung "**Berg & Tal**".

1974 wurde das **SPD-Bürgerzentrum** in Oberdollendorf eingeweiht, das verkehrsgünstig am Parkplatz des ehemaligen Gasthauses "Zum Rebstock" gelegen war. **Edmund Schute** übernahm die Organisation des Zentrums, das Beratungen zu Mieter-, Renten- und Rechtsfragen anbot und montags bis freitags von 17.00 bis 19.00 geöffnet war. Im Januar 1981 (GA vom 21.01.1981) konnte die 3.000ste Besucherin mit Blumen begrüßt werden.

1975 waren **Dr. Bernhard Bußmann** SPD-MdB und **Dr. Diether Deneke** SPD-MdL für Königswinter „zuständig.“

In der neuen Stadt Königswinter waren die **Bus- und Bahnverbindungen** wesentlich schlechter als heute. Auf Druck der SPD-Fraktion - allen voran **Othmar Ebert** - wurde der Rundbus Linie 620/621 durchgesetzt.

"**Berg & Tal**" hat sich 1976 intensiv mit dem Thema "**Besser mit dem Bus**" befasst.⁷³

In einem Schreiben vom **31.10.1979** des damaligen Schriftführers **Martin Lohmeier**, das sich auf einen **Beschluß** der Mitgliederversammlung vom 24. 10. 1979 bezieht, wird vorgeschlagen die **Ortsteilarbeit** zu aktivieren. Folgende Ortsteile (OT) werden aufgelistet:

- Königswinter-Altstadt
- Ober- und Niederdollendorf
- Thomasberg und Heisterbacherrott
- Stieldorf
- Oberpleis und Eudenbach
- Ittenbach

Begründung für diesen Beschluß:

Der Ortsverein ist in den letzten 10 Jahren stark gewachsen.

In seinem **Geschäftsbericht für das Jahr 1979** führt der Vorsitzende **Henning Nase** aus:

"Schwerpunkte der politischen Diskussion im Ortsverein bildeten die Themen Abrüstung und Kernenergie. Erstmals seit Jahren hat der Ortsverein wieder eigene Anträge zum Bundesparteitag in Berlin eingebracht."

- **Kernenergie**
- **Unterstützung für Nicaragua**
- **Verbot der Aussperrung."**

⁷³ Berg & Tal, 1976, Nr. 13

Zu "**Berg & Tal**" wird berichtet, dass die Verteilung schlecht klappte, da die JUSOS ihre eigene Schülerzeitung **KAKTUS** herausgaben und auch verteilten. Dadurch stand weniger Kapazität zum Austragen von "Berg & Tal" zur Verfügung.

Unter "**Geselligkeit**" ist vermerkt:

"Geselligkeit kam nicht zu kurz. Neben der 1.Mai-Feier des Ortsvereins, einer Wanderung durch das Siebengebirge und einem Skat-Turnier (Vorbereitung durch die AfA) fand die **60-Jahr-Feier des Ortsvereins am 7. Juni 1979** mit den **Bläck Fööß** und dem **Kölner Gewerkschaftschor** statt. **Heinz Liebig** war für das **Sommerfest auf dem Nasseplatz** verantwortlich.

Dr. Wim Nöbel, MdB für Königswinter und Mitglied im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, hat am **9.6.1983**, 11.00 Uhr im Hotel Rheineck, Niederdollendorf eine Pressekonferenz zum Thema „**Verkauf des Hotels Petersberg an die Russen**“ abgehalten.

Die **Aktion Petersberg** (auch von **Henning Nase** und **Edmund Schute** mit veranlaßt) hatte das Ergebnis, daß die Bundesrepublik das Areal Petersberg von der Familie Mülhens kaufte und in das Gästehaus der Bundesregierung umwandelte.

In den Jahren **1985 bis 1989** sind die Hauptthemen der Diskussion in Ortsverein und Stadtratsfraktion die **Südtangente** und der Bau der **ICE-Strecke** entlang der Bundesautobahn A-3. Hier ist der Ortsverein gespalten in " Berg und Tal ".Die **Talbewohner** , die unter dem Lärm der alten Eisenbahnstrecke leiden, auf der Nahverkehr und intensiver Güterverkehr abgewickelt werden, können die Argumente der **Bergbewohner** nicht nachvollziehen.

Der amtierende Vorsitzende **Henning Nase** verzog 1989 aus beruflichen Gründen nach Brüssel und gab den Ortsvereinsvorsitz und sein Kreistagsmandat auf.(Der Grund für den Aufbruch nach Brüssel wurde später, nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten bekannt. Er wurde als langjähriger inoffizieller Mitarbeiter <IM> des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR enttarnt und rechtskräftig verurteilt.)

Dr. Renate Heck wird 1993 **Bürgermeisterin von Königswinter**.

Nach dem Ausscheiden von Bürgermeister Günter Hank (CDU), bekleidet sie das Amt von 1993-1994.

Am 9. April 2008 feierte sie ihren 80. Geburtstag. Für die SPD Königswinter bleibt sie eine hervorragende Persönlichkeit, die sich als eloquente Kennerin des Haushaltswesens und als sprachbegabte Repräsentantin unserer Stadt in Cleethorpes - North East Lincolnshire und in Cognac /Südfrankreich auszeichnete.

Anlässlich des **75. Geburtstages der SPD Königswinter** am **19. März 1994** hielt sie eine bemerkenswerte Laudatio.

Herbert Losem aus Thomasberg, Stadtratsmitglied seit 1969 und langjähriger Fraktionsvorsitzender wird am 15. Januar 1990 auf 8 Jahre zum **2. Beigeordneten und Kämmerer der Stadt Königswinter** gewählt. Am 9. Mai 1994 wird er zum 1. Beigeordneten ernannt und bekleidet das Amt des Kämmerers bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand im Oktober 2002.

4.2 Leben und Arbeiten im Ortsverein

(Hilke Andreae-Hinrichs)

In den Ortsvereinen der Siebengebirgsgemeinden vor der Kommunalreform war die SPD als linke Volkspartei Teil des demokratischen und friedensbewegten Aufbruchs der 60er und beginnenden 70er Jahre, der die Erstarrung der Adenauerzeit beendete. Adenauer stand für Westintegration, aber auch für die kompromisslose Teilung Deutschlands und für die Wiederbewaffnung. Viele, die gegen ihn opponierten, waren geleitet von dem Grundsatz „Nie wieder Krieg!“ Zu ihnen gehörte etwa Hein Becker, ein Urgestein der Königswinterer SPD und langjähriges Ratsmitglied. In seiner letzten Ratsperiode (bis 1984) hat er seine Überzeugung im Stadtrat noch einmal vorgetragen, als die SPD den Antrag stellte, Königswinter zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Dieser Antrag wurde von Dr. Renate Heck eindrucksvoll begründet; die CDU hat ihn abgelehnt.

Schon vor ihrer Vereinigung zum heutigen Ortsverein Königswinter diskutierten die Ortsvereine Themen, die die Linke damals bewegten: die Notstandsgesetze der Großen Koalition gehörten z.B. dazu – gegen sie wurden Anträge für Unterbezirksparteitage gestellt, und trotz des Verbots des Parteivorstandes beteiligte sich der Ortsverein Thomasberg mitsamt einem Plakat an einer solchen verbotenen Demonstration. Selbstverständlich hat sich die SPD auch an Anti-Vietnamkriegsdemonstrationen beteiligt; dabei wurde Herbert Losem mit einem Anti-Kriegs-Transparent an der Kennedy-Brücke von Fernsehcameras aufgezeichnet.- Unvergessen ist auch der Antrag des OV Thomasberg an den Parteitag von Nürnberg 1968, der schlicht lautete: „Wehner weg!“ Der Antrag wurde abgelehnt.

Auch in den 70er Jahren bewegten Themen der ‚68er‘ die SPD-Mitglieder; nach dem Putsch in Portugal und dem darauf folgenden Zerfall des portugiesischen Kolonialreiches beschloss etwa der Ortsverein mit Mehrheit den denkwürdigen Antrag „Freiheit für Guinea-Bissao!“, der dem Parteivorstand übermittelt wurde.-

Die Kommunalreform von 1969 hat Orte zu einer Stadt vereinigt, die eigentlich nicht gemeinsame Sache machen wollten. Die Entscheidung war aber gefallen und musste jetzt gelebt werden – auch innerhalb der Parteien.

Die SPD-Ortsvereine der Ursprungsgemeinden hatten sich aufgelöst und im Juni 1969 wurde der SPD-Ortsverein Königswinter gegründet. Adalbert Wiemers wurde zum ersten Vorsitzenden des neuen Ortsvereins gewählt. Die SPD-Mitglieder mussten mit vielen Veränderungen fertig werden: die Ortsvereinsversammlungen fanden nicht mehr im vertrauten Genossenkreis in meist immer derselben Dorfkneipe, statt, sondern man wurde jetzt vom Ortsvereinsvorstand eingeladen in andere Ortsteile, in fremde Gastwirtschaften zu Parteiveranstaltungen, wo man Parteigenossen traf, die nicht in der Nachbarschaft im eigenen Dorf lebten. Häufig war schon der Weg in die anderen Ortsteile ein Problem, denn längst nicht jeder Genosse besaß ein Auto. Verschärft wurde das Fremdheitsgefühl dadurch, dass es in den 60er und 70er Jahren einen enormen Mitgliederzuwachs gab, so dass die enge Vertrautheit der SPD-Mitglieder untereinander bald der Vergangenheit angehörte.

Dieser Realität des Parteilebens wurde 1977 Rechnung getragen durch die Einrichtung der SPD-Ortsteile als Untergliederungen des Ortsvereins. Es gab die Ortsteile Altstadt, Dollendorf, Thomasberg/Heisterbacherrott, Stieldorf, Oberpleis, Ittenbach. Diese Strukturänderung wurde durch Henning Nase, den Nachfolger von Adalbert Wiemers, in den 70er Jahren eingeführt. Der positive Effekt der Treffen in den Ortsteilen war der, dass viele Genossen im vertraueneren Rahmen eher bereit waren, sich in die politische Diskussion einzubringen, und dass die alte Nähe der Genossen zueinander ein bisschen erhalten blieb.

Durch Geselligkeit im Ortsverein sollte ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl aufgebaut und gestärkt werden. Es wurden vielfältige Veranstaltungsformen praktiziert - hier kann nur an wenige Beispiele erinnert werden. Der klassische Vortrag mit anschließender Diskussion war ein wichtiges Element. Es kamen etwa bekannte Schriftsteller wie Carola Stern oder Ralph Giordano zu Lesungen ihrer Werke; es kamen aber auch – insbesondere als Bonn noch Hauptstadt war – prominente Politiker wie etwa 1976 Marie Schlei zur Reform des § 218. Diese von der sozialliberalen Koalition durchgeführte Reform führte in Königswinter zu einer heftigen Fehde mit dem katholischen Pfarrer Kalckert, der sowohl in Predigten als auch in einem Pfarrbrief gegen die SPD zu Felde zog. Dabei verstieg er sich zu der Verunglimpfung „rote Seelenverkäufer“, „rote Faschisten“ und schreckte auch vor dem Begriff „Mord“ nicht zurück.

Nicht nur die Königswinterer Sozialdemokraten waren empört, sondern Willy Brandt selbst forderte den Kölner Kardinal Höffner mit Erfolg zu einer Distanzierung von Kalckert auf.

Zu den prominenten Politikern gehörten außerdem etwa Hans-Jürgen Wischniewski, der 1980 über die Beziehungen zur DDR referierte, und MdB Gerhard Schröder, der 1981 auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdebatte, als im Bonner Hofgarten Hunderttausende gegen die vom SPD-Kanzler Helmut Schmidt unterstützte Militärpolitik der Nato demonstrierten, seine Position zum

Nato-Doppelbeschluss erläuterte. -1990 sprach Jürgen Schmude über die deutsche Einheit, 1993 Björn Engholm über die gerade in der SPD sehr umstrittene Änderung des Asylrechts. - Während der Debatten um den ICE erläuterte Landesumweltminister Klaus Matthiesen ökologische Aspekte dieser Infrastrukturmaßnahme. -1997 veranstaltete der Ortsverein Themenwochen zum Thema ‚Ökologie – Innovation – Zukunft‘, in deren Rahmen der Wissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker über ‚Deutschland als Zukunftsstandort‘ referierte. Gelegentlich wurden kontroverse Standpunkte in einem Podiumsgespräch ausgetauscht, wie z.B. 1991, als Heidemarie Wieczorek-Zeul und Karsten Voigt über Blauhelmeinsätze der Bundeswehr diskutierten.

Eine weitere Form war das lockere Gespräch mit verdienten Genossen, z.B. 1990 mit dem damals 90-jährigen ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Josef Felder, der 1933 gegen das Ernächtigungsgesetz gestimmt hatte. – 1997 wurde Egon Bahr aus Anlass seines 75. Geburtstages zusammen mit Günther Gaus eingeladen, um mit diesem gemeinsam Erinnerungen an die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung auszutauschen. Auch Podiumsdiskussionen zu umstrittenen oder aktuellen Themen wurden organisiert, so etwa 1997 zum Thema ‚Tourismus im Wandel‘.

Auf den sog. ‚Regionalkonferenzen‘, die in unregelmäßigen Abständen stattfinden, behandeln die SPD-Ortsvereine Bad Honnef und Königswinter Probleme, die sie gemeinsam betreffen, so z.B. den Nationalpark, die Gesamtschule oder den Tourismus.

Gelegentlich erscheint die SPD Königswinter auch im Fernsehen. So z.B. 1997, als der ARD für ihren ‚Bericht aus Bonn‘ die authentische Reaktion eines SPD-Ortsvereins auf die Ankündigung des Dauerkanzlers Kohl, bei der nächsten Bundestagswahl noch einmal zu kandidieren, filmen wollte. Der voraussehbare Tenor der Ortsvereinsitzung: „Kohl muss weg!“ Es mag dahingestellt bleiben, ob das ein entscheidender Beitrag zur Niederlage Kohls 1998 gewesen ist!

Die eigentlichen geselligen Veranstaltungen des Ortsvereins sind vielen noch in bleibender Erinnerung. Dazu gehörten die Maibälle der AfA im Bungertshof, die allerdings ebenso wie die Skatturniere bald nach der neuen Kommunalreform aufhörten, weil sich inzwischen andere Formen der Geselligkeit durchgesetzt hatten.

Der Ortsteil Oberpleis feierte jahrelang (1990 - 1997) auf dem Rathausvorplatz ein Frühlingsfest,organisiert von **Cay Gabbe** ,zu dem alle Königswinterer Genossen eingeladen waren; ebenso wie zum Sommerfest des Ortsteils Thomasberg. Das traditionelle Sommerfest der SPD fand auf dem Nasseplatz im Siebengebirge statt – nicht selten unter einem aktuellen Motto. Dieses lautete etwa

für 1983 ‚Wir und der Frieden‘; eingeladen waren die in Königswinter ansässigen Friedensinitiativen.-

Der Ortsteil Oberpleis organisierte darüber hinaus gemeinsame Fahrten für den ganzen Ortsverein, z.B. 1990 zum Öko-Winzer und Genossen Martin Wöhrle in die Pfalz oder in die ökologische Vorbildgemeinde Nettersheim in der Eifel. Auch im Rahmen der Diskussion um den Nationalpark Siebengebirge bot die SPD den Bürgern eine Fahrt an, und zwar 2008 in den Nationalpark Eifel.

Ein Höhepunkt im geselligen Leben war mehrere Jahre lang ein Abend mit dem Soziologie-Professor und Kabarettisten Hans-Peter Schwöbel. In einer gelungenen Mischung aus besinnlichen Aphorismen, poetischen Gedichten und kabarettistischen Entlarvungen des Zeitgeistes unterhielt er die regelmäßig große Zuschauermenge auf das Beste.

Diese unterschiedlichen Veranstaltungen waren immer gute Gelegenheiten, Bürgerinnen und Bürger zu treffen – sie sind regelmäßig zu den Parteiveranstaltungen eingeladen. Eine spezielle Möglichkeit, sich der Sorgen und Wünsche aus der Bürgerschaft anzunehmen, war das Mitte der 70er Jahre eröffnete SPD-Zentrum am Marktplatz in Oberdollendorf. Es war zu bestimmten Zeiten von einem Fraktionsmitglied oder einem sonstigen Genossen besetzt. Hier fanden die Bürger ein offenes Ohr und nach Möglichkeit Hilfe bei ihren Anliegen. Auch durch die „Mängelkarten“, die die Bürger bei der SPD abgeben konnten, erfuhr die Partei von den Wünschen und Anliegen der Königswinterer und konnte sich ihrer annehmen. An allen diesen Aktivitäten war die Fraktion als Teil der Partei selbstverständlich immer beteiligt; sie organisierte darüber hinaus aber auch noch eigene Veranstaltungen. Dazu gehören z.B. die in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Fraktionswanderungen jeweils in einem bestimmten Ortsteil, bei denen die SPD-Fraktion sich im Gespräch mit Bürgern und Vereinen über die Sorgen und Wünsche informiert. Ähnlich ist es mit Betriebsbesichtigungen, bei denen die SPD sich in Gesprächen mit Arbeitnehmern und Geschäftsleitung über die Lage eines Unternehmens informiert. Auf Fraktionsklausuren werden anstehende Aufgaben, wie z.B. die Position der SPD zum Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung, erarbeitet. Eine Klausur zu Beginn der 70er Jahre, die in Leubsdorf stattfand, ist dabei allen Beteiligten noch in lebhafter Erinnerung, war es dabei doch in fröhlicher Runde zu besonders herzlichen Begegnungen von Genosse zu Genosse gekommen. Schließlich führt die Fraktion ein- oder zweimal pro Ratsperiode eine Fraktionsfahrt durch, die nicht selten ins benachbarte Ausland, aber auch in etwas entlegene deutsche Landstriche führt. Diese Fahrten dienen nicht nur dem fröhlichen Beisammensein und Kennenlernen, sondern enthalten regelmäßig auch politische Programmpunkte.

Als die CDU bei der Kommunalwahl 1989 ihre absolute Mehrheit verlor, ergab sich für die SPD die Notwendigkeit, eine ‚große Koalition‘ zu schließen, da der damalige Ortsvereinsvorsitzende Nase sich nicht mit einer sehr fragilen Ampelkoalition anfreunden konnte. Die SPD erhielt auf diese Weise die Position des

Kämmerers, dessen Stelle Herbert Losem hervorragend besetzte; außerdem setzte die SPD die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten und einen Ausländerbeirat durch. Auch musste die CDU sich auf das –aus ihrer Sicht – Risiko der Elternbefragung für eine Gesamtschule einlassen. Diese Befragung scheiterte allerdings.

Während die erste Hälfte der 90er Jahre deshalb kommunalpolitisch von einem konstruktiven Verhältnis zwischen SPD und CDU bestimmt war, hatte man auch bei dem diese Jahre dominierenden Thema, der deutschen Einheit, keine unmittelbaren Konflikte. Der 1991 im Bundestag gefasste Bonn-Berlin-Beschluss wurde im Rheinland generell bekämpft und ließ große Befürchtungen über die Zukunft der Region entstehen. Dass sie sich alle nicht bewahrheitet haben, ist inzwischen deutlich, im Gegenteil, von den 2,8 Mia € Ausgleichszahlungen für die Region hat auch Königswinter profitiert.

Ein Problem, das sich 1989/90 zuspitzte, war die wachsende Zahl von Aussiedlern und Asylbewerbern, die untergebracht werden mussten. Die alte Turnhalle in Oberpleis, die Umkleieräume in Ittenbach, die alte Schule in Sandscheid, das ehemalige Ordnungsamt in der Grabenstraße (Altstadt) wurden notdürftig für die Unterbringung von Menschen hergerichtet. Schließlich musste die Stadt sich zu mehreren Neubauten entschließen, z.B. in Oberpleis, in Heisterbacherrott, in Vinxel und – am spektakulärsten – in Stieldorf. Die Stieldorfer Bürger wollten auf dem exponierten Grundstück ein der Wohnumgebung angepasstes Gebäude haben, das ein bisschen teurer war. Für die SPD war der Balanceakt zwischen dem Grundrecht auf Asyl und der Pflicht zur Unterbringung von immer mehr Menschen ein großes Problem. Die Änderung des Asylrechts durch die Bundesregierung wurde prinzipiell nicht von vielen SPD-Anhängern begrüßt; sie entschärfte aber das Problem für die Kommunen.

Für die SPD Königswinter war eine weitere Folge der Einheit die Tatsache, dass die Stasi-Verstrickung ihres langjährigen Vorsitzenden Nase offenbar wurde. Er hat damit sein Bild in der Erinnerung der Königswinterer Sozialdemokraten schwer beschädigt und Unverständnis und Empörung hinterlassen.

Eine viel erfreulichere Folge der Einheit war die schon im Dezember 1989 auf dem SPD-Parteitag in Berlin zwischen Werner Knipschild aus Königswinter und Klaus Müller aus Rathenow angelegte Partnerschaft mit der SPD Rathenow bei Berlin. Bei wiederholten gegenseitigen Besuchen lernten die Sozialdemokraten mit so unterschiedlichen geschichtlichen Erfahrungen sich kennen und besser verstehen. Noch heute bestehen freundschaftliche Kontakte zu den damaligen Vertretern der Rathenower SPD.

4.3 Falkengruppe (gegründet 1974)

Sabine Krieger-Mattila, Jahrgang 1963,

Stadtratskandidatin, Ortsvereins-Vorstandsmitglied, langjährige Fraktionssekretärin und für die AWO tätig, erzählt von der Falken-Gruppe in Königswinter:

" Ich war **1975** zum ersten Mal im Falken-Zeltlager des Bezirks Mittelrhein in Seeheim an der Bergstraße. Da gab es unsere Gruppe schon. Wir sind im Sommer 1974 hierher gezogen und ich war beim ersten Treffen im Herbst **1974** bei **Ilse Bernstein** in der Wohnung. Die Gruppenstunden, haben später im Haus der Jugend in Dollendorf stattgefunden. Als Ilse Bernstein mit der Gruppenleitung aufgehört hat, haben meine Mutter (**Inge Krieger**), **Michaela Deneke** und **Werner Sünnen** das übernommen. Mitglieder waren u.a. die Nase-Kinder, Alice Potthoff, Arnim Teusch, die Zips-Kinder und die Ebert-Kinder, insgesamt 15 - 20. Als wir alle im Jugendlichen-Alter waren ist das eingeschlafen und ich habe im **TEE-TREFF Oberdollendorf** eine neue Kindergruppe aufgebaut, zu der auch **Georg Dauth** gehörte. Die Gruppe im TEE-TREFF hat es bis **1982** gegeben. Nachdem ich Abi gemacht habe hat das keiner mehr übernommen."

4.4 Jungsozialisten <JUSOS>

Bereits am 24. Mai 1958, 11 Jahre vor der kommunalen Neuordnung, hat **Paul Dittko**, Ortsverein Königswinter, zur Gründung einer JUSO-AG eingeladen.

Der erste Vorstand des am 13.06.1969 gegründeten SPD-Ortsvereins Königswinter unter dem Vorsitzenden Adalbert Wiemers wählte **Henning Nase** zum Beisitzer und JUSO-Sprecher. Er war der erste in einer langen Reihe.

Wegen Erreichen der Altersgrenze bei den JUSOS (35 Jahre) war häufiger Wechsel üblich. Ein Juso aus dieser Zeit, Heinz Liebig - hier stellvertretend für alle anderen genannt - war mit seinem Vorstandsteam an der Idee zur Vorbereitung und Ausführung des TEE-TREFF“ beteiligt. Am 15.01.1977 wurde in den von der Stadt Königswinter angemieteten Räumen in der Roten Schule in Oberdollendorf, Rennenbergstraße der „TEE-TREFF“ eingeweiht. Über viele Jahre wurde hier hervorragende Jugendarbeit geleistet. Neben Spaß und Spiel gab es kostenlose Hausaufgabenhilfe, Tanzkurse, Diskussionen zu allen Fragen, die die Jugendlichen bewegten. Der „TEE-TREFF“ wurde sehr gut angenommen und erfreute sich großer Beliebtheit, besonders an den „Disco“-Wochenenden.

Ebenfalls 1977 erschien die Schülerzeitung „**Kaktus**“, die nicht nur im Jahr 1979 heftig von der Schüler-Union kritisiert wurde als es um die Kooperative Schule ging (Meldung Extrablatt vom 08.05.1979).

1979 konnte der „TEE-TREFF“ den 2. Geburtstag feiern, zu dem auch **Bürgermeister Hank** (mit Tee) zu der großartigen Leistung der Jusos gratulierte. (Meldung im GenralAnzeiger v. 08.02,1979).

1982 konnte der „TEE-TREFF“ dann sein 5-jähriges Bestehen feiern – eine hervorragende Leistung der Jusos, die mehrheitlich Schüler und Studenten waren.

Die politische Aufbruchstimmung der späten 70-er und frühen 80-er Jahre, die Nähe zur Uni Bonn, an der viele Jusos studierten, das damals magere Angebot für Jugendliche in Königswinter taten ein übriges zu der sehr engagierten Arbeit der Jusos. Wie jede Organisation hatte und hat die Juso-AG Höhen und Tiefen. Es bleibt aber festzuhalten, dass aus ehemaligen Jusos bekannte und verdiente Rats- und Kreistagsmitglieder wurden und zwei Ortsvereinsvorsitzende - **Heinz Liebig** und **Jürgen Kusserow** aus der JUSO-AG hervorgegangen sind.

4.5 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen <AsF>

1976 wurde unter dem Vorsitz von Helga Genrich eine AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) gegründet, die im Gegensatz zu den Falken am Leben blieb, mal mehr mal weniger aktiv aber insgesamt erfolgreich arbeitete, um Frauen den Einstieg in die Partei und spezielle Frauenaspekte von politischen, sozialen und kommunalen Problemen zu erörtern.⁷⁴

Die Frauen in der SPD Königswinter

(Hilke Andreae-Hinrichs)

Die politische Gleichstellung der Frau hatte die SPD schon bei der Wahl der ersten Nationalversammlung der Weimarer Republik im Januar 1919 durchgesetzt. Weitere wichtige Schritte zur Realisierung der Gleichberechtigung waren der Artikel 3 im Grundgesetz 1949, das Gleichberechtigungsgesetz von 1957 und weitere Gesetze insbesondere unter den SPD-geführten Bundesregierungen. Trotzdem bleibt die tatsächliche gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen weiterhin eine wichtige politische Aufgabe, der sich nicht zuletzt die SPD stellen muss.

Die in den 70er und 80er Jahren stark wachsende Zahl der weiblichen SPD-Mitglieder entschied sich bewusst für die Mitgliedschaft in einer Partei und damit für die Kooperation mit den Männern, nicht für den Kampf gegen sie. Das hatte allerdings nicht zur Folge, dass die männlichen Genossen ohne weiteres Platz machten in Parteiämtern und öffentlichen Mandaten, vielmehr mussten die Frauen oft hart kämpfen für ihre Repräsentanz und ihren Einfluss in der Partei.

⁷⁴ Rede von Dr. Renate Heck zum 75. Geburtstag der SPD Königswinter, gehalten am 19. März 1994

Ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der Fraueninteressen in der Partei und zur Werbung für die SPD nach außen war die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF). Nach der Ludwigshafener Gründungskonferenz 1973 auf Bundesebene wurde auch im Ortsverein Königswinter 1976 eine AsF gegründet; ihre erste Vorsitzende war Helga Genrich.

Die AsF Königswinter beschäftigte sich mit dem breiten Spektrum der jeweils aktuellen frauenpolitischen Themen, darunter etwa der Reform des § 218, der Grundrente, der Quotierung (die 1988 auf dem Münsteraner Parteitag beschlossen wurde), dem neuen Scheidungs- und Familienrecht der sozialliberalen Koalition, dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, gender mainstreaming, Ganztags- und Gesamtschulen und den Vor- und Nachteilen von Mädchenschulen. Einen breiten Raum nahm in den 80er Jahren das Engagement der AsF-Frauen für die Friedensbewegung ein. Die 1990 vollzogene deutsche Einheit wurde von der AsF durch intensive Kontakte und gegenseitige Besuche der Frauen des Ortsvereins Rathenow mit Leben erfüllt.

In vielfältigen Veranstaltungsformen setzte sich die AsF mit den aktuellen frauenpolitischen Themen auseinander: So referierte etwa Ute Canaris vom Bundesvorstand schon 1975 über Defizite in der Gleichstellung; Marie Schlei sprach auf einer Ortsvereinsveranstaltung über die Reform des § 218, Hermann Krauthausen erläuterte 1989 die Rentenreform, der bundesweit bekannte Familienrichter Willutzki informierte über das neue Familienrecht, 1988 referierte Ruth Winkler vom PV über Gewalt in der Ehe, 1991 sprach MdB Christine Lucyga über Frauen in den neuen Bundesländern. Mit der Lebenssituation von Frauen in historischer oder geographischer Entfernung beschäftigte sich die AsF immer wieder, so z.B. 1991 mit Frauen im Nahen Osten oder 1992 mit Frauen in der NS-Zeit. 1992 ging es in einem Streitgespräch, an dem u.a. Ingrid Matthäus-Mayer und Inge Hagemann teilnahmen, um die Zukunftsperspektiven der Frauen im Rhein-Sieg-Kreis nach dem Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin.

Neben diesen Veranstaltungen, in denen die AsF vor allem Beiträge zur politischen Willensbildung leistete, gab es auch eher auf Geselligkeit zielende Aktivitäten. So organisierte die AsF zusammen mit den Jusos 1980 in allen Königswinterer Stadtteilen eine Kinderfestwoche, die großen Zuspruch fand.- Aus Anlass des 10jährigen Geburtstags wurde 1986 ein Basar mit Dritte-Welt-Gruppen veranstaltet. 1988 gab es in dem damals noch existierenden Kino in Oberpleis Frauenfilmtage mit besonders ausgewählten Frauenfilmen. 2002 lud die AsF zu einer Fahrt nach Brüssel zum dortigen Sitz von Europäischem Parlament und EU-Kommission ein, 2003 nach Straßburg – zum Sitz des Europäischen Parlaments. 2004 war dann der Deutsche Bundestag Berlin im Reichstagsgebäude das

Ziel der Reise und jedes Mal waren die männlichen Genossen eingeladen und kamen gern mit.

Im Jahr 2003 gab es am Internationalen Frauentag ein gemeinsames Frühstück mit muslimischen Frauen in der Königswinterer Moschee.

- Wiederholt war die Bonner Kabarettistin Karin Hempel-Soos bei der AsF zu Gast, 1988 z.B. mit ihrem Programm ‚Die Frau gehört ins Bett!‘.- Gemeinsame Theater-, Ausstellungs- und Museumsbesuche dienten der Geselligkeit, sie waren wie alle Veranstaltungen der AsF immer auch offen für Frauen außerhalb der SPD. Letztere sollten auch etwa durch das Verteilen von roten Rosen am internationalen Frauentag gewonnen werden.-

Am Aschermittwoch war das gemeinsame Fischessen für die SPD-Frauen Tradition, in der Adventszeit ist es ein Adventskaffee.

Die Frauen in der SPD waren keineswegs eine homogene Gruppe. Während etliche engagiert innerhalb der AsF arbeiteten, diese auch als besonderen Schutzraum mit der Möglichkeit, sich frei zu äußern, sahen, hielten andere lieber eine gewisse Distanz. Seit Gründung der AsF wurde aber auf jeden Fall bei Wahlen im Ortsverein bei den Frauen ein einheitliches Abstimmungsverhalten vermutet, weshalb die Genossen sich zu einem wohlüberlegten Verhalten gegenüber den Frauen in der Partei veranlasst sahen.

Insgesamt waren die Frauen durchaus erfolgreich bei der Durchsetzung ihrer Kandidatinnen. In den SPD-Ratsfraktionen gab es immer einen zufriedenstellenden Frauenanteil, und seit dem Quotenbeschluss von 1988 war der mindestens 40%ige Frauenanteil kein Problem mehr. Ebenso wurde der Frauenanteil in Delegationen für die Kreis- oder Landesebene eingehalten.

Auch für höhere Parteiämter setzten sich qualifizierte Frauen durch. So wurde etwa nach dem Abgang von Henning Nase als Ortsvereinsvorsitzender 1989 Inge Hagemann seine Nachfolgerin bis 1995, als sie aus persönlichen Gründen nicht wieder kandidieren konnte. Gleichzeitig setzte sie sich als Landtagskandidatin von St. Augustin, Bad Honnef und Königswinter für die Landtagswahl 1990 durch, allerdings erhielt sie keinen aussichtsreichen Listenplatz und daher kein Mandat.- Nach dem vorzeitigen Abgang des CDU-Bürgermeisters Günther Hank führte Dr. Renate Heck als seine Stellvertreterin 1989/90 die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters. Sie erntete für ihre engagierte und kluge Amtsführung viel Lob und Anerkennung. Als Renate Heck 1994 nicht mehr für den Stadtrat kandidierte, wurde Hannelore Baukloh-Mayer Bürgermeister- und Spitzenkandidatin der SPD für die Kommunalwahl. Mit großem Einsatz unterstützte die AsF ihre Wahlkampagne, unter anderem mit einem Extra-Plakat der Ratskandidatinnen.-

Bei der Kandidatenaufstellung für die Bundestagswahl 1983 stand die AsF vor einer Schwierigkeit. Vorausgegangen war der Bruch der sozialliberalen Koalition 1982 und der Übertritt der ehemaligen FDP-Abgeordneten Ingrid Matthäus-Mayer in die SPD. Ihr wurde von der Parteispitze der Wahlkreis Rhein-Sieg II zur Kandidatur angeboten. Die AsF allerdings hatte sich schon auf eine andere Kandidatin festgelegt. Ingrid Matthäus-Mayer wurde gewählt und hat in ihren Jahren als SPD-MdB die Interessen nicht nur der Frauen hervorragend vertreten. Seit ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag 1998 wird der Wahlkreis von Ulrike Merten vertreten, die sich weiterhin engagiert für Fraueninteressen einsetzt und als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses als erste Frau in eine ausgesprochene Männerdomäne vorgedrungen ist.

4.6 Städte-Partnerschaft des SPD-Ortsvereins und der Stadtratsfraktion mit der englischen Stadt Cleethorpes - North East Lincolnshire ab 1974

(Lieselotte Busch)

1974 wurde die Partnerschaft zwischen dem englischen Seebad Cleethorpes, gelegen an der Humber-Mündung im Nordosten Englands und der Stadt Königswinter besiegelt.

Vertreter aller im Stadtrat vertretenen Parteien besuchten 1973 zu einem vorbereitenden ersten Besuch ihre englischen Parteifreunde. Leiter der Delegation war Bürgermeister **Günter Hank (CDU)**, der Vertreter der SPD **Karl Heinz Seger**.

In den ersten 30 Jahren der Partnerschaft hatte die Labour-Fraktion die absolute Mehrheit im Rat von Cleethorpes, das nach einer Gebietsreform in North East Lincolnshire eingemeindet wurde.

Die gegenseitigen regelmäßigen Besuche der offiziellen Delegationen zum Winzerfest und zum "Mayor making", der **Schüleraustausch**, den **Heather Theile**, **Christine Iländer** und **Elisabeth Prüsener** tatkräftig organisierten, schufen ein gutes Klima zwischen beiden Städten und freundschaftliche Beziehungen zwischen "Labour-guys- and-girls" aus Cleethorpes und Genossinnen und Genossen aus Königswinter.

Die Mehrheitsverhältnisse haben sich im Rat von North East Lincolnshire seit 2005 gravierend verändert. Die ehemals 22 Sitze starke Labour-Fraktion schmolz auf 4 Sitze zusammen, 3 davon errangen Frauen.

4.7 Partnerschaft des SPD-Ortsvereins mit der südfranzösischen Stadt Cognac ab 1989

(Hilke Andreae-Hinrichs)

Als die Partnerschaft mit einer französischen Stadt ins Auge gefasst wurde, setzte die SPD-Fraktion sich zunächst für Draguignan an der Cote d'Azur ein. Trotzdem hat sie die Partnerschaft mit Cognac, die 1989 begründet wurde, unterstützt und tatkräftig begleitet. So machte sich 1992 eine ganze Gruppe der SPD Königswinter auf den Weg nach Cognac zum Besuch der dortigen Sozialisten. Sie bildeten im Stadtrat nur eine kleine Gruppe, aber im Cognac benachbarten Boutiers gab es den sozialistischen Bürgermeister Robert Richard, der zusammen mit seinen Mitstreitern die Königswinterer Sozialdemokraten herzlich empfing. Im Rahmen dieser Partnerschaft sind schon viele Freundschaften zwischen SPD-Leuten und den Franzosen aus Cognac entstanden. Besonders feiern konnte die SPD zusammen mit den französischen Sozialisten den Sieg des 2008 gewählten sozialistischen Cognacer Bürgermeisters Michel Gourinchas.-

4.8 Partnerschaft mit dem nach der Wende gegründeten SPD-Ortsverein Rathenow/ Premnitz in Brandenburg

Die Öffnung der Berliner Mauer im November 1989 und die schrittweise Wiedervereinigung beider deutscher Staaten führten im Jahr 1990 zu ersten Kontakten mit neu gegründeten Ortsvereinen der SPD im Beitrittsgebiet.

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte die Patenschaft für Brandenburg übernommen.

Manfred Lenz und **Klaus Müller** aus Rathenow berichten 2009 für die Geschichtswerkstatt über das Entstehen der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Rathenow/Premnitz nach der Wende 1989.

Königswinter – Rathenow: Eine „deutsche Wende“ Geschichte

Als am 06. Dezember des Jahres 1989 im Saal der Musikschule die SPD – damals noch SDP – in Rathenow wiedergegründet wurde, wusste keiner der von Demokratiegedanken getragenen Gründungsmitglieder, was auf sie zukommen würde. Der Wille zum Aufbruch war da, aber es fehlte viel – materiell und auch in der Organisation.

Auf einer Parteiveranstaltung am 18.12.1989 im ICC Berlin trafen sich zufällig **Werner Knipschild** aus Königswinter und **Klaus Müller** aus Rathenow. Der Eine wollte beim Aufbau helfen und der Andere nahm die Hilfe dankend an. Bereits am 06.02.1990 nahm Klaus Müller an einer Veranstaltung in Königswinter teil. Große Sympathien schlugen dem Rathenower entgegen. Vieles konnte er mitbringen, so auch die Zusage, dass **Jürgen Schmude** im Rahmen des anstehenden Volkskammer-Wahlkampfes (für die erste und gleichzeitig letzte frei gewählte Volksvertretung der DDR) die Rathenower SPD unterstützen würde.

Da das Jahr 1990 für die neuen Bundesländer ein Superwahljahr war, befanden wir uns bald wieder im Wahlkampf. Dazu begrüßten wir im März des gleichen Jahres, also kurz vor der ersten freien Kommunalwahl in Brandenburg, auf einem musikalischen Frühschoppen Gäste aus der SPD Königswinter. Dabei kam selbstverständlich die Politik nicht zu kurz und wir nahmen dankend manchen Hinweis zur erfolgreichen Wahlkampfgestaltung und den Grundsätzen einer guten Kommunalpolitik entgegen.

Im Ergebnis dieser Veranstaltung konnten wir kurze Zeit später **Edwin Lelke** von der SPD Königswinter in Rathenow begrüßen. Spontan hatte er sich entschlossen, uns im Wahlkampf zu unterstützen und seine ganze Erfahrung mit einzubringen. Natürlich war er auch eine wertvolle Hilfe bei Aufbau eines funktionstüchtigen Parteibüros und bei der Einrichtung funktionsfähiger Strukturen. Das Ergebnis gab unserem Bemühen recht und die SPD wurde stärkste Stadtfraktion und stellte mit **Hans-Jürgen Lünser** den ersten Bürgermeister und mit **Gabriele Lenz** die erste Stadtverordneten-vorsteherin. Bis 2003 hielt die SPD die führende Position und wurde dann durch „Hartz IV“ und andere bundespolitische Entscheidungen auch bei der Kommunalwahl „abgestraft“. 2008 konnten wir im kommunalen Bereich wieder leicht zulegen.

Die SPD Königswinter hat auch einen maßgeblichen Anteil am Aufbau einer funktionsfähigen Stadtverwaltung in Rathenow. **Gisela Becker** gewann über persönliche Bekanntschaften den „Altbürgermeister“ von Freiburg, **Berthold Kiefer**, um den Aufbau der Verwaltung in der Kreisstadt fachlich zu begleiten. Dies war eine große Hilfe für die regierende Rathenower SPD.

Zur Festveranstaltung 75 Jahre SPD –Königswinter waren auch Genossen aus Rathenow an den Rhein gereist. Intensive Gespräche ließen die Zeit schnell vergehen und manch persönlicher Kontakt konnte geknüpft werden.

So war es dann besonders die ASF, die die Begegnung suchte und auch fand. Veranstaltungen in Königswinter und in Rathenow folgten in den Jahren.

Trotz modernster Transportsysteme ist natürlich die Strecke Königswinter – Rathenow recht weit und so sind die gegenseitigen Veranstaltungen immer seltener geworden. Geblieben ist aber manch persönlicher Kontakt und die Rathenower Dankbarkeit für die aktive Aufbauhilfe der ersten Jahre.

90 Jahre SPD – Königswinter sind ein Anlass für die Rathenower SPD herzlich zu gratulieren und weiterhin viel Erfolg zu wünschen. Am 06.12.2009 feiert die Rathenower SPD ihr 20jähriges. Nun könnte man sagen ein „junges Mädchen“ grüßt eine „ältere Dame“. Doch halt – wir hatten ja eine Wiedergründung und das offizielle Gründungsdatum der Rathenower SPD ist das Jahr 1889, also sind wir 120 Jahre und damit wohl die „ältere Dame“!

Die Jahre **1990 - 1994** waren für die Region Rathenow - Premnitz geprägt durch die durch die Treuhand verfügte Zerschlagung und Stilllegung der **Märkischen Faser-AG** und der damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit.

Als Beweis unserer Solidarität zählten Besuche in Rathenow mit ausgedehnten Diskussionsabenden, Teilnahme an Demonstrationen der Premnitzer Genossinnen und Genossen in Bonn zum Bundeskanzleramt, Besuch der Mahnwache an dem besetzten Betrieb der Märkischen Faser-AG und Unterstützung von Wahlkampfaktivitäten zum Landtagswahlkampf 1994.

Im **Oktober 1992** besuchte eine Gruppe von Königswinterer AsF-Frauen Rathenow.

Die Richterin **Gisela Becker** aus Oberdollendorf referierte zum neuen Ehe- und Familienrecht.

Die Gastfreundschaft der Brandenburger Genossinnen war überaus herzlich. Die AsF-Vorsitzende **Monika Preuß** beeindruckte immer wieder als Betriebsratsmitglied der Märkischen Faser-AG. Leider wurde sie später auch arbeitslos und musste Premnitz verlassen.

5. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Königswinter seit 1969

5.1 Kommunalpolitische Auseinandersetzungen

(Hilke Andreae-Hinrichs)

Die Zeit vor der Kommunalreform wird von den SPD-Genossen beschrieben als eine Phase, in der Kontroversen relativ selten waren. Die Nachkriegszeit war bestimmt von der Not der durch Heimkehrer, Vertriebene und Flüchtlinge ständig wachsenden Bevölkerung – da musste das unmittelbar Notwendige getan werden, für politische Auseinandersetzungen war keine Zeit. Danach kam das ‚Wirtschaftswunder‘, die Gemeinden konsolidierten sich, und in den 60er Jahren füllten sich die Kassen. Neue Projekte wurden in Angriff genommen – z.B. das Rathaus Oberpleis und das Schulzentrum Königswinter, die Rheinpromenade in Dollendorf und viele andere; Anlass zu Streit gab es selten.

Nach Gründung der neuen Stadt Königswinter wurden die unterschiedlichen Profile der Parteien dann allerdings bei vielen Themen deutlich.-

In Thomasberg bildete sich Anfang der 70er Jahre eine der ersten Königswinterer Elterninitiativen, in der viele SPD-Mitglieder mitarbeiteten und die von der SPD insgesamt unterstützt wurde. Ziel dieser Initiative war die Gründung eines unabhängigen Kindergartens, des Kinderhauses Thomasberg, das 1972 eröffnet werden konnte und noch heute besteht.

Die CDU dagegen unterstützte den Kindergarten des Waffenhändlers Mertins, auf dessen im Naturschutzgebiet gelegenen Gut Buschhof ohne Genehmigung ein Kindergarten eröffnet worden war. Auf Grund eines von Umweltminister Diether Deneke erwirkten Gerichtsurteils musste die Stadt 1975 die Waldhütte, in der sich der Kindergarten befand, abreißen.

Elterninitiativen lagen ebenso auf der Linie der SPD wie kommunale Kindergärten, die die CDU aber entschieden ablehnte – so etwa den SPD-Antrag auf Einrichtung eines kommunalen Kindergartens in Oberdollendorf 1976. Die CDU setzte bei der Kinder- und Jugendarbeit eher auf die katholische Kirche. Heute ist die katholische Kirche dabei, Kindergärten zu schließen, und die Stadt Königswinter ist heilfroh, dass es Eltern gibt, die mit immensem Einsatz der Stadt dabei behilflich sind, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllt werden kann.

Ein anderes wichtiges Anliegen der SPD war immer die Unterstützung von kulturellen Einrichtungen, die auch eine integrierende Funktion für das neue Gemeinwesen hatten. Dazu gehören der von der von SPD-Ratsmitglied Herbert Haack besonders unterstützte Zweckverband Volkshochschule, den Königswinter 1978 zusammen mit Bad Honnef gründete, ebenso wie die Musikschule, für deren Einrichtung und Festigung sich nicht zuletzt das SPD-Ratsmitglied Martin Quandt unermüdlich einsetzte.

1971 hatte sich die Musikschule aus einigen Musikkursen des Volksbildungswerkes gebildet, 1978 wurde sie eine selbständige Einrichtung der Stadt Königswinter.-

Die Schließung der städtischen Bibliothek im Schulzentrum Oberpleis fand 1996 gegen den Widerstand der SPD statt. Die SPD hatte mehrfach, zuletzt noch 1990, vergeblich versucht, eine zweite Bibliothekskraft durchzusetzen. Nach dem Aus für die städtische Bibliothek war es ein großer Glücksfall für die Stadt, vor allem aber für die Schulen des Schulzentrums Oberpleis, dass eine Gruppe von engagierten Bürgerinnen und Bürgern sich sofort nach der Schließung durch die Stadt bereit gefunden hat, die Bibliothek auf professionelle Weise weiterzuführen. Formal wurde die Bibliothek vom ‚Freundeskreis der Bibliothek Oberpleis‘ übernommen und wird bis heute ausschließlich mit ehrenamtlichen Kräften geführt. Als Anerkennung dieses Engagements verlieh die SPD Königswinter 1999 ihren Kulturpreis an das Bibliotheksteam.

Ein Kulturprojekt der CDU hat die SPD allerdings heftig bekämpft: es war das Standbild Kaiser Wilhelms I., das Bürgermeister Hank 1989 an prominenter Stelle am Rheinhang des Drachenfelses aufstellen lassen wollte. Dafür sahen die Sozialdemokraten, deren Vorgänger unter dem von dem Demokratiefeind Wilhelm I. erlassenen Sozialistengesetz gelitten hatten, wahrlich keine Veranlassung. Hanks Projekt verschwand alsbald in der Versenkung.

Im Bereich der Jugendpolitik konnte sich im 1971 unter CDU-Vorherrschaft gegründeten Stadtjugendring 1992 erstmals ein Sozialdemokrat, nämlich Björn Seelbach, als Vorsitzender durchsetzen, womit der Einfluss der katholischen Kirche keine Selbstverständlichkeit mehr war.- Das Haus der Jugend in Oberpleis, dessen Träger ein Verein war, wurde von der SPD unterstützt;

als 1980 die Einrichtung eines weiteren Jugendzentrums in Dollendorf anstand, setzte sich die SPD für eine kommunale Trägerschaft ein. Da allerdings erklärte sich der Verein Haus der Jugend in Oberpleis zur Übernahme der Trägerschaft bereit.– Ein Streitpunkt im Bereich der Jugendpolitik war die Einrichtung eines städtischen Jugendamtes. Es war abzusehen, dass der Ausstieg aus dem Kreisjugendamt deutlich günstiger für Königswinter sein würde, weshalb die SPD mehrfach den Absprung vorschlug. Die CDU sperrte sich zunächst, wodurch Millionen, die hätten eingespart werden können, vergeudet wurden. 2007 konnte endlich das städtische Jugendamt seine Arbeit aufnehmen.-

Für eine vernünftige Stadtentwicklung, nicht zuletzt in der Altstadt, hat sich die SPD immer wieder eingesetzt. Als etwa Ende der 70er Jahre Pläne auftauchten, das Haus Bachem abzureißen und moderne Hochbauten an seine Stelle zu setzen, hat die SPD beharrlich daran gearbeitet, das Haus und den Marktplatz zu erhalten und zu restaurieren. Sie hatte schließlich Erfolg.- Einige Jahrzehnte später konnte die SPD allerdings nicht verhindern, dass die Schokoladenseite von Königswinter, die Rheinfront, vom städtebaulichen Fremdkörper des Sealife Centers beeinträchtigt wurde.

Gegen die SPD-Stimmen wurde 2004 dem englischen Investor das Rheingrundstück zugestanden und die SPD war sich sicher, dass Stadtverwaltung und Bürgermeister nicht intensiv genug verhandelt haben, um das Sealife Center auf einem städtebaulich weniger schädlichen Platz anzusiedeln. –

Auch in anderen Ortsteilen bekämpfte die SPD drohende Fehlentwicklungen. So wollte die CDU z.B. 1981 in Stieldorf ein kommerzielles Freizeitzentrum installieren, nachdem sie ein Areal zwischen Stieldorf und Vinxel erworben hatte – zu einem viel zu hohen Preis, wie in Stieldorf gemunkelt wurde. Darüber kam es zu einem Eklat im Hauptausschuss, wo die CDU wegen der von einem SPD-Ratsmitglied geäußerten Vermutung, mit diesem Kauf solle wohl jemandem ‚auf den grünen Zweig‘ geholfen werden, aus Protest den Sitzungssaal verließ. –

Der 1975 von der Stadtverwaltung vorgelegte Bebauungsplan für Vinxel, der die Gründung einer ‚Schlafstadt‘ vorsah, ging in heftigem Bürgerprotest unter. Auch die SPD konnte sich mit den überzogenen Plänen nicht anfreunden.-

Mitte der 90er Jahre war ein weiterer Streitpunkt die Erfindung der ‚Kaltluftschneise‘ in Ittenbach, für die wie ein running gag immer wieder ein Entschädigungsbetrag in den Haushaltsplänen der Stadt auftauchte. Mehrfach war dies eins der Argumente für die Ablehnung des Haushalts durch die SPD.

Von der SPD-Landesregierung hat die Stadt Königswinter vielfältig profitiert, insbesondere von dem Königswinterer Bürger Diether Deneke, der 1966 – 1979 NRW-Landwirtschaftsminister war. In seiner Ministerzeit hat er u.a. den Ankauf von Schloss Drachenburg durch das Land NRW initiiert, er hat durch die Weinbergsflurbereinigung dafür gesorgt, dass in Königswinter überhaupt noch Weinbau betrieben werden kann, und er hat die Kleingartenanlage ‚Heisterfeld‘ am Petersberg mit Landesmitteln gefördert und damit dem Vorsitzenden des Kleingartenvereins Hein Becker einen Herzenswunsch erfüllt. Ebenso hat die SPD-Landesregierung die Erweiterung des Siebengebirgsmuseums finanziell unterstützt. 1975 konnte Deneke als ‚Hausherr‘ auf dem Drachenfels Richtfest im neuen Restaurant feinern – in der ‚Regionale 2010‘ werden der Abriss des mittlerweile als unschön empfundenen Restaurants und eine Neugestaltung des Drachenfelsplateaus geplant.

Für den 1983 getätigten Ankauf des Hotels Petersberg durch die Bundesregierung hat sich neben dem Ortsverein der SPD-Bundestagsabgeordnete Wim Nöbel im Haushaltsausschuss des Bundestages eingesetzt; er hat damit den Verkauf des Hotels an russische Investoren verhindert und die Nutzung als Gästehaus der Bundesregierung ermöglicht.

Ein beständiges Anliegen der SPD war die Erhaltung und Optimierung der städtischen Bäder. Schon 1981 setzte sich die SPD für den Einbau einer Sauna in das Hallenbad Oberpleis ein, um damit die Attraktivität des Bades zu steigern. Im folgenden Jahr wehrte sich die SPD vergeblich gegen die Privatisierung des Freibades Oberpleis. 1984 forderte sie eine Liegewiese für das Hallenbad in der Altstadt, um die Besucherzahlen zu erhöhen. Alle diese Versuche scheiterten an der uneinsichtigen Haltung der CDU.

Seit den 80er Jahren wurde deutlich, dass nicht nur das Netz der weiterführenden Schulen, sondern auch die Ausstattung der Stadt Königswinter mit Bädern zu dicht und ihre Unterhaltung und Sanierung zu kostspielig war. Gegen die SPD-Forderung, ein Konzept zur Anpassung der Bäder einerseits an die finanziellen Möglichkeiten der Stadt, andererseits an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vorzulegen, haben sich Mehrheitsfraktion und Stadtverwaltung immer gewehrt; sie suchten stattdessen ihr Heil in der Privatisierung. Als die Stadtverwaltung im Jahr 2007 mit einem Investor über Übernahme der Lemmerzbäder verhandelte, war die Stadtverwaltung sogar zur Schließung des Lemmerz-Hallenbades bereit, was einen Sturm der Entrüstung in der Bürgerschaft auslöste. Inzwischen besteht Einigkeit darüber, dass es in der Altstadt wie bisher ein Freibad und ein Hallenbad geben soll.

Weniger gut sieht es für die Bürgerinnen und Bürger im Bergbereich aus. Nach der Privatisierung des Freibades in Oberpleis versäumten es Stadtverwaltung und Mehrheitsfraktion, dafür zu sorgen, dass das Freibad eine für die

Bedürfnisse von Schulen, Vereinen und Bürgern ganzjährig brauchbare Ausstattung erhielt. Obwohl das Freibad kein vollwertiges Bad ist, schloss die CDU 2008 gegen die Stimmen der SPD das Hallenbad im Schulzentrum Oberpleis. Das Ergebnis ist eine starke Unausgewogenheit der Schwimmmöglichkeiten in der Stadt Königswinter, aber auch ein Qualitätsverlust in der schulischen Infrastruktur des Schulzentrums Oberpleis.

Über ein zentrales Rathaus wird debattiert, seit Königswinter seine heutige Form erhalten hat. Zwar hatte Oberpleis kurz vor der Gebietsreform ein neues Rathaus erhalten; es war aber für die Verwaltung der neuen Stadt zu klein. Auch die Altstadt hatte ihr Rathaus am Markt, es reichte ebenfalls nicht aus. Für das im Investitionsplan 1976 ausgewiesene zentrale Rathaus waren insgesamt fast 12 Mio DM veranschlagt; die SPD wollte das Rathaus in der Altstadt aus- und umbauen. Daneben entstand die Idee, das Haus Bachem abzureißen und an seine Stelle einschließlich des Parks Bachem ein neues Rathaus zu bauen. Dagegen gab es erheblichen Widerstand, insbesondere auch von den SPD-Ratsvertretern, die den Park Bachem für die Bürgerschaft öffnen wollten. Am Ende wurde das historisch wertvolle Haus Bachem restauriert und zum Sitz des Bürgermeisters umgebaut.

Schließlich wurde, als die Hauptschule Thomasberg geschlossen worden war, deren Gebäude zum technischen Rathaus hergerichtet.

Aber die Diskussion um einen zentralen Verwaltungsstandort kam immer wieder auf; zu den ernsthaften, aber nicht realisierten Vorschlägen gehörte etwa das Haus Schlesien, dessen großer Vorzug seine geografische Lage in der Mitte der Stadt Königswinter war. In der Ratsperiode 2004-09 wurde das Projekt „zentrales Rathaus“ erneut ernsthaft angegangen, und in einem nicht immer rationalen Entscheidungsprozess beschlossen Ende 2008 alle Ratsfraktionen außer der SPD, dass ein neues Rathaus ins Gewerbegebiet Kraefeld in Oberpleis gebaut werden soll. Die SPD ist allerdings angesichts einer wirtschaftlich außerordentlich schwierigen Zeit der Auffassung, dass dies kein vernünftiger Zeitpunkt für große und nicht unbedingt unabwendbare Investitionen ist.

5.2 Schulpolitik in Königswinter

(Hilke Andreae-Hinrichs)

Die überkommene Schullandschaft in den Gemeinden der späteren Stadt Königswinter begann sich schon vor der kommunalen Neugliederung zu verändern. Die Schulstruktur wurde dichter, so dass – neben den ortsnah angesiedelten Grundschulen – Ende der 60er Jahre 2 Gymnasien, 2 Realschulen und seit 1969 3 Hauptschulen bestanden.

1968 führte die SPD-FDP-Landesregierung eine längst überfällige Schulreform durch: Die Schulform Volksschule wurde aufgehoben und ersetzt durch Grund- und Hauptschulen. Letztere waren grundsätzlich Gemeinschaftsschulen; ob die Grundschulen Bekenntnisschulen blieben oder Gemeinschaftsschulen wurden, entschieden die Eltern. Nur in Oberpleis und Ittenbach blieben katholische Bekenntnisschulen erhalten; alle anderen wurden Gemeinschaftsgrundschulen, wofür sich die SPD auch einsetzte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden das Gymnasium am Petersberg sowie die Realschule Königswinter in der Altstadt gegründet. Das Gymnasium war im Volkswohlgebäude untergebracht, die Realschule im alten Katasteramt in der Schützenstraße. Beide konnten 1969 in das neue Gebäude im Schulzentrum Altstadt umziehen. Das Grundstück hatte Paul Lemmerz zur Verfügung gestellt. Hauptschulen gab es 1969 in Dollendorf, Thomasberg und Oberpleis. Nur die Oberpleiser Hauptschule ist bis auf den heutigen Tag erhalten; die beiden anderen wurden wegen rückläufiger Schülerzahlen geschlossen.

Schon 1965 wurde die neue Realschule Oberpleis eröffnet. Gleichzeitig gab es eine starke Bewegung unter den Bürgern im Bergbereich, die ein Gymnasium für ihre Kinder wollten – bisher mussten die Oberpleiser Gymnasiasten nach Siegburg oder Bad Godesberg fahren. Auch Mitglieder und Anhänger der SPD unterstützten diese Bürgerbewegung.

1969 wurde die Bürgerinitiative für das Gymnasium nach vielen Schwierigkeiten, für deren Lösung auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Wienand eingeschaltet wurde, mit der Eröffnung des Gymnasiums am Oelberg belohnt, das zunächst als Dépendance des Gymnasiums Zeithstraße in Siegburg in einigen Räumen der schon bestehenden Realschule seine Arbeit aufnahm. Für 610.000 DM hatte die Gemeinde Oberpleis ein Grundstück am Mathildenheim erworben, und 1978 konnte das Schulzentrum Oberpleis, in dem alle drei weiterführenden Schulen untergebracht wurden, eröffnet werden. Es hatte 41 Mio DM gekostet und war je zur Hälfte vom Land und von der Stadt bezahlt worden.

Heftige politische Auseinandersetzungen begleiteten die ersten Jahre des neuen Gymnasiums. CDU und Stadtverwaltung konnten sich nicht mit der politischen Haltung der vom Land 1971 eingesetzten Schulleiterin Adelheid Bauer, SPD, anfreunden. Zu ihrer politischen Meinung stand Adelheid Bauer auch öffentlich. Als sie z.B. in einer öffentlichen Veranstaltung in Stieldorf vor laufenden ARD-Fernsehkameras den CDU-Kanzlerkandidaten Barzel scharf angriff, schäumte die CDU. Bei der städtischen Schulverwaltung, die zusammen mit dem CDU-beherrschten Schulausschuss über Besetzung und Beförderung von 75% der Lehrerstellen entschied, setzte sie sich engagiert für ihr Kollegium ein – häufig genug in heftigen Auseinandersetzungen, die mehrmals vor Gericht endeten. Als sie 1978 die Einweihungsfeier zur Eröffnung des neuen

Schulzentrums aus Protest gegen die Stellenbesetzungspolitik der Stadt verließ, hielt die CDU die Zeit für eine Dienstaufsichtsbeschwerde für gekommen, deren Ziel die Versetzung der Schulleiterin war. Das Schulministerium gab der Beschwerde nicht statt. Franz Riscop, CDU, taufte das Gymnasium am Oelberg eine „rote Kaderschmiede“ – eine Verunglimpfung, gegen die sich Adelheid Bauer vor Gericht erfolgreich wehrte und die durch die solide und konsequente Arbeit der Schule ad absurdum geführt wurde. Für Sozialdemokraten war klar, dass sie ihre Kinder nach Oberpleis schickten – im Stieldorfer Raum trotz massiver Verunglimpfung des Gymnasiums durch den Leiter der Grundschule.

Inzwischen hat die CDU ihren Frieden mit dem Gymnasium gemacht. Trotzdem gibt es immer wieder Auseinandersetzungen um die Ausstattung der Schulen. In einer der letzten Kontroversen hat die CDU sogar Lernfähigkeit bewiesen: die Notwendigkeit eines Selbstlernzentrums für das Gymnasium am Oelberg hat die SPD sehr viel früher als die CDU gesehen und wollte Mittel in den Haushalt einstellen; nach anfänglicher Ablehnung durch die Mehrheitsfraktion wird das Selbstlernzentrum inzwischen gebaut.

Dass das Netz der weiterführenden städtischen Schulen in der neuen Stadt Königswinter zu dicht war, wurde deutlich, als von den drei Hauptschulen zwei geschlossen werden mussten. Aber auch das Gymnasium am Petersberg konnte sich nicht halten, bei ihm wurden 1989 nur noch 23 Fünftklässler angemeldet, und so stellte sich die Frage, auf welche weiterführenden Schulen die Schüler des Talbereichs in Zukunft gehen konnten.

Die SPD Königswinter setzte sich mit ihrem schulpolitischen Sprecher Hermann Krauthausen massiv für die Umwandlung des Altstadt-Schulzentrums in eine integrierte Gesamtschule ein, die alle Schulabschlüsse ermöglichte. Diese Schulform wurde von der CDU - nicht nur in Königswinter! - ideologisch bekämpft, und so gab es für eine Mehrheit im Stadtrat zunächst keine Chance.

In der nach der Kommunalwahl 1989 geschlossenen ‚großen Koalition‘ wurde vereinbart, dass in Königswinter eine Gesamtschule gegründet werden sollte, wenn die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Anmeldungen erreicht würde. Diese Anmeldezahl von 112 Schülern wurde in dem von der Landesregierung nicht klar geregelten Verfahren allerdings knapp verfehlt. Daher konnte die CDU ihre Option der Privatisierung des Schulzentrums umsetzen. 1991 entstanden eine private Realschule und ein privates Gymnasium, das mit einem Hochbegabtenzweig und einem Internat auch Schülern von außerhalb offensteht.

In dem noch von der rot-grünen Landesregierung konzipierten, an entscheidenden Punkten von der CDU-FDP-Regierung abgeänderten Schulgesetz von 2005 wurden auf Druck der FDP die Grundschulbezirke aufgehoben; jetzt können Eltern die Grundschule für ihr Kind aussuchen. Die Kommunen können nur noch

sehr schlecht planen, und es droht eine soziale Segregation auch im Grundschulbereich. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Gesetz bald geändert wird.

5.3 Verkehrspolitik in Königswinter (Hilke Andreae-Hinrichs)

Mit der kommunalen Neugliederung 1969 war klar, dass die neue Stadt Königswinter eine schwere Hypothek an Verkehrsproblemen aufgeladen bekam. Die Stadt Bonn war durch die Eingemeindung von Beuel und Bad Godesberg aus der Kommunalreform gestärkt hervorgegangen. Der Rhein-Sieg-Kreis sollte für die zugezogenen Beamten und Bediensteten von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat Wohngebiete zur Verfügung stellen. Das musste eine Verdichtung der Verkehrsbeziehungen zwischen Bonn und dem Kreisgebiet, nicht zuletzt den Siebengebirgsorten, nach sich ziehen.

Die Frontlinien der Auseinandersetzung verliefen bei diesem Thema weniger durch den Stadtrat Königswinter als vielmehr zwischen Stadt, Rhein-Sieg-Kreis, Stadt Bonn, Landesregierung und Bundesregierung.

Berg- und Talbereich von Königswinter waren nach dem Krieg lediglich durch zwei das Siebengebirge querende Landstraßen verbunden. Die L 268 durch Dollendorf und Heisterbacherrott war schon 1891, zum Teil auf der Trasse der Heisterbacher Talbahn, gebaut worden; die L 331 über die Margarethenhöhe war zunächst nur als Privatstraße bis zur Petersbergauffahrt vorhanden und wurde noch vor dem Krieg von der Familie Mühlens und der Stadt Königswinter gemeinsam ausgebaut.

Zur Verdichtung des innerörtlichen Verkehrsnetzes wurde nach der Kommunalreform die K 25, die ökologisch sehr umstrittene „Krötenstraße“, als Verbindung der durch Vinxel führenden L 490 mit der L 268 gebaut. Ebenso war die Einrichtung der Rundverkehrsbuslinien 520 und 521 eine Maßnahme zur Verbesserung der innerstädtischen Verkehrsbeziehungen; sie wurden wesentlich vom SPD-Ratsmitglied Otmar Ebert initiiert und unterstützt.

Schon 1938 war die A3 als Reichsautobahn Köln-Frankfurt gebaut worden; sie zerschnitt das alte Amt Oberpleis zwischen Rauschendorf und Bockeroth einerseits und Oberpleis und Thomasberg andererseits. Durch die 2002 fertig gestellte, autobahnparallele ICE-Strecke, die von der SPD gemeinsam mit den anderen Ratsfraktionen und einer Bürgerinitiative bekämpft wurde, wurde diese Zerschneidungsfunktion noch verstärkt. In langen Verhandlungen zwischen den betroffenen Kommunen und der Deutschen Bahn konnten immerhin verbesserte Lärmschutzmaßnahmen erreicht werden, so dass heute in Bezug auf Lärmemissionen die A3 das größere Problem ist. Einzig für den Norden der Stadt, den Ortsteil Stieldorf, konnten keine Verbesserungen erreicht werden, weshalb die

beiden Stieldorfer Ratsmitglieder 1997 im Stadtrat gegen den ICE-Vertrag stimmten.

Auch die rheinparallele EB 42 war schon vor der Kommunalreform u.a. als Entlastung von Dollendorf und Königswinter konzipiert worden. Besonders die Dollendorfer und Diether Deneke hatten Bedenken wegen der Zerschneidungsfunktion des Straßenneubaus. 1968 wurde dem Planfeststellungsbeschluss von den betroffenen Gemeinden jedoch nicht widersprochen. In langwierigen Prozessen wehrten sich einige Anlieger; sie erreichten, dass der Straßenneubau in einer Troglage verschwand bzw. im Bereich der Altstadt aufgeständert wurde. Die Zerschneidungsfunktion der Straße wurde damit ebenso gemildert wie der befürchtete Lärmteppich. Allerdings dauerte die Fertigstellung der EB 42 noch bis 1985; allein im Bereich der Stadt Königswinter kostete die Straße 150 Mio DM.

Das mit Abstand umstrittenste Verkehrsthema aber war mehrere Jahrzehnte lang die heiß diskutierte Südtangente. Dieser Straßenneubau, zunächst als Netzschluss im westdeutschen Autobahnnetz geplant, erhielt in der öffentlichen Diskussion immer mehr die Funktion der Siebengebirgsentlastung. Die beiden alten Landstraßen L 268 und L 331 waren einer ständig wachsenden Verkehrslawine ausgesetzt und die Verhältnisse in den betroffenen Ortsteilen Ittenbach, Heisterbacherrott und Oberdollendorf wurden immer unerträglicher. Seit den 70er Jahren gab es Befürworter und Gegner des Projekts; zu den Befürwortern gehörten z.B. die diversen CDU-Landräte, zu den Gegnern die ‚Aktionsgemeinschaft Tieflage Bundesbahn und Fernstraßenumgehung‘ und später der Verein Lebenswertes Siebengebirge sowie die Stadt Bonn. Eine vor der Kommunalwahl 1989 durchgeführte Umfrage zur Südtangente ergab unter den SPD-Anhängern 38% Befürworter, unter CDU-Anhängern 55%.

Ingrid Matthäus-Maier, SPD-MdB seit 1983, bekämpfte die Südtangente, konnte die Mehrheit des Ortsvereins Königswinter aber nicht überzeugen, da keine bestechenden Alternativlösungen gefunden werden konnten. Die Mehrheit der Königswinterer SPD setzte sich im Stadtrat mit den anderen Parteien außer den Grünen für den Bau der Südtangente ein, die Stieldorfer Ratsmitglieder waren dagegen, da sie einen Lärm- und Emissionsteppich durch den Straßenneubau befürchteten.

1993 forderte die Mehrheit des Stadtrates dringend den Bau einer Entlastungsstraße für das Siebengebirge; die SPD wollte dabei keine als Autobahn ausgebaute ‚Südtangente‘, sondern eine Bundesstraße von der Südbrücke bis zur A3. Auch eine alternativ geführte Planung, die ‚Tröndle“-Trasse, spielte 1993 eine Rolle, ließ sich aber nicht durchsetzen.

Die Stadt Bonn, die SPD im Rhein-Sieg-Kreis und die rot-grüne Landesregierung waren gegen das große Straßenbauprojekt und erreichten schließlich, dass die Südtangente 2004 aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen wurde. Damit ist die Entlastung der Siebengebirgsorte nach wie vor ein ungelöstes Problem. Das von der Landesregierung im Rahmen der Planungen zum Nationalpark in Auftrag gegebene Verkehrsgutachten soll jetzt die Basis für eine wirksame Entlastung des Siebengebirges bilden.

Direktmandate für die SPD-Fraktion waren in Königswinter eher Ausnahmen. **Herbert Losem und Franz-Friedrich Rohmer** aus Thomasberg gewannen ihre Wahlkreise direkt. Ebenso war **Harry Kirchhof aus Eudenberg**, Ratsmitglied von 1982 bis 2004 ein erfolgreicher Wahlkämpfer und engagierter Kommunalpolitiker für die SPD im **Oberhau**. Ihm verdankt die SPD über mehr als 20 Jahre das einzige Direktmandat.

5.4 Die Arbeit der Stadtratsfraktion in den Jahren 2004 - 2009

(Cornelia Mazur-Flöer)

Nach einer für die nordrhein-westfälische SPD insgesamt enttäuschenden Kommunalwahl im Jahre 2004 starteten wir mit zehn Ratsfrauen und Ratsmitgliedern sowie 12 sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern in die neue Ratsperiode. Unsere Führungsfunktionen konnten wir schnell und einvernehmlich besetzen. **Jürgen Kusserow** wurde Vorsitzender, **Hilke Andrae-Hinrichs** und **Franz-Joachim Thür** bildeten einen schlagkräftigen Fraktionsvorstand. **Uwe Zimmermann** konnte als Fraktionsgeschäftsführer gewonnen werden. **Cornelia Mazur-Flöer** wurde auf Vorschlag unserer Fraktion vom Rat zu einer der stellvertretenden Bürgermeister gewählt. Unter der Führung unseres Fraktionsvorstandes konnten unsere vier neuen Ratsmitglieder zeitnah in die Ratsarbeit eingeführt und alsbald erste politische Akzente gesetzt werden.

So war es uns ein besonderes Anliegen, auch die Interessen der städtischen Bediensteten bei Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR), in die der Baubetriebshof und das Abwasserwerk von der Stadt ausgelagert wurden, zu berücksichtigen.

Wir haben uns insbesondere nachhaltig dafür eingesetzt, dass die tariflichen Rechte der Bediensteten gewahrt blieben. Dies bedurfte eines zähen Ringens mit den anderen Fraktionen. Soziale Sicherheit und Verlässlichkeit der Tarifpartner müssen auch bei Organisationsänderungen Bestand haben.

Über mehrere Jahre hinweg haben wir ein eigenes Jugendamt gefordert, um erhebliche Haushaltsmittel bei der Kreisumlage einsparen zu können. Im Sommer 2006 wurde – längst überfällig – der notwendige Stadtratsbeschluss gefasst. Zum 01.01.2008 nahm das Jugendamt seine Aufgabe auf.

Wäre unserer Forderung früher entsprochen worden, hätten erhebliche Steuergelder eingespart werden können, die anderweitig für unsere Bürgerinnen und Bürger hätten sinnvoll eingesetzt werden können.

Im November 2006 teilte die Verwaltung der Stadt dem Sportausschuss „zur Kenntnisnahme“ mit, der Sportplatz Niederdollendorf (Hermann- Wallraff- Sportanlage“) sei erheblich sanierungsbedürftig und werde geschlossen. Hierfür wurden erhebliche Sanierungskosten von mehreren 10.000,00 Euro angeführt. Die Bevölkerung solle künftig den mehreren Kilometer entfernten Peter Breuer Sportanlage zu nutzen.

Wir haben dies nicht hingenommen. Wir forderten im Sportausschuss die Stadt auf, den Zustand der Anlage genau zu überprüfen, anstatt vorschnell die Schließung des Platzes anzukündigen.

Nach mehreren intensiven Gesprächen mit den ehrenamtlich Engagierten des DSV Königswinter konnte eine Lösung gefunden werden. Bürgerinnen und Bürger wirkten an der Sanierung in Eigenleistung mit; die Stadt hatte nur die Materialkosten in geringer Höhe zu tragen.

Das Fazit dieser Initiative ist: Niederdollendorfer Kinder und Sportler können weiterhin ihren Sportplatz nutzen!

Ohne den energischen Protest der Bürgerinnen und Bürger würde die Stadt Königswinter im Jahre 2009 auch ohne ein einziges Hallenbad da stehen. So beabsichtigte die Stadt unter Zustimmung der Mehrheitsfraktion im Jahr 2007, das Lemmerzbad mit dem beliebten Schwimmtreff zu schließen. Jahrelang wurde das Bad auf Verschleiß gefahren, nichts wurde investiert. Nunmehr hieß es, es bestehe ein „zu“ hoher Sanierungsbedarf.“ Das Bad müsse geschlossen werden“.

Diese Entscheidung war für uns nicht tragbar, wie auch viele Bürgerinnen und Bürger energisch gegen die Pläne Sturm liefen.

Wir haben den Bürgerwillen aufgenommen und eine Bürgerversammlung organisiert.

Im Ergebnis musste die Stadt von ihren Plänen Abstand nehmen und die Mehrheitsfraktion einsehen, dass sie gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger keine Entscheidungen im Alleingang durchsetzen kann. Zwischenzeitlich wird unter Beteiligung verschiedener Interessengruppen an einem neuen Bäderkonzept gearbeitet. Festzuhalten ist, im Jahre 2009 besteht der Schwimmtreff noch!

Nicht verhindern konnten wir jedoch, dass der Rat im Dezember 2007 beschloss, das einzige Hallenbad der Stadt im Bergbereich im Schulzentrum zu schließen.

Das hierfür angeführte Argument der Stadt, nur dort könne kostengünstig ein Selbstlernzentrum und eine Mensa eingerichtet werden, dürfte die Verantwortlichen zwischenzeitlich reuen.

Wegen der für diesen Zweck ungeeigneten Räumlichkeit wird ein schönes Stück Steuergeld in die Hand genommen werden müssen, um unseren Schülerinnen und Schülern eine angemessene und ruhige Lernatmosphäre bieten zu können. Bei hinreichender und fundierter Planung hätten sowohl das Schwimmbad erhalten als auch ein funktionstüchtiges Selbstlernzentrum und eine ansprechende Mensa geschaffen werden können. Dass die Schülerinnen und Schüler nicht unter der Fehlplanung der Stadt zu leiden haben werden, darauf werden wir auch in Zukunft achten!

Die Initiative der Stadt, ein zentrales Rathaus(seit neuestem: Verwaltungszentrum) zu schaffen, wurde und wird von uns aufgrund der vorstehenden Erfahrungen besonders kritisch begleitet. Für uns ist es dabei wichtig, dass der Nutzen und die Wirtschaftlichkeit eines solchen Vorhabens zweifelsfrei nachgewiesen wird. Denn die Finanzierung dieses Projektes wird die Handlungsfähigkeit der Stadt Königswinter über Jahrzehnte beeinflussen.

Darüber hinaus haben wir in einer Vielzahl von Anträgen auch Anliegen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Königswinter transportiert, die diese vertrauensvoll an uns herangetragen haben.

6. Ausblick in die Zukunft

(Auszüge aus der Ansprache der Vizebürgermeisterin und Bürgermeisterkandidatin **Cornelia Mazur-Flöer** anlässlich des Empfangs zur Feier des 90. Geburtstags der SPD Königswinter am 14. Juni 2009 im Kunstforum Palastweiher)

90 Jahre SPD Königswinter, das setzt bei jedem von uns Rückblenden frei. Bei den Älteren durch persönliches Erleben, bei den Jüngeren durch Gespräche und das geschriebene Wort. Wir hier in Königswinter sind reich beschenkt, weil wir auch heute hier in unserer Mitte Frauen und Männer haben, die uns als kompetente Zeitzeugen zur Verfügung stehen. So können wir aus erster Hand erfahren, wie sich die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt haben. Lieber **Ernst Breit**, liebe Christine, ich bin stolz, daß wir Euch heute in unserer Mitte haben dürfen.

Die Geschichte der SPD und der Arbeiterbewegung hat mich schon als Kind sehr geprägt, weil sie mit meiner Familie eng verwoben ist.

Heute ist der 14. Juni 2009. An diesem Tag wäre mein Vater, der 2005 verstorben ist, 92 Jahre alt geworden. Zu seiner Geburt gab es noch das Kaiserreich. Knapp zwei Jahre später war Friedrich Ebert Reichspräsident. 1933. Die SPD hat als einzige Partei bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz mit NEIN gestimmt !

Wenn ich in der Geschichte der SPD zurückschaue - auch in die Geschichte meiner Familie - sehe ich Frauen und Männer, die bereit waren, für ihre politischen Ziele persönliche Opfer zu bringen. Diese Genossinnen und Genossen müssen für uns Ansporn sein. Auch die heutige Zeit braucht mutige Frauen und Männer, die für soziale Gerechtigkeit eintreten. Das heißt aber auch , daß wir dafür die politische Verantwortung übernehmen. Wir müssen kämpfen und Wahlen gewinnen.

Deshalb laßt uns heute, an unserem Ehrentag nach vorne schauen. Wir müssen die Ärmel aufkrepeln und die Herausforderung im demokratischen Wettstreit annehmen.

7. Anhang

7.1 Die Vorstände des SPD-Ortsvereins 1969 - 2009

Jahreshauptversammlung (JHV) am 23. März 1973:

Vorsitzender	Adalbert Wiemers
Stellv. Vorsitzender	Othmar Ebert
Stellv. Vorsitzender	Martin Quandt
Schriftführer	Alexander Dicke
Kassierer	Edwin Lelke
Beisitzer – Presse	Volker Hahn
Beisitzer	Thilo von Trotha
Beisitzerin	Tina Arndt
Beisitzer	Henning Nase

Jahreshauptversammlung (JHV) am 10. Januar 1975:

Vorsitzender	Henning Nase
Stellv. Vorsitzender	Volker Hahn
Stellv. Vorsitzende	Helga Genrich
Schriftführer	Alexander Dicke
Kassierer	Edwin Lelke
Beisitzer – Presse	Rainer Bernstein und Thilo von Trotha
Beisitzer Öffentlichkeits- arbeit	Adalbert Wiemers
2 Beisitzer z. bes. Verw.	Tilo Krieger und Wolfgang Schult
Jusovertreter	Klaus-Dieter Schmuck

Jahreshauptversammlung (JHV) am 25. Februar 1977:

Vorsitzender	Henning Nase
Stellv. Vorsitzende	Marie-Luise Tepper
Stellv. Vorsitzender	Klaus-Dieter Schmuck
Schriftführer	Alexander Dicke
Kassierer	Hans Bongarts
Beisitzerin	Helga Genrich
Beisitzer	Volker Hahn
Beisitzer	Heinz Liebig
Beisitzer	Hermann Krauthausen

Jahreshauptversammlung (JHV) am 24.10.1979

Vorsitzender	Henning Nase
Stellv. Vorsitzende	Marie-Luise Tepper
Stellv. Vorsitzender	Adalbert Wiemers
Schriftführer	Martin Lohmeier
Kassierer	Jürgen Steffens
Beisitzer	Alexander Dicke
Beisitzer	Edmund Schute
Beisitzer	Heinz Liebig
Beisitzer	Helmut Trotnow

Jahreshauptversammlung (JHV) am 12. Februar 1981

Vorsitzender	Henning Nase
Stellv.Vorsitzender	Wolfgang Krämer
Stellv.Vorsitzende	Anne Schmandt
Schriftführerin	Renate Bergholz
Kassierer	Jürgen Steffens
Beisitzer	Alexander Dicke
Beisitzer	Hans-Robert Holzbach
Beisitzerin	Anna Dünnebier
Beisitzer	Heinz Liebig

Erstmals sind 4 Revisoren im Protokoll erwähnt:
Erich Ostermeier, Martin Lohmeier, Gen. Schmitz und Krey

Jahreshauptversammlung (JHV) am 15. April 1983:

Vorsitzender	Henning Nase
Stellv.Vorsitzender	Wolfgang Krämer
Stellv.Vorsitzende	Anne Schmandt
Schriftführerin	Renate Bergholz
Kassierer	Erich Ostermeier
Beisitzer	Alexander Dicke
Beisitzer	Hans-Robert Holzbach
Beisitzerin	Anna Dünnebier
Beisitzer	Heinz Liebig

Erweiterter Vorstand:

AG Jusos	Thomas Boeck
AG AsF	Elke Bremer
AG Afa	Dirk Claus

Ortsteil--Beauftragte/

Heinrich Becker (Altstadt)
Karsten Hinrichs (Stieldorf)
Christel Schute (Dollendorf)
Franz-Friedel Rohmer (Thomasberg)
Ulrich Tepper (Oberpleis)
Wolfram Teusch (Ittenbach)

Fraktionsvorstand:

Herbert Losem
Karl Heinz Seger

Weitere Funktionsträger, in Königswinter wohnhaft:

MdK (Kreistag)	Adalbert Wiemers, Henning Nase
MdL (Landtag)	Dr. Diether Deneke
MdB (Bundestag)	Dr. Wim Nöbel

Jahreshauptversammlung (JHV) 1985:

Vorsitzender	Henning Nase
--------------	--------------

Jahreshauptversammlung (JHV) 1987:

Vorsitzender	Henning Nase (Wegzug nach Brüssel)
--------------	------------------------------------

Jahreshauptversammlung (JHV) 20.10.1989:

Vorsitzende	Inge Hagemann
-------------	---------------

Stellv. Vorsitzender	Herbert Haack
Stellv. Vorsitzende	Hilke Andreae-Hinrichs
Schriftführerin	Marina Muldau
Kassierer	Erich Ostermeier
Beisitzer	Waldemar Arnold
Beisitzerin	Ilona Niemeyer
Erweiterter Vorstand:	
AG Jusos	Andrea Kipke
AG AsF	Lilo Wiederhold
AG Afa	Bernd Roski
Ortsteil-Beauftragte:	Heinz Liebig (Altstadt)
	Heide Binder (Stieldorf)
	Norbert von Hofmann (Dollendorf)
	Friedel Hofmann (Thomasberg)
	Cay Gabbe (Oberpleis)
	Lilo Busch (Ittenbach)

Jahreshauptversammlung (JHV) 13. März 1991

Vorsitzende	Inge Hagemann
Stellvertreter/in	Herbert Haack, Hilke Andreae-Hinrichs
Schriftführer	Sabine Krieger-Mattila
Kassierer	Erich Ostermeier

Jahreshauptversammlung (JHV) 21. April 1993

Vorsitzende	Inge Hagemann
Stellvertreter/in	Herbert Haack, Hilke Andreae-Hinrichs
Schriftführer	Sabine Krieger-Mattila
Kassierer	Erich Ostermeier
AG Jusos	Christoph Trützler

Jahreshauptversammlung (JHV) 23. Mai 1995

Vorsitzender	Jürgen Kusserow
Stellvertreter/in	Sabine Krieger-Mattila, Herbert Haack
Schriftführerin	Ursula Tieke
Kassierer	Georg Dauth
Beisitzer	Jürgen Klute (OT Stieldorf), Heinz Liebig (OT Altstadt)
	Berd Roski (OT Dollendorf), Wolfgang Wahl (OT Oberpleis)
	Detlef Grabe und Team (OT Thomasberg)
Beisitzer Organisation	Lieselotte Wiederhold
AG Jusos	Mirko Becker und Team,
AsF	Renate Heck
60 plus	Ilse Claus

Jahreshauptversammlung (JHV) 13. März 1997⁷⁵

Wiederwahl z. Vorsitzenden	Jürgen Kusserow
Stellv. Vors.:	Herbert Haack
Stellv. Vors.:	Sabine Krieger-Mattila
Kassierer;	Georg Dauth

⁷⁵ General-Anzeiger vom 15./16. März 1997

Schriftführerin:	Ilse Fischer
Beisitzer:	Alexander Handschuh
Ortsteilbeauftragte:	
Oberpleis	Wolfgang Wahl
Heisterbacherrott	Detlev Grabe (†)
Stieldorf	Gunnar Behrendt
Königswinter	Heinz Liebig
Dollendorf	Bernd Roski
Ittenbach	Hermann Scharnhoop

Jahreshauptversammlung (JHV) 18. März 1999

Vorsitzender	Jürgen Kusserow
Stellv. Vorsitzende	Sabine Krieger-Mattila
Stellv. Vorsitzende	Alexander Handschuh
Schriftführer	Klaus Nitschke
Kassierer	Werner Steppuhn
Beisitzer Organisation	Wolf Dieter Ziemke
Ortsteil Stieldorf	Martin Stamer
Ortsteil Thomasberg	Elke Bremer
Ortsteil Altstadt	Heinz Liebig
Ortsteil Dollendorf	Heike Kern
Ortsteil Ittenbach	Joachim Hirzel
Ortsteil Oberpleis	Georg Dauth

Jahreshauptversammlung (JHV) 18. Juni 2001

Vorsitzender	Jürgen Kusserow
Stellvertreter	Sabine Krieger-Mattila, Alexander Handschuh
Schriftführerin	Ursula Brungs
Kassierer	Werner Steppuhn
Beisitzer/innen	Heike Kern, Joachim Hirzel, Heinz Liebig, Ursula Fischer, Jan Rautenbach, Jürgen Wischumerski , Uwe Zimmermann

Jahreshauptversammlung (JHV) 10. April 2003

Vorsitzender	Jürgen Kusserow
Stellvertreter	Sabine Krieger-Mattila, Alexander Handschuh
Schriftführerin	Ursula Brungs
Kassierer	Werner Steppuhn
Beisitzer/innen	Heike Kern, Joachim Hirzel, Heinz Liebig, Ursula Fischer, Jan Rautenbach, Jürgen Wischumerski , Uwe Zimmermann
AsF	Jutta Comba, Inge Hagemann, Marion Kusserow

Mitgliederversammlung (mit Nachwahlen) am 03.11.2004 (Notwendig wegen Ratsmandat Jürgen Kusserow)

Vorsitzender	Heinz Liebig (bis Juni 2007)
Stellvertreter	Alexander Handschuh
Schriftführerin	Ursula Brungs
Kassierer	Werner Steppuhn
Beisitzer	Sabine Krieger-Mattila (ersetzt Uwe Zimmermann) Heike Kern, Ursula Fischer, Jürgen Wischumerski
OT Oberpleis	Michael Adrian
OT Ittenbach	Joachim Hirzel
OT Altstadt	Robert Brungs
OT Dollendorf	Michael Stock

Jahreshauptversammlung (JHV 09. Juni 2005)

Vorsitzender	Heinz Liebig
Stellvertreter	Alexander Handschuh
Schriftführer	Winfried Nitschke
Kassiererin	Ursula Brungs
Bildungsbeauftragter	Werner Steppuhn
Beisitzerinnen	Ursula Brungs und Jutta Comba (AsF)
OT Thomasberg/Heisterbacherrott	?
OT Ittenbach	Joachim Hirzel
OT Dollendorf	Heike Kern
OT Stieldorf	Alexander Handschuh
OT Altstadt	Robert Brungs
OT Oberpleis	Sabine Krieger-Mattila

Jahreshauptversammlung (JHV) 14. Juni 2007

Vorsitzender	Jürgen Kusserow
Stellvertreter/in	Cornelia Mazur-Flöer, Robert Brungs
Schriftführerin	Ursula Brungs
Kassierer	Georg Dauth
OT Oberpleis	Michael Adrian
OT Ittenbach	Joachim Hirzel
OT Dollendorf	Heike Gessinger-Kern und Uwe Zimmermann
OT Stieldorf	Martin Stamer
Beisitzer/in	Sabine Krieger-Mattila, Alexander Handschuh
AsF	Jutta Comba
Revisoren	Werner Brinkmann, Jürgen Wischumerski

Zusammenfassung:

von 1969 bis 1975 - Ortsvereinsvorsitzender:	Adalbert Wiemers
von 1975 bis 1989 - Ortsvereinsvorsitzender:	Henning Nase
von 1989 bis 1995 - Ortsvereinsvorsitzender:	Inge Hagemann
von 1995 bis 2004 - Ortsvereinsvorsitzender:	Jürgen Kusserow
von 2004 bis 2007 - Ortsvereinsvorsitzender:	Heinz Liebig
von 2007 bis 2009 - Ortsvereinsvorsitzender:	Jürgen Kusserow

1999 erstmals Direktwahl des Bürgermeisters nach Wegfall der bisherigen Doppelspitze durch die neue Kommunalverfassung.

Bürgermeister-Kandidat der SPD 1999	Herbert Losem
(Peter Wirtz, CDU wird zum Bürgermeister gewählt)	
Bürgermeister-Kandidat der SPD 2004	Jürgen Kusserow
Bürgermeister-Kandidatin der SPD 2009	Cornelia Mazur-Flöer

7.2 Die Stadtrats-Fraktionen seit 1969

Liste der Ratsmitglieder der SPD-Fraktion seit 1969

Wahlperiode	Ratsmitglieder
1969 – 1975	Becker, Heinrich Dr. Kellermann, Volkmar (Fraktionsvorsitzender) Kolling, Peter Koppmann, Heribert Limbach, Peter (bis 12.12.1973) Losem, Herbert Nenzel, Friedrich (bis 22.07.1974) Oertel, Julius (ab 4.11.1974) Quandt, Martin (ab 18.02.1974) Seger, Karl-Heinz Dr. Schmidt-Küster, Wolf Walk, Franz-Josef
1975 – 1979	Arndt, Kristina Becker, Gisela Becker, Heinrich Ebert, Othmar Haack, Herbert Dr. Heck, Renate Losem, Herbert (Fraktionsvorsitzender) Oertel, Julius Dr. Schmidt-Küster, Wolf-J. Seger, Karl-Heinz Tepper, Ulrich Dr. von Trotha Walk, Franz-Josef
1979 - 1984	Becker, Heinrich Ebert, Othmar Haack, Herbert Hagemann, Inge Dr. Heck, Renate Jäger, Walter Kirchhof, Harry (ab 1982) Krauthausen, Hermann (bis 1982) Losem, Herbert (Fraktionsvorsitzender) Schmitz, Roswitha Schmuck, Klaus-Dieter

	<p>Schute, Edmund (ab 1981) Seger, Karl-Heinz Tepper, Ulrich Walk, Franz-Josef</p>
1984 - 1989	<p>Baukloh-Mayer, Hannelore (ab 30.03.87) Hagemann, Inge Dr. Heck, Renate Jäger, Walter Kirchhof, Harry Krauthausen, Hermann Losem, Herbert (Fraktionsvorsitzender) Mehren, Manfred (bis 20.03.1987) Olpen, Christian Dr. Rohmer, Franz-Friedrich Seger, Karl-Heinz (Fraktionsvorsitzender) Schute, Edmund Thür, Franz-Joachim</p>
1989 - 1994	<p>Baukloh-Mayer, Hannelore Grupp, Iris Hassel-Gabbe, Gunhild Dr. Heck, Renate Jäger, Walter Kirchhof, Harry Klein, Gottfried (ab 13.5.1993) Krauthausen, Hermann Liebig, Heinz (ab 22.10.1993) Losem, Herbert Dr. Rohmer, Franz-Friedrich Seger, Karl-Heinz (Fraktionsvorsitzender) Schulze, Hans-Jürgen (bis 15.10.1993) Schute, Edmund Thür, Franz-Joachim Wardenbach, Eva Martine (bis 31.03.93)</p>
1994 - 1999	<p>Andrae-Hinrichs, Hilke Baukloh-Mayer, Hannelore (bis 22.06.98) Bergholz, Renate Busch, Lieselotte Grupp, Iris Hassel-Gabbe, Gunhild Kirchhof, Harry Krauthausen, Hermann (Fraktionsvorsitzender) Liebig, Heinz (ab 23.06.1998) Seger, Karl-Heinz Schute, Edmund Thür, Franz-Joachim Wendt, Eike-Götz</p>

1999 - 2004

Andreae-Hinrichs, Hilke
Bergholz, Renate (bis 31.12.2003)
Busch, Lieselotte
Dauth, Georg
Gessinger-Kern (ab 1.1.2004)
Grupp, Iris
Haack, Herbert
Hofmann, Karl- Friedel
Kirchhof, Harry
Kusserow, Jürgen
Lindemann, Dirk
Thür, Franz-Joachim (Fraktionsvorsitzender)

2004 - 2009

Andreae-Hinrichs, Hilke
Dauth, Georg
Gessinger-Kern, Heike
Hirzel, Joachim
Kusserow, Jürgen (Fraktionsvorsitzender)
Lindemann, Dirk
Mazur-Floer, Cornelia,
Opschondek, Petra
Thür, Franz-Joachim
Zimmermann, Uwe

8. Literatur- und Quellenverzeichnis:

Materialien zur Geschichte der SPD in Königswinter.

Zsgest. und bearb. von Lieselotte Busch und Hilke Andreae-Hinrichs.

Mit einem Grußwort zum 75-jährigen des SPD-Ortsvereins

Königswinter von Rudolf Scharping.

Mit e. Quellen- und Literaturverzeichnis auf S. 56.

Königswinter, 1994.- 56 S.

Matull, Wilhelm

Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie.

Berlin: Dietz, 1957.- 150 S.

Nase, Henning u.a.

Kleine Geschichte der SPD in Ober- und Niederdollendorf. Hrsg. Aus Anlaß des 80. Geburtstages des Ehrenvorsitzenden der SPD Königswinter Hannes Busch. Verf.: Henning Nase. Historische Beratung: Knut Hartmann. Fotos: Herbert Haack; Gestaltung: Hans Bongarts; Überarb. d. Ms.: Othmar Ebert, Annemarie Nase. Mit Abb.

Königswinter, 1977.- , 52 S.

Rey, Manfred van

100 Jahre Wahlen und Parteien im Rhein-Sieg-Kreis, 1848 – 1949. U. Mit-
arb. von

Herbert Weffer. Hrsg.: Rhein-Sieg-Kreis. Der Oberkreisdirektor
Siegburg, 1978.-

Echo des Siebengebirges: Heimatblatt für Königswinter.

Erschienen: 1.1866 – 133.1999; damit Ersch. eingest.

Königswinter: Tillewein

ZDB-ID: 400304-4

IDN 0121708336

Kreisarchiv Siegburg: Akten des Sieg-Kreises, 1945 - 1964.

Wahlergebnisse der Gemeinden des Sieg-Kreises . ARSK.SK
(verschiedene Akten sind lückenhaft)

Stadtarchiv Königswinter. Akten der Ämter Königswinter,
Königswinter- Land, Oberpleis und Oberkassel

Siebengebirgs-Zeitung: unabhängige Heimatzeitung für Königswinter und
Umgebung. Erscheinungsverlauf: 1.1964 – 41.2004; damit Erscheinen einge-
stellt.

Inhaltlich identisch mit Echo des Siebengebirges.

Königswinter-Oberpleis: Uelpenich ZDB-ID: 538113-7

Gesprächspartner, die sich für uns an die letzten Jahrzehnte erinnern haben:
die Genossinnen und Genossen

- Gisela Becker
- Cay Gabbe
- Herbert Haack
- Inge Hagemann
- Dr. Renate Heck
- Jürgen Kusserow
- Herbert Losem
- Anne Schmandt
- Dr. Wolf Schmidt-Küster
- Björn Seelbach
- Franz - Joachim Thür

die beiden ehemaligen Schulleiter

des Gymnasiums am Oelberg

- Adelheid Bauer
- Klaus Breuer
-

(Die Interviews führten Hilke Andreae-Hinrichs und Inge Hagemann)

Sonstige Quellen

(Hilke Andreae-Hinrichs)

- Bürgerverein Rauschendorf-Scheuren (Hg.), Rauschendorf und Scheuren. Beiträge zur Ortsgeschichte. Königswinter 1995
- Bürgerverein Stieldorf, 1100 Jahre Stieldorf, Königswinter-Stieldorf 1995
 - Franz Möller, Der Rhein-Sieg-Kreis im Spannungsfeld von Bund und Land 1949 – 2000, Siegburg o.J.
 - Henning Nase, Kleine Geschichte der SPD in Ober- und Niederdollendorf, o.O., o.J.
 - Josef Neuhöfer, Der kommunalpolitische Aufbau des Amtsbezirkes und der Gemeinde Oberpleis 1945 - 1969
 - Pressemappen von Fraktion und Ortsverein der SPD Königswinter
 - Margarethe Reißner, Stieldorf – aus der Geschichte von Gemeinde und Dorf, o.O., o.J.
 -
 - Heinz Friedrich Schulz, Zeittafel zur Geschichte der Stadt Königswinter mit ihren Stadtteilen und dem Siebengebirge. In: Königswinter in Geschichte und Gegenwart, Heft 2, Bonn 1986
 - Stadt Königswinter (Hg.), Siebengebirgsmuseum der Stadt Königswinter, Vor sechzig Jahren: Kriegsende im Siebengebirge, 2. Aufl. Siegburg 2005
 - 25 Jahre Gymnasium am Oelberg – Städtisches Gymnasium für Jungen und Mädchen in Königswinter – Oberpleis 1969 – 1994



Politik mit Bart war schon früher eine Stärke der SPD: (v.l.) Heinz Liebig, Diether Deneke, Herbert Losem und Henning Nase. Foto: GA

Ein Lokführer war erster Stadtrat

Seit 75 Jahren gibt es die SPD in Königswinter und Dollendorf

Von Gerd Bollig

Königswinter. „Arbeiter, Handwerker, Frauen, Jungfrauen, Witwen und Kriegsbeschädigte in Dollendorf! Aufgepaßt! In Oberdollendorf für Liste Josef Schumacher, in Niederdollendorf für Liste Adolf Pilz.“ So warb die SPD Dollendorf in ihrem Gründungsjahr 1919 um Stimmen bei der ersten Kommunalwahl im November.

75 Jahre ist das jetzt her, und die SPD-Ortsvereine Königswinter und Dollendorf feiern Jubiläum. Die Gründung des „Sozialdemokratischen Vereins Ober- und Niederdollendorf“ muß um die Monatswende Januar/Februar 1919 stattgefunden haben. Es gibt keine Dokumente mehr darüber. In Königswinter fand

— ANZEIGE —

Fehlt's am Besteck - geh' zu
Rischel-Weck
Sternstr. 62 - 53111 Bonn - ☎ 63 56 63

die Kommunalwahl schon am 30. März statt. Damals wurde der Wahlkampf noch vom Parteibüro in Köln geführt. Erst anschließend gründete sich die SPD am 29. April auch in Königswinter.

Der Lokomotivführer Heinrich Voigt zog als erster Sozialdemokrat in den Stadtrat von Königswinter ein. Zunächst war er an der Spitze

einer Liste von fünf Kandidaten der Arbeiter-Gewerkschaft nominiert worden. Später wurde diese Entscheidung vom Vorstand der Gewerkschaft revidiert, und plötzlich war Voigt nicht mehr auf der Liste. So stellte der Lokomotivführer seine eigene Liste auf und trat für die SPD an. 166 abgegebene Stimmen reichten ihm dann auch für einen Sitz im Stadtrat.

In Ober- und Niederdollendorf saßen mit Josef Schumacher sowie Adolf Pilz und Josef Kreuzberg sogar drei Sozialdemokraten im Gemeinderat. Trotz der Erfolge war die SPD noch keineswegs stabil und dauerhaft etabliert. Denn die Zeit der Weimarer Republik war auch in Königswinter gekennzeichnet von Not und Armut.

Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete die SPD überall in den Gemeinderäten mit Wichtigen Persönlichkeiten in dieser Zeit waren Franz-Josef Walk, Hein Becker oder Diether Deneke. Als größtes Problem stellte sich in den 60er Jahren die kommunale Neuordnung dar. Fast alle sträubten sich dagegen. Im Juni 1969 wurde aus sechs Ortsvereinen der neue SPD-Ortsverein Königswinter mit dem ersten Vorsitzenden Adalbert Wiemers.

In den 70er und 80er Jahren gab es negative wie positive Schlagzeilen. So schlug ein Pfarrbrief von 1976 Wellen, in dem die Sozialdemokraten wegen der Neuregelung des Paragraphen 218 als Mörder bezeichnet wurden. Die Sozialdemokraten verließen auf Zeit den Kulturausschuß. Die Königswinterer Sozialdemokraten bestimmen heute als Teil der großen Koalition mit der CDU die Politik in Königswinter.

Bilder aus den Jahren 1984-1999



Mitglieder des
Ortsteils Stieldorf im
Jahr 1984, v.l.n.r.:
Hermann
Krauthausen, Dr.
Renate Heck, Heide
Binder, Alexander
Dicke, Hilke Andreae-
Hinrichs

AsF-Versammlung
1986



AsF-Vorstand 1984,
v.l.n.r.: Hannelore
Baukloh-Mayer, Iris
Grupp, Hilke Andreae-
Hinrichs, Elke Bremer
und Antje Draheim



Initiative der SPD für eine Gesamtschule, 1990 auf dem Gelände des heutigen CJDs

Herbert Losem im Wahlkampf 1990



Wahlkampfhilfe für die SPD Brandenburg in Rathenow zur ersten freien Kommunalwahl im März 1990, 2.v.l.: Jürgen Kusserow





1993 Austausch mit Sozialisten in Boutiers (bei Cognac),
3.v.r.: Robert Bichard, Bürgermeister von Boutiers

Wahlkampfhilfe 1994 für den Partnerortsverein Rathenow
in Brandenburg, v.l.n.r.: Lilo Wiederhold und Lilo Busch





Feierlichkeiten zum 75. Jubiläum des Ortsvereins 1994, v.l.n.r.: Inge Hagemann, Ingrid Matthäus-Maier, Dr. Renate Heck und Hannelore Baukloh-Mayer

V.l.n.r.: 1994, Hannelore Baukloh-Mayer, Hermann Krauthausen und Inge Hagemann





SPD Sommerfest 1997 in Uthweiler, u.a. mit Sabine Krieger-Mattila und Ingrid Matthäus-Maier

v.l.n.r.: Marina Muldau, Jürgen Kusserow, Hannelore Baukloh-Mayer, Inge Hagemann und Ingrid Matthäus-Maier



Mit dem Fahrrad auf dem Weg zum Sommerfest



Ortsteil Altstadt 1999, v.l.n.r.:
Heinz Liebig, Werner Hübsch,
Franz-Joachim Thür

Ortsteil Stieldorf 1999, v.l.n.r.:
Joachim Cortmann, Hilke
Andreae-Hinrichs u. Hermann
Krauthausen



Ortsteil Thomasberg 1999, v.l.n.r.:
Eike Wendt, Hannelore Baukloh-
Mayer, Dr. Franz-Friedrich Rohmer





Ortsteil Dollendorf 1999, v.l.n.r.: Georg Dauth, Renate Bergholz, Edi Schute, Iris Grupp und Bernd Roski

Ortsteil Oberpleis 1999, v.l.n.r.: Gunni Hassel-Gabbe, Inge Hagemann, Karl-Heinz Seger, Harry Kirchhof, Gottfried Klein und Jürgen Kusserow



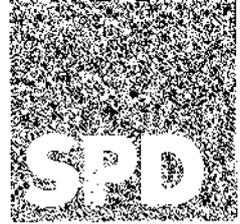
TEIL 3: Geschichte der SPD in Königswinter 1919-1994

Materialien zur

Geschichte der SPD in Königswinter

Zusammengestellt und bearbeitet von:
Liselotte Busch und
Hilke Andreae-Hirrichs





Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Vorsitzender

Grußwort zum 75-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Königswinter

Der SPD-Königswinter gratuliere ich herzlich zu ihrem 75-jährigen Jubiläum. Das ist ein Anlaß zum Feiern. Das ist vor allem aber auch ein Anlaß, an die Genossinnen und Genossen zu erinnern, die in diesen 75 Jahren in und mit unserer Partei für ein besseres, gerechteres, friedlicheres Leben gearbeitet und auch gekämpft haben. In den ersten Jahren war die Arbeit unserer Gründungsmitglieder schwer. Wer sich zur Sozialdemokratie bekannte, mußte oft schwere persönliche Nachteile hinnehmen. Die Nationalsozialisten haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgt. Das darf bei einem Rückblick nicht vergessen werden. Mein herzlicher Dank gilt daher an erster Stelle den älteren Mitgliedern unserer Partei in Königswinter.

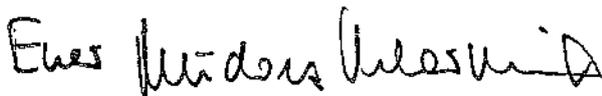
75 Jahre Parteiarbeit heißt auch, kontinuierliches Engagement für die Menschen, Teilhabe an ihren Sorgen und Hoffnungen. Jetzt stehen wir vor der großen Aufgabe, der staatlichen Einheit Deutschlands die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einheit folgen zu lassen. Wir begreifen die deutsche Einheit als Chance und Herausforderung. Deshalb muß der Aufbau im Osten verbunden werden mit einer für ganz Deutschland und seine zukünftige Wettbewerbsfähigkeit innovativen Politik, die sozial gerecht und ökologisch konsequent ist.

Für den schwierigen Prozeß des Zusammenwachsens brauchen wir Solidarität, die von Herzen kommt. Diese Solidarität, die ein Kennzeichen unserer Partei seit 130 Jahren ist, brauchen wir heute notwendiger denn je, weil Fehlentwicklungen nur noch gemeinsam abgewendet werden können. Wir sind auf praktische Solidarität im täglichen Leben und in der Politik angewiesen, wenn wir den Marsch in die Zwei-Drittel-Gesellschaft stoppen wollen, wenn unsere ärmeren europäischen Verwandten im Osten und im Westen, und erst recht, wenn die Menschen in der sogenannten "Dritten Welt" eine faire Lebenschance bekommen sollen, wenn wir auch künftigen Generationen das Recht zubilligen wollen, in Freiheit und Würde zu leben.

Sich in einer politisch so bewegten Zeit der Geschichte zu vergewissern, gibt Orientierung und Gelassenheit auch für unsere eigene Gegenwart. Es macht auch deutlich, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verändert und erreicht haben. Möglich waren die Erfolge der Sozialdemokratie, und diese Grunderfahrung bleibt, nur durch solidarisches füreinander einstehen und miteinander arbeiten. Diese Erfahrung und das Beispiel von Generationen, die vor uns für eine bessere und gerechtere Welt gekämpft haben, gibt uns Kraft und Mut für die Arbeit, die vor uns liegt.

Die Besinnung auf unsere Geschichte ermahnt uns aber auch, die Grundbedingungen unserer Arbeit nicht zu vergessen. Programme und Entschlüsse sind wichtig. Damit unsere Gedanken und Konzepte Wirklichkeit werden können, brauchen wir jedoch Vertrauen und Mehrheiten. Und dazu bedarf es der Gesprächsfähigkeit und der Überzeugungskraft aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Denn die Grundlage für Mehrheiten wird durch das Engagement im täglichen Leben gelegt; in den vielen Ortsvereinen, in denen die Menschen für unsere Programme, Resolutionen und Reden eintreten. Hier zeigt sich: Wo die Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger ernst genommen wird, wo Reden und Handeln übereinstimmen, gewinnen wir Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Und nur so gewinnen wir Mehrheiten, nur so wird aus dem, was wir wünschen und wollen, Wirklichkeit.

Viele Menschen stehen den politischen Parteien skeptisch gegenüber, möchten aber in unserem Land etwas verändern. Laden wir sie ein, mit uns gemeinsam für soziale Demokratie zu arbeiten. Überzeugen wir sie davon, daß sie sich bei uns an politischen Prozessen beteiligen und Einfluß auf Entscheidungen nehmen können. Bitten wir sie um ihren Rat und ihre Vorschläge. Denn Mehrheiten in der SPD sind wichtig, aber Mehrheiten in der Gesellschaft sind entscheidend. Wenn wir gemeinsam wollen, sind wir eine unschätzbare Kraft. Mit ihr können wir viele Menschen in unserem Land wieder für eine neue Reformpolitik gewinnen. In diesem Sinne wünsche ich dem SPD-Ortsverein Königswinter auch weiterhin guten Erfolg.



Rudolf Scharping

Inhaltsverzeichnis

Auf den Spuren der Sozialdemokratie in Königswinter - Schlaglichter aus den Jahren 1848 bis 1918

1848:	Aufruf zur Steuerverweigerung in Königswinter im Revolutionsjahr 1848 durch Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle	3
1898:	Die Überwachung der Sozialdemokratie durch das preußische Innerministerium in den Jahren 1898 - 1918.....	4
1906:	Anweisung der Regierungspräsidenten in Köln zur Meldung aller Mitglieder der sozialdemokratischen Bewegung im Sieg-Kreis.....	6
1910:	600 Sozialdemokraten auf dem Ölberg! Polizeisergeant Altmaier berichtet.....	7
1911:	Szenen aus einer Parteiversammlung der Sozialdemokratie in Königswinter am 12. März 1911 in der Gastwirtschaft Kiene.....	10

Die SPD faßt Fuß in Königswinter. Von der Novemberrevolution zur Reichspräsidentenwahl 1925

1918/19:	Die Novemberrevolution.....	14
	Die Wahl zur Nationalversammlung.....	15
	Die Frauen.....	17
	Die "Entchristlichung" der Schule.....	19
	Die Gemeinderatswahlen und die Geburtsstunde(n) der SPD in Königswinter.....	21
	Dollendorf.....	21
	Königswinter.....	27
1920:	Kapp-Putsch und Demonstrationen für die Republik.....	31
	Die erste Weimarer Reichstagswahl.....	33
1922:	Mord an Rathenau.....	37
	Die Frage der Republiktreue.....	39
1923:	Die Not der Bevölkerung im Rheinland.....	41
	Das Rheinland und das Reich.....	42
	Der Protest der Erwerbslosen.....	42
	Das Schicksal der Bürgermeister.....	44
1924:	Reichstagswahl I.....	46
	Gemeinderatswahl.....	49
	Reichstagswahl II.....	51
1925:	Die Reichspräsidentenwahl.....	52
	Der erste Wahlgang.....	53
	Der zweite Wahlgang.....	53

Liselotte Busch:

Auf den Spuren der Sozialdemokratie in Königswinter - Schlaglichter aus den Jahren 1848 - 1918 -

- 1848 -

I. Aufruf zur Steuerverweigerung in Königswinter durch Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle 1848

Wie ist die soziale und wirtschaftliche Lage in Deutschland im November 1848?

Deutschland ist durch eine schwere Wirtschaftskrise belastet. Die Lebensmittelpreise ziehen stark an. In verschiedenen Orten kommt es zu Hungerrevolten. Im März 1848 bricht in Berlin die Revolution aus. Unter den 183 Opfern der Straßenkämpfe befinden sich hauptsächlich Arbeiter und Handwerker.

Karl Marx und Friedrich Engels lassen sich Anfang April 1848 in Köln nieder. Am 1. Juni 1848 erscheint die erste Nummer der "Neuen Rheinischen Zeitung", Organ der Demokratie. Chefredakteur ist Karl Marx. Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle und später Ferdinand Freiligrath sind Redaktionsmitglieder.

Schon am 26. September 1848 wird diese erste sozialdemokratische Zeitung verboten. Friedrich Engels muß wegen drohender Verhaftung Deutschland verlassen. Karl Marx und Ferdinand Lassalle rufen die Bürger zur Steuerverweigerung auf.

Sie wurden deswegen vor Gericht gestellt - aber freigesprochen.

Die soziale und politische Situation in Königswinter im Revolutionsjahr 1848

Im Revolutionsjahr 1848 gab es politische Veranstaltungen in verschiedenen Orten des Siegbereiches - auch im heutigen Stadtgebiet von Königswinter. Gottfried Kinkel und Carl Schurz, die Wegbereiter der bürgerlich-demokratischen Bewegung versuchten einen Sturm auf das Siegburger Zeughaus, der aber zurückgeschlagen wurde.¹

Auch in Königswinter herrschte in diesen Jahren eine schwierige wirtschaftliche Lage. Mißernten verteuerten die Lebensmittel. Die meisten Steinbrüche und Bergwerke im Siebengebirge mußten ihre Betriebe stilllegen. Die Winzer fanden für ihre Weine keine Abnehmer mehr und wurden durch die Moststeuer schwer belastet. Viele Menschen wurden arbeitslos.

Königswinters Bürgermeister August Mirbach trat dadurch in Erscheinung, daß er die Beschlüsse der Berliner Nationalversammlung ignorierte. Die am 17. November 1848 beschlossenen Steuerverweigerungen verbot er mit Unterstützung des könig-

¹ Ein verunglückter Sturm auf Siegburg. Ausschnitt aus dem General-Anzeiger für Bonn u. Umgebung vom 29. Oktober 1911. Nr. 96. Sonntagsbeilage

königlich-preußischen Steuereintnehmers Veit und wurde deshalb von der "Neuen Rheinischen Zeitung" als Hochverräter bezeichnet.

Der Protest der Königswinterer Bürger gegen die wirtschaftlichen und sozialen Zustände äußerte sich in der Abholzung des Drachenfelses in den Jahren 1848 - 1849, wodurch sich die unzufriedene Bevölkerung Brennmaterial beschaffte.

Bürgermeister August Mirbach gelang es, die Proteste der Bevölkerung im Sinne der preußischen Regierung abzuwehren und die Forderungen der Revolutionäre zumindest hinsichtlich des Ausbaus der Rheinallee zu unterstützen.

Die neu gebaute Straße von Beuel nach Koblenz brachte für Königswinter Möglichkeiten zur Entwicklung des Fremdenverkehrs, der Arbeitsplätze im Gaststättengewerbe schuf.

Ebenso trug die Inbetriebnahme der Zahnradbahn zum Drachenfels 1883 dazu bei.

- 1898 -

Die Überwachung und Verfolgung der Sozialdemokratie durch das preußische Innenministerium in den Jahren 1898 -1918.

Das heutige Stadtgebiet von Königswinter gehörte in diesen Jahren zum Siegkreis. Der Sitz des Landratsamts war Siegburg. Die Ortschaften Dollendorf und Heisterbacherrott mit dem heutigen Thomasberg gehörten zum Amt Obercassel. Oberpleis mit Stieldorf und dem Oberhau hatte ein eigenes Amt und Königswinter eine eigene Bürgermeisterei, Ittenbach einen Gemeindevorsteher.

Von 1869 -1904 war Eugen Freiherr von Loe und von 1904 -1917 Adolf Freiherr von Dalwigk Landrat des Siegkreises. Ihnen oblag die Meldung und Überwachung von "Personen, die in der deutschen Sozialdemokratie einen nennenswerten Rolle spielen".

Bürgermeister Schröter aus Obercassel erstattet am 9. März 1898 folgenden Bericht an den Landrat in Siegburg: (1) Geheimakten des Landratsamts Siegburg betr. Sozialdemokratie, 1897-1905.)

Obercassel, 9. März 1898

Sozialdemokratie

// 1894 No. 9791 u.

Verfg. vom 14.4.1897, No. 1603.

*An den Hr. Landrath
zu Siegburg*

Im hiesigen Bezirke sind sozialdemokratische Bewegungen nicht in die Erscheinung getreten, auch sind auf dem Gebiete der Lohnarbeiterfrage, sowie Gesellenfrage keine Wahrnehmungen gemacht worden.

Die Arbeiter haben genügende Beschäftigung und ausreichenden Verdienst. Es herrscht daher in den Arbeiterkreisen Zufriedenheit. Maßregeln zur Bekämpfung der Sozialdemokratie waren infolgedessen nicht erforderlich.

Eine Beteiligung von Eisenbahnbeamten an dem in Hamburg gegründeten Verbands der Eisenbahner Deutschlands ist nicht bekannt geworden. Es lagen auch keine Anzeichen dafür vor.

Von den Stationsvorstehern des hiesigen Bezirkes, welche ich bei Eingang vom 14. April 1897, No. 1603 ersuchte mir Mitteilung zu machen, sobald sich Beamten dem Vereine anschließen, ist eine bezügliche Nachricht nicht eingegangen.

Schröter

Auch am 9. August 1898 berichtet Bürgermeister Schröter über die Ergebnisse der beiden letzten Reichstagswahlen mit folgendem Vermerk:

Der Bürgermeister
No. 3703

Obercassel, den 9. August 1898

*Betr.: Anwachsen der Sozialdemokratie auf dem Lande
Verfügung vom 25. Juli 1898
Nr. 3509*

*An den Herrn Landrath
in Siegburg*

Im hiesigen Bezirke ist bei den beiden letzten Reichstagswahlen nicht nur kein Anwachsen, sondern ein Zurückgehen der auf Sozialdemokraten entfallene Stimmen zu verzeichnen gewesen.

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1893 fielen auf den sozialdemokratischen Zählkandidaten 17 Stimmen, im Juni des Jahres dagegen nur noch 5 Stimmen.

Da in Obercassel bei den Wahlen nur zu 1, in Heisterbacherrott 1893 keine, jetzt 1, nur in Niederdollendorf 1893 1 und jetzt keine Stimme für Sozialdemokraten abgegeben wurden, so kommt nur Oberdollendorf in Betracht, was 1893 15 und 1898 nur noch 3 Stimmen für einen Sozialdemokraten abgab.

Dieses Zurückgehen ist um so erfreulicher, als gerade in Oberdollendorf die Arbeiterbevölkerung seit der letzten Volkszählung um mehr als 200 von auswärts zugezogenen Personen zugenommen hat, von denen mehr ein Hinneigen zur Sozialdemokratie zu erwarten ist, wie von den angestammten Arbeitern, welche durchweg katholisch und kirchlich gesinnt dem Einflusse der Zentrumsparthei zugänglich sind.

Von den von sozialdemokratischer Seite zu nächstlicher Stunde in die Häuser geworfenen Wahlflugblättern habe ich mit dem Zeitungsdruck vom 10. Juni des Jahres 2 Abdrucke eingerichtet.

Schröter

- 1906 -

Der Regierungspräsident in Köln ersucht in einem geheimen Schreiben an den Landrat die Polizeibehörden die Namen aller Personen ihres Verwaltungsbe-

zirks zu melden, die als Führer der sozialdemokratischen Partei zu erachten sind.²

Der Regierungspräsident
A 12/133

Cöln, den 13. Januar 1906

G e h e i m!

Ich ersuche in vertraulicher Weise eine Liste aufstellen zu wollen, welche die Namen aller Personen Ihres Verwaltungsbezirks enthält, die als Führer der sozialdemokratischen Partei zu erachten sind. Es würden hierzu zu rechnen sein: Die Reichstagsmitglieder der sozialdemokratischen Partei, die Mitglieder der sozialdemokratischen Parteivorstände, der Vorstände der freien Gewerkschaften und Wahlvereine, die Mitglieder der Organisationskommissionen, die Besitzer sozialdemokratischer Druckereien, die Arbeitersekretäre und überhaupt alle Personen, die sich als Führer der sozialdemokratischen Bewegung betätigen, sowie ferner alle Anarchisten.

Diese Listen sind seitens der Polizeibehörden fortgesetzt auf dem laufenden zu erhalten. Zum 1. August und 1. Februar jeden Jahres ist mir über Ergänzungen und eingetretene Veränderungen zu berichten.

Ich sehe der Übersendung der Liste bis 8. Februar d.Js. entgegen.

Abschriften für die Bürgermeister sind beigelegt.

Steinmeister

- 1910 -

Für Königswinter wurde in den Jahren 1906 bis 1909 Fehlanzeige erstattet, bis ein Ereignis gemeldet wurde, das die Königswinterer Gendarmerie am 19. Juli 1910 zu folgendem Bericht an den Landrat veranlaßte:³

1. Gendarmerie-Brigade
u-Offizier-Distrikt Cöln

Königswinter, den 19. Juli 1910

Beritt Siegburg

An die
Ortspolizeibehörde
zu Königswinter

In der Nacht vom 16./17. Juli d.J. waren auf dem Ölberg ungefähr 600 Personen aus Cöln, Elberfeld und Barmen anwesend. Dieselben waren teils mit dem Nachtschiff und den letzten Zügen in Königswinter eingetroffen und zum Ölberg marschiert. Ein großer Teil hatte

² Geheimakten des Landratsamts Siegburg. Betr. Sozialdemokratie, 1897-1905

³ Geheimakten des Landratsamts Siegburg. Betr. Sozialdemokratie, 1906-1918

den Weg über Heisterbach gewählt, wahrscheinlich über Niederdollendorf kommend. Auf dem Ölberg wurden Reden gehalten, welche einen sozialdemokratischen Charakter hatten. Auch wurde eine rote Fahne an der dort befindlichen Flaggenstange gehißt. Der Anfang einer Rede lautete ungefähr:

"Wir sind hergekommen, um von hier den Sonnenaufgang zu sehen. Leider ist dies uns heute nicht möglich. Aber dennoch sehen wir eine Sonne, welche mit jedem Tag mächtiger erscheint und uns den Weg zeigt, welchen wir gehen. Nieder mit den schwarzen und hoch die rote Fahne!"

Namen der Anwesenden konnte ich nicht feststellen. Diese Zusammenkunft war die Dritte, welche nacheinander in der Samstag Nacht stattgefunden hatte. Doch waren im Anfang nur ungefähr 300 Personen anwesend und hatten diese Zusammenkünfte mehr den Charakter des gewöhnlichen Passantenverkehrs.

Vorstehende Angaben habe ich von dem Pächter der Ölbergwirtschaft, Wilhelm D a h m zu Ittenbach erhalten.

Kuhs, Fußgend. Wachtmeister

An Siegburg

mit der Meldung, daß die Gendarmen Lucas Wehrhahn, Thymian Schlumm, Kuhs und v. Grierhalla auf den Ölberg geordert waren und ich selbst am 23. ev. von 9 1/2 abends bis 4 1/2 morgens daselbst anwesend war und daß während dieser Zeit nur 8 Personen, anscheinend Liebespäpchen, auf dem Ölberg eingetroffen, die aber auch keinen Fall mit den signalisierten Sozialdemokraten in Verbindung standen. Es dürfte jedoch nicht ausgeschlossen sein, daß die ungünstige Witterung die Sozialdemokraten abgehalten hat.

Ziegler

Herrn Reg. Präsidenten

zu Köln

unter Bezugnahme auf den Bericht vom 21. d.M. Geh. No. 116 zurückgereicht.

Das Gendarmerie-Kommando war in der Nacht vom 23. zum 24. Juli bis früh morgens auf dem Ölberge anwesend. Die Gendarmen hatten, um Aufsehen zu vermeiden den Berg von verschiedenen Richtungen aus bestiegen.

Sozialdemokraten sind indessen nicht erschienen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die ungünstige Witterung sie abgehalten hat. Einen von den Bürgermeister eingesandten Zeitungsausschnitt aus dem "Cölner Lokalanzeiger", überschrieben "Die freie Kölner Jugend", der auf die vorliegende Angelegenheit Bezug hat füge ich bei

von Datwigk

Landratsamt Siegburg

Geheim-Akten

Betrifft: Sozialdemokratie

1906 - 1918.

Meldung und Überwachung von Personen, die in der deutschen Sozialdemokratie eine nennenswerte Rolle spielen.

Ittenbach, den 19. Juli 1910

Der Wirt Wilhelm D A H M vom Ölberg meldet, daß an den letzten 3 Sonntagen jedesmal morgens ungefähr von 5 Uhr an größere Züge Sozialdemokraten mit Fahne auf den Ölberg gekommen wären. Am letzten Sonntag sei der Zug mit einer Stärke von 500 - 600 Mann gewesen.

Diese Leute wären, soviel D a h m feststellen konnte, aus Cöln, Barmen und Elberfeld gewesen. Auf dem Ölberge hätten diese Gesellschaften sozialdemokratische Reden gehalten und Lieder gesungen. Es wurde laut gerufen "herunter mit dem schwarzen Banner" und befestigten eine rote Fahne an den hohen Fahnenstangen.

Diese wurde von D a h m mit Gewalt heruntergerissen, wobei ihm die größten Frechheiten gemacht wurden.

D a h m befürchtet, daß dieses für die Folge wiederholt würde, und bittet zu empfehlen, wenn von der Polizei eingegriffen würde.

Der Gemeindevorsteher
gez. L a n d

Der Bürgermeister

Königswinter, 20. 7. 1910

dem Herrn Landrat
in Siegburg vorgelegt.

Wie ich nachträglich erfahre soll es sich um Ausflüge sozialdemokratischer Jugendorganisationen handeln und zwar soll zuletzt und also am vorigen Sonntag die Cölner Organisation hier gewesen sein. Letztere soll in der Nacht von Samstag auf Sonntag gegen 12 Uhr mit Extra-Schiff der Niederländischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft hier eingetroffen sein.

Da die Befürchtung, daß ähnliche Ausflüge nach dem Ölberge sich wiederholen werden, nicht unberechtigt ist, bitte ich für die nächsten Sonntage ein oder mehrere Gendarmen dorthin beordern zu wollen.

gez. Clever

21. 7. 1910

dem Herrn Regierungspräsidenten
zu Cöln
überreicht.

Dem Antrag des Bürgermeisters entsprechend werden für die nächsten Sonntage mehrere Gendarmen unter dem Befehl des Oberwachtmeisters an Ort und Stelle beordert um das Treiben der Sozialdemokraten zu überwachen und gegebenenfalls einzuschreiten.

G e h e i m ! Eigenhändig!

*Der Landrat
An den Herrn Bürgermeister
zu Königswinter*

Siegburg, den 22.7.1910

Oberwachtmeister Z i e g l e r ist mit mehreren Gendarmen beordert. Über etwaige Vorkommnisse wollen Sie bis zum 25. d.M. Mittwochs Bericht erstatten.

i.V. Sonnenburg, Kreissekretär

Der Bürgermeister

Königswinter, 25. 7. 1910

*dem Herrn Landrat
in Siegburg*

zurückgereicht. Weitere Ausflüge haben bis jetzt nicht stattgefunden.

Bezüglich der Vorkommnisse am 17. des Montags anliegenden Zeitungsartikel vorzulegen.

C l e v e r

G e h e i m ! Eigenhändig!

Der Landrat

Siegburg, 26. Juli 1910

*Herrn Bürgermeister
zu Königswinter*

mit dem Ersuchen, die Angelegenheit im Auge zu behalten und, sofern nicht weitere polizeiliche Hilfe hier erbeten werden kann, mit den zu Verfügung stehenden Streitkräften erforderlichenfalls einzuschreiten.

von Dalwigk

- 1911 -

Szenen aus einer Parteiversammlung der Sozialdemokraten in Königswinter am 12. März 1911 in der Gastwirtschaft Kiene

Trotz bescheidener Wahlerfolge der Sozialdemokraten gab es auch in Königswinter politische Versammlungen, in denen die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den politischen Zuständen deutlich wurde.

Am 12. März 1911 fand in Königswinter in der Gastwirtschaft Kiene eine politische Versammlung der Sozialdemokratie statt, über die Bürgermeister Clever dem Herrn Landrat in Siegburg ausführlich Bericht erstattete.

65 Personen, darunter 2 Frauen, gingen zu der Volksversammlung. Das Protokoll der Redebeiträge gibt wieder, wie inzwischen das Gedankengut der Sozialdemokratie den Protest gegen die Zentrums politik beeinflusst hat.

Polizeisergeant Altmaier berichtet⁴ :

Der Bürgermeister

Königswinter, den 14. März 1911

*An den Herrn Landrat
in Siegburg*

*Betr.: Politische Versammlung am 12. März 1911 in
Königswinter*

Am 12. März d.Js. hat hier im dem Lokale des Wirtes K i e n e eine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden, über welche der von mir mit der Überwachung betraute Polizeisergeant A l t m a i e r den hiermit überreichten Bericht verfaßt hat.

Zu der Versammlung war durch das hiesige Echo und durch Verteilung von Zetteln hier und in den Nachbarorten eingeladen worden.

Aus Königswinter waren etwa 25 Personen erschienen. Die Mehrzahl stammte aus den Nachbarorten.

Clever

Königswinter, den 13. März 1911

*An das Bürgermeister-Amt
Hier*

Bericht

über die am 12. ds Mts. im Lokale von August K i e n e hier nachmittags 5 Uhr stattgefundenen Volksversammlung

Einberufer: Adolf Hofrichter

Cöln, Triererstr. No. 16

Tagesordnung:

Was will und beabsichtigt die Sozialdemokratie in Deutschland, und wie stellen wir uns zu den demnächstigen Wahlen?

Vorstand:

⁴ Geheim-Akten des Landratsamtes Siegburg. Betr. Sozialdemokratie. 1906 - 1918

Vorsitzender: August Rüger, Cöln

Leiter: Müller, Cöln

Zahl der anwesenden Personen:

63 Männer,

2 Frauen

Die Versammlung wurde um 5.40 Uhr eröffnet. Das Wort nahm der Vorsitzende Rüger. Derselbe führte aus, daß die Sozialdemokratie nur die Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit wünsche und zum Nutzen der arbeitenden Klasse sei. Im Reichstage und im Abgeordnetenhaus stimme sie nur für diejenige Steuer, die mehr die besitzende als die ärmere Klasse treffe. Das Zentrum im Verein mit der Regierung machten gerade das Gegenteil. Mit der Marine, die den Staat jährlich ein heillooses Geld kostete, müsse abgerüstet werden, um mit diesem Gelde die notleidende Arbeiterschaft unterstützen zu können. In Deutschland sei es sogar vorgekommen, daß eine Arbeiterfrau, die 6 Monate schwanger gewesen sei, sich mit gekochten Kartoffelschalen ernährt habe. Dieses hätte der Staat ruhig, ohne eine Unterstützung zu gewähren, zusehen.

Für die höheren Beamten hätte der Staat Geld und bewillige hohe Zulagen, während die Unterbeamten leer ausgingen. Die Offiziere hätten hohe Zulagen bekommen, während für die Mannschaft der Satz von 22 Pfennige pro Tag geblieben sei. Die Posten der deutschen Gesandten und der Legationssekretäre, die viel Geld dem Staate kosteten, aber nichts nützten, müßten in Fortfall kommen.

Weiter sprach er über Brot-, Tabak-, Tee-, Kaffee-, Spielkarten-, Schnaps-, Zündholz- und Schaumweinsteuer. Wie die einzelnen Blocks sich zu dieser Steuer gestellt und gestimmt hätten.

Schluß der Rede um 7.20 Uhr.

Alsdann wurde dem Kutscher Theodor E s s e r das Wort erteilt welcher das Zentrum und die Regierung gegen die Angriffe der Sozialdemokraten bis 7.30 Uhr verteidigte.

Hierauf sprach die Ehefrau des Schneidermeister und Schnellphotographen J. O s t e r von hier, sich sodann für da Gedeihen der Sozialdemokratie aus. Sie schimpfte auf die Männer von Königswinter, die alle Angst hätten vor dem Zentrum und der Behörde, und an den sozialdemokratischen Versammlungen teilzunehmen, darum sei sie gekommen.

Sie könne noch viel sagen, aber sie dürfe es nicht und schloß um 7.40 Uhr ihre Rede.

Darauf sprach der Fabrikarbeiter K ü s t e r jr. aus Dollendorf darüber, daß die katholische Religion ein Krebschaden für ganz Deutschland sei. Vor kurzem hätte ein Pastor einem Familienvater vorgehalten, daß derselbe seine ehelichen Pflichten nicht getan habe. Wie kann nun ein Pastor, der überhaupt nicht heiraten darf, nur so etwas behaupten?

Schluß dieser Rede 7.45 Uhr.

Von 7.45 Uhr bis 8.15 Uhr sprach der Vorsitzende R ü g e r über die Kriminalgeschichte in Moabit-Berlin, wie dort die Polizei Unrecht getan und von den Richtern, den Zentrumsabgeordneten und der Regierung noch obendrein in Schutz genommen worden wären. Die Richter müßten von dem Volke gewählt und abgesetzt werden, dann gäbe es auch bessere Zustände. Redner forderte nun die Anwesenden auf ihre Stimmen bei den kommenden Wahlen nur einem Sozialdemokraten zu geben. Derselbe wollte nur die Wahrheit, die Freiheit und das Recht auch für die Arbeiter, wie für die Reichen.

Sodann ergriff der Leiter Müller wieder das Wort und sprach über die Trennung der Kirche vom Staat, da Religion Privatsache sei. Hierauf schloß er mit dem Wunsche, daß bei

der nächsten Wahl die anwesenden ihre Stimme nur einem Sozialdemokraten geben möchten, um 8.20 Uhr die Versammlung.

Während der ersten Rede, um 6.00 Uhr wurde der Bäckermeister K u h l aus Honnef, welcher den Redner durch mehrfaches Dazwischenrufen störte, aus dem Lokale entfernt.

Weiterer Anlaß zu polizeilichem Einschreiten wurde nicht gegeben.

Altmaier, Polizeisergeant

Hilke Andreae-Hinrichs:

Die SPD faßt Fuß in Königswinter

**Von der Novemberrevolution
zur
Reichspräsidentenwahl 1925**

1918/19

Die Novemberrevolution

Im hiesigen Amtsbezirke ist die Sozialdemokratie bisher fast gar nicht hervorgetreten -

so berichtete der Königswinterer Bürgermeister Clever am 28. Januar 1914 dem Landrat in Siegburg.⁵ In den drei Amtsbezirken, die auf dem Gebiet der heutigen Stadt Königswinter lagen, nämlich Königswinter (mit Ittenbach und Aegidienberg), Oberkassel (zu dem Dollen-dorf und Heisterbacherrott gehörten) und Oberpleis (mit Stieldorf und Thomasberg), bot sich in der Zeit vor dem I. Weltkrieg das gleiche Bild: Auf die regelmäßigen Aufforderungen des Landrats, über Aktivitäten der Sozialdemokratie zu berichten, erfolgte meistens 'Fehlanzeige'. Schon 1898 hatte die SPD auf dem oberrheinischen Parteitag festgestellt, daß die obere Rheinprovinz

zu den dunkelsten Ecken des deutschen Reiches gehöre.

Im Berliner Reichstag dagegen war der SPD-Anteil seit 1890, als das Quasi-Verbot durch das Sozialistengesetz auslief, stetig gewachsen. Bei der letzten Vorkriegswahl 1912 stellte die SPD bereits die stärkste Fraktion mit 35% der Stimmen und 28% der Mandate.

Im Rheinland, insbesondere in seinen ländlichen Bezirken, gingen die politischen Uhren anders - das sollte sich für die SPD bestätigen, als sie nach dem Krieg endlich auch in Königswinter Fuß faßte.

Wilhelm II. und seine leichtsinnige, herausfordernde Politik hatten das Kaiserreich in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges manövriert. Das abgewirtschaftete Haus Hohenzollern verschwand ins holländische Exil und hinterließ einen Scherbenhaufen.

Die Abdankung des Kaisers.
Thronverzicht des Kronprinzen. — Einsetzung einer
Regentschaft.
Allgemeine Wahl zu einer verfassunggebenden
Nationalversammlung.
Berlin, 9. Nov.

Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron
zu entsagen.
Der Reichskanzler bleibt solange im Amt, bis die die
Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kron-
prinzen sowie die Einsetzung einer Regentschaft betreffenden
Fragen geregelt sind. Der Kanzler beabsichtigt, dem Re-
genten die Ernennung des Reichstagsabgeordneten Ebert
zum Reichskanzler vorzuschlagen, sowie die sofortige Vor-
lage eines Gesetzentwurfs betreffend allgemeine Wahlen zu einer
Verfassunggebenden Nationalversammlung, der es obliegen
würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, ein-
schließlich derjenigen Volksteile außerhalb der Reichsgrenzen,
die den Eintritt in das Reich wünschen sollten, festzustellen.

„Echo des Siebengebirges“ vom 12.11.1918

Die Aufräumarbeiten überließ man den Anhängern der Republik, v.a. der Sozialdemokratie. Sie war seit 1917 gespalten in die Mehrheitssozialdemokraten und die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Nach dem Willen der MSPD wurde Deutschland eine **Republik mit parlamentarischem Regierungssystem**. Darüber war das Zentrum, die Partei des politischen Katholizismus, nicht begeistert, akzeptierte diese Entwicklung aber mit nüchternem Realismus und etwas Wehmut, so wie z.B. im Zentrumstreuen Königswinterer "Echo des Siebengebirges":

*Der Kaiser hat auf den Thron ver-
zichtet. Hat das so kommen müs-
sien? Wir wissen es nicht...Aber wir wissen, daß es der Wunsch und der Wille derer war,
die heute die Herren sind im Reiche, daß es so kommen sollte; seit Wochen hat die Demo-
kratie aus dem sozialen wie aus dem bürgerlichen Lager..diesen Ausgang gefordert....Viele
von uns empfinden es als einen Riß im Herzen und als eine Schmach, an der sie selbst be-*

⁵ Geheimakten betr. Sozialdemokratie 1906 - 18. Archiv des Rhein-Sieg-Kreises

teiligt sind, weil sie sie nicht abwenden konnten, daß so der Traum des deutschen Kaiser-
tums verfliegt und sein letzter Träger so endet...⁶

Am 9. November 1918 wurde die Republik ausgerufen - gleich zweimal: der Mehrheitssozialdemokrat Philip Scheidemann rief die "deutsche", der unabhängige Sozialdemokrat und spätere Kommunist Karl Liebknecht die "freie sozialistische" Republik aus. Die Regierungsgeschäfte wurden vom 'Rat der Volksbeauftragten', in dem die beiden sozialistischen Parteien, die MSPD und die USPD, zunächst zusammenarbeiteten, geführt.

Die Wahl zur Nationalversammlung

Sie fand am 19. Januar 1919 statt.

Zur Vorbereitung wurden 'Arbeiterversammlungen' durchgeführt, so z.B. in Königswinter.

Am Sonntag, den 22. Dezember, morgens 10 Uhr
findet in der
Restaurations „Im Tubal“
(Hof. Schmacher, Hauptstr.)
eine
**Arbeiter-
Versammlung**
zur Besprechung wichtiger Sachen statt, wozu freumblickt
eingeladen wird.

Echo vom 21.12.1918

**Arbeiter-
Versammlung.**

Samstag, den 18. Januar 1919,
abends 8 Uhr
im Restaurant „Im Tubal“
Arbeiter-Versammlung
zwecks Aussprache.

Echo vom 18.01.1919

Die Arbeiter in Königswinter, etwa in den Steinbrüchen, gehörten allerdings zumeist den christlichen Gewerkschaften an und waren daher eher für das Zentrum erreichbar.

In Königswinter und Dollendorf - und nicht nur hier - überzogen das Zentrum und seine Presse die Wählerschaft mit einer massiven Angstkampagne gegen die SPD.

So wurde am 12.12.1918 zu einer Volksversammlung im Bellinghausen'schen Saale eingeladen:

Alle, die auf dem Boden christlicher Weltanschauung stehen, müssen sich zusammenschließen, damit nicht über das religiöse, wirtschaftliche und politische Leben unseres Volkes einseitig von der Partei bestimmt werde, die sich seit Jahrzehnten den Umsturz der christlichen Weltordnung zum Ziele gesetzt hat. Nicht nur vieles, nein, alles steht auf dem Spiele...

Am 14.12.1918 berichtet das "Echo" über das Hauptreferat auf dieser Versammlung: *Die bestehende (= SPD-geführte) Revolutionsregierung habe sich als durchaus unfähig für die Erfüllung dieser Aufgaben erwiesen. Sie habe bewiesen, daß sie noch viel unfähiger, gewalttätiger und schlechter sei, als der frühere rückständige, in Überlieferungen befangene und kostspielige Regierungsapparat. Die frühere Regierung habe uns zwar ins Un-*

⁶ Echo des Siebengebirges vom 12.11.1918

glück geführt, die heutige mache es uns aber ganz unmöglich, uns wieder empor zu arbeiten; sie vergrößere das Unglück und vollende es, sie führe uns dem vollständigen Ruin entgegen und in die allgemeine Lohnsklaverei für die feindlichen Völker...

Der Arbeiterschaft wurde nachgewiesen, daß sie die Revolution nur als Mittel betrachte, die Arbeitslöhne gewaltsam, unnatürlich und selbstmörderisch in die Höhe zu treiben;...

Trotz dieser Kampagne wurde die SPD in der Nationalversammlung mit einem Stimmenanteil von 38% die größte Fraktion, das Zentrum bekam 20% und die (linksliberale) Deutsche Demokratische Partei 18,6%. Diese drei Parteien bildeten die republiktreue "Weimarer Koalition".

Von den 37 Reichstagswahlkreisen errang das Zentrum in zweien die absolute Mehrheit: Im Wahlkreis Köln-Aachen (60% der Stimmen) und im Wahlkreis Koblenz-Trier. Im Siegkreis erhielt das Zentrum sogar 68% der Stimmen. Die Mehrheits-SPD errang im Wahlkreis Köln-Aachen 26%, im Siegkreis allerdings nur 19%. Trotzdem war die MSPD der große Wahlgewinner im Vergleich zu früheren Reichstagswahlen.⁷

Auch in Königswinter und Dollendorf behielt das Zentrum seine aus Kaiserzeiten stammende erdrückende Übermacht:

Wahlergebnisse zur Nationalversammlung.	
x Königswinter, 20. Jan. Die Wahlen zur Nationalversammlung hatten in unserer Stadt folgendes Ergebnis:	
I. Wahlbezirk (Wahllokal Kölner Hof):	
Von 1059 Wahlberechtigten übten 942 ihr Wahlrecht aus. Es entfielen:	
Auf die Zentrumsliste	746 Stimmen
„ „ Liste der Deutschnationalen Volkspartei	67 „
„ „ Liste d. Deutschen Volkspartei	9 „
„ „ Liste der Deutschen demokratischen Partei	88 „
„ „ Liste der Sozialdemokraten	62 „
II. Wahlbezirk (Wahllokal Westfalenhof):	
Von 1408 Wahlberechtigten übten 1288 ihr Wahlrecht aus. Es entfielen:	
Auf die Zentrumsliste	985 Stimmen
„ „ Liste der Deutschnationalen Volkspartei	108 „
„ „ Liste d. Deutschen Volkspartei	19 „
„ „ Liste der Deutschen demokratischen Partei	78 „
„ „ Liste der Sozialdemokraten	148 „
Ittenbach, 20. Jan. Bei der gestrigen Wahl zur Nationalversammlung entfielen:	
Auf die Liste des Zentrums	850 Stimmen
„ „ Liste der Deutschnationalen Volkspartei	5 „
„ „ Liste der Deutschen demokratischen Partei	1 „
„ „ Liste der Sozialdemokraten	81 „

Echo vom 21.01.1919

⁷ Vgl.: 100 Jahre Wahlen und Parteien im Rhein-Sieg-Kreis, S.86f.

Aus Oberkassel und Umgegend.

21. Januar 1919.

Die Wahlen zur Nationalversammlung

haben in unserer Bürgermeisterei einen ruhigen Verlauf genommen. Die Wahlbeteiligung war besonders in den Morgenstunden sehr rege.

Wahlberechtigt waren in:

Oberkassel 2072,	gewählt haben 1736,
Ober- und Niederdollendorf 2235,	" " 1849,
Heisterbacherrott 333,	" " 266.

Die Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Oberkassel:

Zentrum 926, Deutsche demokratische Partei 345, Sozialdemokratie 317, Deutsche Volkspartei 134, Deutsche nationale Volkspartei 9, ungültig 5.

Ober- und Niederdollendorf:

Ztr. 1208, Soz. 373, D. D. P. 187, D. N. P. 37, D. V. 29.

Heisterbacherrott:

Ztr. 223, Soz. 42, D. D. P. 1

Oberkasseler Zeitung vom 21.01.1919

Aus einem Wahlkommentar in der zentrumstreuen "Oberkasseler Zeitung"

Mit einem gewaltigen Anschwellen der roten Flut haben wir alle gerechnet; zumal viele junge Leute, die aus dem Feld heimgekehrt sind, dürften für die Mehrheitssozialisten gestimmt haben, weil sie der - allerdings durchaus falschen - Auffassung sind, daß die Sozialdemokratie ihnen das Ende des Krieges gebracht habe. Dieser Meinung gegenüber waren alle Vernunftsgründe, ...der Hinweis auf die wirklichen Ziele der Sozialdemokratie usw. vergebens; erst die Zeit wird auch diese Irreführten lehren, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Wir können nur hoffen, daß ihnen die Millionen anderer Deutsche, vor allem die auf christlichem Boden

stehenden Familienväter und Frauen, ein Gegengewicht geboten haben...⁸

Die Frauen

Sie hatten bei dieser Wahl zum ersten Mal das Wahlrecht. Die SPD hatte es durchgesetzt.

Was die kaisertreue deutsche Frauenseele im Krieg bewegte, darüber hatte ein Mann im Kriegsjahr 1917 im zentrumstreuen "Echo des Siebengebirges" folgendes gedichtet:⁹

⁸ Oberkasseler Zeitung vom 24.1919

⁹ Echo vom 09.10.1917

Deutsche Frauenseele.

Ein Mütterchen an der Sparkasse stand
Und hielt ein Buch in der zitternden Hand,
Aus ihrem Gesicht sprach Kummer und Leid,
Doch lühden die Lippen Entschlossenheit.

„Nun Mütterchen,“ sagt der Beamte gerührt,
„Was hat Euch denn heute zur Kasse geführt?“ —
Sie reicht ihr Buch und ihr Auge erschellt:
„Die Kriegsanleihe! Der Kaiser braucht Geld!“

„Ich habe solange gesammelt, gespart,
Hatz heimlich für meinen Jungen verwahrt,
Hab nimmer geraustet, ob spät, ob früh,
Wollt' bauen das Nest ihm und seiner Marie.“

„Wenn siegreich bezwungen der Ragenbrachen,
Dann wollten die beiden Hochzeit machen,
Dann wollt' ich gar stolz mit der Mutter Segen
Das Geld zu den Hochzeitsgaben legen.“

„Nun ist zertrümmert mein Sehnen und Hoffen;
Mein Wilhelm, von feindlichen Kugeln getroffen,
Dort in der Hölle am Meere, am Strand,
Dort ruht er nun friedlich im flandrischen Sand.“

„Und ach, wie liebten die beiden sich sehr!
Nun trauert die Braut, das Herz ist ihr schwer,
Und wenn ich mich lege zur letzten Ruh,
Dann drückt sie die müden Augen mir zu.“

„Doch hab ich das Geld jetzt dem Kaiser gebracht:
Er braucht es, er hält für uns alle die Wacht,
Und Hindenburg ruft, wir trauen dem Alten,
Was der verspricht, das wird er auch halten.“ —

Drauf ging sie hinaus, man hörte es kaum,
Feierlich stille wars in dem Raum. — —
O möchte in allen deutschen Gauen
Man dieses Mütterleins Seele schauen.

Königswinter, Okt. 1917.

Fritz Klein.

Echo vom 09.10.1917

Da verwundert es nicht, daß das Frauenwahlrecht nicht als die lange überfällige politische Errungenschaft, die es war, gesehen wurde, sondern als eine ziemlich überflüssige Überforderung:

*Den Frauen ist das Wahlrecht zur Nationalversammlung - man möchte sagen - aufgedrängt worden. Noch hat die Frau nicht Zeit gehabt, zu erfassen, was das bedeutet....(Die Frauen) haben die absolute Mehrheit, also liegt in ihren Händen das Schicksal des deutschen Volkes, - in den Händen des politisch ungeschulten Teiles der Nation! Die Zukunft des Vaterlandes steht zur Entscheidung! Welche Verantwortung lastet damit auf den Frauen!*¹⁰

Darauf werden die Frauen eingeladen zu einer Frauenversammlung am Sonntag, dem 22. Dezember, abends halb 8 Uhr im Bellinghausen'schen Saale, wo ihnen

Herr Dechant Commes und Herr Kaplan Nellessen in gehalt- und lichtvollen Vorträgen

Richtlinien für die Ausübung des Wahlrechts darlegen wollen.
Bericht des "Echo" über die Ausführungen des Dechanten:

¹⁰ Echo des Siebengebirges vom 21.12.1918

Allen Wählern, die sich zur christlichen Weltanschauung bekennen, legt das christliche Gewissen die überaus ernste, sittliche Verpflichtung auf, bei der notwendigen Ausübung des Wahlrechts ihre Stimme nicht einer politischen Partei zu geben, die Trennung von Kirche und Staat und Ausschluß der Religion von der Schule fordert oder dabei mitzuwirken bereit ist. Die Forderung der Trennung von Kirche und Staat und der konfessionslosen Schule widerspricht ebenso sehr dem göttlichen Willen wie der Lehre und den Rechtsanschauungen der christlichen Bekenntnisse.¹¹

Das Ergebnis einer solchen unverblühten Wahlbeeinflussung überrascht nicht: Die Frauen wählten mit noch überwältigender Mehrheit Zentrum (im Reich Parteien rechts von der SPD) als die Männer. Der Einsatz der SPD für das Frauenwahlrecht hatte sich also für die Partei selbst nicht ausgezahlt.

Dieses Wahlverhalten der Frauen sollte noch lange fortbestehen und war für die SPD außerordentlich schwer aufzubrechen. Genaue Zahlen sind selten. Bei der Reichstagswahl 1920 haben in Köln Männer und Frauen getrennt abgestimmt, das Ergebnis ist sicher repräsentativ und wirft ein Schlaglicht auf die konservative Fixierung der Frauen:

Das Zentrum erhielt rund 33 000 Männer- und rund 50 000 Frauenstimmen; die beiden sozialistischen Parteien dagegen zusammen 54 500 Männer- und 33 000 Frauenstimmen.¹²

Sollten sich diese Ergebnisse etwa aus der vom "Echo des Siebengebirges" beklagten "politischen Ungeschultheit" der Frauen erklären?... Berechtigt jedenfalls war die Abneigung der Konservativen gegen das Frauenwahlrecht nicht, und so war es kein Wunder, daß an dieser Front bei den nächsten Wahlen schon ziemliche Stille herrschte, ja daß schon bei der zweiten Reichstagswahl 1924 ein Zentrumsredner sich dankbar der Unterstützung der "Damen" erinnerte:

Sein besonderer Gruß galt den Damen, die durch die Verleihung des Frauenstimmrechts als neuer Stern am Firmamente des Zentrums in so starker Zahl einrangiert seien.¹³

Die "Entchristlichung" der Schule

Ein heftiger Kampf tobte um eins der fortschrittlichsten kulturpolitischen Projekte der Weimarer Republik, um die von der SPD unterstützte Entkonfessionalisierung der Schule.

Mit wahrhaft apokalyptischen Beschwörungen engagierten sich das Zentrum und seine Presse für den Erhalt des kirchlichen Einflusses auf die Schule, auch in Königswinter und Dollendorf.

Dabei sonderte die zentrumsnahe Presse Haßtiraden gegen die SPD ab, die

zum Hohn der ganzen kultivierten Menschheit einen Adolf Hoffmann zum Kultusminister macht, die der Totengräber unserer nationalen, sozialen und religiösen Kultur ist¹⁴

Über Kultusminister Hoffmann (SPD) teilte die Oberkasseler Zeitung mit:

"Wenig bekannt sei außerhalb Berlins, daß der Zehngebote-Hoffmann am Revolutionstage auf dem Schloßpalast ausgerufen habe: "Jetzt sind wir die Herrèn, wir brauchen keinen Vater mehr, keinen Sohn und h. Geist."

¹¹ Echo des Siebengebirges vom 4.1.1919

¹² Echo des Siebengebirges vom 12.6.1920

¹³ Echo des Siebengebirges vom 4.12.1924

¹⁴ Echo des Siebengebirges vom 18.1.1919

Was Hoffmann damals ausgerufen, spiegelt sich in seinen Ministererlassen deutlich wider. Das gläubige katholische und protestantische Volk wird ihm und der sozialdemokratischen Regierung bei den demnächstigen Wahlen die Antwort nicht schuldig bleiben.¹⁵

In derselben Nummer schreibt die Zeitung über den von der SPD favorisierten überkonfessionellen "Moralunterricht":

Kein Katholik, der seines Namens wert ist, kann und wird seine Kinder in den "Moralunterricht" senden. Eine vom christlichen Glauben losgelöste Moral stellt eben eine Religion für sich dar und zwar eine antichristliche. Weil Leute wie Ad. Hoffmann und Genossen das nicht begreifen, üben sie frischweg eine Gewissenstyrannie aus und ahnen auch nicht, daß sie damit ihre eigene Stellung bzw. die ihrer Partei unterminieren. Ihre Moral, die die Religion ersetzen soll, können sie Dissidentenkindern lehren...

Das Thema spielte auch bei den ersten Gemeinderatswahlen nach dem Krieg eine große Rolle. Die SPD Dollendorf versuchte, sich gegen den Feldzug des Zentrums zu wehren:

Sozialdem. Verein Ober- und Niederdollendorf:
Sonntag, 9. März, nachmittags 4 ½ Uhr
im Restaurant Rheineck Nied.-Dollendorf
 (Besitzer: Wwe. Bled)
Große öffentliche
Volksversammlung.
 Referent: Herr Pieper-Köln spricht über:
Die Stellung der
Sozialdemokratie zur Kirche.
 Arbeiter, Bürger, Männer und Frauen erscheint in
 Massen zu dieser Versammlung.
Der Vorstand.
Alle Samstage Diskussionsabende.

Oberkasseler Zeitung vom 07.03.1919

Der Bericht über diese Versammlung in der Oberkasseler Zeitung ist überraschend neutral; er wurde vermutlich von der SPD selbst formuliert und von der Redaktion übernommen:

Der Redner (Pieper aus Köln) verwahrte sich dagegen, daß das Zentrum für sich allein das Christentum in Anspruch nehme und die sozialistischen Parteien als religionsfeindlich hinstellen wolle. Er führte weiter aus, daß der sozialdemokratische Standpunkt "Religion ist Privatsache" auch der beste für die Kirche sei, da durch eine Trennung von Kirche und Staat der Kirche die unbedingt notwendige Freiheit des Wortes und der

Lehre wiedergegeben werde. Daß große Kreise der Sozialdemokratie der Kirche fernstünden, gab der Redner zu, wies aber auch auf die Gründe hin, die zum großen Teil in der bisherigen Politik der Kirche zu suchen seien. Andererseits ständen aber auch ungezählte überzeugte Christen treu zur Sozialdemokratie, die aus ihrem Wesen heraus nicht religionsfeindlich seien. Wohl gelte und müsse ihr Kampf gelten der Kirche und der Religion, die zu politischen Zwecken mißbraucht würde.¹⁶

Auf einer Versammlung der christlichen Gewerkschaft und des katholischen Arbeitervereins in Oberkassel zum Thema "Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?" kam der Redner Kipper aus Köln zu dem Ergebnis, daß diese Frage voll und ganz verneint werden müsse.¹⁷

Die SPD Oberkassel lud zum selben Thema ein:

¹⁵ Oberkasseler Zeitung vom 19.12.1918

¹⁶ Oberkasseler Zeitung vom 14.3.1919

¹⁷ Oberkasseler Zeitung vom 8.8.1919

Volkversammlung

Die Sozialdemokratische Partei ladet die Bürgerinnen und Bürger zur Anhörung eines Referats über

„Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein“

auf Dienstag den 21. Okt. abends 8 Uhr im Lokale „Zur Stadt Bonn“ Bahnhofstraße ein.

Zu den am 16. November stattfindenden

Gemeinderatswahlen

ist es für die den Sozialdemokraten fernstehenden Kreise erforderlich, sich über den wahren Standpunkt der Partei gegenüber der Religion zu orientieren.

Freie Aussprache für Jedermann.

216)

Die Vereinsleitung
der Ortsgruppe Oberkassel.

Oberkasseler Zeitung vom 21.10.1919

Über das Ergebnis dieser Veranstaltung berichtet die Oberkasseler Zeitung nichts; man darf vermuten, daß hier die Antwort auf die Themafrage bejahend war.

Die Gemeinderatswahlen und die Geburtsstunde(n) der SPD in Königswinter

Im Friedensvertrag wurde für das rechtsrheinische Gebiet festgelegt, daß eine 50 km breite Zone am Rhein entmilitarisiert und die Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz mit ihrem Umfeld von den Alliierten besetzt würden. Die Grenze zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet verlief zwischen Dollendorf und Königswinter.

In Königswinter erfolgte die erste Kommunalwahl nach demokratischem Wahlrecht am 30. März 1919, in Dollendorf wurde sie auf Betreiben der Alliierten auf den 16. November 1919 verschoben.

Dollendorf

Die Gründung des "Sozialdemokratischen Vereins Ober- und Niederdollendorf" muß um die Monatswende Januar/Februar 1919 stattgefunden haben; wir haben keine Dokumente darüber. Der Termin der Gemeinderatswahlen war zu diesem Zeitpunkt noch unsicher.

Der neugegründete Verein lud für den "9. Februar 1919, nachm. 4 Uhr (Mitteleuropäische Zeit)" zu einer öffentlichen Volksversammlung ein:

●●●●●●●●●●●●●●●●

**Sozialdemokratischer Verein
Ober- und Niederdollendorf.**

Sonntag, den 9. Februar, nachm. 4 Uhr
(Mitteleuropäische Zeit)

Öffentliche

Volksversammlung

im Restaurant Petersberg (Besitzer Raucht)

Thema: **Die Gemeinderatswahl.**

Redner: **Herr Klein, Köln.**

Zu dieser Versammlung sind alle Bürger, Männer
und Frauen, herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

●●●●●●●●●●●●●●●●

Oberkasseler Zeitung vom 07.02.1919

Die Oberkasseler Zeitung berichtet über diese Versammlung, daß

der Vorsitzende, Herr Weber aus Oberdollendorf, ... die zahlreich besuchte Versammlung eröffnet habe. Der Hauptredner, Herr Klein, Köln, forderte die Anwesenden auf, für die kommenden Wahlen dafür zu sorgen, daß nur Bürger gewählt würden, die es verständen, die Interessen der gesamten Bürgerschaft, vor allem der Arbeiterschaft und der kleinen Stände, zu vertreten. Weiterhin sprach der Redner über das Schulwesen, befürwortete die Einheitsschule, bessere Aufsicht der Kinder durch Ärzte... und richtete zum Schluß seiner Ausführungen einen Appell an die Versammlung, nicht müßig zu sein und vor allem dafür einzutreten, daß auch Frau-

en in den Gemeinderat gewählt würden. ⁽¹⁸⁾

Flagge zeigen konnte die neugegründete Partei am 1. Mai mit einer zünftigen Maifeier, zu der jedermann eingeladen war:

Bürger u. Bürgerinnen!

Rüftet zur Maifeier!

Sozialdemokratischer Verein Ober- und Niederdollendorf.

Oberkasseler Zeitung vom 29.04.1919

¹⁸ Oberkasseler Zeitung vom 14.2.1919

Sozialdemokr. Verein

Ober- und Niederdollendorf.

Donnerstag, den 1. Mai 1919

Maifeier!

11 Uhr: Fröhschoppen bei Raubut.

1 " Öffentliche Fest-Versammlung bei Bled

Vortrag: „Die Bedeutung der Maifeier“

Referent: Abgeordneter Schäfer.

Danach: Umzug.

6 Uhr bei Bled: Familienabend mit Ball.

Eintritt zu allen Veranstaltungen frei.

Der Vorstand.

Oberkasseler Zeitung vom 29.04.1919

Um bei der Gemeinderatswahl am 16. November eine starke Vertretung der Arbeiterschaft zu gewährleisten, schloß sich die SPD nicht der im we-

sentlichen von der DDP inspirierten Initiative zur Aufstellung einer Bürgerliste nach Berufsgruppen an, sondern stellte - genau wie das Zentrum - eine eigene Liste auf.

"Durch Kampf zum Sieg!" hieß die Parole der SPD im Wahlkampf.

Sozialdem. Verein Ober- und Niederdollendorf.

Sonntag, den 9. November 1919

Zwei große öffentliche Wählerversammlungen

für Oberdollendorf 11 Uhr vormittags (b. Z.) | für Niederdollendorf 4 Uhr nachmittags (b. Z.)
im Restaurant „Im kühlen Grunde“ Verkehr: 20. Zehner | im Restaurant „Rheinck“ (Bes. Wwe. Bled)

Thema: Gemeinderatswahlen.

Arbeiter, Frauen und Männer folget der Einladung recht zahlreich. Erscheint in Massen.
Durch Kampf zum Sieg! Der Vorstand.

Oberkasseler Zeitung vom 07.11.1919

Die SPD warb mit ihren Errungenschaften: die Frauen und Mädchen Dollendorfs wurden an die Einführung des Frauenwahlrechts erinnert, den Kriegsoffern wurde Solidarität und Unterstützung zugesagt, ebenso wie den Mietern, die unter der Wohnungsnot litten, schließlich wurde die religiöse Verunsicherungskampagne des Zentrums zurückgewiesen:

**Arbeiter, Handwerker,
Kleinbauern, Beamte!**

Wer in Zukunft die Lasten der Gemeinde gerecht verteilt wissen und die Gleichberechtigung aller Bürger in Dollendorf will, der

**wähle die
Sozialdemokratie!**

**Frauen und Mädchen
Dollendorfs!**

Euer ist die Entscheidung! Ihr seid die Mehrheit der Wählerschaft. Steht zu der Partei, die Euch das Wahlrecht aus dem Ratshause geschafft hat und die das Los Eurer Familie erleichtern helfen will.

**Wählt die Liste der
Sozialdemokratie!**

Für Oberdollendorf die Liste:

„Josef Schumacher“!

Für Niederdollendorf die Liste:

„Adolf Pilz“!

**Witwen und Waisen,
Kriegsbeschädigte!**

Es ist eine Ehrenpflicht der Gemeinde, Euch sorgelos zu stellen. Wir sind bereit, Euch in Euren berechtigten Forderungen zu unterstützen.

**Wählt die Liste der
Sozialdemokratie!**

Mieter Dollendorfs!

Die Wohnungsnot in Dollendorf greift immer mehr um sich. Wollt Ihr die geeignetsten Vertreter, die für Verbesserung dieser Verhältnisse eintreten, dann

**wähle der Liste der
Sozialdemokratie!**

**Arbeiter, Handwerker, Frauen, Jungfrauen,
Witwen u. Kriegsbeschädigte in Dollendorf!**

Aufgepaßt!

Am kommenden Sonntag soll über die zukünftige Politik unserer Gemeinde entschieden werden.

Was unsere Gegner, die bis jetzt unumschränkte Herrscher in den Gemeindeparlamenten waren, geleistet haben, ist Euch bekannt.

Was besonders die Frauen während des Krieges infolge des verwerflichen bürokratischen Systems auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung — nicht zu vergessen die Milchverteilung, die in unserer Gemeinde, insbesondere bei den unteren Stößen, viel zu wünschen gelassen hat, während die Herren der Lage gut versorgt waren, — gelitten haben, ist Euch allen auch bekannt.

Mit dem Wahlkampfmittel „Religionsgefahr“ will man Euch vergessen machen, was Ihr während des Krieges erduldet habt, und jetzt noch erduldet.

Geht am Wahltage nur den Kandidaten: **Eure Stimme**, die Not und Entfagung mit Euch erweist und die, weil sie Verständnis haben für die elenden Zustände im Ernährungs-, Wohnungs-, Schul- und Steuerwesen.

Diese Kandidaten finden Sie nur auf den Listen der Sozialdemokraten.

Deshalb alle Wähler, ob Männlein, oder Weiblein, heran an die Urne, gebt geschlossen **Eure Stimme** ab

**in Oberdollendorf für Liste Josef Schumacher
in Niederdollendorf für Liste Adolf Pilz**

Oberkasseler Zeitung vom 16.11.1919

Das Wahlergebnis: Zum ersten Mal in der Geschichte Dollendorfs saßen Sozialdemokraten im Gemeinderat, und zwar von jeweils 12 Gemeinderatsmitgliedern in Niederdollendorf zwei, nämlich Adolf Pilz und Josef Kreuzberg, und in Oberdollendorf einer, nämlich Josef Schumacher.

Am Jahresende fand der letzte Höhepunkt im Ortsvereinsleben statt: die Weihnachtsfeier, über die die Oberkasseler Zeitung auch Bericht erstattet:

Sozialdemokratischer Verein Ober- und Niederdollendorf.

Am Sonntag, den 21. ds. Mts., nachm. 4 $\frac{1}{2}$ Uhr
(deutsche Zeit) findet im Hotel Rheineck, Nieder-
dollendorf (Bes. Wwe. Bled) eine

W e i h n a c h t s f e i e r mit Christbaumverlosung und Kinderbescherung

statt. Es haben ihre freundl. Mitwirkung zugesagt:
Mitgl. des hiesigen Gesangsvereins,
Mitgl. der Bunten Bühne, Honnes,
sowie eine Musikkapelle.

Anschließend geschloss. Ball.

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pfg. im Vor-
verkauf zu haben bei N. A. Seidemann, Ober-
dollendorf und Frz. Müller (Biederhof), Nieder-
dollendorf. Mitglieder und Kriegerfrauen haben
freien Zutritt. Kinder ohne Begleitung der Eltern
haben keinen Zutritt.

Alle Bürger sind zu dieser Feier freundlichst ein-
geladen. Der Festausschuss.

* Der Sozialdemokratische Verein Ober- und Niederdollendorf feierte am vergangenen Sonntag im Hotel Rheinrath Niederdollendorf sein diesjähriges Weihnachtsfest. Auf seine Einladung hin hatten sich — wie uns berichtet wird — die Mitglieder und viele Freunde und Wöchner mit ihren Kindern eingefunden. Es war ein Kinderfest im wahren Sinne des Wortes. In der Mitte des Saales war der Weihnachtsbaum aufgebaut. Um diesen scharten sich die Kinder, kleine und große. Mit glänzenden Augen und erwartungsvollen Gesicht sangen sie ihre Weihnachtslieder, von den Eltern mehr oder weniger ängstlich beobachtet und behütet. Ein Vorstandsmitglied begrüßte die Anwesenden. Mit kurzen Worten wies er auf die besondere Bedeutung des Festes hin als Friedens- und Familienfest, und gedachte hierbei auch unserer armen Landsleute, die bis jetzt noch fern ab von ihren Lieben in französischer Gefangenschaft schmachten. Darauf kamen die Kinder zu ihrem Rechte. Alle wurden beschenkt, weit über hundert. Es war eine Freude, die strahlenden und glücklichen Gesichter der Kinder zu beobachten. Nachdem noch einige Weihnachtslieder gesungen, wurden die Kleinen nach Hause gebracht, zufrieden mit dem Gesehenen und Erlebten. Damit endigte die Weihnachtsfeier für die Jugend. Mancherlei Kurzweil wurde den Erwachsenen noch geboten, welche noch einige frohe Stunden beim Glase Bier oder Wein verbrachten.

Oberkasseler Zeitung vom 23.12.1919

Königswinter

In Königswinter wurde der SPD-Ortsverein erst nach der Kommunalwahl am 30. März 1919 gegründet. Der Wahlkampf mußte daher noch vom Parteibüro in Köln aus geführt werden.

Am Abend des 21. März 1919 befand sich ganz Königswinter im Wahlkampffieber. An drei Schauplätzen tobte die politische Schlacht, und über alle drei berichtet das "Echo" am 22.3. - am kürzesten über die SPD-Versammlung:

Diese fand im **Restaurant Wwe. Klöster** unter der Leitung von H. Voigt statt. Vor etwa 30 Teilnehmern sprach der Kölner Parteisekretär Oehmke. Ohne die Königswinterer Verhältnisse im einzelnen zu kennen, bezweifelte er, daß die Arbeiterschaft in den Kandidatenlisten für die bevorstehenden Gemeinderatswahlen am 30. März genügend berücksichtigt würden. Von einigen Gewerkschaftern wurde ihm entgegengehalten, daß die Arbeiter gemäß ihrer Stärke auf der Liste der vereinigten Parteien berücksichtigt werden sollten.

Tatsächlich enthielt die am gleichen Abend im **Gasthof Maibücher** aufgestellte Liste der vereinigten Parteien, nämlich des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei, drei Arbeiter, den Steinmetz Stenz, den Arbeiter Lorke und den Backofenbauer Krämer. Angeführt wurde die Liste von dem Steinbruchbesitzer Wilhelm Bachem. Außerdem kandidierte Frau Anselm Bachem auf Platz 9 (von 18).

Eine weitere Kandidatenliste wurde im **Königswinterer Hof** abgestimmt. Sie enthielt vor allem Angehörige des gewerblichen Mittelstandes, aber keine Frau und keinen Arbeiter.

Der Listenaufstellung waren Auseinandersetzungen innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vorausgegangen, deren Ergebnis die Aufstellung einer eigenen Liste durch den Sozialdemokraten Voigt war. Dies löste eine heftige Polemik der Gegenseite aus:

Zur Beherzigung.

Wie mag wohl Herr Voigt die 60 Unterschriften für seine Liste erhalten haben! Jedenfalls hat er bei einer Reihe von Unterzeichneten bei der Werbung um ihre Unterschrift recht christlich sprechen müssen. Auch werden viele seine sozialistische oder besser gesagt, gotteslästerliche Rede, die er s. B. in einer hiesigen Versammlung gehalten hat, nicht kennen. Damals hatte ein christlicher Gewerkschaftssekretär mit Ueberzeugung und Wärme vom lieben Herrgott gesprochen. Darauf nahm Herr Voigt das Wort: „Der Herr Redner hat uns soeben vom lieben Herrgott gesprochen. Haben wir von diesem Herrgott etwas zu erwarten? Nichts, habt Ihr von ihm zu erwarten, er kann Euch nicht helfen, darum sage ich Euch helfe Euch selbst.“ Daran schloß er das Bekenntnis, sein Herrgott sei die Natur. Man weiß nicht worüber man sich mehr wundern muß, über den traurigen Mut so etwas einer christlichen Arbeiterschaft zu bieten, oder über den Wagemut, ein ähnlich denkenden Deuten zuzumuten, einer Liste mit einem solchen Mann an der Spitze ihre Stimme zu geben.

Echo des Siebengebirges vom 29.03.1919

Arbeiter-Gewerkschaft Königswinter.

Die Vereinigten Arbeiter-Gewerkschaften (freie und christl.) geben hiermit folgende Erklärung ab:

Eine Anfang März im Restaurant Tubal tagende Arbeiter-Versammlung stellte folgende Kandidaten zur Stadtratswahl auf:

1. Heinr. Voigt
2. Heinr. Stenz
3. Herm. Weiser
4. Karl Vorke
5. Heinr. Krämer

In einer am 12. März 1919 abgehaltenen Vorstandssitzung wurde nach vorheriger Besprechung mit den Vereinigten Parteien, nach welcher die Annahme von 3 Arbeitern in Aussicht gestellt war, beschlossen, mit der Aufstellung von 3 Arbeitern zufrieden zu sein. Hermann Weiser verzichtete in dieser Sitzung freiwillig auf eine Aufstellung und nun beschloß man die Arbeiter Heinr. Stenz, Heinr. Krämer und Karl Vorke den Vereinigten Parteien zu präsentieren, zuvor jedoch das Einverständnis der Arbeiter-Versammlung einzuholen. Diese, am 15. März 1919 im Restaurant Tubal abgehaltene Versammlung beschloß dann, mit Ausnahme des Herrn Voigt, einstimmig, den vom Vorstand am 12. März 1919 gefaßten Beschluß gutzuheißen. Herr Voigt erklärte hierauf: Ich füge mich der Majorität, werde aber selbst nicht wählen gehen. Mit dieser Erklärung konnte man sich zufrieden geben. Nun hat Herr Voigt noch in letzter Stunde eine eigene Liste aufgesetzt. Hätte Herr Voigt in der Arbeiter-Versammlung vom 15. März erklärt, ich werde versuchen allein vorzugehen, wäre die Sache korrekt gewesen. Das hat er nicht getan. Bekanntlich besteht aber für jeden Menschen von Charakter die Pflicht, die unbedingte Pflicht, ein gegebenes Versprechen zu halten. Die beiden unterzeichneten Vorstände erklären deshalb:

Die freie und christliche Gewerkschaft haben mit einer Liste Voigt nicht das Beste zu tun und fordern deshalb ihre Mitglieder und auch alle Arbeiter dringend auf, bei der Stadtratswahl am 30. d. M. geschlossen ihre Stimme für die Liste

Wachem

abzugeben um dadurch entschlossen zu zeigen, daß sie ihr einmal gegebenes Versprechen als Männer von Wort erfüllen.

Königswinter, den 23. März 1919.

Der Vorstand der freien Gewerkschaft
Herm. Weiser, Jacob Brühl, Heinr. Krämer,
Jean Krämer.

Der Vorstand der christl. Gewerkschaft
Heinr. Stenz, Jos. Emoud, Karl Spindler,
Jean Vorke.

Echo des Siebengebirges vom 27.03.1919

In der Ausgabe des "Echo" vom 29. März, dem Tag vor der Wahl, flogen noch einmal die Fetzen:

Wählt die Liste Bachem!

Sie allein enthält eine Reihe erfahrener und bewährter Stadtverordneter.

Sie allein hat Kandidaten aus allen Ständen und Berufen:

Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende, Beamte, Unternehmer.

Sie allein hat unter Ihren Kandidaten eine Vertreterin der Frauen.

Eine Liste der Arbeiter, Beamte, Zentrum und Deutsch-nationale Partei gibt es nicht, sondern umgekehrt.

Wähler der vereinigten Parteien!

Die Stadtratswahl am 30. März ist höchst wichtig!

Geht alle ohne Ausnahme zur Wahl!

Auch die Frauen können und sollen wählen!

Stadtratswahl.

Die Kapitalisten, Großkaufleute, Hoteliers, hohe Beamten wählen in ihrem Interesse die Listen

„Bachem und Rieffel.“

Darum Arbeiter, Kleinhandwerker, Kleingewerbetreibende, Unterbeamten macht es ebenso, wählt in Eurem Interesse die Liste

„Voigt.“

Die gehässigen Angriffe gegen Herrn Voigt können beantwortet werden. „Auf der Gegenseite sind die Sünden.“

Wähler der vereinigten Parteien!

Bringt euren Wahlzettel mit!

Laßt euch keinen falschen in die Hand drücken!

Achtet auf den ersten Namen Wilh. Bachem!

Echo des Siebengebirges vom 29.03.1919

Die Abrechnung am Wahltag ergab:

für die Liste Bachem (Z und DNVP):	1086 Stimmen = 13 Sitze
für die Liste Rieffel	379 Stimmen = 4 Sitze
für die Liste Voigt (SPD)	166 Stimmen = 1 Sitz

Damit war der Lokomotivführer Heinrich Voigt in den Gemeinderat gewählt.

Nachdem der Wahlkampf und seine Aufregungen sich gelegt hatten, zogen die Königswinterer Sozialdemokraten mit den Dollendorfern gleich und gründeten am 29. April 1919 die Ortsgruppe Königswinter der SPD:

Öeffentl. Versammlung

der sozialdemokratischen Partei Königswinter
Dienstag, den 29. April 1919, abends 8 Uhr

im

Lokale des Herrn Schumacher (Lubal)
z. Gründung einer Ortsgruppe.

Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten

Die Einberufer.

Echo des Siebengebirges vom 29.04.1919

Gleich zwei Tage später wurde zum 1. Mai eingeladen. Die Festlichkeiten dauerten den ganzen Tag:

Fest-Programm

der Ortsgruppe Königswinter der
sozialdemokratischen Partei

für den

1. Mai 1919.

1 Uhr Treffpunkt im Restaurant „Im Lubal.“

**6 Uhr: Geschlossener Ball
im Westfalenhof.**

Eintritt a Person 1 Mark. Langgeld wird nicht erhoben.
Getränke nach Belieben. Jedermann hat Zutritt.

Der Vorstand.

Echo des Siebengebirges vom 01.05.1919

Die in den letzten Tagen hierselbst gegründete Ortsgruppe der sozialdemokratischen Partei hielt am gestrigen Nachmittag in Gemeinschaft mit der Ortsgruppe Dollendorf unter Voraustritt einer Musikkapelle einen Umzug durch die Stadt. Von hier zählte man etwa 20 Teilnehmer. Dem Umzug schloß sich eine Tanzbelustigung im Westfalenhof an.¹⁹

Und in einem schier unvorstellbaren Aktivitätsdrang wurde schon zum Sonntag, dem 18. Mai, zur nächsten Versammlung eingeladen, auf der wieder der unermüdliche Parteisekretär Oehmke aus Köln referierte:

¹⁹ Echo des Siebengebirges vom 2.5.1919

Sozialdemokratische Partei
Ortsgruppe Rbnigsbintz

Öeffentliche

Volks-Versammlung

am

Sonntag, den 18. Mai 1919, morgens 11 Uhr
im Saale Restaurant Westfälischer Hof.

Tagesordnung: Unsere politische Lage.
Referent: Dehmke, Parteisekretär.

Der Vorstand.

Echo des Siebengebirges vom 20.05.1919

Insgesamt war also das Jahr 1919 sehr dicht mit sozialdemokratischen Aktivitäten und Erfolgen in unserer Stadt gefüllt. Daß damit die SPD noch keineswegs stabil und dauerhaft etabliert war, sollte sich in den nächsten Jahren erweisen.

1920

Kapp-Putsch und Demonstrationen für die Republik

Inzwischen war die Aufbruchsstimmung der Revolutionswochen verfliegen, tiefe Resignation hatte sich breitgemacht. Seit Anfang des Jahres galt der Versailler Vertrag, den die meisten Deutschen als ungerecht, ja, als Schmach empfanden.

Am 13. März 1920 versuchte die radikale Rechte unter Führung des Landschaftsdirektors Kapp und des Generals v. Lüttwitz, die Republik durch einen Putsch zu zerstören.

Wie unentschieden und bedrohlich für die Republik die Lage in diesen Märztagen in Berlin war, wird deutlich aus den unterschiedlichen Meldungen in der Nummer des "Echos des Siebengebirges" vom 16. März 1920:

Berlin, 13. März. Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist an den mitunterzeichneten Generallandschaftsdirektor Kapp, Königsberg i.Pr., als Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister, wird vom Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr v. Lüttwitz, ernannt. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

*Freiherr v. Lüttwitz, General der Infanterie
Kapp, Landschaftsdirektor*

Die Regierung geflüchtet. Die Reichswehr übergegangen.

Berlin, 13. März. ...Die Regierung ist heute Nacht geflüchtet. Die Marinebrigade unter Korvettenkapitän Erhardt hat Berlin besetzt. Die Sicherheits- und Reichswehr sind zu den Truppen übergegangen. Es wird eine Regierung der Arbeit gebildet, zu der Männer aller

Parteien herangezogen werden. Den Vorsitz hat zunächst Dr. Kapp aus Königsberg übernommen, die Führung des Militärs General v. Lüttwitz.

Die alte Regierung in Dresden

Dresden, 13. März. (Telegramm der Reichsregierung an die Länder:) Der Putschversuch gewissenloser Elemente, unter denen kein ernster Politiker steht, hat die Regierung veranlaßt, zwecks Vermeidung von Blutvergießen Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann. Wir ersuchen den dienstlichen Verkehr mit uns aufrechtzuerhalten und alle Beziehungen mit den Staatsstreichlern in Berlin abzulehnen.

gez. Ebert, Bauer, Müller, Giesberts, Noske, Koch, Kessler.

Der Generalstreik

Berlin, 14. März. Heute...hat eine Sitzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ...stattgefunden. Es wurde beschlossen, den Generalstreik auf das ganze Reich zu erweitern. Der Generalstreik in Berlin soll mit rücksichtsloser Schärfe durchgeführt werden, um die neue Regierung freiwillig zum Rücktritt zu zwingen.

Dank des Generalstreiks und der Verweigerungshaltung der Ministerialbürokratie scheiterte der Putsch auf der ganzen Linie. Nach vier Tagen war der rechte Spuk vorbei.

Am 17. März kam es in Königswinter spontan zu einer Demonstration gegen die Putschisten. Auch Heinrich Voigt, der Führer der SPD, fand sich auf dem Markt ein. Der stellvertretende Bürgermeister Bachem beruhigte die Demonstranten und wies darauf hin, daß sich in Berlin schon eine Lösung abzeichne. Er appellierte an die Demonstranten,

sich als Rheinländer zu zeigen und Ruhe und Ordnung in vollem Umfange aufrecht zu erhalten.

Weiter berichtet die Zeitung:

Nachdem Herr Stadtverordneter Voigt, der Führer der hiesigen Sozialdemokratischen Partei, darauf erwidert, setzte sich der Zug in Bewegung. Voran wurde ein Schild getragen mit der Aufschrift: "Nieder mit der Regierung Kapp! Hoch die Republik." Die Teilnehmer, etwa 50 Mann, meist jüngere Arbeiter, darunter eine Anzahl Auswärtige, schritten unter Führung des Vorsitzenden der christlichen und der freien Gewerkschaft ruhig daher und hielten schließlich im Gasthof "Zur Traube" Einkehr.

Das eigentliche Demonstrationsziel geriet dabei in den Hintergrund, etwas anderes brannte den Demonstranten offenbar viel mehr auf den Nägeln: der drohende Hunger.

Bei Hin- und Herreden erhitzen sich die Köpfe und einige kamen zu dem Entschluß, zum Bürgermeister zu ziehen und Kartoffeln und Lebensmittel zu verlangen. Als bald zog man zum Rathause, da dort aber niemand mehr war und Herr Bürgermeister Clever sich z. Zeit wegen Krankheit im Urlaub befindet, so zogen sie vor das Haus der Frau Anselm Bachem (einer Zentrumsstadtverordneten) und brachten hier ihre durchaus verständlichen und berechtigten Wünsche vor. Diese waren besonders die Beschaffung von Kartoffeln und sonstigen Lebensmitteln. Über eine halbe Stunde mußte Frau Bachem Rede und Antwort stehen. ... Zum Schlusse sagte sie einer Einladung, die Versammlung der sozialdemokratischen Partei zu besuchen, zu.

Darauf zogen die Demonstranten weiter zum Beigeordneten Stang. Hier ging man

einen Schritt weiter und verlangte die Erlaubnis zur Durchsuchung zweier Keller nach Kartoffeln, von denen "erzählt" worden war, daß sie viele Zentner bergen sollten. Der herbeigerufene Herr Gendameriewachtmeister Kuhs ging mit einem Mann in eine bezeichnete Villa, sie fanden aber den märchenhaften Vorrat nicht. Unter anderem hatten die Demonstranten auch von Mehlvorräten gehört, die die Stadt habe ... Stang bestätigte ihre Angaben und legte ihnen klar, daß das Mehl auf Beschluß des Ernährungsausschusses zu Ostern zur Verteilung kommen solle, wenn sie es aber wünschten, dasselbe auch schon früher haben könnten. Ebenso verhalte es sich mit anderen Vorräten, die restlos, aber rationiert nach den Beschlüssen des Ernährungsausschusses zur Verteilung kommen würden. Hierauf zerstreute sich die Menge. Zu Ausschreitungen ist es nirgends gekommen, alles hat sich ruhig verhalten. Hoffentlich gelingt es unserer Kreisverwaltung bei den knappen Brotrationen, genügend Kartoffeln zu beschaffen, denn Hunger tut weh.²⁰

Die erste Weimarer Reichstagswahl

Der erste Reichstag auf der Basis der neuen Verfassung wurde am 6. Juni 1920 gewählt.

Die MSPD-Liste im Wahlkreis Köln-Aachen wurde (wie schon bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919) angeführt von Dr. Johann Meerfeld. Er war Redakteur der "Rheinischen Zeitung" und Vorsitzender der Bezirkskommission. Auf Platz 8 der Liste kandidierte der Siegburger Bildhauer Wilhelm Schack.

Am rechten und am linken Rand des Parteienspektrums standen die Radikalen, die Zerstörer der Republik, in Wartestellung.

Die SPD Königswinter bereitete ihren Wahlkampf auf zwei Mitgliederversammlungen vor. Am 8. April 1920 waren die Mitglieder eingeladen ins Lokal Franz Dung. Einziger Tagesordnungspunkt: "Wahl der Delegierten zur Kreiskonferenz".²¹

Im selben Lokal fand am 25. April 1920 erneut eine Mitgliederversammlung statt, die Tagesordnung wurde nicht veröffentlicht. Die Mitglieder wurden wegen der Wichtigkeit der zur Besprechung kommenden Punkte dringend zum Erscheinen aufgefordert.²²

Der 1. Mai wurde traditionsgemäß festlich begangen und gleichzeitig für den Wahlkampf genutzt: Im Westfalenhof fand vormittags um 11 Uhr eine Fest-Versammlung mit Festreden des Parteisekretärs und Reichstagskandidaten Wilhelm Schack und des Gewerkschaftssekretärs Weiers statt; danach gab es ein Konzert. Nachmittags um 4 Uhr war großer Festball, zu dem die Mitglieder die Mitgliederbücher mitzubringen hatten. Eingeladen wurde vom Vorstand und Frä. Scheuss.²³

Schließlich fand am 30. Mai eine öffentliche Volks-Versammlung bei Franz Dung statt:

²⁰ Echo des Siebengebirges vom 18.3.1920

²¹ Echo des Siebengebirges vom 8.4.1920

²² Echo des Siebengebirges vom 24.4.1920

²³ Echo des Siebengebirges vom 4.5.1920

Sozialdemokrat. Partei
Ortsgruppe Königswinter.

Sonntag, den 30. Mai, nachmittags 6 Uhr

Oeffentl. Volks-Versammlung
im Lokale Franz Duing.

Stadtverordneter Maier - Bonn spricht über das Thema:
„Was wollen wir vom neuen Reichstag!“

Freie Aussprache.

Der Wichtigkeit halber erscheint in Massen.
Die Ortsgruppe.

Echo des Siebengebirges vom 01.06.1920

Der Redner, der Stadtverordnete Maier - Bonn, war ein vielbeschäftigter Mann im Wahlkampf: um 5 Uhr nachmittags bestritt er in Königswinter eine Versammlung, und abends um 1/2 8 Uhr desselben Tages sprach er auf einer öffentlichen Wählerversammlung im Lokal Schmitz in Oberdollendorf über die Reichstagswahl. Arbeiter, Bürger, Frauen und Männer waren eingeladen, in Massen in dieser Versammlung zu erscheinen.²⁴

Wenige Tage darauf veranstaltete die SPD Dollendorf eine weitere öffentliche Versammlung, diesmal zum Thema: "Wir und die anderen!" Referentin war die Gymnasial-Oberlehrerin Frau Dr. Wegscheider-Ziegler aus Bonn:

²⁴ Oberkasseler Zeitung vom 2.6.1920

Zur selben Zeit veranstaltete das Zentrum bei Broel ebenfalls eine Wahlversammlung, über die die Oberkasseler Zeitung ganz unverblümt einen sehr parteischen Bericht liefert:

Die Versammlung war, so heißt es da, für alle Besucher in ihrer sachlichen Ruhe und Vornehmheit und bei der geistigen Höhe der gediegenen und überzeugenden Darbietungen eine Freude und ein Genuß....bleibt es doch zu bedauern, daß so viele Anhänger der guten Zentrumssache, namentlich noch zu wenig geschulte Parteiangehörige und gleichgültige und solche, die durch Phrasen und Schlagworte anderer Parteien betört hin- und herschwanken, nicht solche Gelegenheiten besser benutzen, um sich zu begeistern für unsere Überzeugung und sich Rüstzeug zu erwerben zum Kampf gegen Verdrehung und Lüge.²⁵

Frau Dr.
Wegscheider-Ziegler

Mitglied der Landesversammlung,
Gymnasial-Oberlehrerin, Bonn.

spricht Donnerstag (Fronleichnam), abends 8 Uhr in

öffentlicher Volks-

Versammlung

im Saale Schmitz,
Oberdollendorf, Lindenstr.

Thema: Wir und die andern!

Freie Aussprache!

Alle Wählerinnen und Wähler ladet
ein die

S. P. D. Ober- u. Niederdollendorf.

Oberkasseler Zeitung vom 02.06.1920

In altbekannter Weise verunglimpfte der Referent zum Thema "Wahlen und Weltanschauung mit besonderer Rücksicht auf unsere Stellung zur Sozialdemokratie" die Sozialdemokratie als

*Weltanschauung, gleichsam Religion, die beruht auf ödem Materialismus, auf gewissenloser Diesseitskultur. Dieser Materialismus, den die Sozialdemokratie stets gelehrt und noch gepredigt und den alle ihre Anhänger fördern, ist krasser Unglaube. Ein wirklicher Katholik kann und darf ihn nicht fördern, kann daher nie und nimmer Sozialdemokrat sein.*²⁶

Wieder waren die Lokalblätter voll von Anti-SPD-Polemik von dieser Art:

²⁵ Oberkasseler Zeitung vom 2.6.1920

²⁶ Oberkasseler Zeitung vom 2.6.1920

Klassenherrschaft

von
recht über links
ist gleich verwerflich. Die Sozialisten
sind aber eine Partei des Klassen-
kampfes. Wer es ernst meint mit dem
Streben nach Klassenver-
söhnung und dem
Grundsatz
Gleiches Recht für alle
wird am 6. Juni
nehmen roten Zettel in die Hand
werfen können.

Echo des Siebengebirges vom 01.06.1920

„Der Aufstieg der Begabten

■ Ist nur ein Mittel, der Arbeiter-
schaft die besten Kräfte zu ent-
ziehen.“ So erklärte der Sozial-
demokrat Adolf Hoffmann in
der Landesversammlung.
■ Wer vorwärts kommen will
im Leben, weiß nun, was er
am Wahltag zu tun hat. Er

wählt nicht sozialistisch!

Echo des Siebengebirges vom 01.06.1920

■ Wer nicht wählt ■
hilft der Sozialdemokratie zur Mehrheit.

Echo des Siebengebirges vom 05.06.1920

Mehrfach setzen sich die Zentrumswahlkämpfer in ihren Veranstaltungen mit sozialdemokratischen Flugblättern auseinander, die offensichtlich wunde Punkte getroffen hatten, wie z.B. die vom Zentrum unterstützte Abschaffung des Achtstundentages, dessen Einführung eine der wichtigsten Errungenschaften der Novemberrevolution war. Die SPD setzte sich massiv für die Erhaltung des Achtstundentages ein.

Bei der Wahl am 6. Juni schrumpfte der Stimmenanteil der 'Weimarer Koalition' von 75% auf 43,6%. Die SPD verlor ein Drittel ihrer Sitze in der Nationalversammlung: von 163 behielt sie nur 102. Allerdings blieb sie stärkste Fraktion im Reichstag, doch sollte sie nach dem Rücktritt des SPD-Kanzlers Müller unmittelbar nach der Wahl erst Mitte 1928 wieder einen Reichskanzler stellen. Bedeutende Zuwächse verzeichneten die Parteien am rechten und linken Rand des Parteienspektrums. Sie alle wollten die demokratische Republik nicht.

Im Wahlkreis Köln-Aachen war die USPD wie überall im Reich der Hauptgewinner. Sie erhielt 8,3% (1919:0,6%), vor allem auf Kosten der MSPD, die über 5% verlor und im Wahlkreis 20% erhielt. Das Zentrum fiel von 60% im Jahre 1919 auf 54,6%.

In Dollendorf sah das Ergebnis so aus:

In Oberdollendorf erhielt die Mehrheits-SPD 254, die USPD 19 Stimmen (Zentrum: 685); in Niederdollendorf bekam die MSPD 88, die USPD 50 Stimmen (Zentrum: 268)²⁷

In Königswinter bekam die MSPD 186 Stimmen, die USPD 14, das Zentrum 1235.²⁸

1922

Mord an Rathenau

Am 24. Juni 1922 wurde Reichsaußenminister Walther Rathenau ermordet. Ihm war es gelungen, das Mißtrauen des Auslands gegen Deutschland abzubauen und die Isolierung Deutschlands langsam aufzubrechen.

Zu den geistigen Wegbereitern des Mordes gehörte der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Karl Helfferich.

Im "Echo des Siebengebirges" wird die Reichstagsitzung am Mordtag so beschrieben:

Die Ermordung Dr. Rathenaus - Heftige Sturmszenen im Reichstage.

Berlin, 24. Juni. Die für heute mittag 12 Uhr angesetzte Reichstagssitzung, die dann verschoben wurde, nahm um 3 Uhr ihren Anfang. Der Stuhl des ermordeten Außenministers Dr. Rathenau am Regierungstisch ist mit schwarzem Flor behängt, auf dem Tisch liegt ein kleiner Strauß aus Eichenlaub und weißen Blumen.-Die Tribünen sind überfüllt und die Abgeordneten aller Parteien haben sich sehr zahlreich eingefunden.

Am Regierungstisch hat der Reichskanzler (Wirth, Zentrum) mit sämtlichen Reichsministern in Trauerkleidung Platz genommen. Als der Abg. Helfferich (Dntl.) den Saal betritt, erheben sich die Abgeordneten der Linken mit dem stürmischen Rufe: Der Mörder! Hinaus mit ihm! Unabhängige, Sozialisten und Kommunisten dringen gemeinsam gegen rechts vor, und hier bildet sich ein wilder Knäuel von Menschen. Die Abgeordneten der Rechten stellen sich schützend um Helfferich, und immer wieder bricht der Tumult los.²⁹

²⁷ Oberkasseler Zeitung vom 9.6.1920

²⁸ Echo des Siebengebirges vom 8.6.1920

²⁹ Echo des Siebengebirges vom 27.6.1922

Die Betroffenheit war überall in Deutschland groß, war doch erst einige Monate vorher, am 28. August 1921, der Reichsfinanzminister Matthias Erzberger ebenfalls von Rechtsradikalen ermordet worden. Beide Morde wurden als Angriffe auf die Republik verstanden. Überall kam es zu Kundgebungen, auf denen ein Gesetz zum Schutz der Republik gefordert wurde. Auch in Dollendorf rief das Zentrum zu einer Kundgebung auf:

Im Reichstag stimmten mit den Parteien der Weimarer Koalition die USPD und die Mehrheit der Deutschen Volkspartei für das Gesetz zum Schutze der Republik. Die beiden sozialistischen Parteien schlossen sich kurz darauf wieder zusammen. Allerdings folgte die Basis der USPD ihrer Führung nicht, sondern große Teile der Partei gingen zu den Kommunisten über.



Sür Sonntag, den 2. Juli 1922, vormittags 11 Uhr
 label die **Zentrumspartei** (Ortsgruppe Oberdollendorf)
 zu einer

Öffentlichen Kundgebung

z. Tode d. Außenministers
Dr. Walter Rathenau
 im Saale von Jos. Broel
 in Oberdollendorf

ein. — Auch alle Nichtzentrumsleute, die sich hinter die Regierung stellen zum Schutze des Vaterlandes und zur Mitarbeit am Wohle des Volkes sind herzlichst eingeladen.



Oberkasseler Zeitung vom 04.07.1922

Die Frage der Republiktreue

Am 4. Juli 1922 fand in Oberkassel ein Demonstrationzug für die Republik statt. Darüber berichtet Amtsbürgermeister Nücker dem Landrat:

Am 4. Juli ds. Js. hat hier ein Demonstrationzug der freien Gewerkschaften stattgefunden. Die Teilnehmer stammten aus Oberkassel, Ober- u. Niederdollendorf und einem Teil der Ortschaften der Bürgermeisterei Oberpleis. Der Zug kam von Dollendorf und es wurden sowohl auf dem Wege nach Oberkassel als auch auf dem Rückwege vor dem Rathause Reden gehalten...Es hat außerdem eine Versammlung im Saale des Hotels zur Post stattgefunden. Nach der zweiten Rede vor dem Rathause kam eine Deputation zu mir und stellte

an mich die Frage, "ob ich auf dem Boden der Verfassung stehe". Ich habe die Frage als selbstverständlich bejaht ... Mit dieser Erklärung waren die Obleute zufrieden, verlangten jedoch, daß ich diese Erklärung auch vor den übrigen Teilnehmern in dem Demonstrationsszue abgeben soll. Ich habe das getan. Es kamen in meinem Büro noch verschiedene Punkte zur Sprache, die ich bat, mir schriftlich mitzuteilen. Darauf wurde mir von dem Unterzeichneten der Eingabe, Max Förster, 8 Tage später ein Schreiben überreicht... Zu dem Inhalte gestatte ich mir Folgendes zu berichten:

Zu 1) Am Sonntag, dem 16. Juli 1922 fand in Niederdollendorf das 50jährige Stiftungsfest des Kriegervereins statt. Persönlich habe ich an demselben nicht teilnehmen können. Glaubhaft ist, daß bei dieser Gelegenheit schwarz-weiß-rote Fahnen (= die Fahnen des Kaiserreichs) ausgehängt worden sind. Das ist aber m. W. nicht strafbar...

Zu 2) Am 24. Juni ds. Js. kurz nach Bekanntwerden des Mordes an Minister Rathenau ist ein größerer Trupp durch Oberdollendorf nach dem Siebengebirge gezogen, um dort eine Feier abzuhalten. Der Aufzug hat auch in anderen Kreisen in Oberdollendorf angestoßen. Im übrigen war er aber, als er mir bekannt wurde, längst vorüber. Die eigentliche Feier soll im Siebengebirge auf dem Gebiet von Königswinter stattgefunden haben.³⁰

Die Berichterstattung der "Oberkasseler Zeitung" über die republiktreuen Demonstrationen, v.a. über die von Bürgermeister Nücker angesprochene vom 4. Juli, fiel nicht zur Zufriedenheit der Teilnehmer aus. Am 18.7.1922 erschien ein erboster Leserbrief, unterzeichnet von den Betriebsratsvorsitzenden der Rhein. Vulkan, des Stellawerks, der Zementfabrik und der Fa. Hüser u. Co.:

...Große Empörung herrscht innerhalb der hiesigen Arbeiterschaft über das einseitige Verhalten Ihrer Zeitung, die Sie als Vertreterin aller Stände der Bürgermeistereieingesessenen preisen. Wir als Arbeiter erblicken in der Schreibweise Ihres Blattes das gerade Gegenteil. Von den Demonstrationen aus Anlaß der Ermordung Rathenaus am 28. Juni und 4. Juli der auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehenden Arbeiterschaft der Bürgermeisterei Oberkassel haben Sie auch nicht eine einzige Zeile in Ihrer die Interessen aller Stände vertretenden Zeitung gebracht. In Ihrer Nummer vom 8. Juli bringen Sie jedoch einen Artikel vom hiesigen Kriegerverein, diesem Überbleibsel monarchistischer Spielereien. Wir betrachten dieses als eine Provokation der Arbeiterschaft.

Sollten Sie bis Samstag, den 15. Juli keinen entsprechenden Artikel in Ihrer Zeitung gebracht haben, so sehen wir uns gezwungen, in Versammlungen darauf hinzuweisen, daß kein Arbeiter mehr Ihre Zeitung lesen darf, daß ferner Ihr Geschäft von der gesamten Arbeiterschaft boykottiert wird. Wir verlangen ferner Bestätigung über den Eingang unseres Schreibens.

Die Oberkasseler Zeitung wies diesen massiven Brief mit ebenso starken Worten zurück, ohne allerdings den vorgeworfenen Tatbestand direkt zu widerlegen.

...Wir verurteilen ... alles das, was dazu angetan ist, die öffentliche Sicherheit und Ruhe zu stören und das Wirtschaftsleben zu schädigen. Und somit verurteilen wir auch auf das schärfste die Demonstrationen vom 4. Juli, und jeder vernünftige und weitdenkende Arbeiter wird unserer Ansicht voll und ganz beipflichten. Denn durch solches willkürliche Stilllegen unseres Wirtschaftslebens gehen Millionen Werte verloren und man gibt unsauberen und radikalen Elementen nur Gelegenheit, nach Herzenslust sich "auszutoben", wie die

³⁰ Archiv des Rhein-Sieg-Kreises, Sonder-Akten betr. Staatsgefährl. Bestrebungen 1919-1930

Demonstrationen am 4. Juli mit ihren Ausschreitungen im ganzen Reich zur Genüge gezeigt haben...

...eine Einschätzung, gegen welche diejenige des Bürgermeisters sich durch wohlthuende Nüchternheit abhebt!

Im August empfahl die preußische Regierung den Landräten und Bürgermeistern das Verbot von schwarz-weiß-roten Flaggen. Bürgermeister Clever erließ ein solches Verbot am 11. August 1922:

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 (R. G. Bl. S. 585) wird hiermit für den Bezirk der Stadt- und Land-Bürgermeisterei Königswinter folgendes angeordnet:

1. Zur Vermeidung jedweder Provokation ist ein Flaggen nur in den Reichs-, Landes-, Provinzial- und Ortsfarben gestattet.
2. Alle Versammlungen und Umzüge sind nur auf Grund vorheriger polizeilicher Genehmigung erlaubt.

Die Folgen von Zuwiderhandlungen haben sich die Beteiligten selber zuzuschreiben.

Königswinter, den 11. August 1922.

Die Polizeiverwaltung.
Der Bürgermeister.

Echo des Siebengebirges vom 12.08.1922

Diesem Verbot war eine lebhaftere Debatte in der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juli 1922 vorausgegangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte der SPD-Stadtverordnete Voigt den Bürgermeister, ob er in letzter Zeit Kenntnis von politischen Zwischenfällen im Siebengebirge erhalten habe. Wenn ja, sei es seine Pflicht, dagegen einzuschreiten.

Der Bürgermeister antwortete, daß es solche Vorfälle bei der Sonnwendfeier auf der Rosenau gegeben habe, und zwar am Tage der Ermordung Rathenaus. Er habe damals noch keine Handhabe für ein Verbot gehabt, erst jetzt könne er auf der Basis des Gesetzes zum Schutz der Republik solche Veranstaltungen und ebenso Umzüge, bei denen schwarz-weiß-rote Fahnen mitgeführt würden, verbieten.

In der anschließenden hitzigen Debatte darüber, ob die schwarz-weiß-rote Fahne eine Provokation und zu verbieten sei oder ob ihr Gebrauch ganz harmlos einfach damit zu erklären sei, daß die Besitzer noch keine Möglichkeit gehabt hätten, sich mit einer neuen Fahne zu versorgen, vertrat der Sozialdemokrat Voigt die Ansicht, daß die schwarz-weiß-rote Fahne eine republikfeindliche Provokation sei. Für den Fall, daß die Beschaffung einer schwarz-rot-goldenen Fahne zu teuer sei, gab er den Rat, einfach von Schwarz-Weiß-Rot den weißen Streifen abzutrennen und umzufärben.

Ein anderer Debattenredner warnte vor weiteren öffentlichen Provokationen, wie er kürzlich eine in einem hiesigen Lokal miterlebt habe, wo ein Rittmeister a.d. einen fremdländischen Gast beim Gesang des Deutschlandliedes sozusagen gezwungen habe, sich von seinem Sitze zu erheben. Solche Sachen müßten vermieden werden. Bürgermeister Clever hielt es fürs erste für klug, das Flaggen mit Schwarz-weiß-rot zu unterlassen, um jeden Anschein von Provokation zu vermeiden.³¹

Am 8. September 1922 wurde das Verbot wieder aufgehoben, da Ruhe eingetreten war.

³¹ Echo des Siebengebirges vom 10.8.1922

1923

Die Not der Bevölkerung im Rheinland

Im Januar 1923 besetzten die Franzosen das Ruhrgebiet als 'produktives Pfand'. Das Ziel der französischen Schwerindustrie war die Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsraums Ruhrgebiet - Lothringen - Saargebiet unter französischer Kontrolle. Die Deutschen antworteten darauf mit dem **passiven Widerstand** an Rhein und Ruhr. Das Wirtschaftsleben kam praktisch zum Erliegen, die Bevölkerung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hing für ihre Existenzsicherung am Tropf des Reiches. Die Erwerbslosigkeit nahm unvorstellbare Ausmaße an, und im gleichen Tempo wuchs die Inflation - in schwindelerregende Höhen.

Die Sicherung des Existenzminimums für die Bevölkerung war denn auch das alles beherrschende Dauerthema in den Gemeinderäten.

Die Stadtverordnetenversammlung von Königswinter am 9. Februar 1923 begann z.B. mit der Anfrage des Sozialdemokraten Voigt an Bürgermeister Clever,

ob ihm bekannt wäre, daß sich der Bürgerschaft eine große Aufregung wegen der ungleichen Verteilung von Schuhen für Minderbemittelte bemächtigt habe.

Darauf antwortete Bürgermeister Clever:

Die Sache sei ihm bekannt... Um ... eine gerechte Verteilung zu gewährleisten, habe er die hiesigen Frauenvereine mit der Unterverteilung beauftragt, da diese am ehesten in der Lage gewesen wären, zu beurteilen, wo die Not am größten sei.... An der Hand einer aufgestellten Liste habe man die in Betracht kommenden Leute auf das Rathaus bestellt, damit die Schuhe erst verpaßt werden sollten. Außer den Geladenen seien aber eine ganze Anzahl von Personen in den Rathaussaal eingedrungen, denen es gelungen sei, obwohl sie ursprünglich nicht bedacht werden sollten, in den Besitz von Schuhen zu gelangen. Es sei recht bedauerlich, daß die Verteilung einen solchen Verlauf genommen habe, das gebe er unumwunden zu. Spätere Versuche seinerseits wie auch seitens der Damen, die Schuhe, welche an die unrechte Adresse gelangten, zurückzubekommen, seien leider gescheitert.

Darauf erklärte der Stadtverordnete Voigt sich mit der Antwort des Bürgermeisters zufrieden.

Den Frauenvereinen möchte er aber ans Herz legen, in Zukunft vorsichtiger zu Werke zu gehen und in erster Linie zu berücksichtigen, daß hierorts eine Anzahl Waisenkinder vorhanden seien, die bei Verteilung von Reichswaren den Vorzug hätten...³²

In der Stadtverordnetenversammlung vom 4. August 1923 befaßten Voigt und seine Kollegen sich mit der schlechten Qualität des Brotmehls. Zur Demonstration der Un genießbarkeit des Mehls und des daraus gebackenen Brotes wird eine 'Düte' Mehl und ein Brot in der Versammlung herumgereicht. Man war sich einig, daß

die ganze Kalamität daherrühre, daß das gute Mehl in ganzen Güterzügen nach dem Auslande verschoben würde. Geradezu traurig sei es, daß das arme dahinsiechende Volk mit Schweinemehl gefüttert werden solle...

³² Echo des Siebengebirges vom 20.2.1923

Voigt machte den vernünftigen Vorschlag, daß ein Stadtverordneter mit der Untersuchung des schlechten Mehles beauftragt werden solle. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.³³

Das Rheinland und das Reich

Am 13. August wurde Gustav Stresemann für 100 Tage Reichskanzler. Er hatte in dieser Zeit eine Reihe von schwerwiegenden Problemen zu lösen, darunter die Beendigung des aussichtslosen Ruhrkampfes. Am 26. Oktober wurde der passive Widerstand beendet, ohne daß sofort die Wirtschaft wieder in Gang kam. Die verzweifelte wirtschaftliche Situation der Menschen an Rhein und Ruhr wurde gegen Ende des Jahres verschärft durch die Ungewißheit über die staatliche Zukunft ihres Landes: würde das Reich das Rheinland aufgeben und damit praktisch den Franzosen überlassen? Eine Beendigung der Inflation schien nur möglich, wenn das Reich seine Zahlungen an Rhein und Ruhr einstellte.

Anfang Dezember hielt der preußische Ministerpräsident Otto Braun (SPD) im Landtag eine scharfe Rede gegen alle von den Franzosen unterstützten Ablösungsversuche der Rheinlande von Preußen und damit vom Reich. Die preußische Staatsregierung

*lehne jede territoriale Änderung preußischen Gebietes und jede Beeinträchtigung der preußischen Hoheitsrechte mit allem Nachdruck ab.*³⁴

Der Separatismus, der von den Franzosen aus durchsichtigen Gründen zeitweise unterstützt wurde, scheiterte im November mit der 'Schlacht bei Aegidienberg' endgültig am mangelnden Rückhalt in der Bevölkerung.

Der Protest der Erwerbslosen

Am 21. November 1923 gab das Bürgermeisteramt in Königswinter folgende Bekanntmachung heraus:

Erwerbslosen-Fürsorge

Da das Reich jegliche Zahlungen an Königswinter eingestellt hat, ist die Gemeinde auf sich selbst angewiesen und nicht mehr in der Lage, Unterstützungen in der bisherigen Weise zu gewähren.

Zur Schaffung eines Ausgleichs sollen jedoch auf Antrag Darlehen unter günstigen Bedingungen bewilligt werden. ...Auf die erwerbslosen Arbeiter findet Vorstehendes keine Anwendung.

³³ Echo des Siebengebirges vom 9.8.1923

³⁴ Oberkasseler Zeitung vom 7.12.1923

Hierdurch erregt, versammelten sich heute nachmittag um 4 Uhr im Königswinterer Hof die Erwerbslosen, ohne Unterschied der Stände und Parteien. Der große Saal war überfüllt... Die Versammlung bezweckte eine öffentliche Aussprache über den Beschluß der Finanzkommission, wonach den Erwerbslosen, die Haus- oder Häuschenbesitzer, Handwerker und Gewerbetreibende sind, sowie Frauen, jegliche Unterstützung entzogen worden war. Es setzte eine rege Diskussion ein. Mitglieder der Finanzkommission, deren leider nur 3 zugegen waren, gaben unumwunden zu, übereilt gehandelt zu haben. Es wurden zwei diesbezügliche Resolutionen gefaßt und ein Ausschuß gewählt, der morgen beim stellvertretenden Bürgermeister und bei der Finanzkommission vorstellig werden soll. Weiter beschlossen die Erwerbslosen einstimmig, je zwei Tage in der Woche für die Stadt zu arbeiten.³⁵

Auch in Oberkassel und damit in Dollen-dorf bedeutete die Einstellung der Reichshilfe eine empfindliche Verschärfung der Not:

Tatsächlich wurden die Zahlungen nicht eingestellt, aber ihr Aufhören schwebte als Drohung über dem Rheinland.³⁶

Um der Not Herr zu werden, wurde am 6. Dezember 1923 in Königswinter im alten Casino in der Kietzstraße eine Gemeinschaftsküche eröffnet. Jedermann konnte sich dort zwischen 12 und 2 Uhr eine Mahlzeit zum Preis von 0,60 Goldmark abholen. Kinder zahlten die Hälfte. Die Räume waren geheizt. Das Essen wurde auf Tellern gereicht, Bestecke waren mitzubringen.³⁷

³⁵ Echo des Siebengebirges vom 22.11.1923

³⁶ K.D.Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, S.137

³⁷ Echo des Siebengebirges vom 4.12.1923

Aufklärung!

Es besteht in der Bevölkerung die Auffassung, daß die f. Zt. allgemein eingeführte Rhein- und Ruhrhilfe noch bestehe. Diese hat jedoch bei Wegfall des passiven Widerstandes aufgehört. Es sind heute nur noch Gelder für Erwerbslose auszahlbar.

Es z. B. kann und darf in einer Haushaltung nicht für mehrere Angehörige Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden.

Nach Prüfung der hierüber geführten Listen hat sich herausgestellt, daß manche Fälle in Fortfall kommen müssen, da weder gesetzlich noch wirtschaftlich ein Grund für die Weitergewährung vorliegt. Von dem Arbeitsnachweis und den gesetzmäßigen Ausschüssen unter Vertretung der Erwerbslosen-Vertreter sind Richtlinien festgelegt, nach denen eine genaue Nachprüfung der Listen stattzufinden hat. Sollte im Einzelfalle eine Streichung durch besondere häusliche Verhältnisse (Krankheit, große Kinderlast) ungerechtfertigt erscheinen, so wolle man sich an die zustehenden Fürsorge-Ausschüsse wenden. Die Mittel der Kommunen, auch deren Kredite sind vollständig erschöpft, sodaß allergrößte Sparsamkeit einsetzen muß, damit wenigstens diejenigen, bei denen kleinste Erwerbsmöglichkeit, also größere Dringlichkeit vorliegt, mit Mitteln versehen werden können.

Die selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden werden dringend ersucht, ihre Substanz anzugreifen und auf Fortbezug der Unterstützung zu verzichten, damit die noch schwachen Mittel für die mittellosen Arbeiter bleiben.

Im übrigen wird bemerkt, daß der Staat als Hauptträger der Erwerbslosen-Ausgaben genaue Kontrollmaßnahmen angeordnet hat und selbst durchführt.

Oberkassel, 1. Dezember 1923.

Der e. Bürgermeister:
Liermann.

Oberkasseler Zeitung vom 01.12.1923

In allen Amtsbezirken gab es immer wieder Demonstrationen der Erwerbslosen, in Königswinter ebenso wie in Dollendorf und in Oberpleis.

Die Oberpleiser Demonstration am 19. Dezember 1923 endete mit Polizeieinsatz, weshalb sie im Landratsamt in Siegburg aktenkundig wurde.

Am 20. Dezember berichtet der Bürgermeister von Oberpleis dem Landrat:

Bei der gestern Nachmittag 4 Uhr anberaumten Bürgermeistereiratssitzung, auf welcher Erwerbslosensachen verhandelt werden sollten, wurde von den Erwerbslosen hauptsächlich aus der Gemeinde Stieldorf demonstriert. Ungefähr 600 Erwerbslose hatten vor dem Bürgermeisteramte, woselbst die Sitzung stattfand, Aufstellung genommen und versuchten durch Drohungen die Bürgermeistereiversammlung zu zwingen, ihnen höhere Unterstützungssätze zu bewilligen. Es wurden ihnen die vom Kreise gelieferten Lebensmittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt, womit die Leute sich nicht einverstanden erklärten und weitere Barmittel verlangten, die ihnen nicht gewährt werden konnten. Die Demonstranten versuchten darauf gewaltsam in das Bürgermeisteramt einzudringen und zertrümmerten hierbei sämtliche Fensterscheiben des Dienstzimmers des Herrn Bürgermeisters und dessen Privatwohnung. Nachdem die anwesende Polizei die Leute zur Ruhe und Ordnung aufforderte, wurde diese tätlich angegriffen, wobei der Polizei-Betriebs-Assistent Halberstadt mit einem Stocke geschlagen wurde. Der Landjäger Durst erhielt einen Steinwurf gegen die Brust. die Polizei griff darauf mit der blanken Waffe ein, wobei verschiedene Leute verletzt wurden³⁸

Das Schicksal der Bürgermeister

Die Besetzung des Brückenkopfes Köln durch die Alliierten, in die Dollendorf einbezogen war, wurde während des Ruhrkampfes von den Franzosen erweitert.

Am 25. Februar 1923 wurde Königswinter von den Franzosen besetzt,

und zwar von Marokkanern...Von Oberkassel her kamen etwa 40 Mann Kavallerie und 60 Mann Infanterie. Gleichzeitig landete der Dampfer "Rheinstein" und brachte noch circa 100 Mann. Sie besetzten das Rathaus, das Zollamt und die Zugänge zum Bahnhof. Der bürgermeister erhob Protest gegen die Besetzung unseres neutralen Ortes.

Die Kavallerie sperrte von der Kellerstraße bis zur Bungertstraße die Rheinallee ab und verwehrte jeden Zugang. Jedoch nach 1/2 6 Uhr zog die Kavallerie, die in Siegburg stationiert ist, über Oberkassel wieder ab. Einzelne Hotels, wo Studenten viel verkehren, wurden nach Waffen eingehend untersucht, jedoch wurde nichts gefunden.

Eine Abteilung machte bei Bellinghausen halt und bezog im großen Saale Quartier. Die Revision der Autos findet jetzt hier, als dem Eingang zum besetzten Gebiet statt. Wie es heißt, sollen etwa 200 Mann hier einquartiert werden. Die Mannschaften liegen in der Turnhalle, desgleichen in den nächstgelegenen Restaurationen Klöster und van Nahl. Sechs Offiziere, darunter der Kommandeur, wohnen im Hotel Westfalenhof. In der Borromäusbibliothek im Volkswohl errichteten die Franzosen ihre Schreibstube. Eine Wachstube ist an der Ecke der Kellerstraße im Europäischen Hofe eingerichtet worden.³⁹

Die Bürgermeister von Königswinter und Oberkassel, Clever und Nücker, wurden während der Besetzung von den Franzosen ausgewiesen, ebenso wie der Siegburger Landrat Hermann Strahl, der sich nach Königswinter zurückgezogen hatte.

³⁸ Sonder-Akten betr. Staatsgefährl. Bestrebungen 1919-1930, Archiv des Rhein-Sieg-Kreises

³⁹ Echo des Siebengebirges vom 27.2.1923

Nücker durfte am 5. April 1924 zurückkehren - was auch höchste Zeit wurde, wenn man der überschwenglichen Oberkasseler Zeitung glauben darf:

Bürgermeister Nücker kehrt zurück!

Zu unserer großen Freude erfahren wir, daß unser verehrter Herr Bürgermeister Nücker ... die Erlaubnis erhalten hat, auf sechs Monate in seinen alten Wirkungskreis zurückzukehren. Daß er während dieser Zeit seine amtliche Tätigkeit wieder aufnehmen kann, wagen wir nicht zu hoffen. Dagegen dürfte es fast sicher sein, daß die vorläufige Erlaubnis noch während der sechs Monate in eine dauernde verwandelt wird. Was die Bürgermeisterei während Herrn Bürgermeister Nückers Abwesenheit erlebt hat, steht selbst in den Wirren des Jahres 1923 einzig da. Zwischen der Amtstätigkeit des Herrn Bürgermeisters Derichsweiler und der augenblicklich laufenden des Herrn Liermann wechselten sich sechs Beigeordnete in der Vertretung des Bürgermeistereioberhauptes ab. In dieser Zeit hat die gesamte Bürgerschaft die große Tüchtigkeit Nückers erst schätzen gelernt. Wohl gaben sich alle Herren, die ehrenamtlich den Vertreterposten übernahmen, mit großem Eifer und unter Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit der schwierigen Aufgabe hin, aber gerade sie haben als die ersten erkannt, wie wertvoll in den verwirrten Zeiten des Ruhrkampfes und der Erwerbslosigkeit unseres alten Bürgermeisters starke zielbewußte Hand gewesen wäre. Wir bezweifeln deshalb nicht, daß wir im Namen der gesamten Bürgerschaft sprechen, wenn wir Herrn Bürgermeister Nücker ein herzliches "Willkommen!" zurufen.⁴⁰

Der Königswinterer Bürgermeister Clever durfte erst Ende November 1924 zurückkehren. Er wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Dezember 1924 vom Beigeordneten Bachem begrüßt:

...Harte Tage liegen hinter Ihnen. Traurig war die Zeit Ihrer Inhaftierung; schwer auch die lange Abwesenheit von der heimatlichen Scholle. Trost und Genugtuung werden Sie jedoch in dem Bewußtsein gefunden haben, daß Sie lediglich ein Opfer treuer Pflichterfüllung wurden...⁴¹

Eines ging glücklicherweise bei allen Widrigkeiten des Jahres 1923 nicht verloren: die gute Luft im Siebengebirge. Das macht folgende Meldung deutlich:

In der zirka 2200 Seelen zählenden Landbürgermeisterei Königswinter, bestehend aus den Gemeinden Aegidienberg und Ittenbach, ist seit nahezu 4 Monaten nur 1 Todesfall zu verzeichnen, ein Beweis für die im Siebengebirge herrschende gesunde Luft.⁴²

1924

Reichstagswahl I

Das Jahr 1924 stand im Zeichen zweier Reichstagswahlen. Die erste am 4. Mai fand gleichzeitig mit den Gemeinderatswahlen statt.

Die SPD war im November aus der großen Koalition unter Stresemann ausgeschieden, und zwar wegen unterschiedlicher Standpunkte zum Vorgehen der Reichsregierung gegen den Rechtsradikalismus in Bayern und den Linksradikalismus in Sachsen. 3 Wochen später war Stresemann nicht ohne Zutun der SPD gestürzt - sie hatte sehr ungeschickt taktiert, denn der Sturz des Reichskanzlers war eigentlich nicht beabsichtigt. Die Regierung des Nachfol-

⁴⁰ Oberkasseler Zeitung vom 5.4.1924

⁴¹ Echo des Siebengebirges vom 6.12.1924

⁴² Echo des Siebengebirges vom 19.7.1923

gers, des Zentrumsführers Marx, wurde nur halbherzig von der SPD toleriert; im März wurde der Reichstag kurz vor dem Ende seiner Legislaturperiode aufgelöst.

Die SPD hatte durch ihre Politik im Reichstag eine denkbar ungünstige Ausgangsposition für die Reichstagswahlen: sie war nicht mehr, schon gar nicht mit dem Amt des Reichskanzlers, an der Regierung beteiligt, sie machte mit Rücksicht auf die Zerbrechlichkeit der Republik und ihre Gefährdung durch die Radikalen im Reichstag aber auch nicht Opposition aus vollem Herzen. Sie wirkte daher kraftlos und unentschieden und bot den durch die Erfahrungen des Jahres 1923 radikalisierten Massen keine Heimat. Der Wahlkampf der SPD im Reich konzentrierte sich auf die Erhaltung des Achtsturentages, der schon weitgehend durch Ausnahmeregelungen durchlöchert war:

Achtstundentag und Luxus.



**„Der Achtstundentag
ist der raffinierteste Luxus,**

**gegen den all der schäbige Luxus in den
Lanzpalästen und Schieberlokalen nur ein
belläufiges Item (ohne Bedeutung) ist!“**

Das war am 17. November 1928 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, dem Hauptorgan des Herrn Hugo Stinnes, des bekannten Großkapitalisten, zu lesen.

Alle bürgerlichen Parteien sind offene oder versteckte Gegner des Achtstundentags, den die Sozialdemokratische Partei im November 1918 durchgesetzt hat. Mit aller Entschiedenheit lehnt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands jede Verlängerung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit ab.

Wer auch den Arbeitern, Angestellten und Beamten ein menschenwürdigeres Dasein schaffen will, der sorge für die Erhaltung der achtstündigen Arbeitszeit und wähle bei den Reichstagswahlen

Vereinigte Sozialdemokratische Partei

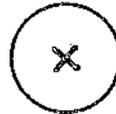
Deutschlands

Peter Grogmann

Johanne Reiche

Franz Kaufkötter

Friedrich Pieplow



Achten, Krupke: An alle! Lesen! Weitergeben, S.124

Daneben betrieb die SPD intensive Mitgliederwerbung, z.B. mit solchen Flugblättern:

**Die Sozialdemokratie ist der Sammelpunkt
aller Hand- und Kopfarbeiter!**

Arbeitende Massen! Organisiert euch zur Abwehr der drohenden Reaktion!
Hinein in die Reihen der SPD!

Nur mit der Sozialdemokratie zusammen kann der große Kampf
um Freiheit und wirtschaftlichen Aufstieg gewonnen werden!

W 33

Herausgegeben vom Vorstand des Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Verantwortlich: Georg Schmidt, Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin.

Achten, Krupke: An alle! Lesen! Weitergeben, S. 123

Ein Reichstagswahlkampf scheint in Königswinter so gut wie nicht stattgefunden zu haben.

Die "Kölnische Zeitung" untersuchte am 5. April 1924 die Wahlaussichten von Zentrum und Sozialdemokratie:

Die auf den Massen fußenden beiden Parteien Zentrum und Sozialdemokratie gehen mit durchaus verschiedenen Aussichten in den Wahlkampf. Allzu siegesgewiß ist man im sozialdemokratischen Lager trotz aller Ablehnung nicht. Man befürchtet diesmal Hottentottenwahlen infolge des Anpralls der äußersten Linken. Auch hat die sozialdemokratische Politik der letzten vier Jahre die Stellung der Intellektuellen und der nicht rein proletarischen Schichten stark beeinflusst. Hier dürfte viel Treibholz nach rechts abgehen. In ihrem organisatorischen Aufbau hat die Sozialdemokratie im besetzten Gebiet im allgemeinen nicht so sehr gelitten, daß ihrem Wahlerfolg dadurch größerer Abbruch getan werden könnte; ... Das Zentrum seinerseits kann dem Wahlkampf getrost entgegensehen. Sieht man von der Bearbeitung der Massen ab, so dürfte seine Wahlarbeit in der Hauptsache darin bestehen, seine Anhänger an die Urne zu bringen.⁴³

Der Hauptkonkurrent der SPD um die Arbeiterstimmen, die Kommunisten, machten sich auch in Königswinter lautstark bemerkbar. Natürlich hatte die Lokalpresse für diese politische Richtung noch weniger Verständnis und Sympathie als für die Sozialdemokratie.

Königswinter, 23. April. In der Nacht vom Samstag zum Ostersonntag leisteten sich verschiedene kommunistische Helden das zweifelhafte Vergnügen, die Häuserfronten und Schaufenster mit Zettel zu bekleben, deren Aufdruck zur Wahl von Kommunisten aufforderte. Eine Tracht Prügel wäre die beste Belohnung für das nichtswürdige Tun dieser lichtscheuen Gesellen, die das Dunkel der Nacht dazu benutzen, um ihre Mitmenschen zu ärgern.⁴⁴

Tatsächlich erlitt die SPD schwere Einbußen: sie fiel von 172 Sitzen der beiden ehemaligen sozialdemokratischen Parteien zurück auf 100, während die KPD von 4 auf 62 anstieg - ein Beweis dafür, daß die Wählerschaft der USPD die Wiedervereinigung mit der MSPD nicht mitvollzogen hatte. Das Zentrum dagegen behauptete seinen Stimmen- und Mandatsanteil. Gewinner der Wahl waren die Radikalen. Erstmals vertreten waren die Nazis: sie erhielten auf Anhieb 32 Sitze. Welche katastrophale Entwicklung damit ihren Lauf nahm, war kaum jemandem klar.

In Königswinter erhielt die SPD von 2309 abgegebenen Stimmen 87, das Zentrum 1355 und die KPD 252 - eine schlimme Wahl Niederlage!

Die Gemeinderatswahl

Die beiden SPD-Ortsvereine sind offenbar um die Mitte des Jahrzehnts nicht aktiv gewesen. Im Wahlkampf für die Gemeinderatswahl trat jedenfalls die SPD gar nicht unter ihrem Parteinamen auf, sondern firmierte in Oberdollendorf als "Arbeiterversammlung" - auf dieser Liste kandidierte auf Platz 5 der spätere langjährige Stadtrat und Ehrenvorsitzende der SPD, Hannes Busch, der 1925 in den Gemeinderat nachrückte. In Niederdollendorf versteckte sich die SPD auf der Liste "Bürger- und Mieterschutzverein", die von dem Heizer Peter Frembgen angeführt wurde und ihren Wahlkampf unter das Motto "Immer vorwärts, niemals rückwärts!" stellte - so jedenfalls heißt es in einer vereinsamten Wahlwerbung in der Oberkasseler Zeitung vom 3.5.1924:

⁴³ Oberkasseler Zeitung vom 5.4.1924

⁴⁴ Echo des Siebengebirges vom 24.4.1924



Niederdollendorf.

K o m m u n a l - W a h l e n 1924.

Immer vorwärts; nimmer rückwärts!

Dies Ziel soll es sein!

Drum muß Du wählen am 4. Mai die Liste:

Bürger- und Mieterschutzverein

Peter Frembgen!



Oberkasseler Zeitung vom 03.05.1924

Vorsicht zur Gemeinderatswahl in N.-Dollendorf!

Arbeiter-Bürger vierter Klasse!

Die unterzeichneten Arbeiter — nebenbei auch steuerzahlende Bürger — nehmen Veranlassung, sich über die Behandlung, die sie bei ihrer unfreiwilligen Anwesenheit gelegentlich der Sitzung der vorgesehene vereinigte Wahlgruppe, bestehend aus:

Zentrum
Deutscher Wirtschaftsbund } Ortsgruppen N.-Dollendorf
Deutscher Beamtenverein }

am Abend des 14. April 1924 im Restaurant Schäfer von seiten dieser Außerwählten erfahren haben, öffentlich und recht herzlich zu bedanken mit dem Vermerk, daß sie sich die Worte, die ihnen bei der Hinausweisung aus dem Versammlungsraum gesagt wurden, unanständig in ihr Gedächtnis eingepreßt haben und sprechen die Erwartung aus, daß die gesamte Arbeiterschaft Niederdollendorfs der vereinigten Liste, wie oben benannt, am 4. Mai 1924

die gebührende Antwort geben wird. — Wie ein Einbringling hinauspediert zu werden, ist selbst für einen Arbeiter, der ohnedies schon ein ziemlich dickes Fell hat, recht ehrenkränkend, und die Handlungsweise an sich bezeichnet schon heute die Wege, welche die aus obiger Liste demnächst hervorgehenden Gemeindevorte treter zu gehen beabsichtigen!

Also — Arbeiter und Angestellte!

Vorsicht am 4. Mai 1924!

Keine Stimme der Preisgruppenliste!

Niederdollendorf, den 15. April 1924.

Barthel Holtz. Wilhelm Schwipper. P. Gläuder.

Oberkasseler Zeitung vom 19.04.1924

Wahrscheinlich aus den Reihen der Sozialdemokraten stammt auch die folgende Anzeige, die zaghaft Wahlkampf gegen das Zentrum zu machen versuchte:

Das Ergebnis fiel nicht so schlimm aus wie für die Reichstagswahl: von je 12 Gemeinderatsvertretern in Ober- und Niederdollendorf erhielten die SPD-orientierten Listen je 2 Vertreter.⁴⁵

⁴⁵ Oberkasseler Zeitung vom 10.5.1924

Reichstagswahl II

Da die Deutschnationalen insbesondere wegen ihrer Ablehnung des Dawes-Planes, in dem die deutschen Reparationszahlungen und Auslandskredite geregelt waren, nicht zu einer Regierungsbeteiligung bereit waren und eine haltbare Regierungsbildung sich als nicht machbar erwies, mußte der Reichstag am 7. Dezember 1924 neu gewählt werden.

Der Wahlkampf in Königswinter scheint lustlos gewesen zu sein, offenbar war man wahlmüde.

Das Frauenstimmrecht wurde mittlerweile vom Zentrum hoch geschätzt und mußte sogar als Werbegag für Waschmittelreklame herhalten:

Frauen! Wählt

zur Wäsche nur
PERSIL
Das ist der rechte Helfer!

Einstimmig
Allegt das Lab aller, das es kennen.

Mit Persil - halbe Arbeit, billiges Waschen und eine tadellose Wäsche!
- so sagt jede Hausfrau, die es einmal richtig erprobt hat.

Die Persilmethode ist der größte Fachfortschritt des Jahrhunderts!
- das ist das Urteil hervorragender Wissenschaftler.

„PERSIL: Preis 45 G.Pfg. das Paket“

Echo des Siebengebirges vom 02.12.1924

Wie schon bei der vorausgegangenen Wahl erklärte das Zentrum in Zeitungsanzeigen geduldig und kleinschrittig, wie man vorzugehen habe, um sein Kreuz beim Zentrum zu machen - eine sicherlich sehr nützliche Gebrauchsanweisung. Durch strenge sittliche Abmahnung versuchte das Zentrum außerdem, seine Wählerreserven voll auszuschöpfen. Gar nicht

zimperlich war man, wenn es darum ging, religiöse Gefühle für die Wahlentscheidung auszubuten:

Das Wählen ist erstens eine vaterländische Pflicht! Vom Wahlausfall hängt weitgehend die Zukunft des deutschen Volkes ab. Wenn die Regierung das Volk aufruft, so handelt es sich um wichtige Lebensfragen. Wer auf solchen Ruf nicht hört und zu faul oder zu bequem ist, um zu wählen, der handelt pflichtwidrig.

Das Wählen ist auch eine religiös-sittliche Pflicht. Wählen und richtig wählen heißt, das große Gebot der Nächstenliebe erfüllen, heißt seinem Volke helfen, heißt, den Einfluß der Religion im öffentlichen Leben wie bei der Jugenderziehung sicherstellen.

Wer aber nach vaterländischen und religiösen Gesichtspunkten wählen will, der muß für die Zentrumsparterie arbeiten und abstimmen.⁴⁶

Das Wahlergebnis zeigt, daß die SPD offenbar ihr absolutes Tief bei den Maiwahlen überwunden hatte. Im Reichstag gewann sie 31 Mandate hinzu; das Zentrum 4. Die Kommunisten verloren 17 Mandate, die Nazis 18.

In Königsinter erhielt die SPD jetzt 171 Stimmen gegenüber 87 im Mai - eine beachtliche Steigerung, besonders, da die Gesamtzahl der Wähler von 2309 auf 1989 zurückgegangen war. Das Zentrum mußte leichte Verluste hinnehmen: gegenüber 1355 Stimmen im Mai erhielt es jetzt noch 1232 und damit nach wie vor die überwältigende Mehrheit. Die Kommunisten fielen von 252 auf 154 Stimmen zurück.

Ähnlich sah es in Dollendorf aus: SPD 204 Stimmen (im Mai 113), Zentrum 1060 (984), Kommunisten 216 (250). Damit waren die Kommunisten immer noch stärker als die SPD, aber der Abstand verringerte sich.

Nach der Wahl erklärten sich die Deutschnationalen erstmals bereit, eine Regierung mitzutragen. Der Rechtsruck innerhalb des bürgerlichen Lagers war unverkennbar.

1925

Die Reichspräsidentenwahl

Derselbe Rechtsruck beherrschte auch das Jahr 1925, in dem der Reichspräsident erstmals vom Volk gewählt wurde. Friedrich Ebert war in den wirren Wochen nach der Novemberrevolution von der Nationalversammlung gewählt und später vom Reichstag als Reichspräsident bestätigt worden. Er starb am 28. Februar 1925.

In der Bürgermeistereiratssitzung vom 14. März in Niederdollendorf fand Bürgermeister Nücker bemerkenswerte Worte für den verstorbenen Reichspräsidenten, einen Sozialdemokraten:

...gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Reichspräsidenten. Gleich zu Beginn seiner Worte erhoben sich alle Anwesenden von ihren Sitzen. Der Vorsitzende führte aus: Allzu schnell sei der Verstorbene dem deutschen Volke entrissen worden. Als er seine hohe Stellung angetreten habe, habe man mit viel Berechtigung daran zweifeln dürfen, ob er in der Lage sein werde, die gegebenen Versprechungen zu halten. Die Zeit habe es aber erwiesen, daß kaum einem besseren u. würdigeren Mann die Stelle eines Reichspräsidenten hätte übergeben werden können, als Herrn Ebert. Sein Ableben treffe darum das ganze deutsche Volk schwer, und mit ehrlicher Trauer stehe es an der Bahre seines ersten Präsidenten. Durch seine hervorragende Tüchtigkeit habe er sich aber ein Denkmal geschaffen, das die Zeit überdauern werde, denn es sei im Herzen des Volkes begründet.⁴⁷

⁴⁶ Echo des Siebengebirges vom 6.12.1924

⁴⁷ Oberkasseler Zeitung vom 19.3.1925

Der neue Präsident mußte entsprechend der Weimarer Verfassung gewählt werden. Er brauchte die absolute Mehrheit der Stimmen. Würde sie nicht erreicht, war ein zweiter Wahlgang nötig.

Der erste Wahlgang

Der erste Wahlgang fand am 29. März 1925 statt. Die SPD schickte den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun ins Rennen, das Zentrum den früheren Reichskanzler Marx.

Am meisten Stimmen im gesamten Reich, aber nicht die absolute Mehrheit erhielt der Kandidat der Rechten, Jarres, nämlich 10,3 Mio, gefolgt von Braun mit 7,78 Mio und Marx mit 3,88 Mio.

In Dollendorf übertraf Braun das SPD-Ergebnis der letzten Reichstagswahl deutlich, während Marx das des Zentrums nicht erreichte, trotzdem aber die meisten Stimmen erhielt. Der Kandidat der Kommunisten, Ernst Thälmann, konnte das schon verschlechterte Reichstagswahlergebnis der KPD in Dollendorf nicht halten.

Der zweite Wahlgang

Ein zweiter Wahlgang wurde nötig. Er fand am 26. April 1925 statt.

Sollte die SPD den zweiten Sieger, Otto Braun, nochmals ins Rennen schicken? Von links konnte sie sich keine Unterstützung erhoffen, denn die Kommunisten würden unweigerlich Thälmann noch einmal präsentieren. Daß sie die Zentrumsstimmen gewinnen könnte, war unwahrscheinlich, eher bestand die Gefahr, daß das Zentrum sich einer bürgerlichen Sammelkandidatur, und das bedeutete Jarres, anschließen würde. Da traf die SPD schweren Herzens die einzige Entscheidung, durch welche sie das Zentrum festlegen und gleichzeitig vom rechten Bürgerblock abspalten konnte: Sie zog die Kandidatur Brauns zurück und stellte sich mit ihren fast 8 Mio Wählern hinter den Zentrumskandidaten Marx.

Jetzt war die Rechte in Zugzwang. Die Bayrische Volkspartei war schon beim ersten Wahlgang nicht zu einer Unterstützung des Duisburger Oberbürgermeisters Jarres bereit gewesen, sie war es auch jetzt nicht - dabei wurden ihre Stimmen für den Kandidaten der Rechten gebraucht. Man mußte also einen der BVP genehmen Kandidaten finden und fand ihn in dem Weltkriegsveteranen Paul von Hindenburg.

Zum ersten Mal befanden sich SPD und Zentrum in der Lage, gemeinsam Wahlkampf, und zwar für dieselbe Person, zu machen:

Deutsche Volksgenossen!

Die Entscheidungsstunde des deutschen Volkes hat geschlagen.

Marx oder Hindenburg?

Ein Verräter und Feigling, vor der Entscheidungsschlacht fernbleibt.

Voller Verehrung hat das deutsche Volk zum Feldherrn Hindenburg emporgeschaut. Heute steht nicht der Feldherr Hindenburg vor uns, sondern der von den Rechtsparteien aufgestellte Präsidentschaftskandidat Hindenburg.

Hindenburg, der politisch Unerfahrene, der von den Rechtsparteien schmählich Mißbrauchte.

Hinter Hindenburg stehen die Parteien ostelbischer Klassenherrschaft!

Hinter Hindenburg stehen die Parteien der Hohenzollernanhänger!

Hinter Hindenburg steht die Kriegspartei der Alldeutschen!

Hinter Hindenburg stehen die Großpreußen und Junker!

Hindenburg bedeutet Nichträumung von Rhein und Ruhr!

Hindenburg bedeutet Kriegsgefahr!

Hindenburg bedeutet preußisch-deutsche Monarchie!

Hindenburg bedeutet Untergang des deutschen Volksstaates!

Mit Hindenburg und Ludendorff haben wir den Krieg verloren. Mit Marx begann der Wiederaufstieg unseres Volkes aus Niederlagen und Kriegsknechtschaft.

Wählt Marx!

Die Zentrumspar-
teie,
Ortsgruppe Niederdollendorf.

Oberkasseler Zeitung vom 23.04.1925

In Dollendorf erhielt Hindenburg weniger Stimmen als Jarres im ersten Wahlgang; Marx hingegen erhielt zusätzlich die sozialdemokratischen Stimmen, insgesamt eine klare Mehrheit.

Im Reich allerdings gewann Hindenburg, und zwar mit 14,6 Mio Stimmen; Marx erhielt 13,7 Mio und Thälmann 1,9 Mio.

Dieses Wahlergebnis war ein Desaster für die Republik, hatte man in Hindenburg doch einen in seinem Denken reaktionären Mann von äußerst begrenztem politischem Fassungs-

vermögen gewählt, in dessen Hand ab jetzt die weitreichenden verfassungsmäßigen Vollmachten des Reichspräsidenten lagen. Die Verantwortung für dieses Wahlergebnis lag bei der Bayrischen Volkspartei, die nicht über ihren Schatten springen und ein klares Votum für die Republik abgeben wollte - ebenso wenig wie die Kommunisten, die auf der aussichtslosen Kandidatur Thälmanns im zweiten Wahlgang bestanden und dabei mit ihren Stimmen dem republikanischen Kandidaten Marx hätten zur Mehrheit verhelfen können.

Das große politische Opfer der SPD war umsonst gewesen.

Der Sieg der Unpolitischen Bildung von Karl Gott



Das traute deutsche Heim hat Hindenburg gewählt . . .

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archiv des Rhein-Sieg-Kreises:

Geheimakten betr. Socialdemokratie 1906-18

Sonder-Akten betr. Staatsgefährl. Bestrebungen 1919-1930

Echo des Siebengebirges. Amtliches Verkündigungsblatt für Königswinter, Jgg. 1917-1925

Oberkasseler Zeitung. Publikationsorgan für die Bürgeremeisterei Oberkassel, Ober- und Niederdollendorf, Römlinghoven, Heisterbacherrott, Ramersdorf, Küdinghoven, Limperich, Stieldorf, Vinxel, Jgg. 1918-1925

Manfred van Rey, 100 Jahre Wahlen und Parteien im Rhein-Sieg-Kreis 1848-1949, 2. Auflage Siegburg 1979

Udo Achten, Siegfried Krupke (Hg.), An alle! Lesen! Weitergeben. Flugblätter der Arbeiterbewegung von 1848 bis 1933, Berlin-Bonn 1982

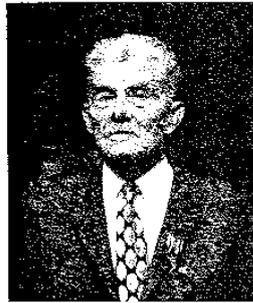
Karl-Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, in: Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte Bd.4, 8.Aufl. Stuttgart 1959

**TEIL 4: Kleine Geschichte der SPD
in Ober- und
Niederdollendorf (1987)**

Kleine Geschichte der SPD in Ober- und Niederdollendorf

Herausgegeben
aus Anlaß des 80. Geburtstages
des Ehrenvorsitzenden der SPD Königswinter

HANNES BUSCH



Hannes Busch wurde am 15. Dezember 1897 in Oberdollendorf als Sohn eines Bruchmeisters geboren. Am 1. April 1919 trat er der Sozialdemokratischen Partei bei. In der Zeit der Weimarer Republik war er jahrelang im Gemeinderat von Oberdollendorf und in der Amtsvertretung Oberkassel. Während der Nazi-herrschaft von 1933 bis 1945 wurde er gezwungen, seine politische Tätigkeit einzustellen. Nach dem 2. Weltkrieg gründete er den SPD-Ortsverein Ober- und Niederdollendorf wieder und war 15 Jahre lang dessen Vorsitzender. Er vertrat die SPD in verschiedenen kommunalen Gremien und war bis 1969 Kreistags-abgeordneter. Im Jahre 1965 wurde Hannes Busch zum Ehrenvorsitzenden der SPD Ober- und Niederdollendorf gewählt. Bundespräsident Heinemann verlieh ihm 1970 in Anerkennung seiner langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit das Bundesverdienstkreuz.

Nahezu 50 Jahre lang wurde die Geschichte der SPD in Ober- und Niederdollendorf vor allem von einem Mann geprägt: Hannes Busch. Seit Gründung des Ortsvereins nach dem 1. Weltkrieg bis zum Jahre 1969, als die beiden Gemeinden in der neuen Großgemeinde Königswinter aufgingen, war Hannes Busch in der SPD und für die SPD in verschiedenen verantwortlichen Positionen tätig. Er war jahrelang Vorsitzender der SPD, bestimmte im Gemeinderat von Oberdollendorf die Geschicke des Ortes mit und setzte sich nach dem Krieg im Kreistag für Nieder- und Oberdollendorf ein.

An der Tätigkeit von Hannes Busch läßt sich die Geschichte der SPD in Nieder- und Oberdollendorf mit all ihren Höhen und Tiefen verfolgen. Diese Geschichte ist ein Beispiel für den schwierigen Weg der SPD im überwiegend katholisch geprägten, ländlichen Rheinland. Wie viele rheinische Orte war auch Nieder- und Oberdollendorf noch lange Zeit von Landwirtschaft und Handwerk geprägt, als in anderen Regionen die industrielle Revolution bereits zu technischem und sozialem Wandel führte. Die Industrialisierung erreichte die mittelständische Wirtschaftsstruktur in Nieder- und Oberdollendorf erst relativ spät. Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie fanden daher im 19. Jahrhundert und noch am Ende des Kaiserreichs, in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, kaum organisationsfähige Resonanz. 1919 trafen die Genossen dann aber auf ein durch die Geschichte vorbereitetes und erfolgversprechendes Tätigkeitsfeld.

7

Entwicklung der politischen Parteien im Ersten Weltkrieg

Die bürgerliche Revolution von 1848 — Demokratischer Aufbruch

Schon sehr früh haben im rechtsrheinischen Gebiet gegenüber von Bonn die Menschen für die bürgerlich-demokratische Bewegung und gegen die Monarchie votiert. In den Tagen der Revolution von 1848 trat der aus Oberkassel stammende Bonner Professor Gottfried Kinkel in Dollendorf auf. Wie der Landrat von Siegburg im Frühjahr von 1849 berichtete, war die Stimmung in der Bevölkerung ganz auf der Seite der Vertreter, die in der Paulskirche zu Frankfurt die demokratische Verfassung berieten. Erstaunen erklingt aus den Worten des Landrates darüber, daß „die Mehrheit für eine gänzliche Umgestaltung der bestehenden Verfassung“ sei. Der Vertreter des Kreises im Frankfurter Parlament gehöre zu jenen, die eine republikanische Spitze für Deutschland förderten und sich bei der Wahl des Kaisers der Stimme enthalten hatten. Kinkel gehörte zu jenen radikalen Demokraten. Er „hat sich wiederholt offen für die Republik erklärt“. Zwei weitere Abgeordnete des Kreises in der Zweiten Kammer des preußischen Abgeordnetenhauses gehörten „einem etwas gemäßigten Teil der Linken an“.

In einigen Bürgermeistereien des Siegbereichs wurden demokratische Vereine gegründet. Meist waren Schullehrer die Vorsitzenden und Initiatoren. „Die Revolution hatte die Menschen aufgerüttelt.“ Sie versuchten zum ersten Mal, aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen. Die Bevölkerung begann, politisch zu urteilen. Die Auflösung der Zweiten preußischen Kammer mußte in dieser Situation „einen fast ohne Ausnahme schlechten Eindruck“ machen.

Kinkel hatte im Siegkreis mit seiner Lehre von der sozialen Republik viel Anhang gewinnen können. Sein Einfluß wirkte nach. 1848 gedachten die demokratischen Vereine feierlich der Revolution vom Vorjahr. Im Sommer des selben Jahres setzte sich dann doch die alte Staatsgewalt vorerst wieder durch. Der Gedanke an die Revolution verblaßte – die Reaktion schien gesiegt zu haben! Man verlor das Interesse am weiteren Geschehen. Als am 17. Juli 1849 die Urwahlen für die Abgeordnetenkammer stattfanden, zu deren Boykott demokratische Kräfte aufgerufen hatten, war die Teilnahme nur noch gering. Nach dem Urteil des Landrates hatte diese geringe Teilnahme „hauptsächlich in der Gleichgültigkeit des Landmannes in politischen Angelegenheiten und in der Erntezeit ihren Grund“. (2)

1848/49 hatte das Bürgertum im Siegkreis und auch in Dollendorf deutlich gegen die absolute Monarchie Stellung genommen. Das bürgerliche Engagement für Demokratie hielt jedoch der nachfolgenden politischen Reaktion nicht stand. Damit sollte für fast ein halbes Jahrhundert auch der Arbeiterbewegung die Möglichkeit verbaut sein, hier stärker Fuß fassen zu können.

Die industrielle Entwicklung – Entstehen einer Arbeiterschaft

Noch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts waren Nieder- und Oberdollendorf durch Acker- und Weinbau geprägt. Nur wenige Landwirte besaßen größere Flächen Ackerland. In Dollendorf wurden im Jahre 1825 insgesamt 11 Besitzer mit mehr als 10 Morgen Land gezählt, 134 waren Besitzer von 1 bis 10 Morgen Land, 142 hatten weniger als 1 Morgen. Außerdem gab es 39 Leibeigener, 13 Zeitpächter, 128 bäuerliche Ackerwirte, 71 Tagelöhner in eigener Wohnung und 65 Tagelöhner zur Miete. (1)

9

Andere Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu verdienen, bot das Gewerbe des Schiffers. Arbeitsplätze gab es darüber hinaus in Steinbruchbetrieben am Stenzelberg und am Langenberg. Dörfliche Handwerker versorgten den örtlichen Bedarf, zum Beispiel arbeiteten Faßbinder für die Nachfrage der Weinbauern nach Fässern und erledigten Reparaturen. Ebenso gehörten dazu die (meist jüdischen) Händler, die Dollendorf zum Mittelpunkt eines florierenden Fruchthandels machten. Die Obstproduktion schuf die Voraussetzung für die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit von Mühlen. Im Jahre 1845 hatte Oberdollendorf deren neun. Eine wichtige Rolle spielten noch die Metzger, die damals umherzogen und zu Hauschlachtungen zu Bauern und Handwerkern kamen.

Die mittelständische Gewerbestruktur war auf die Nachfrage der Landwirte und Weinbauern orientiert. Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Einwohnerzahl – wie überall in Deutschland – in den Gemeinden und Städten, so auch in Ober- und Niederdollendorf zunahm, bestanden nicht mehr für alle Beschäftigungsmöglichkeiten. Die landwirtschaftliche Anbaufläche war nicht vermehrbar und für die Gewerbetreibenden bestand daher keine Veranlassung, ihre Produktion und damit die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen.

Für Arbeitslose gab es eine individuelle Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Situation – die Auswanderung, insbesondere nach Amerika oder eine gesellschaftliche Chance – die industrielle Entwicklung.

Um an der Industrialisierung teilzunehmen war es für die Menschen in Nieder- und Oberdollendorf wichtig, ihre Abhängigkeit von wechselhaften Naturereignissen zu überwinden. Von großer Bedeutung waren schlechte Getreide- und Weinrenten. Die Schiffer konnten ihre Tätigkeit nur bei günstigem Wasserstand des Rheins ausüben.

Ansätze für eine Industrialisierung wurden im Jahre 1832 mit dem Bau einer Ziegelei in Niederdollendorf und einem Kalkofen in Oberkassel gemacht. Weitere Ziegeleien und Kalköfen folgten. Sie bildeten die Grundlage für eine Industrie



In Dollendorfer Industriebetrieben (um 1900)

11

der Steine und Erden. Die eigentliche Industrialisierung begann 1856. Mit der Errichtung einer Zementfabrik in Oberkassel wurden zahlreiche Arbeitsplätze auch für Dollendorfer Arbeiter geschaffen. Die Arbeit in den Steinbrüchen und in der Zementfabrik sollte für einen wesentlichen Teil der Bevölkerung die wirtschaftliche Basis ihres Lebensunterhaltes werden.

Mit dem Beginn der Industrialisierung mußte die Bevölkerung neue Erfahrungen machen. Schon damals traten konjunkturelle Schwankungen ein. Die höhere Produktivität der neuen kapitalistischen Wirtschaft stieß bald auf Absatzschwierigkeiten. Ökonomische und naturbedingte Schwierigkeiten trafen jetzt zusammen. Nicht nur die Arbeiter, auch die Gewerbetreibenden hatten darunter zu leiden. So schreibt der Landrat des Siegkreises in seinen Berichten für Dezember 1846 und Januar 1847: „Der Wohlstand im allgemeinen ist durch außerordentliche Teuerungen der Lebensmittel fortdauernd und zunehmend gefährdet, insbesondere bleibt es der arbeitenden Klasse oft unmöglich, die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse zu erschwingen. Dazu kommt, daß auch infolge der durch die Mißernte herbeigeführten Geldnot der Handel und die Gewerbetätigkeit gelähmt sind. Aller Orten werden mit Ernst die Mittel zur Linderung der schon bestehenden und voraussichtlich noch im Wachsen begriffenen Not erwogen und seitens der Gemeinden sind nach ihren Verhältnissen zunächst ziemlich ansehnliche Fonds bereitgestellt worden. Indessen reicht diese Hülfe keineswegs aus; man sieht wohl mit Recht das eigentliche Heilmittel in der Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst, woran es leider im Kreise jetzt fast überall fehlt.“ (2)

Die Notlage im gewerblichen Mittelstand dauerte in den 50er Jahren an. Über Handwerksburschen wurde geklagt, die in auffallend großer Zahl über die Chaussee von Beuel nach Bad Honnef reisten und „das Publikum durch Betteln belästigten“. Auch der kommunale Straßenbau, der zeitweise 70 bis 80 Arbeitern Beschäftigung und Verdienst brachte, konnte an der verbreiteten Arbeitslosigkeit wenig ändern. Der in der Mitte des 19. Jahrhunderts allmählich aufkommende

Fremdenverkehr schuf zwar für den Mittelstand Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsplätze für Beschäftigte im Gaststättengewerbe. Sie waren jedoch besonders stark von saisonalen Schwankungen und wirtschaftlichen Bedingungen abhängig. Der Fremdenverkehr sollte noch lange nicht zu einem entscheidenden wirtschaftlichen Faktor werden.

Neben der Industrie der Steine und Erden noch andere Gewerbe aufzubauen, scheiterte zunächst. 1836, 1848 und 1881 entstanden drei Rotgerbereien, die aber alle bis zum Ende der 80er Jahre wieder eingingen. Eine Zeitlang existierten in Oberdollendorf um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zwei Brandweimbrennereien und in den 60er Jahren für kurze Zeit eine Maschinenfabrik. Von ungleich größerer Bedeutung wurde die Fabrik für Verblendsteine, die im Jahre 1886 eröffnet wurde und 1887 64 Arbeiter beschäftigte. 1893 waren dort bereits 150–165 Arbeiter tätig. Es war die Zeit, in der Verblendsteine beim Hausbau sehr beliebt waren. Die Fassaden aus gelben und roten Steinen vieler Häuser in Nieder- und Oberdollendorf zeugen noch von dieser Zeit. Einige Jahre später wurde Verputz statt des Verblendsteins bevorzugt. Zu Beginn des Jahrhunderts werden deshalb die ersten Arbeiter entlassen, und 1910 stellt der Betrieb seine Produktion ein.

Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, im Jahre 1897, waren zwei Fabriken für feuerfeste Steine entstanden, die den Arbeitern für Jahrzehnte Beschäftigungsmöglichkeiten brachten. Die beiden Fabriken bildeten den Ausgangspunkt der keramischen Industrie, die heute noch das Bild von Ober- und Niederdollendorf bestimmt. Beide Betriebe beschäftigten bereits zu Beginn des Jahrhunderts rund 300 Arbeiter. Die Belegschaften dieser Betriebe stiegen rasch an. Die Bevölkerung der beiden Dörfer verdoppelte sich nicht zuletzt wegen der als zukunftsicher angesehenen Arbeitsplätze dieser Betriebe zwischen 1890 und 1925. Besonders in Niederdollendorf stieg die Einwohnerzahl sprunghaft an. Unter den Neubürgern befanden sich viele Protestanten, so daß sich auch die Konfessionsstruktur in Niederdollendorf stark veränderte.

13

Die politische Entwicklung — traditionelles Wahlverhalten

Das politische Leben in Ober- und Niederdollendorf war vor dem 1. Weltkrieg durch das Zentrum geprägt. Im Siegkreis gaben noch 1890 fast 90% der Wähler dem Zentrum ihre Stimme. Im Jahre 1903 entfielen auf den Kandidaten des Zentrums 83,8% der Stimmen, der nationalliberale Kandidat erhielt 11,6% der Stimmen und der Kandidat der Sozialdemokraten, Gustav Bebel, konnte nur 275 von 15213 Stimmen, also ganze 1,8%, erringen. Daraus wird deutlich, daß die Sozialdemokratie bis zum ersten Weltkrieg kaum eine Rolle spielte.



Oberdollendorf um die Jahrhundertwende

Die Erklärung für das Wahlverhalten ist unter anderem in der Sozialstruktur der Bevölkerung zu suchen. „Die politische Stellungnahme zeigt, wie tief die katholische Weltanschauung in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts das Bild der Bevölkerung prägte und wie sie auf dieser Basis ihre politische Entscheidung traf, eine Entscheidung, die nicht zuletzt durch den Kulturkampf, den Bismarck gegen die katholische Kirche führte, bestimmt wurde. Dieser Kampf war die Voraussetzung für die Stärke des Zentrums.“ (2) Von den 1214 Einwohnern von Oberdollendorf (einschließlich Römplinghoven) waren im Jahre 1825 95% Katholiken und auch einhundert Jahre später, 1925, prägten – bei einer Einwohnerzahl, die sich gut verdoppelt hatte (2504 Einwohner) – die Katholiken mit 90% das kirchliche und weltliche Leben. In Niederdollendorf gab es im Jahre 1825 bei 499 Einwohnern 97% Katholiken und 1925 waren von 1502 Einwohnern 76% katholisch.

Die katholische Kirche, die Sozialstruktur und die wirtschaftliche Entwicklung hatten das politische Verhalten der Bevölkerung stark geprägt. Nicht nur der katholische bürgerliche Mittelstand wählte vor dem 1. Weltkrieg überwiegend das Zentrum, sondern auch die übrige katholische Bevölkerung. Zunehmende Wahlenthaltungen waren allerdings ein Zeichen für Ablösungsprozesse. Ein Teil der Arbeiterschaft mochte wohl nicht mehr das bürgerlich geprägte Zentrum wählen, sah aber noch nicht in der Sozialdemokratie eine Alternative.

Im 19. Jahrhundert gab es noch keine Organisation der Arbeiterklasse im Raum Dollendorf. Durch häufig wechselnde Beschäftigung konnte sich in den kleinen Betrieben kein fester Zusammenhalt der Kollegen bilden, die die Interessen der Arbeiter vertraten.

Auch Gewerkschaften waren aus diesen Gründen noch nicht gegründet worden. Die Organisationsbereitschaft sollte sich mit provozierter spontaner Solidarität einstellen.

Im Jahre 1900 kam es angesichts der drohenden Schließung der Steinbruch-

15

betriebe zur Gründung eines christlich-sozialen Steinarbeiter-Verbandes für das Siebengebirge. Am 12. April fand eine stark besuchte Volksversammlung des Steinarbeiter-Verbandes im Winzerhaus statt, auf der die Erhaltung der Steinbruchbetriebe im Siebengebirge gefordert wurde. Der Kampf war vergeblich. Drei Jahre später wurde der Steinbruch am Petersberg endgültig geschlossen.

Im Jahre 1906 begann der Centralverband christlicher Arbeiter der keramischen Industrie mit seiner Werbe- und Organisationsarbeit. Dazu berichtet der Landrat: „Der Verbandsvorsitzende, Alois Lechner aus Köln-Ehrenfeld, erging sich in gchässigen Ausfällen gegen die Arbeitgeber und suchte die Arbeiter zur Unzufriedenheit aufzureizen. Doch steht nicht zu erwarten, daß sich die dortige Bevölkerung dem Verband zuwenden wird.“ (2) Der Landrat irrte. Noch im selben Jahr beklagte die Industrie, daß die Arbeiter infolge der Organisation in christlich-sozialen Vereinen höhere Löhne bei kürzeren Arbeitszeiten forderten.

Diese Zusammenschlüsse der Arbeiter beeinflussten die politische Einstellung eines großen Teiles der Arbeiterschaft in Nieder- und Oberdollendorf nachhaltig. Sie bereiteten das Terrain langfristig auch für eine politische Orientierung hin zur SPD. Zentrum und Christlich-Soziale hatten ihren Handlungsspielraum genutzt, der von den Behörden großzügiger gesteckt war als für die Sozialdemokratie. Sie stießen bald aber an die Grenze, wo ihre Handlungsbereitschaft nicht so weit ging wie die Interessen der Arbeiter es erforderlich machten. Da kam die Stunde der SPD.

Die Entwicklung zwischen den beiden Kriegen

Politischer Aufbruch: Demokratie in Deutschland – Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Ober- und Niederdollendorf

Die Begeisterung eines großen Teils der Bevölkerung zu Beginn des 1. Weltkrieges war schon bald der Ernüchterung gewichen. Der Krieg ging im wesentlichen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung. Das spürten auch die Bürger von Nieder- und Oberdollendorf.

Rektor Roth von Oberdollendorf hat dies in der Schulchronik festgehalten. Am 22. Oktober 1914 schrieb er: „Die Mobilmachung erweckte auch hier wie allerwärts eine mächtige patriotische Begeisterung. Obwohl es unerwartet kam, daß auch die alten Landsturmlaute gleich von Familie und Geschäft weg mußten, zeigte sich beim ganzen Abschied neben großer Frömmigkeit nur helle Begeisterung und festes Vertrauen in unsere heilige Sache.“

Der Krieg brachte bald wirtschaftliche Schwierigkeiten. Am 10. Januar 1915 stellte der Chronist fest: „Bei jeder Gelegenheit wird von allen Stellen auf Sparsamkeit bei der Nahrung, namentlich bei Brot und Getreide, hingewirkt sowie auf Abführung noch vorhandenen Goldes an die Reichsbank.“ Im Juni 1915 wurden allein aus Oberdollendorf 229 Männer eingezogen. 1916 mußte auch Hannes Busch einrücken. Mit dem weiteren Verlauf des Krieges stiegen die Preise. Es wurde eifrig für die Finanzierung der Kriegsanleihe geworben. Im Herbst 1916 mangelte es an Kartoffeln und es kam zu dem berüchtigten Kohlrübenwinter.

Mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg 1917 kam die Wende. Zur selben Zeit lag der Soldat Hannes Busch, wie viele Dollendorfer, im Schüt-

17

zengraben in Frankreich. „Der Gefreite Wichlatz“, erinnert sich Hannes Busch, „das den Vorwärts. Als ein Oberleutnant dies sah, forderte er den Gefreiten mit den Worten: ‚Das ist keine Zeitung für einen deutschen Soldaten‘ auf, das Lesen einzustellen.“ Den Soldaten Busch interessierte der Inhalt dieser „gefährlichen“ Zeitung. Die im „Vorwärts“ erhobene Forderung, endlich Schluß zu machen mit dem Krieg, sprach ihm aus dem Herzen.

Als der Krieg verloren war und er zurückkam, war Dollendorf zeitweise von kanadischen Truppen besetzt und für die Bevölkerung waren zu wenig Kleidung und Nahrungsmittel vorhanden. Rektor Roth schrieb damals – noch im pathetischen Ton der überlebten Kaiserzeit –: „Steh' Gott uns armen Deutschen und unserem sterbenden Vaterland bei, so trostlos hat noch nie ein großes Volk vor seiner Zukunft gestanden.“ (2)

Viele Dollendorfer reagierten auf den Kriegsausgang und die gesellschaftlichen Umwälzungen (infolge der notwendigen Wiederherstellung der wirtschaftlichen Produktion nach der Demobilmachung) durch Eintritt in die Sozialdemokratische Partei. Auch Hannes Busch und Fritz Zimmermann fanden im Frühjahr 1919 den Weg in die SPD.

Im Jahre 1919 wurde in Dollendorf ein Sozialdemokratischer Verein gegründet. Die Zahl der Mitglieder ist heute nicht mehr feststellbar, aber auf den Versammlungen fanden sich häufig hundert und mehr Dollendorfer ein. Sie hofften, die SPD könne ihre Not lindern und für Kleidung und Nahrungsmittel sorgen. Vorsitzender des Ortsvereins soll eine Zeitlang der Student Mathias Sand, Sohn eines Bäckermeisters aus der Lindenstraße, gewesen sein.

Die politische Auseinandersetzung in der damaligen Zeit erfolgte vor allem zwischen dem Zentrum und den Sozialdemokraten. Dabei übernahm das Zentrum meist die offensivere Rolle, da es sich durch seine feste Verankerung in der katholischen Bevölkerung und in den Vereinen noch immer auf die Mehrheit der Bevölkerung stützen konnte.

Sozialdem. Verein Ober- und Niederdollendorf.
Sonntag, 9. März, nachmittags 4½ Uhr
im Restaurant Rheineck Nied.-Dollendorf
 (Besitzer: Wwe. Bled)
Große öffentliche
Volksversammlung.
 Referent: Herr Pieper-Köln spricht über
Die Stellung der
Sozialdemokratie zur Kirche.
 Arbeiter, Bürger, Männer und Frauen erbeten in
 Massen zu dieser Versammlung.
 Der Vorstand
Alle Samstage Diskussionsabende.

Aufruf im Jahr 1919

Die Sozialdemokraten versuchten sich gegen ungerechtfertigte Behauptungen zu verteidigen. Aufschlußreich war der Ablauf einer Versammlung beim Zentrum. So leitete beispielsweise am 12. Januar 1919 Pfarrer Rütten die Versammlung. Der Hauptlehrer Roth von Oberdollendorf war Referent des Abends, und Pfarrer Herkenrath beteiligte sich an der Debatte als Hauptredner. Roth „wies auf den Ernst der Stunde hin, die bald darüber entscheide (Anmerkung des Verfassers: Wahl zur Nationalversammlung), ob die Kulturkämpfer weiter regieren oder ob das deutsche Volk Sieger bleiben wird“. (3)

Der Sozialdemokratische Verein, der sich im Jahre 1919 häufig traf, betonte, nicht religionsfeindlich zu sein. Am 1. März 1919 sprach auf einer Versammlung

19

des Sozialdemokratischen Vereins Herr Pieper aus Köln zum Thema: „Die Stellung der Sozialdemokratie zur Kirche“, wobei er den Standpunkt der SPD deutlich machte. Er erklärte „Religion sei Privatsache“. Er vertrat damit den alten Sozialdemokratischen Standpunkt, der heute ähnlich im Godesberger Programm steht.

Schon Anfang 1919 bereitete man sich in Ober- und Niederdollendorf auf Gemeinderatswahlen vor. Sie wurden aber in den besetzten Gebieten verschoben und fanden erst am 16. November 1919 statt. Auf Versammlungen versuchten die bürgerlichen Parteien ihre Position bei den Arbeitern zu behaupten, während

Sozialdemokr. Verein

Ober- und Niederdollendorf.

Donnerstag, den 1. Mai 1919

Maifeier!

11 Uhr: Frühshoppen bei Raubut.

1 „ Öffentliche Fest-Versammlung bei Bled

Vortrag: „Die Bedeutung der Maifeier“

Referent: Abgeordneter Schäfer.

Danach: **Umzug.**

6 Uhr bei Bled: Familienabend mit Ball.

Eintritt zu allen Veranstaltungen frei.

Der Vorstand.

die SPD bereits bei einem Teil der Arbeiter auf Sympathie stieß. Am 9. Februar 1919 fand unter Leitung von Johann-Adam Weber eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, über die die Dollendorfer Zeitung folgendes berichtete: „Es sollten nur Bürger gewählt werden, die es verstanden, die Interessen der gesamten Bürgerschaft, vor allem der Arbeiterschaft und der kleinen Stände, zu vertreten. Weiterhin sprach der Redner über das Schulwesen, befürwortete die Einheitsschule, bessere Aufsicht der Kinder durch Ärzte, verurteilte die bisherige Grundstücks politik, durch die die Allgemeinheit stets schwer geschädigt worden sei, und richtete zum Schluß seiner Ausführungen einen Appell an die Versammlung, nicht müßig zu sein und vor allem dafür einzutreten, daß auch Frauen in den Gemeinderat gewählt würden.“ (3)

Eine Woche später, am 16. Februar 1919, wurde eine Versammlung unter dem Motto „Gemeindewahlen Oberdollendorf nach bürgerlichen Listen“ abgehalten, auf der die bürgerlichen Parteien versuchten, ihre Positionen zu stärken. Auf dieser Versammlung trat auch der Sozialdemokrat Mathias Sand auf. In der Dollendorfer Zeitung wurden seine Ausführungen so wiedergegeben: „Weiterhin möchte ich diejenigen, die die Versammlung einberufen haben, kennzeichnen als Stützen der Macht von früher, die sich jetzt, wo dieses System gebrochen ist, als Arbeiterfreunde aufspielen wollen. Der Redner warnte zum Schluß seiner Ausführungen alle Arbeiter, für die genannte Liste einzutreten.“ (3)

Das Thema wurde am 3. August 1919 auf einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften und des katholischen Arbeitervereins unter dem Leitwort „Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?“ wieder aufgenommen. Dabei wurde die Auffassung vertreten, daß sich der marxistische Sozialismus und die Sozialdemokratie in keiner Weise mit dem Christentum vereinbaren lassen. Infolge dessen könne auch kein Katholik der Partei angehören. (3)

In der weiteren Auseinandersetzung um Sozialdemokratie und Kirche war das bürgerliche Lager freilich gespalten. In einer Wahlanzeige warf das Zentrum

21

seiner Konkurrenz, der bürgerlichen Volksvereinigung, bei den Gemeindewahlen mangelnde Solidarität vor. „Wahr ist, daß die bürgerliche Volksvereinigung nur das Zentrum bekämpft, aber die Sozialdemokratie, die auf dem Boden des Atheismus, der Gottesleugnung steht und die Religion bekämpfen will, in Ruhe läßt.“ (3)

Wie stark die Forderungen des Zentrums, z. B. nach Erhaltung der konfessionellen Schule, noch in der Bevölkerung Anklang fanden, zeigte das Wahlergebnis vom 16. November 1919 in Oberdollendorf. In den Gemeinderat wurden sieben Vertreter des Zentrums gewählt. Die bürgerliche Volksvereinigung war mit vier und die SPD mit einem Gemeinderat vertreten.

Die Zeit der Weimarer Republik — Vertretung der Interessen der Arbeiter

Bei den ersten Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 konnte die SPD allein in Oberdollendorf über 250 Stimmen erzielen. Das waren fast so viele Stimmen, wie die SPD um die Jahrhundertwende im ganzen Siegbkreis erhalten hatte. Mit rund 23% aller Wähler hatte sie zwar noch kein berauschendes Ergebnis bekommen, doch war ein Durchbruch gegenüber der Zeit vor dem 1. Weltkrieg erzielt. Als die Erwartungen, die die Bevölkerung in die SPD gesetzt hatte, nicht in Erfüllung gingen, wandten sich die Wähler – wie überall im Deutschen Reich – zum Teil radikaleren Parteien zu oder blieben der Wahl fern.

Bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 wählten nur noch 74 Oberdollendorfer die SPD (6,7%), gleichzeitig gewann die KPD 126 Stimmen (11,5%) und die Wahlbeteiligung ging um 6,3 Prozentpunkte zurück.

Mit dem Verlust der Wähler verlor der SPD-Ortsverein auch seine organisatorische Stärke. Immer weniger Arbeiter, Angestellte und Handwerker bekannten sich zur SPD. Ein weiterer Grund der Schwäche der Partei in dieser Zeit ist in

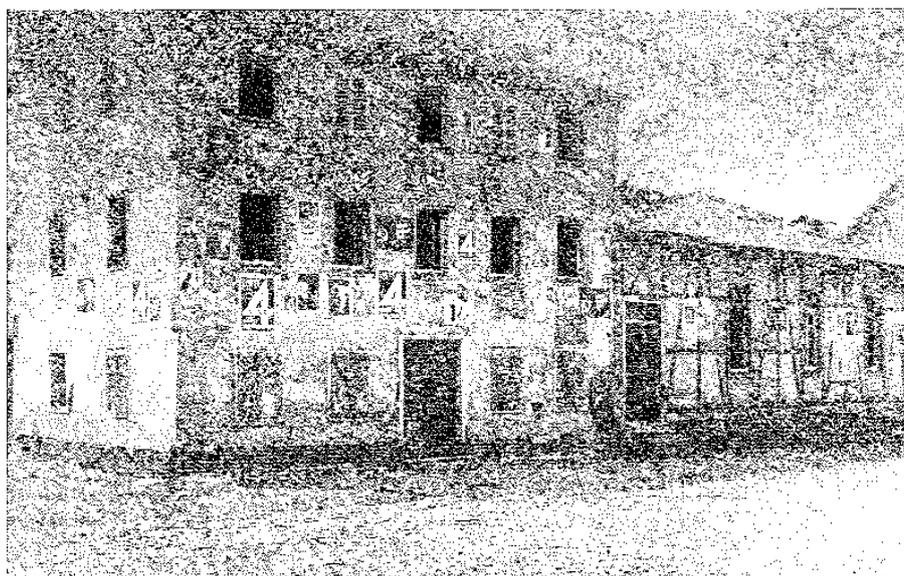
ihrer Führungslosigkeit zu schen. Der Vorsitzende war bei den Separatistenkämpfen 1923 ums Leben gekommen.

Welche Bürgergruppen Mitglied der SPD waren, kann den Kandidatenlisten zur Gemeinderatswahl entnommen werden. Ein deutlicher Unterschied ist da zwischen Ober- und Niederdollendorf festzustellen. Während im vorwiegend katholischen Oberdollendorf 1919 fast ausschließlich Arbeiter kandidierten (9 Arbeiter, 1 Hausfrau), fanden sich auf der Liste in Niederdollendorf, wo eine deutliche evangelische Minderheit (rund 25%) lebte, auch kleine Selbständige (7 Arbeiter, 4 Selbständige, 1 Hausfrau). Diese bürgerlichen Gruppen prägten die SPD in Niederdollendorf. Die Selbständigen nahmen dort die ersten Listenplätze ein, so waren sie auch im Gemeinderat die Vertreter der Partei. War die SPD im Gemeinderat von Oberdollendorf seit 1919 ununterbrochen und mit wachsender Stärke vertreten, so kam es in Niederdollendorf zeitweise zu keiner eigenen Kandidatur (1929). Außerdem ist in Niederdollendorf ein stärkerer Austausch der Wählerschaft zwischen bürgerlichen Parteien und der SPD bis in die heutige Zeit zu beobachten.

Die wirtschaftliche Notlage ließ wenig Zeit für politische Betätigung. Hannes Busch, wie auch viele andere Arbeiter, mußten in dieser Zeit oft den Arbeitsplatz wechseln. Es war schwierig, ausreichend zu verdienen oder überhaupt eine Arbeit zu finden. Rektor Roth von Oberdollendorf berichtete am 5. April 1925, daß noch viele Arbeitslose im Dorf seien, und daß in den Fabriken wenig verdient werde. Noch am 26. November 1926 berichtete er, die Arbeitslosigkeit sei hier sehr groß. Es gab Notstandsarbeiten, wie den Bau der Cäsariusstraße. Hier konnten Arbeitslose für kurze Zeit Arbeit finden. Bei den niedrigen Löhnen konnten die Leute nicht einmal ihren Bedarf an Kartoffeln einkellern.

Die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei war in dieser Zeit vollends zum Erliegen gekommen. In der Mitte der zwanziger Jahre dürfte der SPD-Ortsverein eine Weile nur noch auf dem Papier bestanden haben. 1927 dann suchte

23



Wahlkampf 1930

Hannes Busch einige Genossen, um einen neuen Anfang zu machen. Sieben kamen im Lokal Kemper gegenüber der Kirche in Oberdollendorf zusammen und gründeten den Ortsverein neu. Zum Vorsitzenden wurde damals der Schreiner Jakob Seehaus gewählt. Seit der Reichstagswahl vom Mai 1924, die den absoluten Tiefpunkt für die SPD in Oberdollendorf gebracht hatte, besserte sich das Wahlergebnis für die SPD stetig. Das mag vor allem auf die relative politische und ökonomische Stabilität dieser Zeit zurückzuführen sein. Die Wähler wandten sich von den revolutionären Forderungen der KPD wieder mehr der Reformpolitik der SPD zu. Ihr wurde eher eine Lösung der politischen und wirtschaft-

lichen Probleme zugestanden. Die Mehrheit der Wohnbevölkerung wählte freilich weiter das katholische Zentrum. Mit fast einem Viertel der Stimmen konnte die SPD in Oberdollendorf im Jahre 1928 ihr bestes Wahlergebnis in der Weimarer Zeit erreichen.

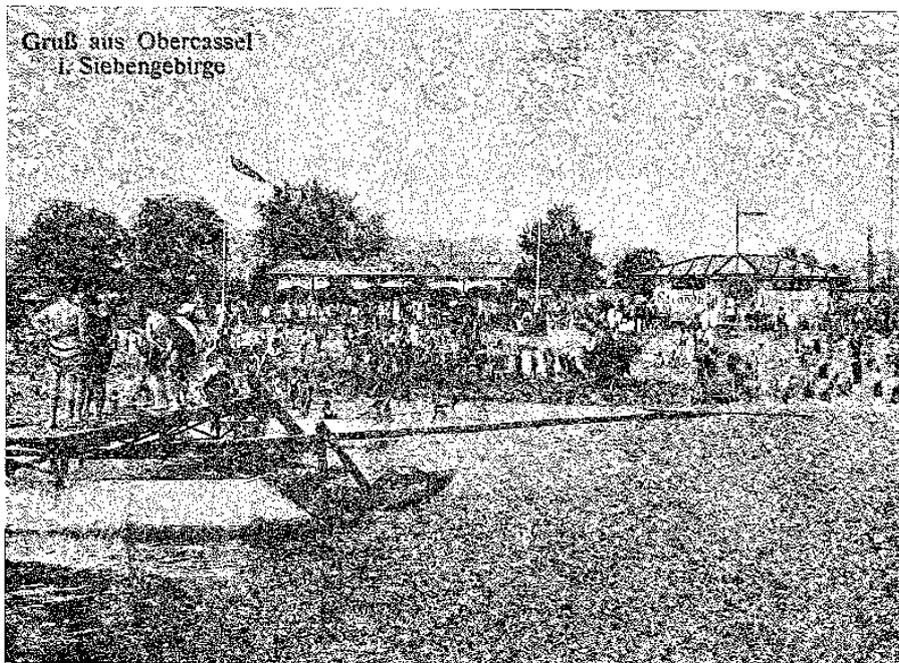
Der Ortsverein wurde aktiver. Man hielt jetzt wieder Versammlungen ab und beschäftigte sich außer mit wirtschaftlichen Fragen auch mit anderen Themen. Am Samstag, den 13. Oktober 1928, sprach beispielsweise der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Sollmann aus Köln auf einer gut besuchten Versammlung zum Problem des § 218. Die Dollendorfer Zeitung schrieb dazu: „Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner, daß der § 218 ein Klassenparagraph sei, der die minderbemittelte Bevölkerung treffe, während die Damen der sogenannten Gesellschaft seit langem in der Lage seien, sich von einer lästigen Liebesfrucht von sachkundigen Ärzten befreien zu lassen, ohne daß der Strafrichter dagegen einschreite. Der Inscratenteil einer jeden bürgerlichen Tageszeitung gebe Zeugnis der Richtigkeit seiner Behauptung!“ (3) Im selben Bericht über die Versammlung in Dollendorf heißt es weiter: „Als zweiter Diskussionsredner sprach Herr Pinnecke aus Honnef, der als Vertreter der Kommunisten den Sozialdemokraten vorwarf, sie hätten in der Zeit ihrer Regierungstätigkeit noch so gut wie nichts für eine Besserung der Lage des Proletariats erreicht.“ Auch der erste Diskussionsredner, Dr. Roos aus Beuel, der sich vom katholischen Standpunkt aus gegen eine Veränderung des § 218 wandte, konnte sich der sozialen Problematik nicht entziehen. Er ging davon aus, daß die Ausführungen des Referenten (von der SPD) das soziale Gewissen aller Ernstgesinnten in Deutschland zu schärfen imstande seien, denn furchtbar sei, wie die Zahlen bewiesen, die soziale Not im deutschen Vaterland. Sie fordere sorgfältige Beachtung auch bei der Beurteilung sittlicher Verfehlungen in Tat und Gesinnung. Das sei auch Leuten mit warmen Herzen, die im vielgeschmähten bürgerlichen Lager stehen, nicht fremd. Er erinnerte an das ernste Wort eines katholischen Sozialpolitikers:

25

„Menschen, die hungern, kann man keine Moral predigen!“ Die Diskussion zeigt beispielhaft, wie die politische Stellung der drei größten politischen Kräfte im Dollendorfer Raum zur sozialen Not der Arbeiter war. Keine Partei konnte sich den bestehenden Klassegegensätzen entziehen. Sie prägten die Meinungsbildung insbesondere in der SPD.

Am Beispiel des § 218 läßt sich aber auch aufzeigen, wie sich im Laufe der Zeit die politischen Standpunkte der Parteien verschoben haben. Fünfzig Jahre später wurde in Dollendorf wieder heftig über den § 218 diskutiert. Am Schluß dieses geschichtlichen Abrisses soll darauf noch einmal eingegangen werden.

Im Jahre 1929 schlug im Dollendorfer Raum die sogenannte Strandbadfrage buchstäblich hohe Wellen. Ausgelöst wurde das Thema durch eine Stellungnahme der Kirche, die einen Aufruf in der Dollendorfer Zeitung veröffentlichte, in dem es u. a. hieß: „Der Sinn des Strandbades kann nur sein, den Besuchern körperliche Erholung und Erfrischung in Wasser, Licht, Luft und Sonne zu gewähren. Hierzu ist das gemeinsame Baden der Geschlechter in keiner Weise notwendig. Dagegen ist das gemeinsame Baden für unsere Jugend, insbesondere jene, die im Sturm und Drang des Entwicklungsalters stehen, von größter sittlicher Gefahr, vor allem in unserer Zeit, in der Sittenlosigkeit und Nacktkultur mehr und mehr um sich greifen.“ (3) Im Gemeinderat von Beuel wurde deshalb ein Antrag des Zentrums gestellt, das Gemeinschaftsbad aufzuheben und dafür die örtliche Trennung der Geschlechter einzuführen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten sowie Teilen der wirtschaftlichen Vereinigung der Kriegsbeschädigten wurde dieser Antrag angenommen. Daraufhin kam das Baden im offenen Rhein in Mode. Die Zentrumsparterie von Niederdollendorf berief deshalb zu diesem Thema eine Versammlung ein. In der Versammlung wurde dazu u. a. folgendes ausgeführt: „Das Baden im offenen Rheine auf der Strecke Königswinter-Strandbad Oberkassel-Dollendorf hat Formen angenommen, die aller Sittlichkeit Hohn sprechen. Die Zentrumsparterie erwartet von der Polizeiverwal-



Grüß aus Oberkassel
I. Siebengebirge

STRANDBAD zwischen N.DOLLENDORF und OBERKASSEL um 1928. Schauplatz der „Strandbadaffäre“

„ungun- stige, unverzügliche und energische Schritte, um diesem unsittlichen Treiben ein Ende zu machen.“ (3)

Im übrigen standen natürlich die wirtschaftlichen Themen im Mittelpunkt der damaligen Zeit. Hannes Busch, der die SPD von 1925 bis 1933 ununterbrochen im Gemeinderat vertrat, nahm bei allen Fragen Stellung für die Arbeiterschaft. So setzte er sich 1929 gegen die zu hohen Mieten in den gemeindeeigenen Woh-

Entschließung der katholischen Geistlichkeit zur Strandbadfrage.

Die am 25. Juli in Heisterbach tagende Versammlung der gesamten kath. Geistlichkeit der Diözese Bonn und Koblenz unter d. h. aller Pfarren von Eifel bis Rheine hat zur Strandbadfrage Stellung genommen und folgende Entschließung einstimmig gefaßt:

Die Geistlichkeit hat volles Verständnis für das Verlangen vieler Kreise der Bevölkerung, in den Sommermonaten sich in den am Rhein eingerichteten Strandbädern zu erholen. Dieses Verlangen ist umso mehr berechtigt, als die Bevölkerung nach Wegfall der Rheinbadausfahrten keine andere Gelegenheit mehr hierzu besitzt. Die Geistlichkeit muß es darum auf's Beste bedauern, daß die gesamte katholisch-benutzende Bevölkerung, insbesondere die Jugend, von diesen Wohlfahrtseinrichtungen ausgeschlossen ist, weil die weltlichen Verwaltungen ihren sehr begründeten sittlichen Forderungen nicht Rechnung tragen. Diese beruhen auf folgender Überlegung:

Der Sinn des Strandbades kann nur der sein, den Besuchern körperliche Erholung und Erfrischung in Wasser, Licht, Luft und Sonne zu gewähren. Hierzu ist das gemeinsame Baden der Geschlechter in keiner Weise notwendig. Keine ernstliche Begründung kann dafür geltend werden. Dagegen ist das gemeinsame Baden für unsere Jugend, insbesondere jene, die in Sturm und Drang des Entwicklungsalters sich von größter sittlicher Gefahr, vor allem in unserer Zeit, in der Sittlosigkeit und Trachtlosigkeit mehr und mehr um sich greifen. Diese Tatsache festzustellen, ist der Pfarrer wegen seiner tiefen Einsicht in die Jugendseite vor allen anderen in der Lage. Aus dieser Erkenntnis heraus stellt die Konferenz mit aller Entschiedenheit jene Forderung, die schon in den Lehrsätzen der deutschen Bischöfe klar zum Ausdruck gekommen ist, in den Strandbädern vollständige Geschlechtertrennung durchzuführen und zwar auch auf dem Strande. Die Versammlung erwartet, daß die zuständigen Behörden und Gemeindevorstände zur Erfüllung dieser Forderung die nötigen Maßnahmen unverzüglich ergreifen wird und bitten, daß den Unterzeichneten baldigst Antwort zukommt.

Im Namen der Konferenz:

für das Dekanat Weiden: für das Dekanat Koblenz unter:
L. D. Buschhausen, Def. Schloffer, Pfarrer.

für die Ortsgeistlichkeit Oberkassel:

A. v. d. B., Pfarrer.

Gemeindevahl

1	National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) Fries - Rentwig - Hillebrand Fr.	1	○
3	Kommunistische Partei Deutschlands Wendig - Demmerz - Maes - Hollinghausen	3	○
4	Zentrumspartei Nolben - Lendler - Kreuz - Kemp J.	4	○
28	Arbeiterblock Seehaus - Busch - Püß - Kemp A.	28	⊗
29	Bürgerliche Volksvereintigung Sand - Flerus - Kühne - Dippmann	29	○
33	Hillebrand Hillebrand Herm. - Rauert Laur. - Wiemeroth - Fuchs	33	○

Stimmzettel zur Gemeinderatswahl am 12. März 1933 in Oberdollendorf

29

nungen und Häusern ein, weil diese von den Arbeiterfamilien oder Kinderreichen nicht zu tragen waren. Als Bürgermeister Rücker an die Bevölkerung appellierte, ihr Geld zur Amtssparkasse zu tragen, schilderte Hannes Busch auf der Gemeinderatssitzung vom 7. Oktober 1929 die Lage der Arbeiter so: „Jeder ist nicht in der Lage, Geld zu sparen. In den Arbeiterkreisen sind die Familienväter froh, wenn sie mit ihrem Lohn so schon auskommen ohne aus Sparen zu denken.“ (3) Klar vertrat Hannes Busch die Position der Erwerbslosen als es um die Finanzierung von Notstandsarbeiten ging. Von der Gemeinderatssitzung am 29. August 1930 berichtete die Dollendorfer Zeitung über den Wortbeitrag von Hannes Busch. „Mit Rücksicht auf die schlechten Wirtschaftsverhältnisse könne es nur begrüßt werden, wenn Arbeit beschafft werde. Die Kanalisation in Römlichhoven und in den verschiedenen Straßen in der Gemeinde sei schon längst

Sitzung der Gemeindevvertretung in Oberdollendorf

In der am 29. August stattgefundenen Gemeinderatssitzung waren unter dem Vorsitz des Herrn Gemeindevorstehers P. Lendler anwesend die Herren Gemeindeverordneten Baum, Weder, Busch, Hillebrand, Kemp, Kreuz, Kühne, Nolben, Pönglich, Sand, Seehaus. Außerdem wohnte der Sitzung bei Herr Gemeindebaumeister Schäffer.

H. Busch führte aus, daß mit Rücksicht auf die schlechten Wirtschaftsverhältnisse es nur begrüßt werden könne, wenn Arbeit beschafft würde. Die Kanalisation des Ortes Römlichhoven und verschiedener Straßen in der Gemeinde seien schon längst beschlossen. Da nur die Möglichkeit bestände, wieder Arbeit zu erhalten, dürfe nichts unversucht gelassen werden, die Projekte baldigst in Angriff zu nehmen. Wenn die Gemeinde den zinslosen Kredit von 15 000 Mark nicht erhalten könne, schlage er (Busch) vor, die Arbeit mit den Arbeitslosen zu machen.

Auszug aus der Dollendorfer Zeitung (1930)

beschlossen. Da nun die Möglichkeit bestände, Kredite zu erhalten, dürfe nichts unversucht gelassen werden, die Projekte baldigst in Angriff zu nehmen. Wenn die Gemeinde den zinslosen Kredit von 15000 Mark nicht erhalten könne, schlage er (Busch) vor, die Arbeit mit Arbeitslosen zu machen.“ (3) Die wirtschaftliche Krise und die finanzielle Misere der Gemeinden führte in Ober- und Niederdollendorf Ende 1930 zur Gründung von Notgemeinschaften, die zur Linderung der Not von Hilfsbedürftigen beitragen sollten. Gemeindevorsteher Tandler von Oberdollendorf begründete dies folgendermaßen: „Durch die ungeheuren Ausmaße des wirtschaftlichen Tiefstandes sind nicht nur die einzelnen Berufsstände mit wenigen Ausnahmen in eine verhängnisvolle Lage gekommen, sondern auch die Gemeinden wissen heute nicht mehr, wo sie die Mittel hernehmen sollen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Besonders schwer lastet auf den Gemeinden der Druck der sozialen Fürsorge . . . Schwer leiden die Kreise, die von der Erwerbslosenversicherung ausgerechnet sind und nun als Wohlfahrtsempfänger eine karge Unterstützung haben, die es ihnen ermöglicht, kümmerlich leben zu können, aber nicht ermöglicht, sich für den kommenden Winter mit dem Notwendigsten an Kleidungsstücken, Beheizung usw. zu versehen. Ferner leiden ganz besonders die Leute, die als Sozial- und Kleinrentner Renten beziehen, die oft unter dem Unterstützungssatz der Wohlfahrtsempfänger liegen. Und endlich gibt es in der Gemeinde eine Reihe sogenannter verschämter Armen, die einst bessere Tage sahen, aber heute zu den allerärmsten gehören, und denen meistens von keiner Seite eine Unterstützung zugewiesen wird. . . . Leider erlaubt die Finanzlage der Gemeinden es nicht, in diesem Winter mit den Extrazuwendungen über das Maß der im vorigen Jahre gewährten Beihilfe hinauszugehen. . . . Die Gemeinderatsmitglieder mit einigen achtbaren Bürgern übernehmen es, bessergestellte Mitbürger zu besuchen und dort Spenden, sei es Geld, Lebensmittel, Kleidungsstücke, Heizungsmaterial oder auch Gutscheine auf dererlei Sachen in Empfang zu nehmen oder anweisen zu lassen.“ In den Vertretungsausschuß der

31



1929 in der Arbeitslosenzeit wandelten die Niederdollendorfer Erwerbslosen die alte Pferdetränke auf dem Kirchplatz in einen Schneemann um

Notgemeinschaft wurden durch den Gemeinderat von Oberdollendorf Prälat Herkenrath, Gemeindevorsteher Tandler (Z), Frä. Lehrerin Linn, Stefan Proff, Johannes Busch (SPD), Josef Sand (Bürgerliste) und Jakob Kreutz (Z) gewählt. Oberdollendorf hatte auch in den folgenden Jahren die meisten Wohlfahrtsarbeitslosen, die keine Arbeitslosenunterstützung mehr bekamen und von der Gemeinde unterstützt werden mußten (1932: 100, 1933: 146). Im ganzen Amtsbereich war Oberdollendorf aber auch die Gemeinde mit der schlechtesten finanziellen Situation. Daraus läßt sich wohl auch ableiten, warum die SPD in Oberdollendorf eine klassenkämpferische Position einnahm. Ein Artikel in der Rheinischen Zeitung macht das deutlich: „Lagen die Löhne der feuerfesten Industrie hier schon immer weit unter den Tarifen anderer Lohngruppen, so ist die momentane Entlohnung als hundsmiserabel, ja als menschenunwürdig zu bezeichnen. Das Wort wird wahr, das von einem Sozialisten im Reichstag geprägt wurde, daß man von Hungerlöhnen sprechen müsse, wenn die Sätze der Erwerbslosenunterstützung nicht erreicht würden. Oder ist das Wort der Hungerlöhne vielleicht zu scharf, wenn hochqualifizierte Ofenarbeiter mit 46 Pf. Stundenlohn, wörtlich sechsundvierzig Pfennige, ihr sogenanntes Sechstagerennen beenden.“ (4) Die Betriebsleiter in den „Stellawerken“ und bei den „Rheinischen Vulkan“ versuchten, die Löhne der Arbeiter immer weiter zu drücken, so daß es zu handgreiflichen Übergriffen kam. Der Autor des Artikels in der Rheinischen Zeitung distanzierte sich von solchen Selbsthilfemaßnahmen, zeigte aber Verständnis für die Arbeiter: „Wir betonen, wir sind für andere Methoden der Selbsthilfe, und zwar für die Vereinigung der gesamten Arbeiterschaft in der gewerkschaftlichen Front. Wenn auch die Morgenluft des fabelhaften „Dritten Reiches“ die Herren Kapitalisten unwittert, eine geschlossene Front der Arbeiterklasse hat schon manchen reaktionären Plan vereiteln können. Euch Arbeiter rufen wir zu: Stärkt die Gewerkschaft, haltet ihr die Treue auch in der Wirtschaftskrise, denn Geschlossenheit führt zum Erfolg.“ (4) Damals versuchten die Betriebsleiter, den Autoren des

33

Berichtes herauszufinden, heute wissen wir, er stammte von dem engagierten Sozialdemokraten Hannes Busch.

Die klassenkämpferische Position der Dollendorfer SPD ist vor allem darauf zurückzuführen, daß ihre Mitglieder fast ausschließlich Arbeiter waren. Die Sozialdemokraten standen damals außerdem unter dem Konkurrenzdruck der KPD, die bei den Reichstagswahlen mehr Stimmen bekam als die SPD in Nieder- und Oberdollendorf.

Trotz aller wirtschaftlichen Not konnten die Faschisten in Nieder- und Oberdollendorf, wie auch im übrigen Rheinland und im Ruhrgebiet, kaum Anhang finden. Die Wahlergebnisse für die NSDAP blieben bei den Reichstagswahlen vor 1933 bescheiden. Die Wähler der bürgerlichen Parteien stimmten in dieser überwiegend katholischen Gegend mehrheitlich für das Zentrum.

Die Zeit der Nationalsozialisten — Zeit der Verfolgung

Die Machtübernahme Hitlers veränderte das Spektrum der politischen Parteien erheblich. Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 konnte die NSDAP auch in Dollendorf erstmals mehr als 10% der Stimmen erhalten. Mit knapp 20% der Wähler stimmte fast ein Fünftel der Wähler aus Nieder- und Oberdollendorf für die Faschisten, die bereits damals einen erheblichen Druck ausübten.

In schlimmer Vorahnung trat die SPD bei den Gemeindewahlen eine Woche später am 12. März 1933 in Nieder- und Oberdollendorf nicht mehr unter ihrem Namen auf. Zu den Wahlen der Gemeinderäte kandidierte sie auf der Liste „Arbeiterblock“, einem Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Vertreter des Arbeiterblocks zogen auch in den Gemeinderat ein. In Oberdollendorf saß auch Hannes Busch – allerdings nicht sehr lange – im Gemeinde-

Fernsprecher: (Nr. 70 Amt Königswinter
Nr. 2250 Amt Bonn

F.Nr.

Inf.

Sie werden ersucht, sich täglich vormittags um
10 Uhr bei der Polizeiverwaltung zu melden.

Herrn

Johann Busch

Oberdollendorf

Rennenbergstr.19.

rat. Die Namensänderung in Arbeiterblock schützte deren Vertreter nicht vor Verfolgungen durch das NS-Regime. Schon bald wurde ihnen in einem schlecht hektographierten Rundschreiben die Ausübung ihres Gemeinderatsmandates untersagt. Der Landrat verfügte: „An Herrn Johannes Busch in Oberdollendorf. Hiermit wird Ihnen aufgegeben, sich weiteren Ausführungen Ihres Mandats als Gemeinde- und Amts-Vertreter und Kommissions-Mitglied sowie als Träger von einzelnen Ehrenämtern zu enthalten, weil Ihre Weiterbetätigung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellt. Im Nichtbefolgungsfall wird Ihre

Die wichtigsten Vorgänge in den letzten Tagen in der Bürgermeisterei Obercassel. Die Ortspolizeibehörde Obercassel

teilt mit:

„Im Laufe der letzten Tage wurden bei Funktionären der KPD, der SPD und des Reichsbanners Hausdurchsuchungen vorgenommen. Hierbei wurden zahlreiche Druckschriften pp. illegalen Charakters, vorzufinden, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit von Gemeinde und Staat sichergestellt wurden. Desgleichen wurden Waffen vorgefunden, die, obwohl sie zum Teil von den Inhabern der Ortspolizeibehörde angemeldet waren, ebenfalls im vorliegenden Sinne sichergestellt wurden. Auf Anordnung der vorgefunden Behörde wurden auch einige Personen in Schutzhaft genommen.“

Auf Anordnung des Bevollmächtigten der nationalen Regierung für den Kreis wurden von der Bürgermeister Obercassel Bürgermeister Müller, Inspektor Hüsch und Polizeibeamter Schlüssel beurlaubt. Zur Wahrnehmung der Befehle wurde Polizeihauptmann a. D. Klenkowitz beauftragt.

In den Gemeinden Obercassel, Ober- und Niederdollendorf sind bis jetzt 17 Personen in Schutzhaft genommen worden. Nach den Mitteilungen der Polizeiverwaltung ist es gelungen, in Niederdollendorf aus einem Kellergebäude eine Schreibmaschine herauszuholen, die der kommunistische Kader noch der Beschlagnahme der ersten Schreibmaschine durch die kommunistische Polizei in Bonn neu beschafft hatte und auf der die rote Laterne hergestellt wurde. In dem Werksted fand man ferner einen Teil der Akten, die während einer Prozessverhandlung gegen Pinnest und Genossen im Bonner Gerichtshof geflossen wurden. Diese Akten hatte der kommunistische Arbeiter im Besitz, sie waren durch den Funktionär Wundorf in das Werksted gebracht worden. Auch ein Tagebuch von Wundorf und sonstige Aufzeichnungen wurden gefunden. Auf der Schreibmaschine hatte der Funktionär Wundorf noch bis in den letzten Tagen vor der Umwälzung Flugblätter hergestellt. In Verbindung mit den Funktionären wurden mehrere der kommunistischen Partei nahestehenden Personen aus Königswinter und Oberdollendorf festgenommen.

Die Bekanntmachung betr. Schutzhaft folgt in der nächsten Nummer.

polizeiliche Inschutzhaftnahme nach Maßgabe des § 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 erfolgen.“ (7)

Bereits kurz nach den Wahlen berichtete die Dollendorfer Zeitung über Hausdurchsuchungen, die bei Funktionären der KPD, der SPD und des Reichsbanners vorgenommen wurden.

Seit dem 24. März hatte sich dann Hannes Busch täglich vormittags um 10 Uhr bei der Polizeiverwaltung zu melden. Eine perfekt funktionierende Maschinerie verhinderte, daß vom Volk frei gewählte Vertreter ihre legitimen Rechte ausüben konnten. Die NSDAP, die den Namen Arbeiter und Sozialistisch in ihrem Namen führte, verfolgte Sozialisten und Arbeiter auch in Nieder- und Oberdollendorf aufs heftigste. Ein Etikettenschwindel im Parteinamen der Faschisten, der vielen zu spät bewußt wurde.

Neben Juden und Kommunisten wurden auch Sozialdemokraten bekämpft. Sie mußten vor allem berufliche Einschränkungen hinnehmen. Da der Arbeiter Busch keinen Beruf mehr fand, schlug er sich mit Hilfe von Freunden als Versicherungsvertreter bis 1945 durch.

37

Die Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg (1945–1977)

Der Neubeginn — Entbehrungen und demokratisches Engagement

Am 18. März 1945 besetzten die Amerikaner das Gebiet von Dollendorf. Sie setzten Bürgermeister Tandler in Oberdollendorf wieder in sein Amt ein. Für einige Zeit wurde Dollendorf zum Verkehrsmittelpunkt. Zwischen Godesberg und Niederdollendorf hatten die Amerikaner eine Schiffsbrücke für ihren Nachschub gebaut, die als intakter Rheinübergang deutsche Rückwanderer anlockte. Da die Amerikaner aber zunächst den meisten Zivilisten die Benutzung der Brücke untersagten, hatte der Bürgermeister große Mühe, die Rückwanderer unterzubringen und zu verpflegen.

Die Dörfer standen vor schwierigen Aufgaben. Eine große Zahl Heimatvertriebener mußte eingegliedert werden. Die Industrie nahm ihren Betrieb allmählich wieder auf. Schulen mußten wieder eröffnet werden. Die seit 12 Jahren Tausendjährigem Reich zerschlagenen Organisationen – vom Kolpingsverein bis zu den Gewerkschaften – entstanden neu.

Sehr schnell nach dem Krieg wurde auch die Sozialdemokratische Partei wieder aufgebaut. Wie die alten Mitglieder sich wieder sammelten, zeigt der Brief des Ortsvereinsvorsitzenden von Oberkassel vom 17. 10. 1945 an Hannes Busch: „Werter Herr Busch! Von alten SPD-Leuten aus Oberkassel und Königswinter wurde mir versichert, daß Sie früher ein eifriger SPD-Mann gewesen sind. In der festen Hoffnung, daß Sie auch jetzt wieder der alten Fahne beistehen, wende ich mich heute an Sie mit der Bitte, mich doch einmal hier aufzusuchen.“ (7)

Hannes Busch trat sofort wieder seiner alten Partei bei. Zum 1945 gegründeten Ortsverein Oberkassel zählten auch fast zwanzig Mitglieder aus Nieder- und Oberdollendorf. Erst später erfolgte die Gründung eines eigenen Ortsvereins in Dollendorf.

An den ersten Gemeinderatswahlen am 15. September 1946 beteiligten sich Zentrum, CDU, SPD und KPD. Aufgrund des durch die britische Besatzungsmacht eingeführten Mehrheitswahlrechts war die SPD nur jeweils einmal im Gemeinderat von Niederdollendorf bzw. Oberdollendorf vertreten. Das war in Niederdollendorf Irene Muth und in Oberdollendorf Paul Schuster. In der Amtsvertretung Oberkassel war die SPD durch zwei Vertreter, einer davon Fritz Zimmermann aus Niederdollendorf, repräsentiert. In Oberdollendorf dominierte das Zentrum mit 12 von 15 Sitzen, die CDU hatte damals nur zwei Vertreter. In Niederdollendorf gehörten von 12 Gemeinderäten 6 dem Zentrum und 5 der CDU an.

Am Sonntag, dem 29. Juni 1947, lud Hannes Busch etwa 20 Genossen und Sympathisanten der SPD zur Neugründung des Ortsvereins Ober- und Niederdollendorf in die Gaststätte „Im kühlen Grunde“ ein. Von den Genossen, die schon vor dem Krieg aktiv in der SPD tätig waren, kamen noch drei: Hannes Busch, Fritz Zimmermann und Fritz von den Hoff. Der alte Vorsitzende Jakob Seehaus war 1933 verstorben, andere waren im Krieg gefallen, manche wollten von der Politik nichts mehr wissen. Der neue Vorstand mit dem Vorsitzenden Hannes Busch, dem 2. Vorsitzenden Lorenz Jansen, dem Schriftführer Hans Offenwanger, dem Kassierer Fritz von den Hoff und den Beisitzern Erich Becker und Fritz Zimmermann prägte jahrelang die Dollendorfer SPD. Hinzu kam Hermann Buschmann, der mitgeholfen hatte, die SPD im Siegburg wieder aufzubauen. Im Gemeinderat und der Amtsvertretung war die SPD durch Max Weise, Konrad Wenzel und Alois Fleckenstein vertreten. Später stießen Peter Löhr, Betriebsratsvorsitzender der Didier-Werke, und Wilhelm Düren zur SPD

39



und vertraten sie jahrelang im Gemeinderat. Die überwiegende Zahl der SPD-Vertreter waren Arbeiter und Angestellte. Von 14 Direktkandidaten zu den Gemeinderatswahlen in Nieder- und Oberdollendorf 1948 waren acht Arbeiter, fünf Angestellte, ein Selbständiger und eine Hausfrau.

Der SPD-Ortsverein Ober- und Niederdollendorf litt unter Nachwuchsmangel. Von den Gründungsmitgliedern war keiner unter 35 Jahre und lange Zeit gab es kein weibliches Mitglied. Mehr als ein Jahrzehnt stagnierte der Ortsverein bei etwa 20 Mitgliedern. Erst in den sechziger Jahren stieg die Zahl lang-

sam an. Oft hatte man Mühe, genügend Kandidaten für die Gemeinderatswahl zu finden, und so sprangen häufig Sympathisanten ein. In einer Niederschrift des Ortsvereins heißt es dazu:

„Als nächstes kam die Mitgliederwerbung zur Sprache. Diese ist hier am Ort erfahrungsgemäß sehr schwierig. Die hiesige Einwohnerschaft ist leichter zu bewegen die SPD zu wählen, denn als Mitglied einzutreten.“ (7)

Die Arbeit des Ortsvereins war anfangs stark davon geprägt, die Folgen der Nazi-Zeit zu überwinden und sich im politischen Kräftefeld auf alte und neue Wahlkonkurrenten einzustellen. So heißt es in einem Überblick des Ortsvereins Oberkassel von 1946, zu dem damals Ober- und Niederdollendorf noch gehörten, unter anderem in kurzen Stichworten: „Unsere Stellung zum Nationalsozialismus. Bereinigung der Ämter und der Privatwirtschaft. Kampf gegen das Zentrum, die Christlich Demokratische Partei sowie die Christlich Demokratische Union. Kampf dem Separatismus (Hannover, M.-Gladbach Zentrum). Unser Standpunkt zur KPD; Vorsicht, Distanz, Mißtrauen.“ (7)

In der Kommunalpolitik ging es darum, die wirtschaftliche Not der Nachkriegszeit zu lindern und zu beseitigen. Die SPD forderte im Gemeinderat Initiativen insbesondere gegen die Wohnungsnot. Mehrere kommunale Wohnungsbauprojekte am Rennenberg sind auf das politische Engagement der Sozialdemokraten im Dollendorfer Gemeinderat zurückzuführen. So war für Sonntag, den 29. Februar 1948, der spätere Ministerpräsident Heinz Kühn von Nordrhein-Westfalen eingeladen, der zum Thema: „Unsere Ernährungskrise und die Besatzungsmächte“ sprach. Die parteipolitische Tätigkeit war bestimmt von den Nachkriegsorgen, wie die Themen der Ortsvereinsversammlungen deutlich machen. Es gab aber auch bürokratische Schwierigkeiten. Öffentliche Veranstaltungen mußten bei der britischen Besatzungsmacht beantragt werden und schriftlich genehmigt sein. Für die „öffentliche Tanzlustbarkeit“ am 1. Mai 1948 „Im kühlen Grunde“ in Oberdollendorf konnte bereits der Amtsbürgermeister die

41

Genehmigung erteilen. Als Zeit-Auflage wurde gemacht, daß diese 1.-Mai-Feier um 23 Uhr beendet sein mußte.

Die fünfziger und sechziger Jahre — Festigung der Partei

Die Zahl der Einwohner in Ober- und Niederdollendorf wuchs in der Nachkriegszeit stark an. Zunächst kamen Flüchtlinge. Dann errichtete die Firma Lemmerz für ihre Arbeiter Wohnungen in Niederdollendorf. Schließlich entdeckten die Angestellten und Beamten des Bundes in den sechziger Jahren „de schäl sik“ als Wohngebiet.

Die Mitgliederzahl der SPD verdoppelte sich seit Anfang der sechziger Jahre. Seitdem hat sich die Sozialstruktur der Mitglieder in Dollendorf stark verändert. Zunächst überwogen die Arbeiter, dann kamen besonders viele Angestellte in die Partei, später Beamte und schließlich Hausfrauen, Studenten und Schüler. Die Zahl der Arbeiter stieg zwar weiter an, ihr Anteil an der Mitgliederzahl im Ortsverein ging dagegen zurück.

Entwicklung der Mitglieder der SPD nach Berufen (absolute Zahlen)

	1948	1962	1976
Arbeiter	12	12	26
Angestellte	6	12	70
Beamte	—	—	30
Selbständige	1	1	2
Hausfrauen	—	1	17
Schüler/Studenten	—	—	10
Rentner	1	4	10
	20	30	165

Auch die Zahl der Frauen und Jugendlichen stieg im Laufe der 60er Jahre an. 1961 war der jüngste Kandidat der SPD zum Gemeinderat Niederdollendorf 43 Jahre und der älteste 83 Jahre, in Oberdollendorf war der jüngste Kandidat 45 Jahre und der älteste 68 Jahre alt. Im Durchschnitt hatten die Kandidaten ein Alter zwischen 50 und 70 Jahren. Der Ortsverein war stark überaltert. Der Mitgliederschub Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre sollte dieses Bild wandeln.

Entwicklung der Zahl der jüngeren Mitglieder und der Zahl der Frauen

	1948	1962	1976
Jusos (unter 35 Jahre)	—	—	54
Frauen	—	1	40

Die Gegensätze zwischen den Parteien in den Gemeinderäten scheinen in den 50er und 60er Jahren nicht besonders groß gewesen zu sein. Zwar versuchte die CDU Anfang der 50er Jahre an der früher bewährten Strategie des Zentrums anzuknüpfen. Sie warf der SPD Religionsfeindlichkeit vor, aber nur im Wahlkampf sollte das Thema nach wie vor eine gewisse Rolle spielen, nicht aber im Gemeinderat selbst. Stürmischer war die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit schon um die Errichtung des Stahlwerkes der Firma Lemmerz an der Longenburg in Niederdollendorf. Die SPD trat schon damals dafür ein, auch Umwelt- und Landschaftsschutzinteressen zu berücksichtigen. Eine „Interessengemeinschaft der Lemmerzgeschädigten“ hatte sich gegen Lärm und Rauchentwicklung stark gemacht. Es kam zu gerichtlichen Auseinandersetzungen. Im übrigen ging es in dieser Zeit im Gemeinderat vor allem um Fragen der Abwasserbeseitigung und des Straßenausbaus.

Im Jahre 1964 gelang es der SPD erstmals, den Bürgermeister von Oberdollendorf zu stellen. Mit den Stimmen der Unabhängigen Bürgergemeinschaft (UBG)

43

wurde Friedrich Nenzel auf diesen Posten gewählt. Die Bevölkerung honorierte die Arbeit der SPD als führende Kraft im Gemeinderat und wählte 1969 deutlich stärker als bisher sozialdemokratische Kandidaten. Während seit den 60er Jahren die SPD im Bundestag einen deutlichen Zuwachs an Stimmen erzielen konnte, blieb sie bei Kommunalwahlen zumindest in Oberdollendorf – mit Ausnahme von 1969 – immer bei rund einem Drittel der Gesamtstimmen. In Niederdollendorf schwankten die Wahlergebnisse zum Gemeinderat stark. Hier fand zunächst ein Austausch der Stimmen zwischen SPD und FDP und später zwischen SPD und der Unabhängigen Bürgergemeinschaft statt, die bis in die heutigen Tage auf Gemeinderatsbene der SPD Wähler entzieht.

Insgesamt 15 Jahre lang hatte Hannes Busch von 1947 bis 1962 die Geschicke des Ortsvereins als Vorsitzender geleitet. Als er 1962 aus privaten Gründen nach Oberkassel übersiedelte, wurde er zum Ehrenvorsitzenden der SPD Ober- und Niederdollendorf gewählt.

Die siebziger Jahre — Stürmischer Aufbruch

Das Ende der 60er Jahre brachte die Neugliederung der Gemeinden. Dabei wurden die Gemeinden Nieder- und Oberdollendorf der neuen Großgemeinde Königswinter zugeschlagen. Die selbständigen Ortsvereine von Stieldorf, Thomasberg, Oberpleis, Ittenbach, Königswinter und Ober- und Niederdollendorf schlossen sich am 13. Juni 1969 zu dem neuen SPD-Ortsverein Stadt Königswinter zusammen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Adalbert Wiemers aus Thomasberg gewählt. Diese Neugliederung war nicht nur für die einzelnen Gemeinden und deren Bürger schmerzlich, auch für die alten Sozialdemokraten bedeutete dies einen harten Einschnitt. Die Mitgliederversammlungen mußten jetzt jeweils in einem anderen Ortsteil von Königswinter stattfinden, und wer nicht motori-

siert war – und das traf für einen großen Teil der Älteren zu – überlegte sich den Besuch der Versammlung. Der kleine vertraute Kreis des alten Ortsvereins wurde schwieriger überschaubar. Gleichzeitig wuchs aufgrund der Regierungsübernahme der Sozialdemokraten die Mitgliederzahl sprunghaft an. Diese Entwicklung wurde noch verstärkt durch die zahlreichen Zuzüge. So fanden sich die 50 Dollendorfer Sozialdemokraten 8 Jahre später 1977 in einem Kreis von 500 Mitgliedern in der Großgemeinde Königswinter. Die Mitgliederstruktur hatte sich zudem stark verjüngt und die Sozialstruktur hatte sich verändert. Im Stadtrat und im Ortsvereinsvorstand gewannen die Bundesbediensteten starken Einfluß.

Nach der Neugliederung erzielte die SPD in Dollendorf erstmals bei den Bundestagswahlen über 40% der Stimmen und sie lag damit nur knapp unter dem Ergebnis im Bundesdurchschnitt. Da die SPD – seit 1969 Koalitionspartner der CDU in der Bundesregierung – in Dollendorf überdurchschnittlich viele Stimmen erreichte, ist seit dieser Zeit die Mehrheit der CDU gebrochen.

In den 70er Jahren kam es zu einigen Reformen, deren Ziele 50 Jahre zuvor umstritten waren. In Ober- und Niederdollendorf wurden die konfessionellen Schulen aufgelöst und 2 Gemeinschaftsschulen geschaffen. Zwar gab es dagegen noch hier und dort Widerstand, aber die Mehrheit der Eltern war für die Einheitschule.

Die Vorschläge der SPD zur Veränderung des § 218, die schon in den 20er Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hatten, wurden weitgehend verwirklicht. In Oberdollendorf versuchte der Pfarrer im Wahlkampf 1976 mit diesem Thema Stimmung zu machen. Die Angriffe auf die SPD und dessen Vorsitzenden Willy Brandt waren so rüde, daß sie sogar in der überregionalen Presse und im Deutschen Fernsehen Beachtung fanden.

Auch im Bereich der Kindergärten, der Jugendarbeit und der Sozialarbeit zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen der SPD und der CDU. Während die SPD mehr vom Leitbild der erwerbstätigen Frau und den nicht konfessionell

45

gebundenen Jugendzentren, Sozialstationen und Kindergärten ausging, sah die CDU mehr das Leitbild der familiengebundenen Hausfrau und den konfessionell (meist katholisch) geprägten Einrichtungen.

Im Bereich der Stadtplanung und des Verkehrs gab es dagegen kaum Unterschiede in den Zielvorstellungen der Parteien. Der seit 20 Jahren gemeinsam geforderte vierspurige Ausbau der Straße nach Bonn (EB 42) kann hierfür als symbolisch gesehen werden.

Quellen:

- (1) Ferdinand Schmitz: „Die Mark Dollendorf“.
- (2) Heinrich Nau: „Nieder- und Oberdollendorf in den letzten anderthalb Jahrhunderten“.
- (3) Dollendorfer Zeitung Jg. 1919, 1929, 1930, 1932, 1933.
- (4) Rheinische Zeitung 1932
- (5) Statistik des Deutschen Reiches Bd. 291, 315, 372, 382, 434.
- (6) Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen.
- (7) Unterlagen des Ortsvereins Königswinter (Protokolle, Flugblätter, Briefe etc.).

Für die tatkräftige Mithilfe bei der Erstellung der Broschüre bedankt sich der Verfasser Henning Nase bei folgenden Personen:

Historische Beratung:	Dr. Knut Hartmann
Materialbeschaffung:	Herr Hey und Herr Kellerhof vom Heimatverein Bonn-Oberkassel Herr Koll vom Heimatverein Niederdollendorf Herr Schuchert vom Heimatverein Oberdollendorf Herr Karl Jacik Hannes Busch, Ehrenvorsitzender der SPD-Königswinter Herbert Jung, SPD-Unterbezirk Rhein-Sieg Walter Jäger
Fotos:	Herbert Haack
Gestaltung:	Hans Bongarts
Überarbeitung des Manuskriptes:	Othmar Ebert, Annemarie Nase
Schreiben des Manuskriptes:	Edith Herrmann

Tabelle 1 Reichstagswahlen in Oberdollendorf

Reichstagswahl	Wahlberechtigte	Wähler	gültige Stimmen	KPD	SPD	Z	Bürgerliche Parteien				NSDAP
							DNVP	DVP	DDP	AP ¹⁾	
6. 6. 1920	1429	1132	1126	19 ²⁾ 1,7	254 22,6	685 60,8	24	112	25	7	—
4. 5. 1924	1541	1124	1098	126 11,5	74 6,7	676 61,6	31	130	20	30	11 ³⁾ 1,0
7. 12. 1924	1603	1238	1214	99 8,2	138 11,4	782 64,4	24	100	23	45	3 ³⁾ 0,2
20. 5. 1928	1704	1262	1224	58 4,7	284 23,2	595 48,6	24	80	24	157	2 0,2
14. 9. 1930	1799	1484	1462	195 13,3	253 17,3	675 46,2	29	109	23	99	79 5,4
31. 7. 1932	1834 ⁴⁾	1605	1594	234 14,7	198 12,4	905 56,8	30	39	4	14	170 10,7
6. 11. 1932	1781 ⁴⁾	1462	1454	250 17,2	228 15,7	788 54,2	19	42	—	5	122 8,4
5. 3. 1933	1781	1609	1594	188 11,8	199 12,5	875 54,9	19	31	—	6	276 17,3

Anmerkungen: normale Ziffern = absolute Zahlen, kursive Ziffern = in Prozenten

Erläuterungen: ¹⁾ A P = Andere Parteien

DNVP = Deutschnationale Volkspartei, 1933: Kampffront Schwarz-weiß-rot } Bürgerliche Parteien

DVP = Deutsche Volkspartei

DDP = Deutsche Demokratische Partei, ab 1930: Deutsche Staatspartei

Z = Zentrum

²⁾ Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands

³⁾ Nationalsozialistische Freiheitspartei (November 1924), Deutsche-Völkische Freiheitspartei (Mai 1924)

⁴⁾ errechnete Größe

47

Tabelle 2 Wahlen von 1919–1933 in Ober- und Niederdollendorf (ausgewählte Jahre)

Wahltermin	absolut									in Prozenten				
	gült. Stimmen	KPD	SPD	Z	DNVP	DVP	DDP	NS-DAP	AP	KPD	SPD	Z	bürgerl. Part.	NS-DAP
19. 1. 1919	1834	—	373	1208	37	29	187	—	—	—	20,3	65,9	13,8	—
20. 5. 1928	1819	123	365	826	84	144	33	4	240	6,8	20,0	45,4	27,6	0,2
14. 9. 1930	2240	368	330	953	63	166	38	142	180	16,4	14,7	42,5	20,0	6,3
31. 7. 1932	2455	431	289	1243	82	63	8	319	20	17,6	11,8	50,6	7,1	13,0
6. 11. 1932	2163	446	297	1062	73	70	3	206	6	20,6	13,7	49,1	7,0	9,5
5. 3. 1933	2370	348	250	1174	82	47	1	459	9	14,7	10,5	49,5	5,9	19,4

Erläuterungen siehe Tabelle 1

Tabelle 3 Ergebnisse der Gemeinderatswahlen Oberdollendorf

Wahltermin	absolut					in Prozenten				Sitze			
	gültige Stimmen	SPD	Z	AP	SPD	Z	AP	SPD	Z	AP			
16. 11. 1919 1924	keine Angaben vorhanden					keine Angaben vorhanden				1	7	4	
17. 11. 1929	1217	202	643	372	16,6	52,8	30,6	2	6	4			
12. 3. 1933	1405	247	682	476	17,6	48,5	33,9	2	7	3			
	Z/					Z/				Z/			
	Wähler	SPD	UBG **)	CDU	FDP	SPD	UBG **)	CDU	FDP	SPD	UBG G**)	CDU	FDP
15. 9. 1946										1	12	1	—
17. 10. 1948	1513	504	544	465	—	33,3	36,0	30,7	—	4	4	3	—
9. 11. 1952	1939	608	454	710	167	31,4	23,4	36,6	8,6	6	4	7	1
28. 10. 1956	2037	632	531	749	125	31,0	26,1	36,8	6,1	5	5	7	1
13. 3. 1961	2217	734	—	1207	276	33,1	—	54,5	12,4	6	—	10	2
27. 9. 1964	2323	709	520	944	150	30,5	22,4	40,6	6,5	6	4	8	1
9. 11. 1969*)	2478	934	254	1226	64	37,7	10,3	49,5	2,6
4. 5. 1975*)	3667	1235	198	1959	275	33,7	5,4	53,4	7,5

*) Stadtratswahlen Königswinter (Ortsteil Oberdollendorf)

***) Bis 1956 Zentrum, ab 1964 UBG = Unabhängige Bürgergemeinschaft

Tabelle 4 Ergebnisse der Bundestagswahlen in Nieder- und Oberdollendorf

Jahr	Wahlberecht. m. Briefwahl	gültige Stimmen	CDU				CDU			
			Z	SPD	FDP	AP	Z	SPD	FDP	AP
			(absolut, ohne Briefwahl)				(in Prozenten, ohne Briefwahl)			
1949	3853	3041	1876	620	396	149	61,7	20,4	13,0	4,9
1953	4053	3508	2400	726	232	150	68,4	20,7	6,6	4,3
1957	4033	3553	2380	790	222	161	67,0	22,2	6,2	4,6
1961	4776	3918	2181	1024	581	132	55,7	26,1	14,8	3,4
1965	5204	4044	2229	1332	397	86	55,1	32,9	9,8	2,2
1969	5353	4278	2100	1757	256	165	49,1	41,1	6,0	3,8
1972	6106	5138	2362	2126	615	35	46,0	41,4	11,9	0,7
1976	6142	5102	2476	1969	622	35	48,5	38,6	12,2	0,7

Tabelle 5 Ergebnisse der Gemeinderatswahlen Niederdollendorf

Wahltermin	gültige Stimmen absolut	in Prozenten				Sitze				
		SPD	Z	CDU	FDP	SPD	Z	CDU	FDP	
16. 11. 1919		keine Angaben vorhanden				2	5		5	
1924										
17. 11. 1929	591	—	45,3		54,7	—	6		6	
12. 3. 1933	664	15,1	37,8		47,1	2	5		5	
		Z/				Z/				
15. 9. 1946		Wähler	SPD	UBG**)	CDU	FDP	SPD	UBG**)	CDU	FDP
17. 10. 1948							1	6	5	—
9. 11. 1952	1005		15,9	28,9	28,9	26,3	3	4	4	—
18. 10. 1956	1260		23,7	16,8	25,3	34,2	1	2	2	4
19. 3. 1961	1421		19,3	13,7	35,3	31,7	2	1	5	4
27. 9. 1964	1491		22,5	24,8	34,0	18,7	3	3	5	2
9. 11. 1969*)	1363		31,8	11,4	48,7	8,0				
4. 5. 1975*)	1680		29,2	17,0	45,1	8,7				

*) Stadtratswahlen Königswinter (Ortsteil Niederdollendorf)

***) Bis 1956 Zentrum, ab 1961 UBG

49

Tabelle 6 Entwicklung der Zahl der Einwohner in Nieder- und Oberdollendorf

Jahr	Niederdollendorf	Oberdollendorf	Dollendorf
1825	499	1214	1713
1864	607	1337	1944
1890	662	1953	2615
1925	1502	2504	4006
1951	1825	3423	5248
1961	2729	4075	6804
1965	3170	4749	7919
1969	3124	5096	8220
1972	3299	5905	9204
1977	3146	6604	9750

Tabelle 7 Anteil der Katholiken an der Bevölkerung

1825	98%	95%
1925	76%	90%
1961	61%	77%
1976	66%	67%

Übersicht 1 Vertreter der SPD im Gemeinderat und in der Amtsvertretung

Jahr	Gemeindevertretung Niederdollendorf	Gemeindevertretung Oberdollendorf	Amtsvertretung Oberkassel
1919	Adolf Pilz Josef Kreuzberg	Johann-Adam Weber	—
1924	Peter Frembgen	Hannes Busch (ab 1925)	—
1929	Peter Frembgen*) Fritz Niedecken*)	Karl Seehaus Hannes Busch	Adam Weber Hannes Busch
1933	Peter Frembgen Wilhelm Bimmen	Karl Seehaus Hannes Busch	—
1946	Irene Muth	Paul Schuster	Fritz Zimmermann
1948	Fritz Zimmermann Erich Becker Bernhard Sieger	Peter Löhr Hannes Busch Lorenz Jansen Konrad Wenzel	Peter Löhr Erich Becker Alois Fleckenstein

Übersicht 1 (Fortsetzung)

Jahr	Gemeindevertretung Niederdollendorf	Gemeindevertretung Oberdollendorf	Amtsvertretung Oberkassel
1952	Fritz Zimmermann	Erich Becker Max Weise Peter Löhr Georg Fiedler Fritz von den Hoff Wilhelm Düren	Erich Becker Max Weise Peter Löhr Fritz Zimmermann
1956	Fritz Zimmermann Fritz Cremer	Wilhelm Düren Peter Löhr Max Weise Bernhard Hoitz Franz Anders	Wilhelm Düren Fritz Zimmermann
1961	Fritz Zimmermann Hans Heck	Friedrich Nenzel Peter Löhr Wilhelm Düren Max Weise Friedrich Dauth Erwin Rittermeier	Friedrich Nenzel Peter Löhr Wilhelm Düren Fritz Zimmermann
1964	Fritz Zimmermann Hans Heck Dr. Wolf Schmidt-Küster	Friedrich Nenzel Wilhelm Düren Günter Baum Erwin Rittermeier Heinrich Liessem Peter Kolling	Friedrich Nenzel Wilhelm Düren Fritz Zimmermann Erwin Rittermeier

Vertreter der SPD im Rat der Stadt Königswinter aus dem Ortsteil Dollendorf

1969	Peter Kolling Dr. Wolf Schmidt-Küster Friedrich Nenzel Martin Quandt (ab 1974)	1975	Dr. Wolf Schmidt-Küster Othmar Ebert Gisela Becker
------	---	------	--

*) Kandidatur auf der Bürgerliste für alle Stände

51

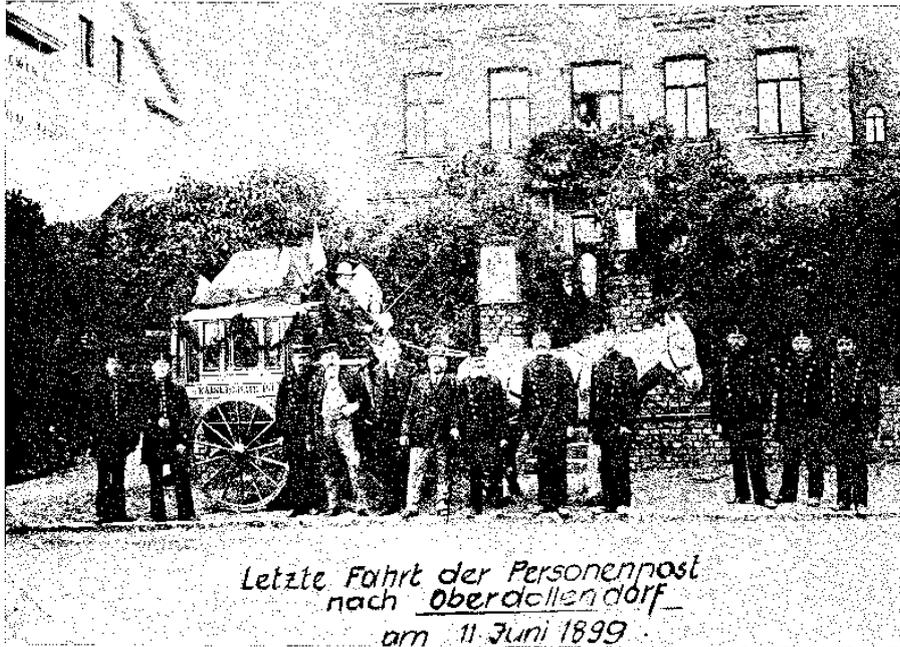
Übersicht 2 Entwicklung der Zahl der SPD-Mitglieder in Ober- und Niederdollendorf

Jahr	Zahl der Mitglieder	Vorsitzender
1919	.	Johann-Adam Weber ¹⁾
1920	?	Matthias Sand (?)
1927	10	Karl Seehaus 1927-1933
1946	15	Kaiser ²⁾
1947	20	} Hannes Busch 1947-1962
1955	20	
1961	30	} Dr. Wolf Schmidt-Küster 1962-1969
1969	50	
1974	125	Adalbert Wiemers ³⁾ 1969-1975
1977	165	Henning Nase 1975-

¹⁾ Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins

²⁾ Von 1945-47 gehörte Ober- und Niederdollendorf zum Ortsverein Oberkassel

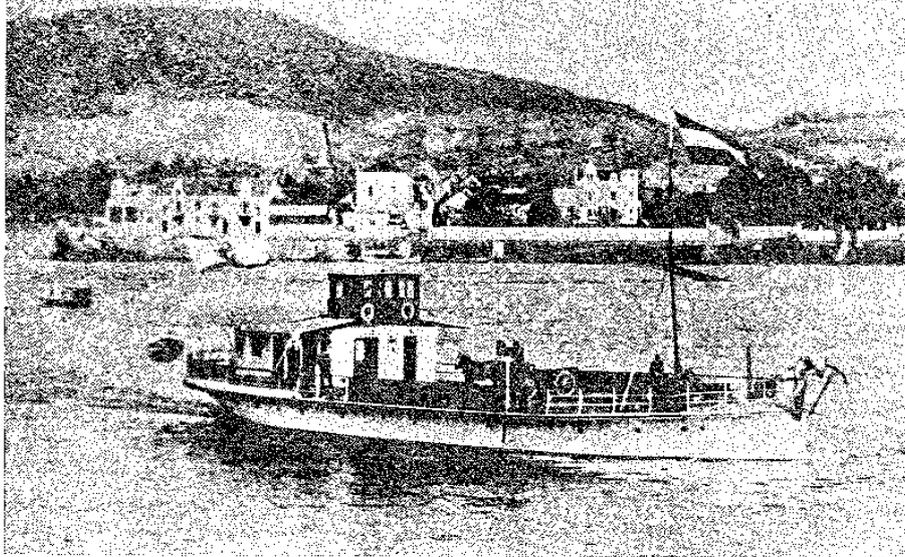
³⁾ Seit 1969 gehört Ober- und Niederdollendorf zum Ortsverein Stadt Königswinter



Letzte Fahrt der Personenpost
nach Oberdollendorf
am 11. Juni 1899.

<p>Arbeiter, Handwerker, Kleinbauern, Beamte!</p> <p>Wählt die Liste der Sozialdemokratie!</p>	<p>Frauen und Mädchen Dollendorfs!</p> <p>Wählt die Liste der Sozialdemokratie!</p>
<p>Für Oberdollendorf die Liste: „Josef Schumacher“!</p>	
<p>Für Niederdollendorf die Liste: „Adolf Pilz“!</p>	
<p>Witwen und Waisen, Kriegsbeschädigte!</p> <p>Wählt die Liste der Sozialdemokratie!</p>	<p>Mieter Dollendorfs!</p> <p>Wählt die Liste der Sozialdemokratie!</p>

Elektrische Fähre Godesberg-Nierdöllendorf.



und neue Elemente der Wahlpolitik, so der Dr. Spatenroth
(Dona) Wie denkt für die Bürgerhaft die Tätigkeit des sachlichen
Gemeinderates.

Amstättensaal 12 Uhr. Ausverkauf.

Wahlauschuß der Bürgerliste.

Sozialdem. Verein Ober- und Nierdöllendorf.

Sonntag, den 9. November 1919

Zwei große öffentliche Wählerversammlungen

für Oberdöllendorf 11 Uhr vormittags (D. Z.) | für Nierdöllendorf 4 Uhr nachmittags (D. Z.)
im Restaurant „Am fähigen Grunde“ | im Restaurant „Rheinland“ (Bes. Wwe. Gies)

Thema: Gemeinderatswahlen.

Arbeiter, Frauen und Männer folgen der Einladung recht zahlreich. Sei es in Wahlen.
Durch Kampf zum Siegl. Bei Verfall.

Wollt Ihr